

100 JAHRE

GESCHICHTE DES ARBEITGEBERVERBANDES
DER ELEKTROINSTALLATEURE IM KANTON ZÜRICH
KZEI 1915–2015

MEINRAD SUTER

Der Autor, geboren 1959, ist promovierter Historiker. Er arbeitet seit 1992 in verschiedenen Funktionen als Archivar am Staatsarchiv des Kantons Zürich und ist seit 2011 auch freiberuflich tätig.

Von 2006 bis 2014 war er Experte des Historischen Lexikons der Schweiz für den Kanton Zürich; seit 2007 ist er Redaktor des jährlich erscheinenden „Zürcher Taschenbuchs“. Zu seinen zahlreichen historischen Arbeiten gehören unter anderem eine Geschichte der Kantonspolizei Zürich im Jahr 2004 und ein Überblick über die Staatsgeschichte des Kantons Schwyz im 19. und 20. Jahrhundert, erschienen im Jahr 2012.

100 JAHRE

KANTONALVERBAND
ZÜRCHER ELEKTRO-INSTALLATIONSFIRMEN
KZEI 1915-2015

KZEI 1915-2015

GESCHICHTE DES ARBEITGEBERVERBANDES DER ELEKTROINSTALLATEURE IM KANTON ZÜRICH

MEINRAD SUTER

IMPRESSUM

Herausgeber

Kantonalverband Zürcher Elektro-Installationsfirmen (KZEI)

Autor

Meinrad Suter, Dr. phil., Archivar und Historiker

Konzeption und Gestaltung

Jaray Communications, Zürich

Kommunikation

Communicators Zürich AG, Zürich

Druck und Lithografie

Wolfensberger Druck, Zürich

Bindung

Buchbinderei Burkhardt AG, Mönchaltorf, ZH

Copyright

© Kantonalverband Zürcher Elektro-Installationsfirmen (KZEI)
Alle Rechte vorbehalten, 2015

ISBN

ISBN 978-3-033-05037-2

Vertrieb

Kantonalverband Zürcher Elektro-Installationsfirmen (KZEI)
Riedstrasse 14
Postfach
8953 Dietikon 1



Die Stadt Zürich im 18. Jahrhundert.
Kolorierter Kupferstich
von Johann Konrad Gessner, 1715

INHALT

1

VORGESCHICHTE UND ANFÄNGE DER ELEKTROTECHNIK UND
DER ELEKTROFIRMEN IM KANTON ZÜRICH BIS 1915

2

DIE ERSTE VERBANDSGRÜNDUNG IM KANTON ZÜRICH:
VZEI, VERBAND ZÜRCHER ELEKTROINSTALLATIONSFIRMEN, 1915 BIS 1923

3

GRÜNDUNG UND ANFÄNGE DES KZEI UNTER
PRÄSIDENT WILHELM SCHULTHEIS-MÖCKLI, 1923 BIS 1927

4

REGULIERUNG DER PREISE UND DES WETTBEWERBS DURCH MELDESTELLEN:
DER KZEI UND SEINE GRUPPEN VON 1927 BIS 1947

5

DER KZEI UND SEINE GRUPPEN IN DER HOCHKONJUNKTUR
VON 1947 BIS 1975

6

ÜBERGANGSZEIT UND NEUORIENTIERUNG, 1975 BIS 2000

7

„EIN BERUFSVERBAND, DER FÜR SEINE INTERESSEN AUCH HART
ZU SCHLAGEN VERSTEHT!“

8

ANHANG

**VORGESCHICHTE UND ANFÄNGE DER ELEKTROTECHNIK UND
DER ELEKTROFIRMEN IM KANTON ZÜRICH BIS 1915**

DER SIEGESZUG DER ELEKTRIZITÄT

ENTWICKLUNGSSCHUB NACH 1890

1

VORGESCHICHTE UND ANFÄNGE DER ELEKTROTECHNIK UND DER ELEKTROFIRMEN IM KANTON ZÜRICH BIS 1915

DER SIEGESZUG DER ELEKTRIZITÄT

EXPERIMENTE UND ERSTE ANWENDUNGEN BIS 1850

Die Beschäftigung mit der Elektrizität war eine Folge der Aufklärung im 18. Jahrhundert. In Zürich studierten Männer wie David Breitinger, der sich vom Theologen zum Naturwissenschaftler wandelte, und Ärzte wie Salomon Schinz das faszinierende Phänomen. Ihre Erkenntnisse vermittelten sie den staunenden Mitbürgern durch Privatvorlesungen und Vorträge in gelehrten Gesellschaften. Die 1746 gegründete Naturforschende Gesellschaft besass Luftpumpen und eine „Elektriermaschine“, mit der sie unter anderem medizinische Versuche an Patienten im Zürcher Spital durchführte. Denkwürdig war der 16. September 1777, als der berühmte Alessandro Volta aus Como, einer der Begründer der Elektrizitätslehre, im Zunfthaus zur Meisen in Zürich über seine Forschungen referierte und mit seinem „Elektrophor“ elektrische Spannungen erzeugte.

Professor David Breitinger liess 1776 in Zürich seine Schrift „Reflexionen ob es wohl gethan wäre, Strahlableiter in unserer Stadt Zürich einzuführen“ erscheinen. Sie wurde von den Regenten gut aufgenommen und zeitigte Wirkung. Als 1725 ein Blitz den grossen Turm der Stadtkirche von Winterthur traf, galt dies als Zeichen göttlichen Zornes. Nach einem erneuten Blitzeinschlag im Jahr 1782 wurde der Turm durch einen Blitzableiter vor derartigen Naturereignissen geschützt.

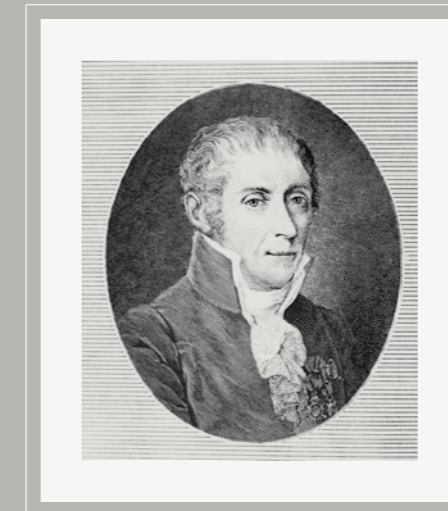
Zu den Versuchen, praktischen Nutzen aus der Elektrizität zu ziehen, gehörten in den 1840er Jahren Anwendungen in der Landwirtschaft. Professor Oswald Heer aus Zürich berichtete 1846 und 1847 in seiner „Zeitschrift für Gartenbau“ von Experimenten, durch

Ableitung von Elektrizität aus der Atmosphäre die Fruchtbarkeit des Bodens zu erhöhen; der Erfolg blieb allerdings zweifelhaft.

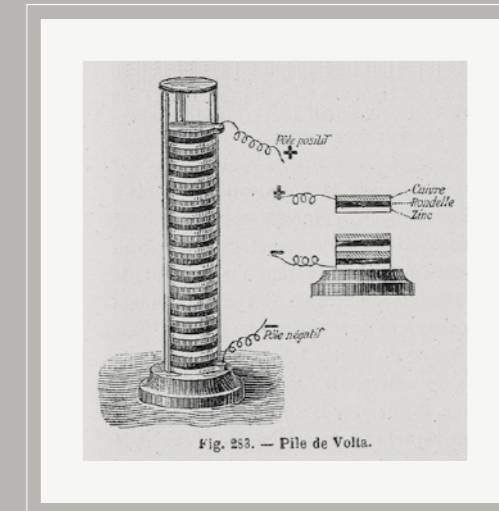
TELEGRAPHIE, LICHT UND ERSTE MOTOREN IM 19. JAHRHUNDERT

Die Phase des Experimentierens mit der Elektrizität war um 1850 überwunden. Damals verbreitete sich die Erkenntnis, dass sich mittels dieses Mediums sekundenschnell und über weite Distanzen Nachrichten verbreiten liessen. In der Folge errichtete die Eidgenossenschaft auf Grundlage des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1852 unter der Leitung des Zürcher Ingenieurs Johannes Wild ein schweizerisches Telegrafennetz, dem der Kanton Zürich zunächst durch Büros in Zürich, Winterthur, Richterswil, Horgen, Thalwil und Wädenswil angeschlossen war. Am 15. Juli 1852 um elf Uhr trafen aus St. Gallen die ersten Signale ein, die auf verblüffende Weise, wie der Chronist notierte, innert dreissig Sekunden beantwortet wurden. Bis 1860 folgten weitere Telegrafbüros in Männedorf, Uster und Wetzikon; in jenem Jahr wurden im Zürcher Büro bereits 47'000 Depeschen bearbeitet.

Die erste öffentliche Telefonanlage der Schweiz (möglicherweise sogar die erste des europäischen Kontinents) wurde am 2. Oktober 1880 in Zürich in Betrieb genommen. Die Einführung erfolgte, wie der Stadtrat schrieb, „wie es bei Neuerungen gemeinlich der Fall ist, nicht ohne anfängliche Kämpfe und Missverständnisse.“ Betreiberin war zunächst die private Zürcher Telefonaktiengesellschaft, die die notwendigen Konzessionen erworben hatte. Ende 1881 waren dem Netz 262 Abonnenten und elf öffentliche Sprechstationen angeschlossen.

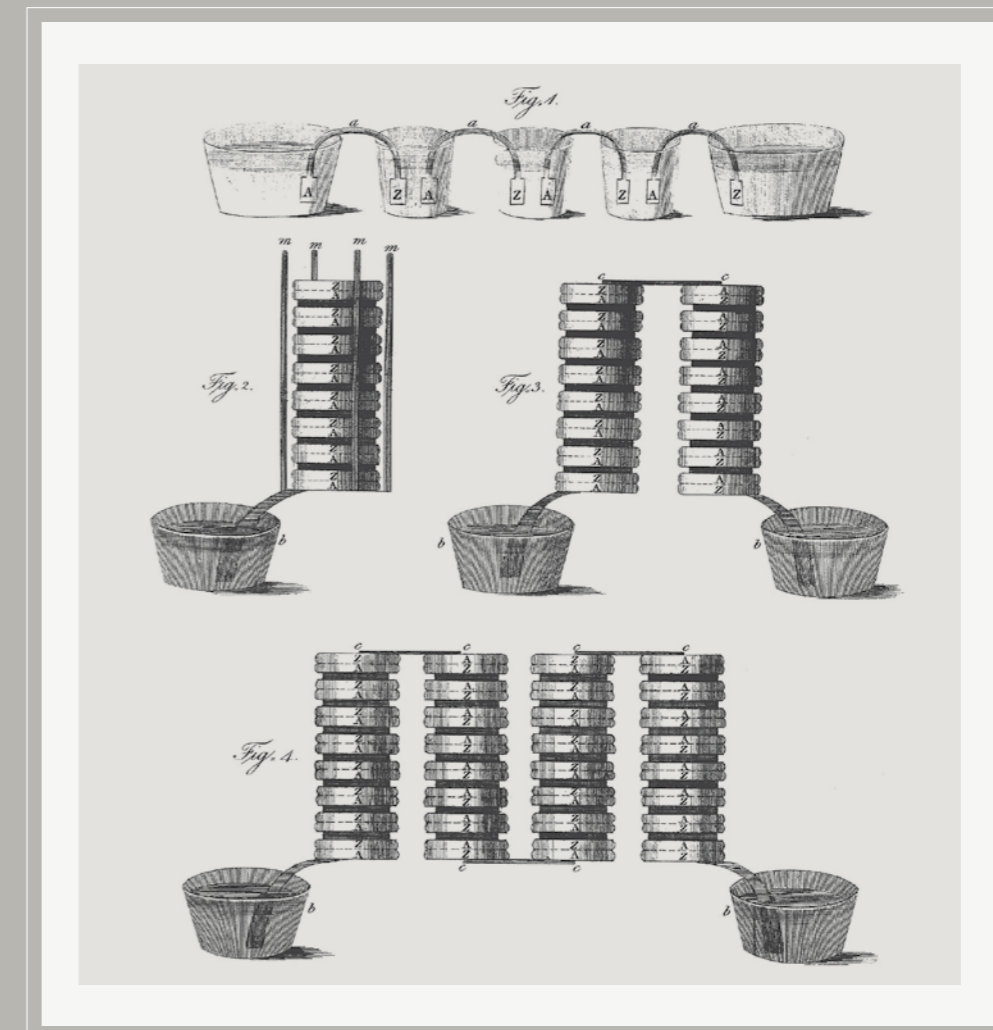


Alessandro Volta aus Como



„Elektrophor“ von Alessandro Volta

Am 16. September 1777, referierte der berühmte Alessandro Volta aus Como im Zunfthaus zur Meise in Zürich über seinen „Elektrophor“ und erzeugte elektrische Spannung.



„Elektrophor“ von Alessandro Volta

Als frühe elektrische Anwendungen seien ferner die elektrischen Uhren erwähnt, die ab etwa 1855 die Stadt Zürich und die Firma Magneta AG einrichteten. Die Anlagen wurden 1908 vom Elektrizitätswerk der Stadt Zürich EWZ übernommen.

Die Telegrafie seit ihren Anfängen und die Telefonie ab 1881 waren Monopol- und Regiebetriebe des Bundes; das private Zürcher Telefonnetz wurde von diesem 1885 zurückgekauft. Somit galt die Handels- und Gewerbefreiheit in der Elektroinstallations- und Kommunikationsbranche von Beginn an nur eingeschränkt. Das öffentliche Interesse schien in diesen wichtigen Bereichen besser gewahrt durch die Verstaatlichung, Kommunalisierung oder wenigstens die Konzessionspflicht der privaten Unternehmer.

Die erste Nachricht über elektrisches Licht in Zürich stammt vom Sechseläuten-Tag 1855. Damals beleuchtete ein Physiker, der auf der Durchreise war, von der Galerie des Grossmünsterturms herab die Stadt. „An den beiden Quais war es fast so hell wie beim hellsten Vollmondslichte“, berichtete die „Zürcher Chronik“ über dieses denkwürdige Ereignis. Es dauerte allerdings noch einige Jahre bis wirkliche Lichtanlagen folgten, die mehr waren als nur Schauspiel oder Proben der Technik. Die Beginn der 1870er Jahre in Zürich mit batteriegespeisten Bogenlampen gemachten Versuche waren noch wenig befriedigend. Eine erste Festinstallation folgte 1879 im Maschinenhaus Letten. Eine erste Privatinstallation in Zürich leistete sich 1882 der preussische Seidenfabrikant Karl Gustav Henneberg in seinem neuen, palastähnlichen Geschäftshaus im oberen Bahnhofstrassenquartier. Ebenfalls 1882 sorgte die Zürcher Telefonaktiengesellschaft für die elektrische Beleuchtung des Zürcher Hauptbahnhofs und eröffnete sich damit ein neues Geschäftsfeld. 1890 zählte man in der Stadt und ihrer Umgebung, womit vor allem das Industriequartier in Aussersihl gemeint war, 47 elektrische Installationen für 214 Bogen- und 3580 Glühlampen; die Energie wurde durch Wasserkraft, durch Dampfkraft und zum kleinen Teil durch Gasmotoren erzeugt.

Etwas später als die Lichtanlagen kamen Elektromotoren, Koch- und Heizapparate auf den Markt. 1894

wurden in der Stadt Zürich innerhalb von nur vier Monaten 19 Elektromotoren in Betrieb gesetzt, hauptsächlich von Metzgern, welche die neue „Betriebskraft“ besonders schätzten.

ENTWICKLUNGSSCHUB NACH 1890

ELEKTROTECHNIK UND ELEKTRIZITÄTSWERKE

In den 1890er Jahren machten Elektrotechnik und Elektroindustrie rasante Fortschritte. Daran beteiligt waren zahlreiche Zürcher Firmen. Die 1876 gegründete Maschinenfabrik Oerlikon besass seit 1884/85 eine elektrotechnische Abteilung unter der Leitung von Charles Brown, und dies war auch der Fall bei anderen Industrieunternehmen wie zum Beispiel der Lokomotive- und Maschinenfabrik in Winterthur. Charles Brown gründete 1891 zusammen mit Walter Boveri die Brown, Boveri & Cie. in Baden, die BBC. In Uster stellte die Firma von Alfred Zellweger seit 1880 elektrische Apparate her: Lichtanlagen, Läutwerke, Telefonanlagen und Elektromotoren. An der Eidgenössischen Technischen Hochschule gab es ab 1867 Vorlesungen über Elektrizität, Elektrodynamik und Elektromagnetismus, ab 1885 am Technikum in Winterthur elektrotechnischen Unterricht.

Voraussetzung für die Nutzung der neuen Energie waren Elektrizitätswerke, die genügend Leistung erzeugten, um grossräumig Dörfer, Städte, ja ganze Gegenden mit Strom zu versorgen. Solche entstanden seit den 1890er Jahren zum Teil auf privater Basis, zum Teil als öffentliche Unternehmungen. In Hütten zum Beispiel baute 1895 eine durch Wädenswiler Tuchfabrikanten initiierte Aktiengesellschaft ein Kraftwerk an der Sihl, das zunächst die Ortschaften Schönenberg, Richterswil, Wädenswil, Horgen, Oberrieden und Thalwil mit Strom belieferte. Nach 1900 wurde die Motor AG, eine Gründung der Brown, Boveri & Cie in Baden, zu einer wichtigen Stromlieferantin im Kanton Zürich mit ihren Wasserkraftwerken Beznau und Löntsch. Sie versorgte unter anderem ab 1904 das Elektri-

tätswerk der Stadt Winterthur EWW mit Strom. Das 1890 gegründete Elektrizitätswerk der Stadt Zürich EWZ besass eigene Kraftwerke, ab 1909 auch im fernen Graubünden. Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ entstanden 1908 nach einer kantonalen Volksabstimmung durch den Erwerb der wichtigsten privaten Elektrizitätswerke bzw. ihrer Netzanlagen im Zürcher Kantonsgebiet (Kraftwerke an der Sihl und in Dietikon, Anlagen der Motor AG).

DIE ERSTEN ELEKTROINSTALLATIONSFIRMEN

Während Firmen wie die Maschinenfabrik Oerlikon oder die Lokomotive- und Maschinenfabrik in Winterthur zu grossen und weltweit tätigen Unternehmungen wurden, gab es bereits auch eine Reihe von mittleren und kleineren Betrieben, die sich mit dem Bau und der Installation von elektrischen Anlagen beschäftigten; 1885 werden sechs solche erstmals im Stadtzürcher Adressbuch erwähnt. Diese frühen Elektroinstallationsfirmen im Kanton Zürich entstanden auf sehr verschiedene Weisen, wie die beiden folgenden Beispiele zeigen.

Die Firma Stirnemann & Weissenbach des Kaufmanns Otto Stirnemann und des Ingenieurs Werner Weissenbach vertrieb zunächst die Maschinen grosser ausländischer Unternehmen in der Schweiz und beschäftigte sich selbst mit dem Bau von Gasmotoren. Als in den 1880er Jahren die Elektrotechnik aufkam, wandte sich die Motorenfabrik diesem Gebiet zu. Sie plante und erstellte unter anderem das Elektrizitätswerk in Silvaplana und installierte in den 1890er Jahren in grosser Zahl Beleuchtungsanlagen, vor allem in Fabriken. Anders der Weg des 1857 geborenen Jakob Meisters: Das Verdingkind aus armen Verhältnissen erhielt die Chance, den Beruf eines Werkzeugmachers zu erlernen. Elektrische Uhren begeisterten ihn für die neue Technik; er trat bei „Grenz“, einem Pionier dieser Branche in Zürich, die Stelle eines Monteurs an und ergänzte seine mangelnden Berufskennnisse im Selbststudium. 1887 machte er sich an der Kuttelgasse als Schwachstrominstallateur selbständig. Seine Kunden,

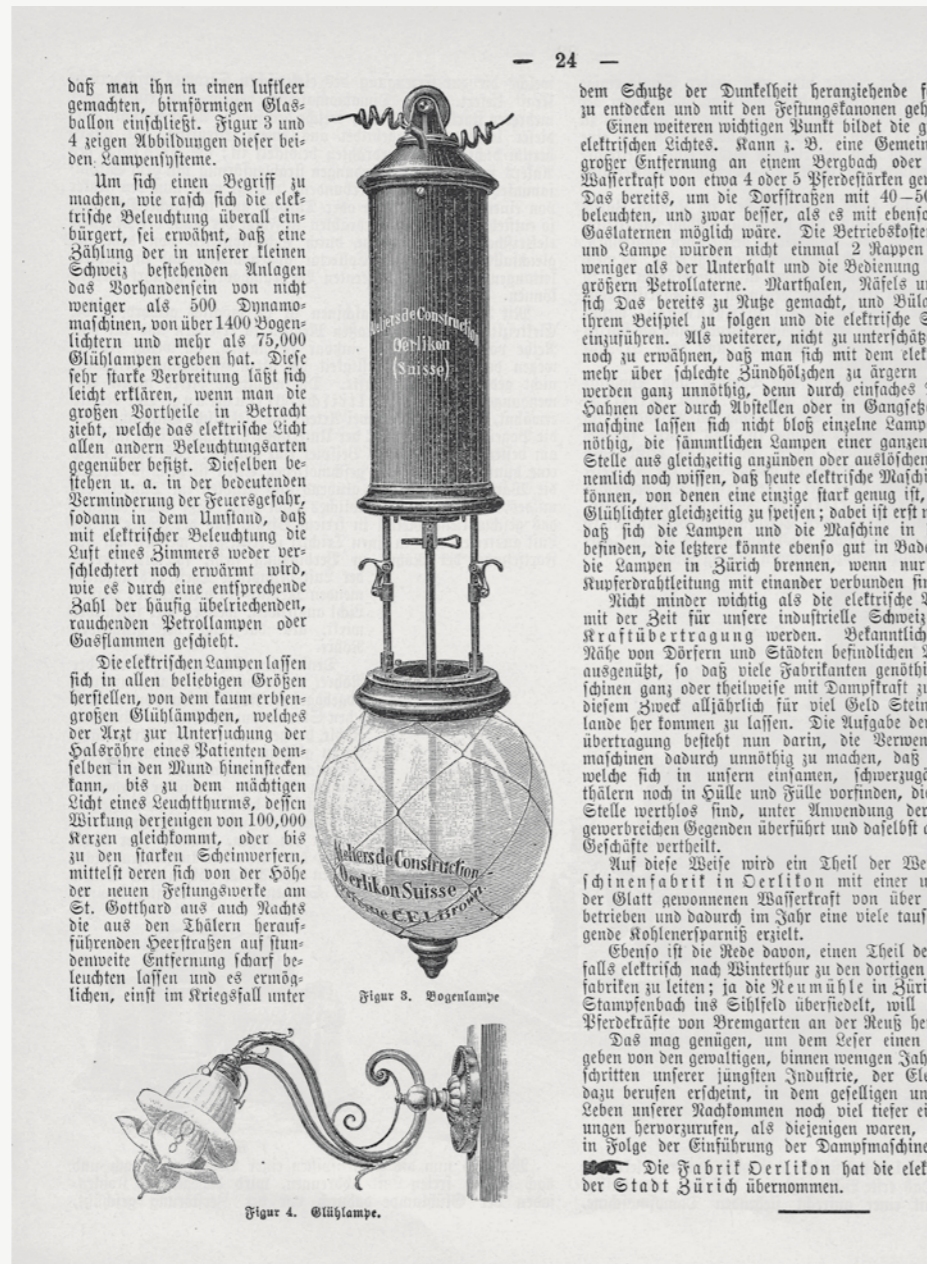
für die er zum Beispiel Läutanlagen montierte, waren Banken, Hotels, Geschäftshäuser. Jakob Meister galt als ein Vertreter jener ersten Generation der Elektroinstallateure, die sich durch „harte und zähe Arbeit“ aus „kümmerlichen Verhältnissen“ heraufzubringen wussten.

ELEKTRIZITÄTSWERKE UND PRIVATE INSTALLATEURE

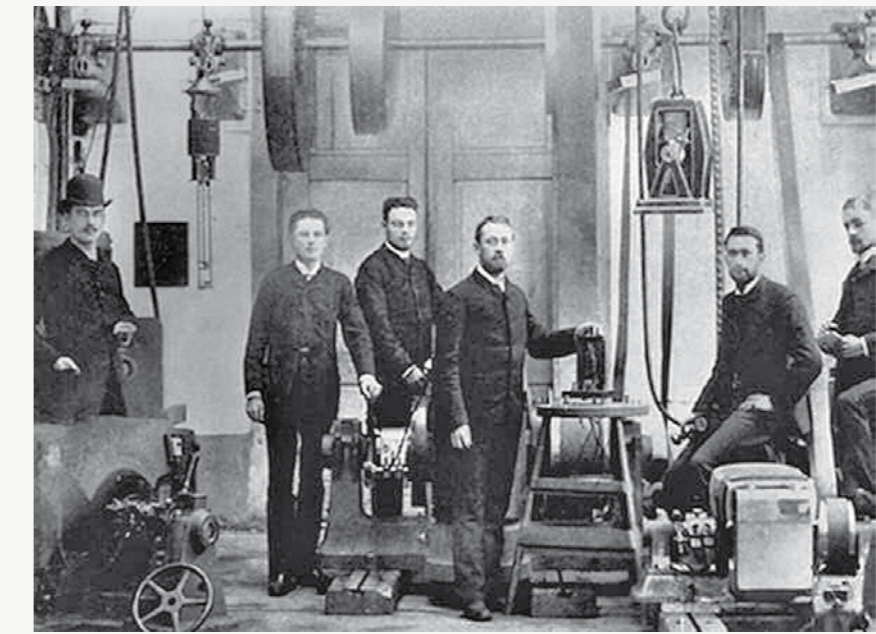
Die seit den 1890er Jahren entstandenen Elektrizitätswerke hatten die Möglichkeit, in ihren Versorgungsgebieten elektrische Hausinstallationen selbst auszuführen oder diese mit privaten Installateuren zu teilen und die Zahl der letzteren durch die Erteilung von Konzessionen zu beschränken – eine Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, die durch Verwaltungs- und Gerichtsurteile geschützt wurde. Die Motor AG, die nach 1900 einen bedeutenden Teil des Kantons Zürich durch ihre Anlagen in Dietikon, an der Sihl, in Beznau und in Löntsch mit Energie speiste, setzte ihr Installationsmonopol uneingeschränkt durch. Das Gleiche galt für zahlreiche Gemeindewerke wie Horgen, Meilen, Rüti oder der Gesellschaft für Elektrizität in Bülach. Andere Werke konzessionierten nur ein oder zwei Unternehmen wie zum Beispiel das Elektrizitätswerk Kirchuster, das während seines Bestehens von 1897 bis 1908 die Firma Alfred Zellweger in Uster und R. Trüb in Dübendorf mit der Ausführung aller Installationsarbeiten beauftragte, sich aber gleichzeitig die Abgabe von Glühlampen und Sicherungen selbst vorbehielt. Als Alfred Zellweger selbst Glühlampen zu verkaufen begann, wurde ihm der Entzug der Konzession angedroht.

Entscheidend für das private Installationsgewerbe im Kanton Zürich wurde die Praxis der Elektrizitätswerke von Stadt und Kanton Zürich. Diese betrieben eigene Installationsabteilungen um ihre Monteure ausreichend zu beschäftigen, erteilten aber auch privaten Firmen die Konzession zur Installation von Hausanlagen. In den ersten Jahresberichten dieser Werke wird aufgelistet, wer wie viele Installationen ausgeführt hatte. In der Stadt Zürich zum Beispiel installierte das kommunale

In David Bürklis „Zürcher Kalender aus dem Jahr 1891“ werden dem Publikum die Unterschiede zwischen Bogenlampen und Glühlampen erläutert. Der Kalender prophezeit ferner, dass die Fortschritte der Elektrotechnik das Leben nachhaltiger verändern würden als die Erfindung der Dampfmaschine.

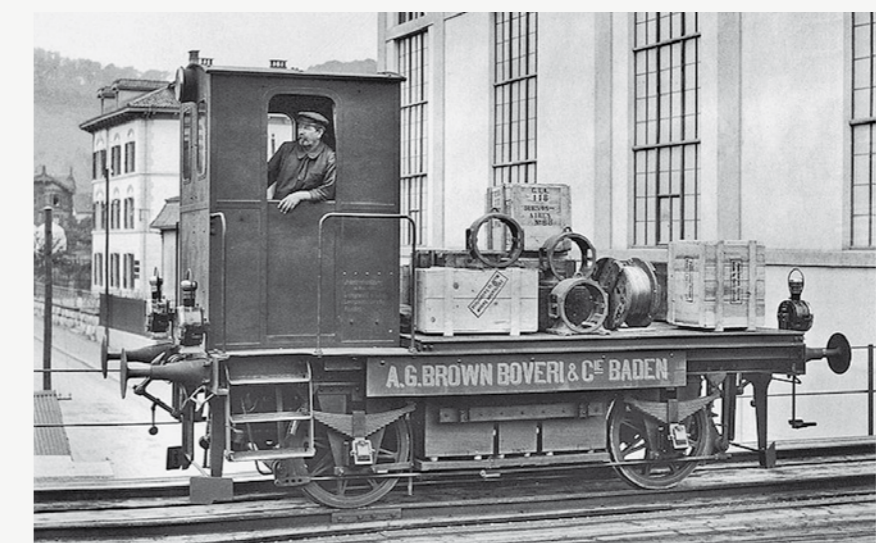


Bogenlampen und Glühlampen 1890 / 91



Die Gründerväter der BBC Baden

Charles Brown gründete 1891 zusammen mit Walter Boveri die Brown, Boveri & Cie. in Baden, die BBC. Die BBC stieg um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einem international führenden Unternehmen auf. Die Brown, Boveri & Cie spezialisierte sich auf die Herstellung von elektrischen Maschinen, Turbinen und elektrischen Ausrüstungen von Lokomotiven.



Brown, Boveri & Cie

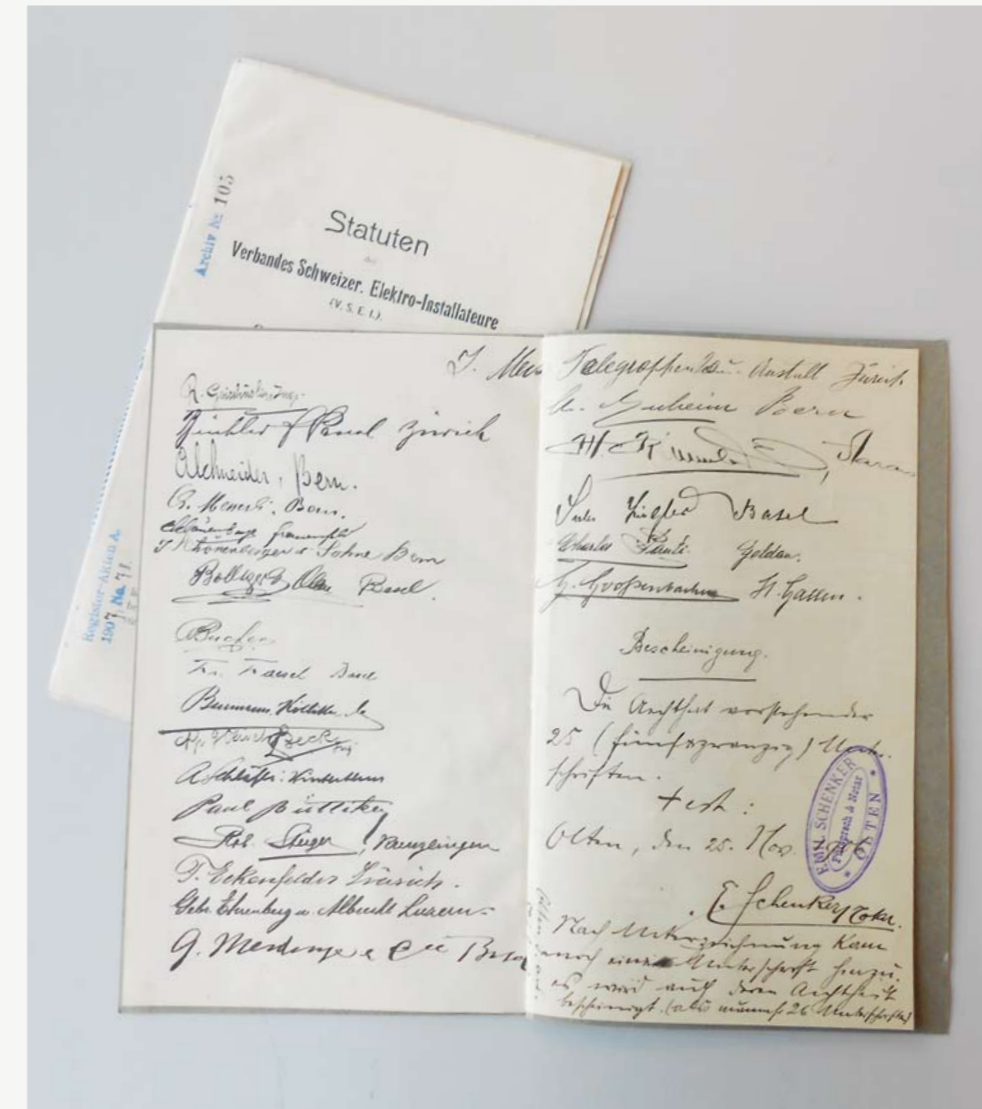
Die Elektrifizierung und insbesondere die elektrische Mobilität in der Stadt Zürich schreitet mit grossen Schritten voran.



Das Central in Zürich im Jahr 1910



Montage von Freileitungen im Jahr 1915



Beglaubigte Unterschriften des VSEI im Jahr 1907

Beglaubigte Unterschriften der Gründungsmitglieder des Verbandes Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen VSEI. Darunter die ersten Statuten, die 1907 auf dem Handelsregisteramt des Kantons Zürich eingereicht worden sind.

Werk im Jahr 1914 unter anderem 13'000 Glühlampen, 229 Motoren und 628 Bügeleisen, die 45 EWZ-Konzessionäre 20'500 Glühlampen, 351 Motoren und 30 Bügeleisen.

DIE GRÜNDUNG DES VSEI

Naturgemäss gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Installationsabteilungen der Werke und den privaten Installateuren nicht immer konfliktfrei, schliesslich handelte es sich um Konkurrenten mit ungleich langen Spiessen. Prägend für die Branche wurde aber vor allem auch die Konkurrenz in den eigenen Reihen. Die Schwierigkeiten der Preis- und Tarifgestaltung bei einem Auf- und Ab der Konjunktoren – der Hochkonjunktur von 1907 beispielsweise folgte ein rascher Absturz 1908 – führte zu einer verwerblichen Preisunterbieterei mit der Folge, dass oft sogar unter den Selbstkosten gearbeitet wurde. Das unregulierte Konkurrenzwesen war einer der Anstösse für die Gründung des Verbandes Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen VSEI im Jahr 1906. Von den 42 Gründungsmitgliedern stammten acht aus dem Kanton Zürich, zum Vizepräsidenten gewählt wurde Hans Bächler von der Firma Bächler & Pascal in Zürich. Zu den ersten Geschäften des Verbandes gehörte die Herausgabe von Minimaltarifen, die jedoch rasch zu Normaltarifen wurden und dennoch nicht einzuhalten waren. Die ungezügelter Konkurrenz und das Preisunterbieten sollten noch während langer Jahrzehnte eine der Hauptsorgen der Elektroinstallationsbranche und ihrer Berufsvereinigungen bilden.

DIE ERSTE VERBANDSGRÜNDUNG IM KANTON ZÜRICH: DER VZEI, VERBAND ZÜRCHER ELEKTROINSTALLATIONSFIRMEN, 1915 BIS 1923

ERSTER WELTKRIEG UND EIN ERSTER VERBAND
ZÜRCHER ELEKTROINSTALLATEURE 1915

DER STADTZÜRCHER VERBAND VZEI, 1915–1923

2

DIE ERSTE VERBANDSGRÜNDUNG IM KANTON ZÜRICH: DER VZEI, VERBAND ZÜRCHER ELEKTROINSTALLATIONSFIRMEN, 1915 BIS 1923

ERSTER WELTKRIEG UND EIN ERSTER VERBAND ZÜRCHER ELEKTRO- INSTALLATEURE 1915

TROTZ KRIEGSKONJUNKTUR EINE SCHWIERIGE LAGE

Im August 1914 brach der Erste Weltkrieg aus, der bis 1918 dauerte. Die Schweiz blieb von direkten Kriegshandlungen verschont, war aber von den sozialen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen stark betroffen. Zunächst führten im Herbst 1914 die Mobilmachung der Armee, die Dienstpflicht vieler Installateure und Monteure sowie die Lähmung der Wirtschaft überhaupt zu einem Beschäftigungseinbruch. In der Stadt Zürich beschäftigten die privaten Elektroinstallateure im Oktober 1914 mit 150 Arbeitern noch halb so viele Monteure wie sechs Monate zuvor.

Bald aber änderten sich die Verhältnisse. Kriegsbedingt wurden Kohle und Petroleum zu knappen Gütern, auch der Gasverbrauch musste eingeschränkt werden. Die Schweiz wurde deshalb im Bereich der Energie geradezu auf den Weg der beschleunigten Elektrifizierung gezwungen. Die Einführung des elektrischen Lichts und die Anwendung von elektrischen Motoren, Koch- und Heizapparaten wurden vorangetrieben; mit den elektrischen Anschlüssen wuchs in besser gestellten Haushalten auch das Bedürfnis nach Bügeleisen, Öfen, Schnellkochen, Réchauds und Wärmeplatten, Tee- und Kaffeemaschinen, Haartrocknungsapparaten, Heizkissen und Heizteppichen. Für die Elektrizitätswirtschaft und die Elektroinstallationsbranche brach ab 1915/16 die Zeit einer „nie dagewesenen gesteigerten Installationstätigkeit“ (so schrieb der Stadtrat von Zürich) im Dienst des Landes und der Bevölkerung an, die Obsorge für Licht, Kraft und Wärme durch Strom in einer dunklen Zeit.

Die Erschliessung des Kantons Zürich durch die Elektrizität fiel somit in die Zeit des Ersten Weltkriegs von

1914 bis 1918, obwohl Personal- und Materialmangel herrschte. Vor allem Kupfer war nicht in genügender Menge zu haben und musste schliesslich durch galvanisierten Eisendraht ersetzt werden. Vor dem Krieg war jede fünfte Gemeinde im Kanton Zürich ohne Stromanschluss, danach keine mehr.

Allerdings begannen seit 1915 – gleichzeitig mit der Kriegskonjunktur – die Preise und Löhne massiv zu steigen. Isolierte Drähte und Kabel zum Beispiel kosteten 1918 dreimal soviel wie vor dem Krieg, die Löhne waren um achtzig Prozent gestiegen, die verbindlichen, von den Elektrizitätswerken vorgegebenen maximalen Installationstarife hingegen aus sozialen und kriegswirtschaftlichen Gründen um nur etwa sechzig Prozent. Unter Druck kamen Preise und Verdienst, (insbesondere auf dem Platz Zürich) auch wegen der Gründung von zahlreichen kleinen Betrieben durch Monteure, die sich selbständig machten und die von der Kriegskonjunktur zu profitieren suchten. Im Jahr 1913 gab es 39 vom Elektrizitätswerk der Stadt Zürich EWZ konzessionierte Elektroinstallationsbetriebe, im Jahr 1918 waren es 70. Ferner gab es nicht wenige „unkontrollierte“ Arbeiter, die „schwarz“ ins Geschäft drängten. Und natürlich war da die Installationsabteilung der städtischen Elektrizitätswerke selbst, die einen bedeutenden Teil der Hausinstallationen ausführte.

Hochkonjunktur bedeutete für das Installationsgewerbe deshalb noch kein genügendes Auskommen; eine „Kriegsgewinnlerin“ war die Branche in keiner Weise. Vielmehr führten die Umstände zu einem brutalen und unregelmässigen Konkurrenzkampf, der die Elektroinstallationsbranche völlig zu ruinieren drohte.

DIE GRÜNDUNG DES VZEI, VERBAND ZÜRCHER ELEKTROINSTALLATIONSFIRMEN, 1915

Unter diesen schwierigen Konkurrenz- und Preisverhältnissen entschlossen sich im Sommer des Jahres



Inserat eines Heizkissenherstellers im Jahr 1915



Bericht in der „Elektroindustrie“

Inserat in der „Elektroindustrie“ des Kriegsjahres 1915. Gefragt waren gemäss Heizkissenhersteller Otto Baur in Zürich „warme Füsse – kühler Kopf.“

Unten: Bericht in der „Elektroindustrie“ über die Versammlung von Zürcher Elektroinstallateuren in der letzten Juliwoche 1915 mit dem Beschluss, einen zürcherischen Meisterverband zu gründen.

1915 einige Stadtzürcher Elektroinstallateure die Gründung eines zürcherischen Verbandes in die Wege zu leiten; lokale oder regionale Verbände bestanden damals in dieser oder jener Form bereits in Genf, Bern und Sankt Gallen. In der letzten Juliwoche 1915 berief der Präsident des Stadtzürcher Gewerbevereins, Eduard Boos-Jegher, die konzessionierten Elektroinstallationsfirmen der Stadt Zürich zu einer Orientierungsversammlung ein. Dem Ruf folgten fünfzehn Firmen, Tagungspräsident war Elektroingenieur Heinrich Baumann-Stirnemann, Mitinhaber der Firma Baumann & Koelliker AG. Der Gewerbepräsident und der Präsident des VSEI, Friedrich Frey-Fürst aus Luzern, hielten Referate über die Notwendigkeit beruflicher Zusammenschlüsse und über die Erfahrungen, die damit im In- und Ausland gemacht worden waren. Gemäss dem Bericht in der „Elektroindustrie“, dem 1909 gegründeten Fachorgan des VSEI, folgte eine lebhafte Diskussion unter den Teilnehmern, unter anderem, ob ein stadtzürcherischer oder ein kantonalzürcherischer Verband zu gründen war. Durch Mehrheitsbeschluss fiel schliesslich der Entscheid, einen Stadtzürcher Verband zu gründen, der jedoch auch weiteren Firmen im Kanton Zürich offen stehen sollte. Diese Stossrichtung ergab sich als Konsequenz aus der Sachlage, dass die Preis- und Konkurrenzverhältnisse vor allem in der Hauptstadt untragbar geworden waren und vordringlich hier für eine Sanierung der Branche gesorgt werden musste.

Am Donnerstag, 19. August 1915 folgte die definitive Gründung des VZEI, des Verbandes Zürcher Elektroinstallationsfirmen. Die näheren Umstände sind nicht bekannt, da weitere Nachrichten über die konstituierende Sitzung fehlen. Das Präsidium im ersten Verbandsjahr übernahm Elektroingenieur Heinrich Baumann-Stirnemann, Mitbegründer der Firma Baumann & Koelliker AG. in Zürich und wohl die treibende Kraft der Verbandegründung. Zu den Pionieren gehörten etwa fünfzehn der damals rund vierzig Elektroinstallationsfirmen der Stadt Zürich, wodurch die Zürcher zu einer grossen Sektion des VSEI wurden. Die Statuten entsprachen hauptsächlich jenen des Zentralverbandes und der bereits bestehenden Sektionen. „Wir hoffen gerne, dass es unseren zürcherischen Kol-

legen gelingen wird, einen lebensfähigen, kräftigen Verband zur Förderung aller Berufsfragen zu gründen“, begrüsst der Berichterstatter in der „Elektroindustrie“ die neue Sektion in Zürich.

DER STADTZÜRCHER VERBAND VZEI, 1915–1923

„ORDNUNG IN DEN WIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERB BRINGEN:“ DAS REGULATIV VON 1917

Der Start fiel dem neuen Zürcher Verband nicht leicht. Der VZEI habe gleich nach seiner Gründung „Perioden der Krise“ durchstehen und „innere Wandlungen“ vollziehen müssen, die sein Weiterbestehen gefährdeten, hiess es im Rückblick. Als Gründe für diese Schwierigkeiten werden der Streit mit den Elektrizitätswerken um deren Installationstätigkeit sowie „Erscheinungen des rücksichtslosen Konkurrenzkampfes“ genannt, die jeden Unternehmerverband ins Wanken zu bringen vermöge. Vielleicht lag es an diesen Problemen, dass der Gründungspräsident Heinrich Baumann-Stirnemann sein Amt bereits nach Jahresfrist in andere Hände weiterreichte.

Aber der VZEI vermochte die anfänglichen Turbulenzen zu überwinden. Er konnte sich den wirtschaftlichen Fragen zuwenden, die das Installationsgewerbe seit seinem Entstehen beschäftigten, die nun aber unter den ausserordentlichen Verhältnissen der Kriegsjahre akut wurden: dem Preis- und Konkurrenzwesen. Denkwürdig war die Generalversammlung vom 4. August 1917. Mit grosser Mehrheit genehmigte diese ein Regulativ über das Verfahren bei der Ausschreibung von öffentlichen Wettbewerben zur Erstellung von Starkstromanlagen sowie einen zürcherischen Tarif für Hausinstallationen. Damit war der lange Reigen von Versuchen eröffnet, den Wettbewerb unter den Zürcher Elektroinstallateuren und die Preise in kontrollierte Bahnen zu lenken – Versuche, die bis um 1970 und darüber hinaus ein Hauptthema der Zürcher Elektroinstallateure bleiben sollten.

Das Regulativ war für die Verbandsmitglieder obligatorisch. Es führte Konkurrentenversammlungen ein, in denen Minimalofferten festgelegt wurden, die nicht unterboten werden durfte. Die Geschäfte besorgte ein neutrales Sekretariat, dem auch Einblick in die relevanten Geschäftsunterlagen zu gewähren war. Zur Sicherheit, dass die Bestimmungen eingehalten wurden, waren Eigenwechsel in der Höhe von 1000 bis 2000 Franken zu deponieren; in Streitfällen entschied ein dreiköpfiges Fachschiedsgericht mit einem Juristen als Protokollführer endgültig. Die Auslagen wurden aus den Abgaben bestritten, welche die Submissionsgewinner beizusteuern hatten.

Der Tarif für Hausinstallationen bestand aus 23 Druckseiten und war eine Bearbeitung des schweizerischen Tarifs nach den besonderen zürcherischen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der seit Kriegsbeginn enorm gestiegenen Materialpreise. Der zürcherische Tarif wollte aber auch den Anstoss für eine Reform der Preisberechnungen überhaupt darstellen. In die beiden Erlasse wurden grosse Hoffnungen gesetzt. Die „Elektrozeitung“ schrieb: „Sie sollten geeignet sein, gesündere Konkurrenzverhältnisse, vermehrtes gegenseitiges Zutrauen zu schaffen und vielfach bestehende Vorurteile zu beseitigen.“ Die Erfahrungen sollten in der Folge allerdings zeigen, dass die zum Teil einschneidenden Wettbewerbseinschränkungen oft als „unbequem“ empfunden und umgangen wurden.

AUS DEM VEREINSLEBEN DES VZEI

Die Orts-Sektion Zürich habe „sich sehr erweitert und entwickelt und bereits gemeinschaftlich verschiedene nützliche Fragen von internem Charakter gelöst“, hiess es im Jahresbericht des VSEI 1917. Zwei Jahre später gehörten dem Verband 45 Mitglieder an und damit, mit Ausnahme der kleinen Firmen, alle wichtigen Elektroinstallationsunternehmen in der Stadt und im Kanton Zürich; sie beschäftigten über achtzig Prozent der Arbeitnehmer in ihrer Branche. Ihre Tätigkeit konzentrierte sich auf die Städte Zürich und Winterthur sowie auf die von da aus leicht erreichbaren Ortsnetze; entferntere und kleinere Ortschaften blieben, der

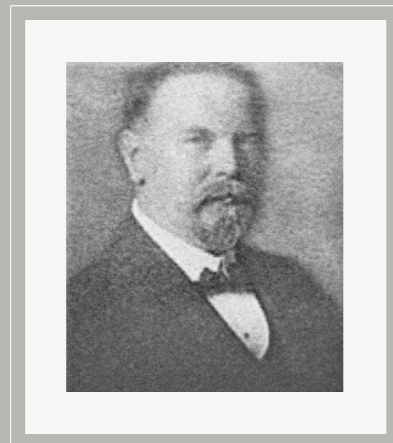
grossen Spesen wegen, der Installationsabteilung der kantonalen Werke überlassen. Zürich war damit zur stärksten Verbandssektion des VSEI geworden. 1919 fanden zwanzig Vorstandssitzungen und fünf Mitgliederversammlungen statt, das Vereinsvermögen betrug 6032 Franken.

Mit dem Einsetzen der Arbeitskrise anfangs 1919 beteiligte sich der VZEI an der Verteilung der öffentlichen Notstandsarbeiten unter den Verbandsmitgliedern. 1921 gelang es ihm den Zürcher Regierungsrat von einem Projekt zu überzeugen, das den Anschluss von abgelegenen Höfen im Kanton Zürich subventionierte. Der VZEI gehörte auch zu den wenigen Arbeitgeberverbänden in Zürich, welche die Kontrolle und Auszahlung von Arbeitslosengeldern selbst durchführten; die Firmen hatten sich daran mit bestimmten Beträgen pro Arbeitnehmer zu beteiligen. Wenig Erfolg war ihm in der Vermittlung von arbeitslosen Monteuren an das kantonale Meliorationsamt beschieden; die meisten traten die Arbeit nicht an oder verliessen sie wieder nach wenigen Tagen. Vor der Einigungskommission – wenn Forderungen von Arbeitnehmern auf Unterstützung durch die Arbeitgeber zu verhandeln waren – liess sich der Verband mit Erfolg durch einen Rechtsanwalt vertreten.

Mit der steigenden Geschäftslast wurde ein Verbandssekretariat notwendig. Ein solches wurde 1920 gemeinsam mit dem VSEI am Stauffacherplatz 3 in Zürich eingerichtet. Der Sekretär übernahm nebst anderen Aufgaben – gegen eine kleine Gebühr für die Mitglieder des VZEI – Inkassos zu besorgen, Vertretungen vor Gericht zu übernehmen und Rechtsauskünfte zu erteilen. Das Sekretariat führte zunächst Ernst Blickensdorfer, der aber noch im ersten Jahr durch den Juristen Dr. Paul Wiesendanger abgelöst wurde.

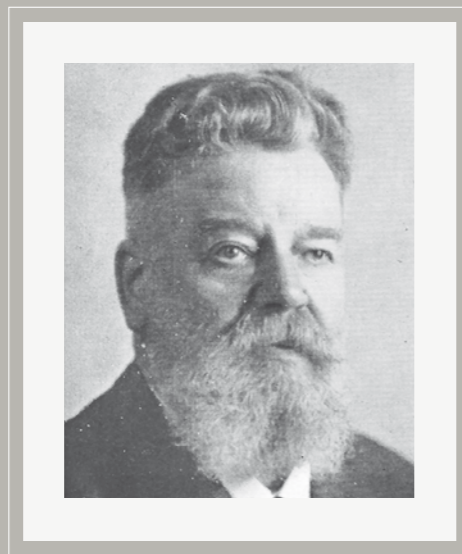
Zum Programm des Verbandes gehörte die Geselligkeit. Am 3. Februar 1918 beispielsweise veranstaltete der VZEI im Restaurant „Weisser Wind“ einen Familienabend. Über hundert Gäste liessen sich von Präsident Heinrich Egli anhand von Lichtbildern durch Südamerika führen und genossen anschliessend die aufgetragenen Berner Platten. Im Restaurant „Kropf“ und später im „Stroh Hof“ war an einem Abend wö-

Heinrich Baumann-Stirnemann (1864–1947), Mitinhaber der Firma Baumann & Koelliker AG, Initiator zur Gründung eines Meisterverbandes der Zürcher Elektroinstallateure und dessen erster Präsident von 1915 bis 1916.



Heinrich Baumann, 1864–1947

Unten:
Heinrich Egli (1871–1942), Elektroingenieur, Präsident des Verbandes Zürcher Elektroinstallationsfirmen von 1916 bis 1919, von 1918 bis 1926 Präsident des Landesverbandes VSEI.



Heinrich Egli, 1871–1942

chentlich eine Ecke für die Elektroinstallateure reserviert; an diesem „Zürcher Meistertisch“, an dem ungewohnter und geselliger Ton herrschte, waren auch auswärtige Kollegen willkommen.

DIE PRÄSIDENTEN DES VZEI BIS ZUR GRÜNDUNG DES KANTONALVERBANDES 1923

Erster Präsident des Stadtzürcher Elektroinstallateuren Verbands 1915/16 war Heinrich Baumann-Stirnemann (1864–1947). Nach dem Studium an der nachmaligen ETH arbeitete er als Ingenieur bei der Zürcher Telefongesellschaft, ab 1889 in der Firma seines Schwiegervaters Stirnemann & Weissenbach in Zürich. Diese Firma übernahm er 1905 zusammen mit Gottlieb Koelliker (Baumann & Koelliker AG) und gehörte ihr bis 1921 als Teilhaber an. Es folgten weitere selbständige Tätigkeiten in Herrliberg und in Frankreich, wo er 1947 auf dem Landgut seines Sohnes starb. Die Firma Baumann & Koelliker gehörte 1906 zu den Gründern des VSEI; vor seiner Verbandstätigkeit in Zürich war Heinrich Baumann von 1910 bis 1913 Zentralvorstandsmitglied des VSEI und 1912/13 dessen Vizepräsident.

Zweiter Präsident des VZEI war von 1916 bis 1919 Heinrich Egli (1871–1942), Elektroingenieur, Mitinhaber der Firma Kägi & Egli am Stauffacherplatz in Zürich. Diese projektierte und montierte elektrische Anlagen, vertrieb Beleuchtungskörper, Koch- und Heizapparate, Dynamos, Elektromotoren und Transformatoren; angegliedert an diese bedeutenden Firma war auch eine elektromechanische Werkstätte. Heinrich Egli war eine initiative Persönlichkeit die vielerlei Funktionen übernahm; von 1918 bis 1926 war Egli Präsident des Landesverbandes VSEI.

Von Heinrich Egli ging das Präsidialamt von 1919 bis 1921 an Gottfried Maag-Eckenfelder an der Oberdorfstrasse in Zürich über. Dieser hatte 1913 das 1880 gegründete Geschäft des bekannten Telegrafbauers und Gründungsmitglieds des VSEI Fritz Eckenfelder übernommen, das spezialisiert war auf Telefonanlagen, elektrische Läut-, Sicherheits- und Feueralarmeinrichtungen sowie elektrische Uhren.

Gottfried Maag war Gründungsmitglied des VZEI und gehörte dem Vorstand ab 1915 an. Von 1920 bis 1927 war er auch Zentralvorstandsmitglied des VSEI, ab 1925 dessen Vizepräsident. Gottfried Maag-Eckenfelder war unter anderem der Verfasser einer Studie über die Arbeitslosigkeit im Elektroinstallationsgewerbe der Stadt Zürich von 1912 bis 1919.

Auf Gottfried Maag-Eckenfelder folgte von 1921 bis zur Gründung des Kantonalverbandes 1923 Fritz Emil Rauch (gest. 21.11.1960) im Präsidium des VZEI. Fritz E. Rauch war Prokurist in der Firma O. Seeberger am Neumarkt in Zürich, bis er dieses Geschäft 1919 unter dem Titel „Elektrische Anlagen und technisches Bureau“ als Inhaber übernahm. Fritz E. Rauch übernahm später wichtige Funktionen im Dienst des Berufsverbandes: Von 1923 bis 1927 war er Vizepräsident, von 1927 bis 1937 Präsident des Kantonalverbandes, von 1937 bis 1942 Zentralpräsident des Landesverbandes.

DIE ARBEITERSCHAFT UND EINE ERSTE ARBEITSORDNUNG

In die Jahre um das Kriegsende 1918 fielen die zahlreichen gewalttätigen Krawalle und die grossen sozialen Konflikte in Zürich, die im landesweiten Generalstreik vom 9. bis 15. November 1918 gipfelten. Mit ein Grund für die Unruhen waren die wirtschaftlichen Folgen des Krieges; die Preise stiegen, ohne dass die Löhne Schritt gehalten hätten. Unmittelbare Not war weit verbreitet, im Kanton Zürich war zu Beginn des Jahres 1918 jeder sechste Einwohner auf Unterstützung angewiesen. Es tat sich eine soziale Kluft auf zwischen den vornehmen Wohngegenden und den Arbeiterquartieren, die nicht mehr hingenommen wurde. Die Meinung, dass nach Kriegsende eine neue Wirtschaftsordnung „ohne Darbende und Prasser“ zu schaffen sei, war auch im bürgerlichen Lager weit verbreitet.

In Zürich waren zwei erste Lohnbewegungen der Elektromonteur seit Kriegsbeginn auf friedlichem Weg durch Verhandlungen beigelegt worden. Im Oktober 1917 gelang dies erst nach einem eintägigen Partialstreik durch das Zugeständnis einer zehnprozentigen

Lohnerhöhung und einer Anhebung der Teuerungszulagen. Die Arbeitgeber der Zürcher Elektroinstallationsbranche betrachteten die Vereinbarung als eine den Verhältnissen „in billiger Weise Rechnung tragende“ Lösung und als ihren Beitrag „zur Steuerung der Not des Arbeiters.“ Im August 1918 folgte nach zähen Verhandlungen zwischen dem VZEI und der SMUV (Sektion Zürich, Gruppe Elektromonteur) eine weitere auf die Dauer von vier Jahren abgeschlossene Arbeitsordnung. Diese brachte für die Monteure die 50-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag, Minimallöhne und eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung.

Manche nichtzürcherischen Kreise glaubten, dass die dortigen Arbeitgeber mit der neuen Arbeitsordnung „sehr wesentliche Zugeständnisse“ gemacht hätten. Aber in Zürich war man davon überzeugt, dass die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern neu und aus einer höheren Warte zu beurteilen waren. Während 1919 der Entwurf eines Gesamtarbeitsvertrags für die ganze Schweiz im VSEI auf heftige Opposition stiess und schliesslich nicht zustande kam, trat der VZEI entschieden für den Abschluss ein. In der Meinung, dass die Sektionen in der Regelung der Arbeitsverhältnisse autonom seien, akzeptierten der VZEI und die Sektion Elektromonteur des SMUV Zürich den Vertrag im August 1919 als für Zürich in Kraft, womit unter anderem die 48-Stunden-Woche eingeführt war. Dem Arbeitsvertrag war es zu danken, dass 1920 das Verhältnis zur Arbeiterschaft in Zürich als ein „leidlich gutes“ bezeichnet werden konnte.

Ein Arbeitsvertrag mit Minimallöhnen wurde 1920 auch in der Stadt Winterthur zwischen den dortigen Elektroinstallateuren und den Gewerkschaften abgeschlossen, nachdem es zuvor zu einem einwöchigen Streik der Monteure gekommen war.

DAS VERHÄLTNIS ZU DEN ELEKTRIZITÄTSWERKEN

Anlässlich der Beratungen zum Gesetz über die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich im Jahr 1907/08 hatte Regierungsrat Konrad Bleuler vor dem Kantonsrat

ausdrücklich erklärt, die kantonalen Werke würden „weder ein gänzlich noch ein teilweises Installationsmonopol“ beanspruchen. Bis um 1915 führte die Installationsabteilung der EKZ etwa die Hälfte der Aufträge durch, die andere Hälfte blieb den privaten Installateuren überlassen. Nach der Hochkonjunktur von 1911/12 aber verstärkte sich im Privatgewerbe der Eindruck, die EKZ würden im Nachhinein eine Monopolisierung anstreben und die private Konkurrenz ausschalten. Stein des Anstosses war insbesondere die aufgekommene Praxis des Werks, sich bei Neuanschlüssen von ganzen Gemeinden vertraglich das Installationsmonopol zu sichern. Ferner durften nur die EKZ selbst und die von ihnen konzessionierte Fabriken Elektromotoren verkaufen, den privaten Installateuren war dies untersagt.

Diese Praxis war Anlass zu einem, wie die Neue Zürcher Zeitung schrieb, „recht scharfen Angriff“ der Delegiertenversammlung des kantonalen Gewerbevereins vom 21. November 1915 in Altstetten gegen die EKZ. Bereits am folgenden Tag reichte Gottlieb Georg Geilinger (Winterthur) im Kantonsrat eine Interpellation ein, die von 94 Ratsmitgliedern unterstützt wurde. Ob es dem Kantonsrat bekannt sei, dass die EKZ durch die Monopolisierung der elektrischen Installationen und der Lieferung von Motoren die Berufstätigkeit der privaten Installateure weitgehend lahm lege, fragte der Interpellant.

Der Kantonsrat debattierte über die Interpellation im Januar und im Mai 1916. Die Vertreter der EKZ argumentierten, der Neuanschluss von Gemeinden an das Netz sei für die EKZ oft unrentabel, weshalb Ersatz geschaffen werden müsse durch die Übernahme von Hausinstallationen. Das Motorenmonopol bezwecke günstige Preise durch Vermeidung des Zwischenhandels und die Sicherung der Qualitätsstandards. Keineswegs sei das Ziel aber, das private Installationsgewerbe im Kanton Zürich auszuschalten.

Im Rat war man sich weitgehend einig, dass ein Installationsmonopol – obwohl ein solches durch Bundesrats- und Bundesgerichtsentscheide möglich gewesen wäre – im Kanton Zürich nicht erwünscht war.

Weil die EKZ den Installateuren entgegenkamen, in neu angeschlossenen Gemeinden deren Konkurrenz wieder zuliessen und unter gewissen Bedingungen auch den Verkauf von Motoren gestatteten, erklärten sich die Interpellanten schliesslich befriedigt und ihr Vorstoss konnte abgeschrieben werden.

Die Interpellation Geilinger hatte die Frage des Installationsmonopols im Kanton Zürich im Sinne des privaten Installationsgewerbes geklärt. Das Verhältnis zu den Installationsabteilungen der EKZ und auch der EWZ wurde allerdings noch bis um 1930 von mancherlei Differenzen getrübt, erst danach konnte von einer einvernehmlichen und schliesslich sogar guten Zusammenarbeit gesprochen werden. Noch längere Zeit beschäftigten hingegen Monopolansprüche kleinerer Gemeindewerke den Berufsverband; eine Übersicht des Zürcher Regierungsrates von 1921 über die Praxis der Gemeindewerke zeigte eine Vielfalt von Varianten, die von der völligen Monopolisierung bis zur völligen Freigabe der Hausinstallationen sowie des Verkaufs von Glühlampen und Apparaten reichte. Auf schweizerischer Ebene blieb das Thema bis in die 1940er Jahre virulent; zuletzt fiel das Monopol 1949 im Kanton Freiburg, erst ab jenem Jahr wurden dort Konzessionen an private Installateure erteilt.

**GRÜNDUNG UND ANFÄNGE DES KZEI UNTER
PRÄSIDENT WILHELM SCHULTHEIS-MÖCKLI, 1923 BIS 1927**

DIE GRÜNDUNG DES KANTONALVERBANDS
DER ZÜRCHER ELEKTROINSTALLATIONSFIRMEN KZEI, 1923

DIE ERSTEN JAHRE DES KZEI, 1923–1927

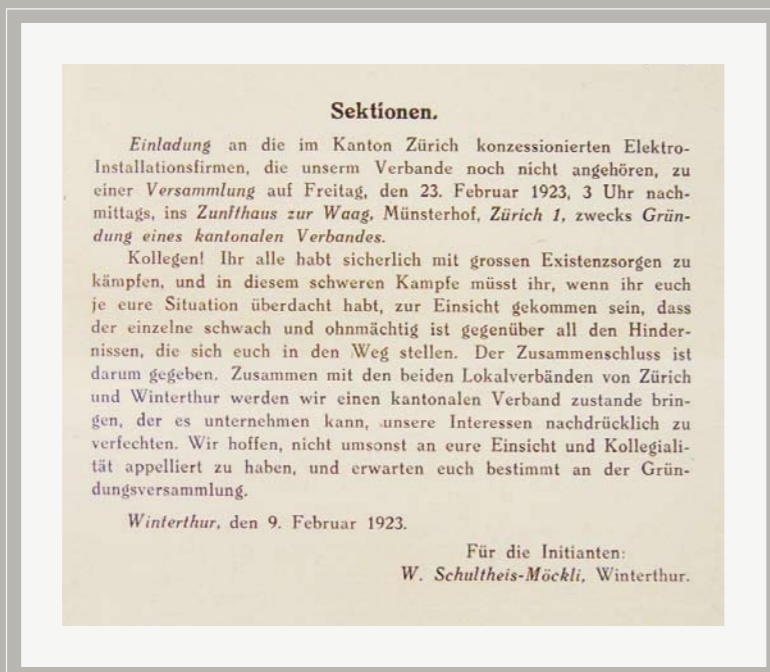
3

Wilhelm Schultheis-Möckli,
Winterthur, Gründungsvater
und erster Präsident des
Kantonverbandes von 1923
bis 1927.

Unten:
Einladung zur Orientierungsver-
sammlung über die Gründung
eines Kantonverbandes der
Elektroinstallateure im Kanton
Zürich am 23. Februar 1923 im
Zunfthaus zur Waag, erschienen
in der „Elektroindustrie.“



Wilhelm Schultheis-Möckli



Einladung zur Orientierungsversammlung,
23. Februar 1923

GRÜNDUNG UND ANFÄNGE DES KZEI UNTER PRÄSIDENT WILHELM SCHULTHEIS-MÖCKLI, 1923 BIS 1927

DIE GRÜNDUNG DES KANTONAL- VERBANDS DER ZÜRCHER ELEKTRO- INSTALLATIONSFIRMEN KZEI, 1923

DIE LAGE 1923: „KONKURRENZVERHÄLTNISSE, DIE NICHT DAS LICHT DES TAGES VERTRAGEN“

Die Lage zu Beginn der 1920er Jahre war düster. Die Wirtschaftskrise, die nach Kriegsende 1918 aus verschiedenen Gründen eingesetzt hatte und die das Gewerbe hart traf, war 1922 nicht überwunden; eine gewisse Besserung trat erst im Laufe des Jahres 1923 ein. Die Krise war begleitet von einem massiven Preiszerfall nach Kriegsende, der zu grossen Verlusten führte. Stark betroffen waren die Bau- und insbesondere die Elektroinstallationsbranche. Dieser fehlte es an Arbeit, denn die Stadt Zürich etwa war, wie es hiess, „installiert.“ Gleichzeitig aber blieb das Installationsgewerbe hoffnungslos überbesetzt durch die vielen neuen Firmen, die während der Kriegskonjunktur – oft auf unsicherer Basis – gegründet worden waren. Vor dem Krieg im Jahr 1913 wurden rund 55 Konzessionäre von EKZ und EWZ gezählt, im Jahr 1923 rund 170. Dazu kamen nicht wenige „unkontrollierte Monteure“, oftmals ohne ausreichende Kenntnisse im Nebenerwerb, die ins Geschäft drängten, und es blieb die Konkurrenz der Installationsabteilungen der Elektrizitätswerke, die wenigstens die Hälfte der Aufträge selbst ausführten.

Die Kämpfe der Installateure mit den verschiedenen Elektrizitätswerken im Kanton Zürich setzten sich fort. Bezirksräte und der Regierungsrat als Rekursinstanzen hielten daran fest, dass die Verhältnisse zwischen den Werken und den Privatinstallateuren privatrechtlicher Natur seien, weshalb keine Pflicht zur Erteilung von Konzessionen bestehe und Regulative über Anschlüsse von Hausinstallationen der Gewerbefreiheit nicht widersprechen; 1923 war deshalb der Elektrotechniker Traugott Stutz aus Erlenbach im Streit ge-

gen das Elektrizitätswerk Küssnacht vergeblich bis vor das Bundesgericht gelangt. Grossen Unmut erregte die Preispolitik der Werke für elektrische Apparate. Ins Visier der Zürcher Elektroinstallateure geriet 1922 eine Wanderausstellung der EKZ, an der Bügeleisen, Schnellkocher oder Bettwärmer zu Preisen angeboten wurden, mit denen die Installateure nicht mithalten konnten. Der Streit war Anlass für die sogenannte „Oltener Resolution“ des VSEI und es kam zu einem gehässigen Schlagabtausch zwischen den Zürcher Installateuren und den EKZ. „Die EKZ sollten nicht eine Erwerbsgruppe, welche heute wie keine andere an Arbeitslosigkeit zu leiden hat, durch ihre Konkurrenz noch schneller bodigen“, schrieb eine Gruppe Zürcher Installateure 1923.

Die Folge all dieser misslichen Verhältnisse war ein Existenz- und Konkurrenzkampf im Elektroinstallationsgewerbe, der – so der Eindruck vieler damaliger Installateure – die Branche zu verschlingen drohte. Preiszerfall, monopolistische Tendenzen der Elektrizitätswerke, mangelnde Aufträge, Überbesetzung des eigenen Gewerbes – das waren die Faktoren, die notgedrungen zum ruinösen Kampf aller gegen alle führten, zum gegenseitigen Preisunterbieten unter die Selbstkosten und unausweichlich zu Rivalität und Missgunst in den eigenen Reihen.

Die im VZEI vereinten Zürcher Installateure wussten, dass – nebst besserer Konjunktur – nur eine starke Vertretung der gemeinsamen gewerblichen Interessen weiterhelfen konnte. Sie waren es gewesen, die 1920 den Anstoss gegeben hatten zu einer Stärkung des VSEI und zur Pflicht der Mitglieder, sich in regionalen und kantonalen Sektionen zu organisieren. Sie selbst waren im Jahr 1917 noch stolz gewesen auf ihren hohen Organisationsgrad im Kanton Zürich, nun aber konnte von einem solchen nicht mehr die Rede sein. Die Zeit war reif für eine Reorganisation und einen Neuanfang ihres Berufsstandes.

Die Kollektivausstellung der Gruppe Winterthur des KZEI an der kantonalen Landwirtschafts- und Bezirks-Gewerbeausstellung 1924 in Winterthur.

Die „Elektroindustrie“ lobte: „Auf kleinem Platz ist hier in ausgesuchter Raumausnutzung und -verteilung und in wohlgefälliger Aufmachung eine Menge von elektrischen Apparaten und Materialien beisammen.“



Kollektivausstellung der Gruppe Winterthur des KZEI



Historisches Rowenta Bügeleisen

GRÜNDUNG DES KZEI AM 16. MÄRZ 1923

Der wegweisende Beschluss fiel an der Vorstandssitzung des VZEI vom 12. Dezember 1922 im Zunfthaus „Zimmerleuten“, zu der auch Vertreter der Landschaft eingeladen waren. Es wurde entschieden der kommenden Generalversammlung die Umwandlung des VZEI in einen kantonalen Verband vorzuschlagen.

Treibende Kraft des Unternehmens war ein Initiativkomitee um den Winterthurer Wilhelm Schultheis-Möckli, der seit 1909 Inhaber eines Elektroinstallationsgeschäfts in seiner Heimatstadt war. Dieses Komitee rief am 9. Februar 1923 alle im Kanton Zürich konzessionierten Elektroinstallationsfirmen, die dem Verband noch nicht angehörten, zur gemeinsamen Gründung eines kantonalen Verbandes auf. In der Einladung hiess es:

„Kollegen! Ihr alle habt sicherlich mit grossen Existenzsorgen zu kämpfen, und in diesen schweren Kämpfen müsst ihr, wenn ihr euch je eure Situation überdacht habt, zur Einsicht gekommen sein, dass der einzelne schwach und ohnmächtig ist gegenüber all den Hindernissen, die sich euch in den Weg stellen. Der Zusammenschluss ist darum gegeben. Zusammen mit den beiden Lokalverbänden von Zürich und Winterthur werden wir einen kantonalen Verband zustande bringen, der es unternehmen kann, unsere Interessen nachdrücklich zu verfechten.“

Unter dem Vorsitz von Wilhelm Schultheis-Möckli versammelten sich am 23. Februar 1923 im Zunfthaus zur Waag in Zürich 23 Installateure aus dem Kanton Zürich, die nicht Mitglieder des VZEI waren und auch nur zum Teil dem schweizerischen Verband angehörten. Es wurde rege diskutiert, und einstimmig sprach sich die Versammlung in der folgenden Abstimmung für die Gründung eines kantonalen Verbandes aus.

Die Gründungsversammlung des Kantonalverbandes Zürcher Elektroinstallationsfirmen fand statt am Freitag, 16. März 1923 im Zunfthaus zur Waag in Zürich. Der bisherige Vorstand des VZEI gab seinen Rücktritt bekannt um den Weg freizumachen für den Ausbau des Verbandes und die Neukonstituierung im kantonalen Rahmen. Alle 49 Anwesenden erklärten schriftlich ihren Beitritt. Zum ersten Präsidenten gewählt wurde

der Winterthurer Wilhelm Schultheis-Möckli. Ferner gehörten dem Vorstand drei Stadtzürcher und ein Installateur aus Andelfingen als Vertreter der Landschaft an. „Möge dieser weitere Ausbau unserer Organisation dazu beitragen, die notwendige Gesundung unseres Gewerbes zu fördern“, schrieb der Berichtstatter in der „Elektroindustrie.“ Der Präsident gab das Versprechen ab, ein „wachsameres Auge“ auf Unterbieter zu halten und diese zur Verantwortung zu ziehen.

Organisatorisch wurden innerhalb des Kantonalverbandes zwei Gruppen mit je eigenen Vorständen gebildet, eine Gruppe der EKZ-Konzessionäre und eine Gruppe der EWZ-Konzessionäre. Diese sollten ihre besonderen Interessen gegenüber diesen Elektrizitätswerken wahrnehmen. Ferner bestand weiterhin die Gruppe der Elektroinstallateure in der Stadt Winterthur und damit der Konzessionäre des dortigen EWW. Die Einkünfte des Kantonalverbandes wurden zunächst aus einer Eintrittsgebühr von 20 Franken und einem Jahresbeitrag bestritten, welcher abhängig war von der Zahl der beschäftigten Monteure. Die Sekretariatsgeschäfte besorgte gegen Entschädigung das Zentralsekretariat des VSEI, das am Stauffacherplatz in Zürich im Haus der Firma Kägi & Egli untergebracht war, in der Person von Dr. Paul Wiesendanger.

DIE ERSTEN JAHRE DES KZEI, 1923 – 1927

„DER KONKURRENZKAMPF IST ZUM REINEN VERNICHTUNGSKAMPF AUSGEARTET“, KZEI, 1926

Der 1923 gegründete KZEI führte den Kampf um die Sanierung der Elektroinstallationsbranche im Kanton Zürich auf verschiedenen Wegen: Es galt einerseits, eine gesunde Verständigung mit den Elektrizitätswerken zu erreichen; es galt andererseits, den Kampf gegen Preisunterbieter und „Pfuscher“ fortzusetzen und zu gewinnen. Und vor allem mussten Vertrauen und Kollegialität in den eigenen Reihen hergestellt werden. Dem Aufbau von Vertrauen und Kollegialität

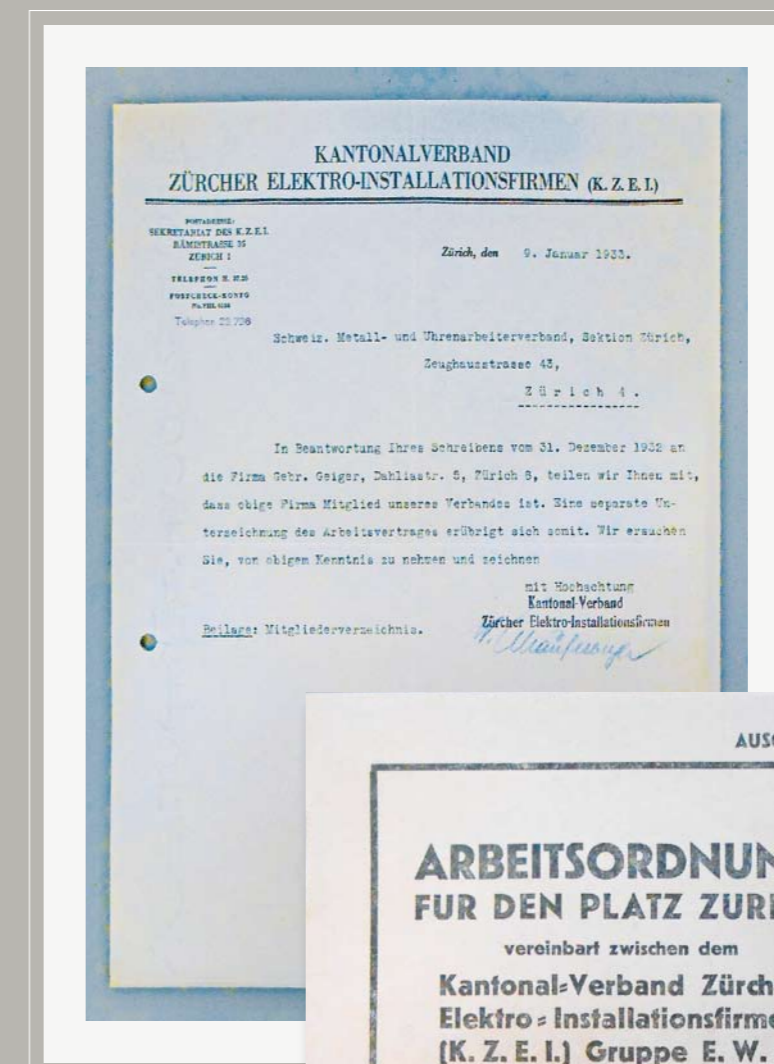
dienten die Anlässe und Veranstaltungen, die regelmässig abgehalten wurden. Bereits am Dienstag, dem 26. Juni 1923 führte ein erster Ausflug 37 Mitglieder in neun Automobilen bei strömendem Regen ins Wägital, wo an der Kraftwerkstaumauer gebaut wurde. Das Unternehmen war trotz des widrigen Wetters ein Erfolg, denn: „Als Verletzte sind nur gemeldet worden: fünf Pneus, ein Kugellager, ein Gartenhag und einige Kleinigkeiten.“ Der Verständigung mit den Elektrizitätswerken dienten die Verhandlungen und Aussprachen, die wiederkehrend über verschiedene Themen geführt wurden. Natürlich blieben die Werke die grossen Konkurrenten, aber schrittweise besserte sich das Verhältnis. Die Überzeugung, dass es viele gemeinsame Interessen gab, gewann an Boden. Bis 1925 zum Beispiel konnte erreicht werden, dass Konzessionsbewerber der Stadtzürcher und der kantonalen Elektrizitätswerke eine Prüfung über ihre Kenntnisse ablegen und Ausweise über ihre finanziellen Mittel erbringen mussten, was zuvor nicht der Fall gewesen war. Damit war ein wichtiger Schritt getan in Richtung einer Qualitätssicherung und im Kampf gegen „Pfuscher.“

Die grossen Probleme der Branche blieben indessen die Wettbewerbs- und Preisverhältnisse, in die keine Ordnung gebracht werden konnte. „Der Konkurrenzkampf ist zum reinen Vernichtungskampf ausgeartet“, hiess es im Jahresbericht 1925/26 des KZEI. Die Konkurrenz sei überall „zügello und ruinös“, wurde an der Generalversammlung von 1928 geklagt. Aber rasche Lösungen waren unter den gegebenen Umständen keine zu haben. Es wurden Beispiele bekannt, bei denen die Offerten für die Installation von Neubauten zwischen 5700 Franken und 12'000 Franken lagen. Unter den konkurrierenden Meistern waren „gegenseitige Verdächtigungen und gegenseitiges Heruntermachen“ weit verbreitet. In der Stadt Zürich scheiterten bis um 1930 nicht weniger als sechs Versuche der örtlichen Sektion, wenigstens in den eigenen Reihen ein verbindliches Konkurrenz- und Preisbildungsverfahren zu etablieren. Anhand der Stadtzürcher Baukostenstatistik von 1914 bis 1930 konnte gezeigt werden, dass sich in diesen Jahren die Preise des Elektroinstallationsgewerbes im Vergleich zur übrigen Baubranche unterdurchschnitt-

lich, die Löhne der Arbeiter sich aber überdurchschnittlich erhöht hatten. Es dienten diese Zahlen dem Vorstand und dem Sekretär des KZEI als ein objektiver Beweis für die Feststellung, dass die Verhältnisse im Zürcher Elektroinstallationsgewerbe tatsächlich ungesund waren und eine fatale Entwicklung genommen hatten. Gründe für die falsche Entwicklung waren, so wurde erneut konstatiert, die ungesunden Konkurrenzverhältnisse und die fehlende Verkaufs- und Preisorganisation in diesem Gewerbe aber auch mangelnde Kalkulationskenntnisse der Elektroinstallateure.

DAS VERHÄLTNISS ZUR ARBEITERSCHAFT: STREIK IN ZÜRICH 1925

Nicht nur die verderblichen Preis- und Konkurrenzverhältnisse prägten die Anfangsjahre des KZEI, sondern ebenso mehrere Arbeitskonflikte mit den Gewerkschaften in einer durch wirtschaftliche und soziale Probleme geprägten Zeit. Wie die Meisterschaft litten auch die Monteure und ihre Familien unter den Schwierigkeiten der Branche. Die Arbeitsverträge in den Städten Zürich und Winterthur waren 1921 gekündigt worden. Der vertragslose Zustand verlief zunächst ohne Arbeitsstörungen, auch wenn die Gewerkschaften auf eine neue Vereinbarung mit Minimallöhnen drängten, die von der Meisterschaft verweigert wurde. Der KZEI war nicht gegen einen neuen Arbeitsvertrag, verlangte jedoch die Unterstützung der Gewerkschaften in den Verhandlungen mit der Stadt Zürich wegen der ungenügenden Konzessionsverhältnisse beim EWZ. Als sich die Angelegenheit verzögerte, führte dies schliesslich – nach gescheiterten Verhandlungen vor dem kantonalen Einigungsamt am 31. August 1925 – zum Streik der Monteure. Dieser zog sich hin bis zum 21. September 1925, als ein neuer Arbeitsvertrag für das Elektroinstallationsgewerbe auf dem Platz Zürich abgeschlossen werden konnte. Die neue Regelung brachte zwar höhere Löhne und Zulagen, festigte aber auch die Solidarität unter den Arbeitgebern, so dass eine bedeutende Zahl von Aussenseitern für die Mitarbeit im Verband gewonnen werden konnte.



Schreiben des Sekretariats des KZEI aus dem Jahr 1933. Um 1930 hatte sich der Verband Briefpapier mit gedrucktem Briefkopf zugelegt.

Unten: Gedruckte Arbeitsordnung für das Elektroinstallationsgewerbe auf dem Platz Zürich, Ausgabe 1931.



**REGULIERUNG DER PREISE UND DES WETTBEWERBS
DURCH MELDESTELLEN:
DER KZEI UND SEINE GRUPPEN VON 1927 BIS 1947**

DIE GRÜNDUNG DER GRUPPEN GEISA UND GEIWO
UND IHRER MELDESTELLEN

DER KZEI UNTER DEM PRÄSIDIUM VON
FRITZ E. RAUCH, 1927–1937

KRIEGSJAHRE UND NACHKRIEGSKONJUNKTUR
1937–1947

4

**REGULIERUNG DER PREISE UND DES WETTBEWERBS
DURCH MELDESTELLEN: DER KZEI UND SEINE GRUPPEN
VON 1927 BIS 1947**

**DIE GRÜNDUNG DER GRUPPEN GEISA
(GRUPPE SEE UND AMT) UND
GEIWO (WINTERTHUR-OBERLAND)
UND IHRER MELDESTELLEN**

GEWERBEPOLITIK UM 1930

Die Jahre um 1930 waren in jeder Beziehung erneut eine schwierige Zeit. Die Stadt Zürich galt als ein wirtschaftliches Notstandsgebiet. Kommunisten und Frontisten forderten auf der Strasse die Staatsgewalt heraus. Im Zusammenhang mit einem Streik der Heizungsmonteur kam es am 15. Juni 1932 zu Krawallen, die als Zürcher „Blutnacht“ in die Geschichte eingingen und die zwei Todesopfer forderten. Eine Kantonsratsdebatte artete 1935 in Tötlichkeiten aus und musste abgebrochen werden.

Anhaltend schwierig war die Lage des Gewerbes, wie das die Branche der Elektroinstallateure in den 1920er Jahren exemplarisch bewies. Als um 1930 der Ruf laut wurde nach einer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Erneuerung der Schweiz, um die verfahren Situation – die Front zwischen ausbeuterischem Kapitalismus und materialistischem Marxismus zu überwinden – suchte auch die Gewerbepolitik nach neuen Wegen. Es lag zum Beispiel ein „St. Galler“ Entwurf des Präsidenten des Schweizerischen Gewerbeverbandes vor, der eine „grundsätzliche Neuordnung der Wirtschaft unter möglicher Wahrung liberalen Gedankengutes“ forderte und der den Zürcher Elektroinstallateuren an ihrer Generalversammlung von 1934 von ihrem Verbandssekretär zur Unterstützung empfohlen wurde. Ziel war eine den schweizerischen Verhältnissen angepasste berufsständische oder korporative Ordnung, die die Berufsverbände stärken und ihnen ein grösseres Mitspracherecht in Wirtschaftsfragen einräumen sollte. Vom Staat verlangt wurden Massnahmen zum Schutz vor den Auswüch-

sen des schrankenlosen Wettbewerbs, der den gewerbetreibenden Mittelstand zu vernichten drohte. Für das Elektrogewerbe bedeutete das unter anderem, das Konzessionssystem und den Verkauf des Installationsmaterials gesetzlich zu regeln. Selbst nahm man sich vor, im eigenen Stand für Korrektheit und Ordnung zu sorgen, um mehr Verantwortung für die Branche und das gesamte Gewerbe übernehmen zu können. „Sauberekeit und Ehrlichkeit sollen immer und überall erste Grundsätze in jedem Geschäft sein“, wurden 1935 die eigenen Reihen ermahnt.

Richtungweisend war der Entwurf eines Bundesgesetzes über den unerlaubten Wettbewerb, den der Bundesrat dem Parlament 1934 vorlegte. Der Entwurf verbot unter anderem Offerten, die eine fachgerechte Preisberechnung vortäuschten, aber offenkundig in einem Missverhältnis zu den verlangten Leistungen standen.

**BERECHNUNGS- UND MELDESTELLEN,
PREISBERECHNUNGSGEMEINSCHAFTEN**

Als ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lage des Gewerbes und „zur Verwirklichung der ständischen Ordnung“ galt um 1930 die Einrichtung von sogenannten „Berechnungs- und Meldestellen.“ In verschiedenen Branchen des Baugewerbes waren solche Stellen bereits mit Erfolg etabliert worden, wie an einer Orientierungsversammlung von Meldeleitern in Zürich 1932 zu erfahren war. Auftrieb erhielt die Idee damals durch den Entwurf zum Bundesgesetz über den unzulässigen Wettbewerb.

Aufgabe der Berechnungsstellen war es, korrekte Richtpreise festzulegen. Untersuchungen hatten gezeigt, dass die Summe der Preisgrundlagen: Materialkosten, Lohnkosten, Betriebskosten, für alle Firmen durchaus die gleichen waren und nicht von der Grös-



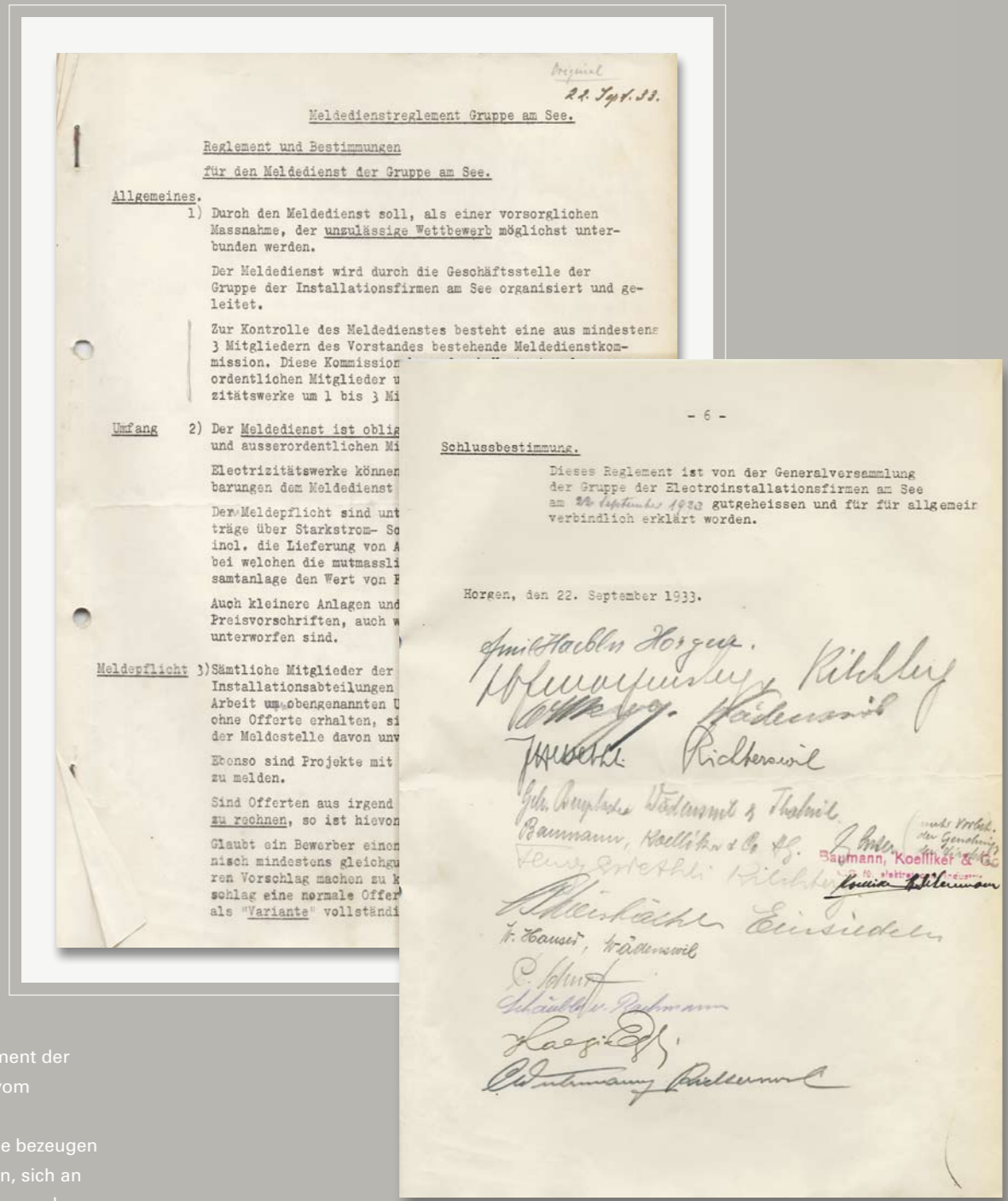
„Landsgemeinde“ des KZEI am 26. Mai 1932 auf der Forch

„Landsgemeinde“ des KZEI am 26. Mai 1932 auf der Forch. Das schlechte Wetter verhinderte, dass die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden konnte. So traf man sich im kleinen Saal der „Krone“, um „im Interesse des Berufes zu raten und taten“; ein Besuch des Wehrmännerdenkmals fehlte gleichwohl nicht, er entsprach dem Ernst der Zeit.



Elektroinstallationsgeschäft Schultheis-Möckli um 1930

Unten: Elektroinstallationsgeschäft Schultheis-Möckli um 1930 an der Steinberggasse 29 in Winterthur. Selbstverständlich waren für den Erfolg der Ladengeschäfte die Meisterfrauen und die Meistertöchter in hohem Masse mitverantwortlich.



Das Meldedienstreglement der Gruppe am See GEIS vom 22. September 1933. Die Gründer der Gruppe bezeugen mit ihren Unterschriften, sich an das Reglement zu halten und keinen „unzulässigen Wettbewerb“ in ihren Reihen zu dulden.

se des Betriebs abhingen. Durch die Berechnung von Durchschnittswerten liessen sich deshalb angemessene Preise ermitteln. Damit diese aber auch eingehalten und korrekt angewendet wurden, waren Meldestellen zur Prüfung der Offerten notwendig. Der Meldedienst kontrollierte die Ausschreibungen und die Preiskalkulationen und sorgte bei Differenzen für Transparenz und sachliche Aufklärung. Vereinbarungen wurden möglich zum Beispiel über die Gewährung von Rabatten oder die Eingabe von Kollektivofferten. Oft schon hätte die Transparenz in der Kalkulation Private und Behörden bewogen, „Schundofferten“ auszuschalten, weil unrealistische Abgebote durchschaut wurden – konnte mitgeteilt werden.

In der Stadt Zürich war bereits 1917 ein erstes Reglement der Elektroinstallateure zur Ordnung des Wettbewerbs erlassen worden, aber ohne grossen Erfolg. Die Konkurrenzverhältnisse blieben desolat. Bis 1935 scheiterten nicht weniger als sechs Versuche, durch gegenseitige Vereinbarungen und Verpflichtungen die Konkurrenz- und Preisverhältnisse in geordnete Bahnen zu lenken. Im Jahr 1931 untersuchte Theodor Schwarz, von 1910 bis 1912 Zentralpräsident des VSEI, die Verhältnisse in Zürich. Er kam zum Schluss, dass der „unsinnige Konkurrenzkampf“ den rechnerischen Umsatz von total sechs Millionen Franken um eine Million Franken geschmälert habe.

Am 22. November 1931 referierte Theodor Schwarz vor der Generalversammlung des KZEI über seine Erkenntnisse. Er kam zum Schluss, dass das Gesetz von Angebot und Nachfrage für die Branche nur von untergeordneter Bedeutung war. Bewiesen werde diese Behauptung durch die Tatsache, dass die Preise während der besseren Konjunktur um 1930 nicht gestiegen, sondern stark gefallen seien. Nicht durch die Nachfrage würden die Preise diktiert, sondern durch die „schwächsten Anbieter.“ Diese würden gedrängt durch finanzielle Verbindlichkeiten, durch fehlende Kalkulationskenntnisse und psychologisch durch eine ständige Existenzangst, die in der „Seele des Unternehmers“ liege. Deshalb würden Arbeiten zu Preisen angenommen, die nicht realistisch waren und zum Verderben der ganzen Branche führten. Die Sanierung

des Gewerbes könne nur gelingen durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, in denen Kenntnisse, Vertrauen und Selbstbewusstsein vermittelt würden. „Bedenken Sie“, mahnte der Referent abschliessend, „der Beruf ist als Stand eine Einheit, deren Mitglieder stark gleichgerichtete Lebensinteressen haben. Gefährdet werden diese Interessen nur durch die Schwäche der einzelnen und durch mangelnden Zusammenhang, nicht durch ausserhalb liegende Verhältnisse. Die Schwäche der einzelnen kann durch Erziehung behoben und der Zusammenhang durch Organisation geschaffen werden. Jede Organisation verlangt vom einzelnen scheinbare Opfer, die aber eben nur scheinbar sind.“

DIE GRÜNDUNG DER MELDESTELLE IN THALWIL UND DER GRUPPE GEISA 1933

Nicht nur in der Stadt Zürich, sondern auch im übrigen Kantonsgebiet waren die Verhältnisse im Elektroinstallationsbereich anhaltend misslich. Den Kampf um Aufträge nutzten Bauherren und Architekten um die Preise zu drücken und das Gewerbe gegeneinander auszuspielen. Die Folge war, dass sich die Installateure gegenseitig als Feinde betrachteten und sich kaum mehr grüssten. Da kam es im Jahr 1932 zu einem zufälligen Treffen zwischen den beiden Elektroinstallateuren Heinrich Brupbacher und Walter Hauser aus Wädenswil, an dem sie auf eine Offerte zu sprechen kamen. Ihre vertrauliche Aussprache hatte zur Folge, dass die Arbeit für einige hundert Franken teurer vergeben werden konnte als zunächst angenommen. Heinrich Brupbacher erinnerte sich später: „Da vergesse ich nicht, wie unser Walter Hauser erklärte, ‚mir sind dumi Chaibe, mer müend rede mitenand, so chömer Geld verdiene‘.“

Die Idee eines engeren Zusammenschlusses und der Gründung einer Meldestelle (oder Preisvereinbarungsgemeinschaft, wie sie auch genannt wurde) erhielt die Zustimmung einer Orientierungsversammlung in Wädenswil, obwohl es dort Bedenken gab, wie: „Das sei recht für die Grossen, die Kleinen müssen billiger sein können.“ Nach Vorarbeiten von

Theodor Schwarz, dem Fachreferenten des VSEI, konnte am 22. September 1933 in Horgen zur Konstituierung der Gruppe der Elektro-Installationsfirmen am See GEIS geschritten werden, zur Genehmigung der Statuten und des Meldedienstreglements; Gründungsmitglieder waren zehn der dreizehn in Frage kommenden Firmen aus dem EKZ-Verwaltungsbezirk Wädenswil, der von Kilchberg bis Richterswil und Einsiedeln reichte. Ziel der Gruppe war, den „unzulässigen Wettbewerb durch Schaffung reeller Grundlagen für das Preis- und Submissionswesen“ zu bekämpfen, mit den Elektrizitätswerken zusammenzuarbeiten, die Interessen der Mitglieder gegenüber Auftraggebern zu vertreten und überhaupt die berufsständische Entwicklung zu fördern.

Der eigentliche Zweck der neuen Sektion war das Meldedienstreglement und die in einem Büro in Thalwil angesiedelte Meldestelle. Dieser waren alle Offerten zu melden, die den Betrag von 300 Franken überstiegen. Die Meldestelle prüfte dann die Vollständigkeit der Offerunterlagen, ob die Berechnungsgrundlagen korrekt durchgeführt und den Preisgrundlagen entsprachen, die mit den EKZ abgesprochen worden waren. Auf Verstösse gegen das Reglement standen strenge Bussen. Die Auslagen für die Meldestelle wurden durch eine Abgabe von zwei Prozent auf die Aufträge bestritten.

Die Meldestelle in Thalwil nahm ihre Funktionen im Oktober 1933 auf. Meldedienstleiter war Theodor Schwarz, ab 1935 der Techniker Hermann Maritz. Für den Erfolg des Unternehmens entscheidend wurde die positive Haltung der EKZ, die sich ab 1934 am Projekt beteiligten. Im Herbst des gleichen Jahres konstituierte sich eine zweite Gruppe am rechten Seeufer mit einem Einzugsgebiet, das von der Stadtgrenze bis Hombrechtikon reichte. Sie beschloss am 2. Oktober 1934 die obligatorische Teilnahme an der Meldestelle der GEIS bereits ab dem folgenden Tag. 1936 folgten die Installateure im EKZ-Betriebskreis Affoltern (Amt, Limmattal und Furtal), womit die Gruppe zur GEISA wurde (Gruppe der Elektroinstallationsfirmen am See und im Amt).

DIE GRUPPE WINTERTHUR-OBERLAND, 1935

Die Erfahrungen mit der Meldestelle in Thalwil und die positive Bereitschaft der EKZ an den Preisvereinbarungen des Privatgewerbes mitzuwirken, führten bald zum Ruf nach einer Ausdehnung des Meldewesens auf das gesamte Stromversorgungsgebiet der EKZ; damals verfügten 90 Installateure über die EKZ-Konzession. Nach entsprechenden Vorarbeiten des KZEI fällt eine Versammlung von EKZ-Konzessionären am 14. März 1935 im Restaurant „Wartmann“ in Winterthur unter Mitwirkung der EKZ und der EWW einen entsprechenden Beschluss. Aus organisatorischen und praktischen Gründen entschied man sich, die Meldestelle der GEIS in Thalwil um das Amt und das Limmattal zu erweitern und in Winterthur eine zweite Meldestelle für den nördlichen Kantonsteil einzurichten, umfassend das Zürcher Oberland, die Bezirke Winterthur, Bülach, Dielsdorf und Andelfingen sowie Grenzgebiete in den Kantonen Thurgau und Schaffhausen. Die konstituierende Sitzung der Meldedienstgruppe „Winterthur-Oberland“ (Gruppe der Elektroinstallateure Winterthur-Oberland, GEIWO) fand am 9. April 1935 in Winterthur statt. Erster Gruppenobmann wurde Albert Bischof in Wülflingen, erster Leiter der Meldestelle der Techniker Robert Leemann. Die beteiligten Elektroinstallateure bekräftigten ihren Willen zur Zusammenarbeit, indem sie das Reglement persönlich unterzeichneten. Seine Tätigkeit nahm der Meldedienst in Winterthur am 15. Juni 1935 auf.

DER KZEI UND DIE GRUPPEN MIT IHREN MELDESTELLEN

Die Gründung der Gruppen GEISA und GEIWO mit ihren Meldestellen betraf natürlich in direkter Weise den Kantonalverband und war mit einigen Unstimmigkeiten verbunden.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Situation der Installationsbranche 1931/32 durch den Fachexperten des VSEI Theodor Schwarz, erstellte dieser für den Zürcher Kantonalverband eine Expertise mit „Bestimmungen über den Wettbewerb.“ Dieser sah

die Gründung einer Melde- und Berechnungsstelle durch den KZEI vor, um im Sinne des Gesetzesentwurfs des Bundes den „unzulässigen Wettbewerb“ zu verhindern. Aus verschiedenen Gründen jedoch, vielleicht wegen Widerständen in der Stadt Zürich, konnte das Konzept nicht umgesetzt werden. Als deswegen die Installateure am See für ihr Gebiet die Initiative ergriffen, wurde das vor allem durch den Kantonalpräsidenten Fritz E. Rauch, ungut aufgenommen. Vorgeworfen wurde der Gruppe eigenmächtiges Vorgehen gemeinsam mit dem Landesverband und vor allem die Zusammenarbeit mit dem Fachexperten des VSEI, der dem Kantonalverband aus verschiedenen Gründen – die unter anderem im Zusammenhang mit dem Streik von 1933 standen – nicht mehr genehm war. Am 28. September 1933 wurde dem Vorstand der Gruppe GEIS vom Kantonalpräsidenten und seinem Sekretär „eine richtige Moralpredigt“ gehalten und den Installateuren sogar mit dem „Rauswurf“ aus dem Kantonalverband gedroht. Der Ausgang der Generalversammlung des KZEI vom 19. Oktober 1933 im Restaurant zum „Hirschen“ in Obermeilen war ungewiss. Aber das entschiedene Votum des Zentralpräsidenten des VSEI Conrad Walser aus Zürich brachte die Wendung. Er erklärte, „dass man sich nur freuen sollte, dass eine solche kleine Gruppe den Mut aufgebracht habe und eifrig bestrebt sei, eine solche Meldestelle zu gründen und bessere Verhältnisse zu erreichen.“ Einstimmig wurde darauf der Präsident der GEIS Heinrich Brupbacher in den Vorstand gewählt, und ebenso einstimmig wurde eine Statutenänderung bezüglich der Gruppenmeldestellen angenommen: Für Offerten in Gebieten mit Meldestellen galten künftig die entsprechenden Reglemente auch für auswärtige Firmen.

Die KZEI-Generalversammlung vom 12. September 1935 fügte schliesslich allgemeine Regeln über die Bildung von Gruppen „zur Lösung lokaler oder regionaler Fragen, insbesondere für die Regelung der Submissions- und Konkurrenzverhältnisse“ in die Verbandsstatuten ein. Der Kantonsvorstand behielt sich die Genehmigung der Gruppenreglemente vor, verlangte jährliche Berichterstattung, und die Gruppen hatten sich den kantonalen Statuten und Beschlüssen der Verbandsorgane zu unterziehen.

Die Installateure der Stadt Zürich, die auch über eine Konzession der EKZ verfügten, waren gemäss Beschluss der KZEI-Generalversammlung vom 19. Oktober 1933 verpflichtet, sich an die Meldevorschriften der jeweiligen Gruppe zu halten.

Die Konzession der EKZ beinhaltete keine Pflicht dem Meldedienst beizutreten. Dennoch taten dies fast alle der damals rund 90 Konzessionäre der EKZ, was natürlich als bedeutender Erfolg zu werten war.

DER KZEI UNTER DEM PRÄSIDIUM VON FRITZ E. RAUCH, 1927–1937

DIE ORGANISATION DES KZEI

An der Generalversammlung vom 15. Juli 1927 trat der Gründungspräsident des KZEI Wilhelm Schultheis-Möckli von seinem Amt zurück. Wohl war unter seiner Ägide die Sanierung der Elektroinstallationsbranche nicht geglückt, dennoch war für eine Besserung der Verhältnisse einiges geschehen, von dem sein Nachfolger profitieren konnte. Dass Wilhelm Schultheis-Möckli nicht entmutigt war, davon zeugte sein Verbleib im Vorstand, nunmehr als Vizepräsident.

Nachfolger von Wilhelm Schultheis-Möckli wurde der bisherige Vizepräsident Fritz E. Rauch aus Zürich, bis dahin Präsident der Stadtzürcher Gruppe EWZ. Der freisinnige Kantonsrat und Major der Schweizer Armee und Inhaber eines Elektrogeschäfts am Zürcher Neumarkt versuchte die Organisation des Verbandes straffer zu gestalten und gleichzeitig die Beteiligung und Integration der Mitglieder zu verstärken. So beschloss bereits 1927 die vor allem aus der Stadt Zürich schlecht besuchte Generalversammlung, künftig unentschuldigtes Fernbleiben mit einer Busse von fünf Franken zu ahnden. Der besseren Einbindung der Mitglieder diente der Beschluss von 1929, den Vorstand von fünf auf sieben Mitglieder zu erhöhen; als nicht notwendig erachtete die Generalversammlung 1931 den Antrag, die Vorstandswahlen künftig in geheimem Verfahren abzuhalten. 1932 tagte der „vollständige Vorstand“ des KZEI – der aus den Vorstandsmitglie-

dem des Kantonalverbandes und der Gruppen EWZ und Winterthur bestand – und beschloss, die Zürcher Installateure auf der Forch zu einer „Landsgemeinde“ einzuberufen. An dieser wurde am 26. Mai 1932 (nicht unter freiem Himmel, da das Wetter zu schlecht war) eine allgemeine Aussprache gehalten über Fragen des Berufs und der Verbandspolitik.

Eine Änderung erfuhr im Jahr 1928 auch das Verbandssekretariat des KZEI. Bis dahin waren die Sekretariatsgeschäfte gegen Entschädigung vom Sekretär des VSEI geführt worden. Nun wurde dieses Amt dem Sekretär des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich übertragen, Dr. Ernst Bodmer. Dieser blieb Sekretär des KZEI, mit Unterbrüchen zwar, nach seiner Wahl zum Präsidenten des kantonalen Gewerbeverbandes und in den Bankrat der Zürcher Kantonalbank von 1928 bis 1950. Die Geschäftsadresse des KZEI war damit jene des Stadtzürcher und des kantonalen Gewerbeverbandes an der Rämistrasse 35 in Zürich. Zu den vielfältigen Aufgaben des Sekretariats wie dem Verfassen der Jahresberichte und der Jahresrechnungen gehörte 1935 auch die Vermittlung arbeitsloser Elektromonteurs und von Lehrlingen an die Verbandsfirmen.

ELEKTRIZITÄTWERKE, TELEFON UND RADIO

Zu den prioritären Geschäften des KZEI gehörten nach wie vor Verhandlungen mit den Elektrizitätswerken von Stadt (EWZ) und Kanton (EKZ) Zürich über verschiedene Gegenstände, die den privaten Installateuren das Leben schwer machten. Die EKZ zum Beispiel bestanden immer noch auf ihrem Monopol, Glühlampen für das eigene Netz vertreiben zu können; nur bei selbst montierten Installationen konnten die Elektriker seit 1925 etwas günstiger Lampen aus den Depots des Werks beziehen. Während der Handel den konzessionierten Installateuren somit untersagt blieb, wurden von den Konsumenten massenweise Glühlampen in der Stadt Zürich – wo das Monopol 1922 gefallen war – und von nicht konzessionierten Händlern anderer Branchen angekauft. Erst 1931 verzichteten die EKZ auf ihr Glühlampenmonopol, das faktisch ohnehin

nicht mehr durchsetzbar war. Andere Zwiste betrafen etwa Aktionen der Werke wie 1928 die verbilligte Abgabe von Stromverbrauchsgeräten, was zu einem gehässigen Schlagabtausch in der Fachzeitschrift „Elektroindustrie“ führte.

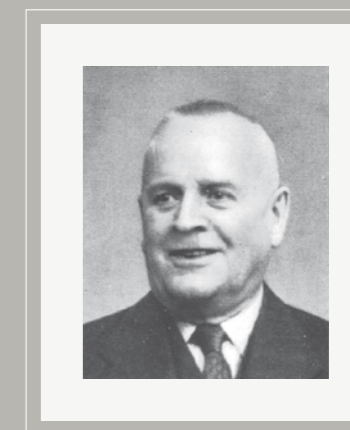
Mit dem EWZ bzw. der Stadt Zürich führten die Stadtgruppe und der KZEI von 1922 bis 1928 zähe Verhandlungen über die Revision der Vorschriften zur Ausführung von Hausinstallationen. Es ging dem Berufsverband vor allem darum, die Konzessionsbedingungen im Kampf gegen sogenannte „Pfuscher“ zu verschärfen und Übertretungen konsequenter zu ahnden, was schliesslich auch erreicht wurde. Mit Genugtung registrierte man aus dem Protokolleintrag des Stadtrates, dass auch dieser die „Gesundung des Elektroinstallationsgewerbes auf dem Platz Zürich“ anstrebe. Wesentlich für den KZEI war, dass der Stadtrat durch seine Verordnung anerkannt habe, dass die Installationskonzessionen auf öffentlichem, nicht auf privatem Recht beruhten.

Um 1930 schien die Zeit der Gegensätze zwischen den privaten Installateuren und den grossen Elektrizitätswerken im Kanton Zürich abgeschlossen, der Kampf gegen deren Installationsunternehmen und die Monopole beigelegt gewesen zu sein. Es könne eine „heute allgemein befriedigende Einstellung“ gegenüber dem privaten Gewerbe konstatiert werden, hiess es an der KZEI-Generalversammlung von 1929. Nicht überwunden waren Anstände mit kleineren Gemeindegewerken, denen gelegentlich die Einsicht in die gemeinsamen Ziele abging, nämlich die Elektrifizierung voranzutreiben.

Die Zusammenarbeit zwischen dem städtischen Werk und den privaten Installateuren führte 1930 zur Gründung einer „Elektrogemeinschaft Zürich“ durch das EWZ und die Gruppe EWZ des KZEI. Ihr Ziel war die Propagierung der modernen „Lichtwirtschaft“ in Schaufenstern, Wohnungen, Strassen etc., wozu Schaufensterwettbewerbe, Vorträge oder die Streuung der Broschüre „Besseres Licht ins Heim“ gehörten. Auch in Winterthur bildete sich eine ähnliche Elektrogemeinschaft zwischen der dortigen Gruppe



Insert über die erste Zürcher Lichtwoche 1932



Fritz Emil Rauch

Fritz Emil Rauch (gest. 1960) war Präsident des KZEI von 1927 bis 1937, danach Präsident des VSEI von 1937 bis 1942. Er war zunächst Prokurist in der Firma O. Seeberger, Elektrische Anlagen und technisches Bureau, am Neumarkt 28 in Zürich, ab 1919 deren Eigentümer.

Links: Propagierung des Lichtes und der „neuesten Errungenschaften der Beleuchtungstechnik“: Inserat über die erste Zürcher Lichtwoche 1932 in der „Elektroindustrie.“

und den städtischen Werken. Die erste „Zürcher Lichtwoche“ fand im Oktober 1932 mit vielerlei Aktionen statt, welche die neuzeitlichen Beleuchtungsmöglichkeiten und die Illumination des öffentlichen Raums ins beste Licht rückten.

Zu einem wichtigen Geschäftsfeld der Elektroinstallateure entwickelte sich die Einrichtung von Telefonanlagen, seitdem 1923 die PTT auf ihr Installationsmonopol verzichtet hatte und Konzessionen zur Erstellung von Anschlüssen erteilte. 1935 fand in Zusammenarbeit von KZEI und der Telefonverwaltung Zürich eine „Telefonwoche“ statt. Wie an einem der Vorträge zu erfahren war, besaßen damals über 15 Prozent der Einwohner in der Stadt Zürich ein eigenes Telefon – der Gesamtwert der Telefonanlagen belief sich hier auf 55 Millionen Franken. Die Beherrschung der Technik war nicht ganz einfach. Als die Kreisdirektion Zürich 1935 Konzessionäre mit mehr als 15 % Beanstandungen zu einer Prüfung aufbot, waren davon 25 Mitglieder des KZEI betroffen.

Eine gewisse Bedeutung für die Branche erlangte nach 1930 das Geschäft mit Radioapparaten. Aus topographischen Gründen und weil im Ausland in einer Zeit des politischen und militärischen Aufrüstens immer stärkere Sender gebaut wurden, war der Radioempfang in der Schweiz sehr störanfällig. Der KZEI führte deshalb 1936 für seine Mitglieder, um diesen vermehrt Arbeit zu verschaffen, Instruktionkurse durch über „Radioentstörung“, „Radiostörschutz“ und „Störschutzmittel.“

DIE SANIERUNG DER BERUFS-AUSBILDUNG: DAS EIDGENÖSSISCHE BERUFSBILDUNGS- GESETZ VON 1930

Bis zum Erlass des kantonalen Lehrlingsgesetzes von 1906 war die Lehrlingsausbildung im Kanton Zürich nicht geregelt und keiner staatlichen Aufsicht unterworfen, erst danach waren Lehrabschlussprüfung und Besuch von beruflichen Fortbildungsschulen obligatorisch. Für die Ausübung des Berufs war das Bestehen der Diplomprüfung weiterhin keine Voraussetzung.

Dass es im jungen Gewerbe der Elektroinstallateure Berufsleute gab, die nicht die nötigen Kenntnisse für den anspruchsvollen Installationsberuf hatten sondern „Pfuscher“ waren, wurde vom Berufsverband häufig beklagt. 1926 bestanden sieben von neun Bewerbern die Prüfung zur Erlangung der Konzession der Elektrizitätswerke nicht. Fehlende kaufmännische Ausbildung und mangelnder Überblick über die Kosten waren einer der Gründe für die anhaltenden Preisunterbietungen in der Branche.

Dass es für die Gesundung des Berufsstandes einer verbesserten „Lehrlingshaltung“ bedurfte, darauf wies bereits der erste Jahresbericht des KZEI 1924 hin. Im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Lehrlingsregulativs durch den VSEI – das allerdings nicht in Kraft trat – setzte der KZEI 1926 eine ständige Lehrlingskommission ein. Die Sanierung der Nachwuchsausbildung aber wurde erst möglich durch das erste Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung, das 1933 in Kraft trat. Dieses Gesetz regelte die Rahmenbedingungen der Berufsausbildung und erlaubte den Berufsverbänden die Einführung von Meisterprüfungen, was für die Elektroinstallationsbranche mit ihren hohen Anforderungen von Bedeutung war.

Das vom eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement 1935 erlassene „Reglement über die Lehrlingsausbildung im Elektro-Installationsgewerbe“ schrieb eine Lehrzeit von dreieinhalb Jahren vor. An der Lehrabschlussprüfung hatte sich der Kandidat unter anderem an einer vierstündigen Prüfung über folgende Berufskennnisse auszuweisen: Materialkenntnisse, Hausinstallationsvorschriften, Elektrotechnik, Unfallverhütung, Schemazeichnen, Lageskizze an einem Bauobjekt, Werkstattskizze.

1933 gab es Fachklassen für Elektromonteur an den Berufsschulen in Zürich und Winterthur. Gemäss dem damaligen Auftrag der Generalversammlung beteiligte sich der KZEI in der Folge an der Trägerschaft, Aufsicht und Organisation solcher Klassen auch in Horgen und in Wetzikon, die 1933/34 eröffnet werden konnten. Im Jahr 1937 besuchten insgesamt 190 Lehrlinge die nun vier Berufsklassen für Elektroinstallateure im Kanton Zürich. Um eine „Lehrlingszüchtereie“ zu verhindern

(es gab Firmen, die vor allem mit Lehrlingen arbeiteten) und um die Übersetzung des Berufs zu vermeiden, machte das Reglement die Zahl der Lehrlinge von der Grösse des Betriebs abhängig.

Das eidgenössische Berufsbildungsgesetz von 1930 ermöglichte endlich auch Meisterprüfungen im Elektroinstallationsgewerbe, die gemeinsam vom VSEI und vom Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke ab 1936 durchgeführt wurden. Zahlreiche Mitglieder des KZEI besuchten fortan auch Kurse für Fachlehrer und für Lehrabschlussexperten. Damit waren weitere wichtige Schritte hin in Richtung der Professionalisierung und Gesundung der Branche getan.

Als eine Notstands-Massnahme für arbeitslose jugendliche Metallarbeiter entstand 1935 das Berufslager in der ehemaligen Fabrik Hard bei Winterthur, das von der Stadt Winterthur, vom Kanton Zürich und vom Bund getragen wurde. 1936 wurde dem Berufslager unter Beteiligung des VSEI eine Abteilung für Elektroinstallateure angegliedert. In der Folge wurde diese Abteilung zu einem Zentrum der Aus- und Weiterbildung mit grosser Ausstrahlung. Fachlehrer war seit 1936 Robert Leemann, gleichzeitig Meldedienstleiter und Sekretär der GEIWO, in der Aufsichtskommission war der VSEI zunächst durch die Winterthurer Emil Gerteis und Wilhelm Schultheis vertreten. Die Mitglieder des KZEI besuchten dieses „Berufsbildungslager für Elektroinstallateure“ anlässlich der Generalversammlung von 1937. Man habe den jungen Leuten „ihre Befriedigung und Freude am Schaffen und Handwerken in den Augen ablesen“ können, hiess es im Jahresbericht. 1946 wurde das Lager in eine Fachschulstiftung unter Beteiligung des VSEI umgewandelt, ab 1972 war die Bezeichnung Schweizerische Technische Fachschule.

ARBEITSKÄMPFE, STREIKS, ARBEITSFRIEDEN

Ein ständiges Thema des Verbandes blieben in der politisch und wirtschaftlich krisenhaften Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg die Konflikte mit der Arbeiterschaft.

1927 drohte in der Stadt Zürich erneut ein Streik, unter anderem forderten die Arbeiter eine Verdoppelung der Ferien von maximal sechs auf zwölf Arbeitstage. Die Verhandlungen mündeten schliesslich in einen neuen Arbeitsvertrag, der zu Lasten der Arbeitgeber ging und der nur abgeschlossen wurde, weil von der Stadt und vom EWZ die Sanierung der Konzessionsverhältnisse versprochen war. Der Sekretär des KZEI rief die Meisterschaft auf, sich genau an den Vertrag zu halten, auch wenn dies von Seiten der Gewerkschaft nicht immer geschehe. Ein ähnlicher Vertrag wurde in Winterthur abgeschlossen, wobei sich dort die Einführung weniger schwierig gestaltete als in Zürich.

Der Einigung von 1927 war keine Dauer beschieden. 1929 wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, 1930 stand man zweimal mit strittigen Punkten vor dem Einigungsamt. 1931 wurde eine Erhöhung der Minimallöhne ohne Berücksichtigung von Ausbildung und Arbeitsqualität gefordert, obwohl damals bereits überall von Preis- und Lohnabbau gesprochen wurde; erst in letzter Sekunde konnte der Streik abgewendet werden. Die Arbeitsordnung von 1931 sah zur Schlichtung von Streitigkeiten ein Schiedsgericht aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften unter einem unparteiischen Obmann vor.

Der Arbeitsfriede war nicht von langer Dauer. Am 1. Juli 1932 begannen die Elektromonteur gemeinsam mit den Sanitärinstallateuren einen Streik, nachdem der Arbeitsvertrag durch die Meisterschaft ordnungsgemäss aufgekündigt worden war. Der Streikverlauf war chaotisch. Nachdem über 220 Streikende wegen Straftaten wie Nötigung, Hausfriedensbruch, böswillige Sachbeschädigung, Angriffe gegen die Polizei etc. angeklagt, gebüsst oder gesucht wurden, erliess der Regierungsrat ein befristetes Verbot des kommunistischen Kampfor-gans „Der Kämpfer“ und untersagte das Streikpostenstehen und Ansammlungen von Arbeitern auf Bauplätzen. Stadt- und Kantonspolizei waren in ständiger Bereitschaft. Nach einem Einigungsversuch des Regierungsrates, den die Meisterschaft ablehnte, brachen die Arbeiter nach acht Wochen schliesslich den Streik bedingungslos ab und nahmen die Arbeit wieder auf. Es herrschte unter den Arbeitgebern und im Bürgertum

Einigkeit darüber, dass der Streik ohne triftige Gründe erfolgt und Schuld der kommunistischen Agitation war, dass die Meisterschaft aber – an der Spitze der „Streikabwehr-Kommission“ stand KZEI-Präsident Fritz E. Rauch – einen vollständigen Sieg errungen hatte.

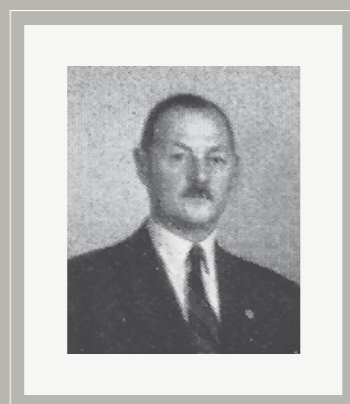
Der Verlauf und der Ausgang des Streiks bedeutete eine Stärkung des Verbandes, von der man sich positive Impulse auch für die Lösung der Konkurrenz- und Submissionsprobleme erhoffte. Im gewohnt friedfertigeren Winterthur genügte eine kurze Verhandlung, um die Arbeiterschaft zur Annahme eines neuen Arbeitsvertrages zu bewegen.

In eine neue Phase traten die Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und der Arbeiterschaft mit dem berühmten Friedensabkommen von 1937 in der Maschinen- und Metallindustrie, kurze Zeit vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Fortan waren Kampfmassnahmen wie Streiks und Aussperrungen ausgeschlossen, stattdessen galt das Gebot, Streitigkeiten nach Treu und Glauben einvernehmlich beizulegen und gemeinsam die Interessen der Branche zu fördern. Auch die Elektroinstallateure und ihre Arbeiter begannen sich als eine „Berufsgemeinschaft“ zu verstehen mit gemeinsamen Interessen, die über die Regelung der Löhne und Arbeitszeiten hinausging. Der Gesamtarbeitsvertrag, den die Gruppe EWZ mit dem SMUV 1938 abschloss, statuierte die Friedenspflicht und schuf eine Paritätische Berufskommission aus je drei Vertretern der vertragsschliessenden Parteien. Aufgabe der Kommission war es, „gemeinsam an der Gesundung des Elektro-Installationsgewerbes auf dem Platze Zürich zu arbeiten.“ 1939 untersuchte sie unter anderem das Gebaren einer Firma, die Monteure nur als Hilfsmonteure anstellte, um die Stundenlohnansätze zu unterbieten. Eine paritätische Berufskommission, die über dem Winterthurer Arbeitsvertrag wachte, gab es auch in der Stadt Winterthur.



Flugblätter der Sektion Zürich des Schweizer Metall- und Uhrenarbeiterverbandes aus der Zeit der Arbeitskonflikte 1931/1933. Mit dem Streik werden die Arbeiter aufgefordert, Streikbrecher „in die Schranken zu weisen.“

Flugblätter der Sektion Zürich des SMUV



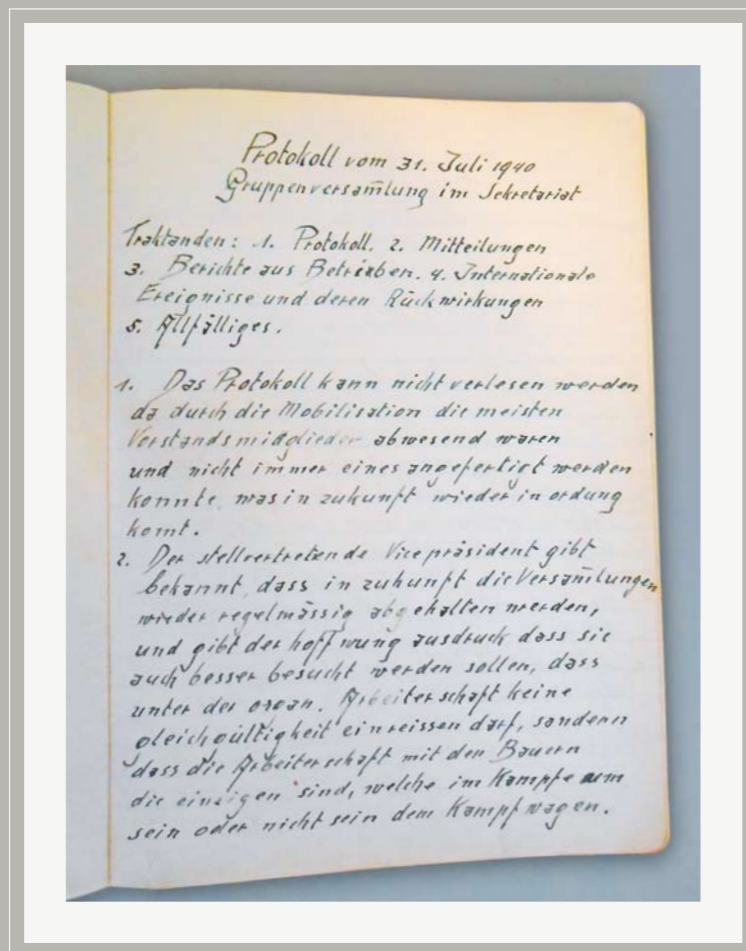
Hans Hotz

Hans Hotz (gest. 1958) in Zürich, Präsident des KZEI von 1937 bis 1947. Wie andere Präsidenten des Zürcher Meisterverbandes vor und nach ihm war Hans Hotz auch in anderen Gremien für die Branche tätig, so als Zentralvorstandsmitglied des VSEI (1946–1955), als Verwaltungsmitglied der Elektro-Einkaufs-Vereinigung EEV oder als Vorstandsmitglied des kantonalen Gewerbeverbandes.

Unten:

Mit den Meistern standen auch deren Arbeiter während des Krieges zum Schutz des Landes im Militärdienst. Das Protokoll der Gruppe Elektromonteur des Stadtzürcher Metallarbeiterverbandes meldet unter dem 31. Juli 1940:

„Das Protokoll kann nicht verlesen werden, da durch die Mobilisation die meisten Vorstandsmitglieder abwesend waren und nicht immer eines angefertigt werden konnte, was in Zukunft wieder in Ordnung kommt.“



Protokoll der Gruppe Elektromonteur des SMUV vom 31. Juli 1940

KRIEGSJAHRE UND NACHKRIEGS-KONJUNKTUR 1937–1947

DER KZEI UNTER DER PRÄSIDENTSCHAFT VON HANS HOTZ

An der Generalversammlung vom 7. Oktober 1937 im Schloss Wülflingen vollzog sich in den Reihen des KZEI eine Wachablösung. Nach zehn Präsidentschaftsjahren schied Fritz Emil Rauch aus dem Amt, nachdem er zum Zentralpräsidenten des VSEI gewählt worden war. Seine emotional gehaltene Abschiedsrede, in der die Sorgen und der Ernst der Zeit mitschwangen, stellte er unter das Motto: „Eine Kompanie Soldaten, wie viel Freude und Leid ist das.“ An die Versammlung gerichtet, führte er aus: „Auch Sie sind eine Kompanie Soldaten, die mir während meiner Präsidentschaft viel Leid, aber auch sehr viel Freude bereitet hat!“ Er erinnerte an die schwierige Zeit bei der Einführung des Meldewesens, als der Verband auseinander gerissen zu werden drohte, die nun aber glücklich überwunden war. Seinem Nachfolger gab er die besten Wünsche mit und: „Möge ihm alles Leid erspart bleiben.“ Der Verband beschenkte den scheidenden Präsidenten mit einer eindrucksvollen Pferdefigur aus Bronze als Ehrengabe.

Gleichzeitig mit Fritz E. Rauch traten auch dessen Vizepräsident, August Schläfli aus Winterthur, sowie zeitweilig der in den Bankrat gewählte Sekretär, Dr. Ernst Bodmer, zurück. Die Sekretariatsgeschäfte übernahmen der neue Sekretär des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich Dr. Karl Rasch und dessen Stellvertreter Paul Schaufelberger.

Zum Nachfolger von Fritz E. Rauch wählte die Generalversammlung 1937 Hans Hotz aus Zürich (gest. 1958), Mitinhaber der Firma Gebr. Hotz an der Stampfenbachstrasse 56 in Zürich. Ruhige und nur freudvolle Zeiten sollten dem neuen Präsidenten allerdings ebenso wenig vergönnt sein wie seinen Vorgängern und Nachfolgern. Die seit 1931 andauernde grosse Wirtschaftskrise war noch nicht überwunden, die Schwarzarbeit von nicht konzessionierten Monteuren, die Preis- und Konkurrenzverhältnisse insbesondere in

der Stadt Zürich bildeten nach wie vor die grossen Sorgen des Verbandes und der einzelnen Unternehmer. Und es kündigten sich die dunklen Jahre des Zweiten Weltkriegs von 1939 bis 1945 an, die mit Leid und Schmerz verbunden waren, auch wenn die Schweiz erneut vor einem direkten Angriff verschont bleiben sollte.

DER KZEI WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Bereits 1936 hatte der Verband eine Liste mit Namen von nicht dienstpflichtigen Monteuren erstellen müssen, die im Kriegsfall dem zivilen Luftschutz hätten zugewiesen werden können; die Gruppe EWZ erstellte Richtlinien über die Anpassung elektrischer Anlagen an die Verdunklungsvorschriften. Als am 1. September 1939 der Krieg ausbrach und für den folgenden Tag der Befehl zur Mobilmachung der Armee erging, hatte das bedeutende Auswirkungen auf das Geschäftsleben. „Viele unserer Mitglieder standen während vieler Monate an der Grenze und mussten teilweise sogar ihr Geschäft schliessen. Die Not in unserem Gewerbe ist dadurch noch grösser geworden“, hiess es im Jahresbericht 1939/40. Was die lange Abwesenheit im Militärdienst für einen Betrieb im Existenzkampf bedeute, das hätten viele Betroffene Installateure schmerzlich am eigenen Leibe erfahren. Im Oktober 1939 und im Februar 1940 wurden die Mitglieder zu zwei ausserordentlichen Generalversammlungen einberufen, um sich über die Lage seit Kriegsbeginn auszusprechen. Was für das Land insgesamt galt, das galt auch für den bedrängten Berufsstand der Elektroinstallateure. „Alle müssen zusammenstehen, wenn nicht alle zugrunde gehen wollen!“, ermahnte der Vizepräsident des Kantonalverbandes die Mitglieder. Unter anderem verständigte man sich darauf, künftig strikte die VSEI-Tarife einzuhalten – ein Beschluss, dem allerdings wenig Erfolg beschieden war.

Noch unmittelbar vor Kriegsausbruch 1939 reformierte der KZEI im Hinblick auf die vermehrten Aufgaben und Pflichten, die den Berufsverbänden durch die projektierte eidgenössische Wirtschaftsgesetzgebung auferlegt würden, sein Beitragswesen. Der Mitglie-

derbeitrag bestand nun aus einem Grundbeitrag von zunächst 35 Franken (Gruppe EWZ) bzw. 30 Franken (übrige Gruppen) sowie einem Lohnsummenbeitrag von einem Promille.

Die Tätigkeit des kantonalen Verbandes stand in den folgenden Jahren im Zeichen der Kriegswirtschaft und der Arbeitsbeschaffung für die Zukunft. Zwar entwickelte sich die Auftragslage ab 1940 befriedigend bis gut, unter anderem, weil genossenschaftliche und industrielle Bauvorhaben für Arbeit sorgten und weil Kohleverknappung und Gasrationierung zu einem Ansturm auf elektrische Heizapparate, Kochherde und Rechauds führten. Aber der Entwicklung – insbesondere für die Zeit nach Kriegsende – brachte man nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs wenig Vertrauen entgegen. 1943 zum Beispiel führte der KZEI bei seinen Mitgliedern eine Erhebung durch über die Beschäftigungslage und die Beschäftigungsaussichten, um bei Verhandlungen mit den Behörden über Arbeitsbeschaffungs-Massnahmen mit Zahlen gewappnet zu sein; mit dem Kanton verhandelt wurde damals über mögliche Boiler-, Kühlschranks- und Radioentstörungsaktionen. Auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft waren es vor allem die Materialrationierung und die 1931 eingeführte Preiskontrolle des Bundes, die zu vielen Erörterungen Anlass gaben. Mangel herrschte insbesondere an Kupfer, das durch Aluminiumleiter ersetzt werden musste. Wenn Lohnausgleich und Teuerungszulagen weiterverrechnet werden sollten, dann waren Genehmigungen der eidgenössischen Preiskontrollstelle einzuholen. Zu den kriegswirtschaftlichen Aufgaben, die es zu bewältigen galt, gehörte auch der mobilisationsbedingte Mangel an Arbeitskräften. 1943 appellierte der KZEI deswegen an die Kundschaft, „bei der Ausführung von Installationsarbeiten vermehrte Geduld zu wahren.“

Anders als im Ersten kam es im Zweiten Weltkrieg zu keinen sozialen Konflikten, auch der Arbeitsfriede blieb gewahrt. Bei den Zürcher Elektroinstallateuren drängten die Gewerkschaften und auch der VSEI auf den Abschluss eines kantonalen Gesamtarbeitsvertrages, um auch die Firmen ausserhalb der Stadt Zürich und Winterthur in die Berufsgemeinschaft zwischen

Arbeitnehmern und Arbeitgebern einzubinden. Vom KZEI wurden diese Bestrebungen als „etwas übertrieben“ eingeschätzt. Es sei noch keinerlei Bedürfnis deswegen angemeldet worden. Der weitaus grösste Teil der Zürcher Firmen und ihrer Arbeiter waren durch die bestehenden Verträge in Zürich und Winterthur erfasst. Für das übrige Gebiet galt der gesamtschweizerische Arbeitsvertrag von 1942, der allerdings keine festen Lohnregelungen kannte. Dafür sah dieser eine kantonale paritätische Kommission vor, die allerdings weitgehend nur auf dem Papier bestand, weil sie von niemandem angerufen werden musste. Die Geschäfte der paritätischen Berufskommissionen des Metallgewerbes – zu der die Elektroinstallationsbranche gehörte – wurden in Zürich zunächst durch das Sekretariat des SMUV geführt, ab 1947 durch eine selbständige Geschäftsstelle, an der auch der KZEI beteiligt war. Nicht verloren ging während der harten Kriegsjahre die Zuversicht auf eine günstige Vorsehung und eine bessere Zukunft. Der Jahresbericht des KZEI 1941 schloss mit folgendem Wunsch: „Hoffen wir, dass unser liebes Schweizerland auch fürderhin von dem unseligen Krieg verschont bleibe und behalten wir auch weiterhin die im Gewerbe unerlässliche Ausdauer und den Mut zum Glauben an eine gute Zukunft.“

DIE REORGANISATION DER GRUPPE EWZ UND DIE MELDESTELLE ZÜRICH

Während im Konzessionsgebiet der EKZ durch die Meldedienste der GEISA und der GEIWO die Sanierung auf gutem Wege war, blieben die Verhältnisse in der Stadt Zürich desolat. Klar war aber, dass auch im Gebiet der EWZ eine solche Organisation geschaffen werden musste. „Die Preisverhältnisse haben in Zürich nun Formen angenommen und einen Tiefstand erreicht, der dringend eine Sanierung erfordert, wenn unser Gewerbe nicht langsam, aber umso sicherer verproletarisiert werden will“, wurde 1939 geklagt. Nach der Mobilisation 1939 wuchs die Not noch an. Noch nie habe es so viele Klagen über „Preisunterbietungen und Schmutzkonkurrenz“ gegeben wie damals. Aber immer noch standen die Stadtzürcher Installateure der Idee einer Meldestelle misstrauisch gegenüber, und

nach wie vor wurden sie von Bauherren und Architekten gegeneinander ausgespielt um die Preise tief zu halten. Merkwürdig anmuten musste, dass Firmen aus der Stadt Zürich wohl in den erfolgreich arbeitenden Meldestellen Thalwil und Winterthur mittaten, sich aber „gegen jede Regelung in der Stadt Zürich heftig zur Wehr setzten.“ Bis Ende der 1930er Jahre lagen nicht weniger als fünf Entwürfe für ein Meldereglement in der Stadt Zürich vor, ohne dass man sich über ein solches hätte abschliessend einigen können. Unter diesen Umständen war es schliesslich die Generalversammlung des KZEI, die am 13. Februar 1940 dem Vorstand den Auftrag erteilte, das Projekt auf den Weg zu bringen. Damit und mit der allgemeinen Not war der Weg geebnet. Am 26. August 1940 gab sich eine ausserordentliche Generalversammlung der Gruppe EWZ im Zunfthaus zur Zimmerleuten die neue rechtliche Form einer Genossenschaft, genehmigte die Statuten, wählte Kantonalpräsident Hans Hotz zum Verwaltungspräsidenten und genehmigte diskussionslos das Reglement über das Meldewesen.

Am 1. Oktober 1940 nahm die Meldestelle Zürich ihre Tätigkeit auf. Zunächst wurde ihr nach wie vor mit Misstrauen begegnet, was sich aber bereits im Verlauf der ersten Monate besserte. Während 1940 mit 51 Mitgliedern begonnen wurde und nicht alle Firmen der bisherigen Gruppe der Genossenschaft beitraten, gehörten ihr 1943 bereits 75 der rund 120 EWZ-Konzessionäre an. 1941 wurden die Meldestellen der GEISA und der Genossenschaft EWZ in Zürich zusammengelegt.

DIE „ÜBERKONJUNKTUR“ DER ERSTEN NACHKRIEGSJAHRE

Der Meldedienstleiter der GEIWO Robert Leemann, der seinen Jahresberichten oft in launiger Form eine Übersicht über die wichtigsten Ereignisse in der Welt voranzustellen pflegte, schrieb einleitend über das Jahr 1945: „Endlich ist der in den sechs letzten Jahresberichten gehegte Wunsch auf ‚Frieden auf Erden‘ in Erfüllung gegangen. Mit Freude vernahm jedermann am 8. Mai dieses Schicksalsjahres den durch den Aether eilenden Ruf ‚Ende Feuer in Europa‘.“

Alles in allem durften die Zürcher Elektroinstallateure durchaus mit einer gewissen Befriedigung auf ihre Leistungen während der Kriegsjahre zurückblicken. Es war trotz der grossen Beanspruchung der Meister und ihrer Monteure durch den häufigen Militärdienst und mangelndes Material viel Arbeit geleistet worden. Ihr Beruf sei im Begriffe Fortschritte zu erzielen, stellte der Jahresbericht 1945 fest. Die Meldedienste hatten sich eingelebt und zeugten von der Solidarität der Verbandsmitglieder. Die Verdienstmargen waren zwar gedrückt – weil die eidgenössische Preiskontrolle knapp kalkulierte – aber das Preisniveau konnte gehalten werden, obwohl die Zahl der Betriebe zugenommen hatte. Der Lohn der Anstrengungen zeigte sich bei einem Blick in die Steuerregister der Gemeinden. Aus diesen wurde ersichtlich, dass das Elektroinstallationsgeschäft „nicht zu den schlechtesten gewerblichen Berufen“ zählte, und dass sich die Einkommensverhältnisse der Elektroinstallateure während des Krieges im Allgemeinen nicht verschlechtert hatten.

Die Befürchtung, dass mit der Demobilisierung der Armee ein Überangebot an Arbeitskräften zu erneuter Arbeitslosigkeit führen könnte, bewahrheitete sich nicht. Vielmehr führte der gewaltige Nachholbedarf im Bausektor in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu einer eigentlichen „Überkonjunktur“, zu einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt und zu einem Tempo, das durch die beschränkten Kapazitäten der Baubranche bestimmt wurde. Im Jahresbericht des KZEI von 1946/47 war die Rede von 100'000 Arbeitskräften die der Schweizer Wirtschaft fehlten. Sorgen bereiteten dem Verband ferner die Tendenz, die in der Wirtschaftskrise und der Kriegszeit erfolgten Eingriffe in die Freiheitsrechte des Bürgers nicht abzubauen, sondern noch auszuweiten. Im Rückblick auf das Jahr 1948 wurde konstatiert: „Statt produktiv arbeiten und seine wirtschaftliche Lage verbessern zu können, muss sich der Bürger immer mehr Kontrollen unterwerfen, immer mehr Formulare ausfüllen, immer mehr Bewilligungen nachsuchen, sich immer mehr über Alles und Jedes, was er tut, verantworten. So geht langsam aber sicher die liberale Demokratie zum Teufel ...“

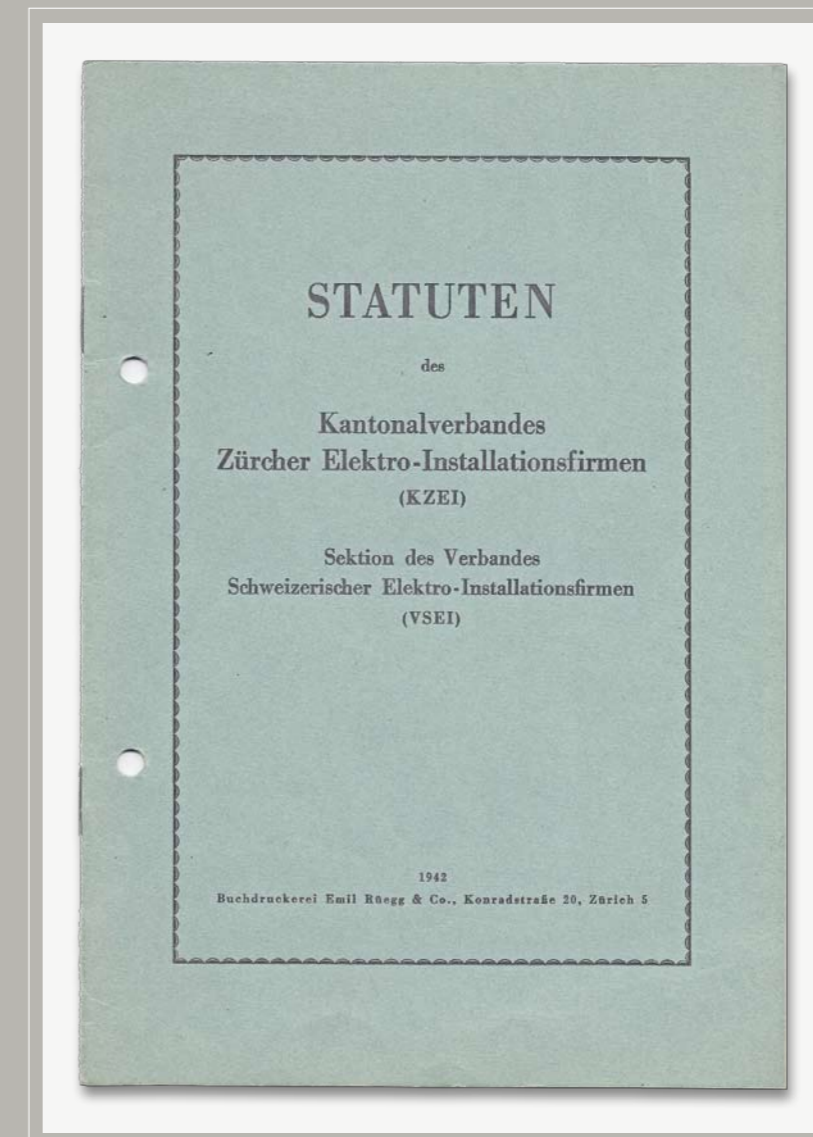
DER KANTONALVERBAND ALS DACHVERBAND ÜBER DEN GRUPPEN

Die zentrale Bedeutung der Meldedienste in Zürich für die Gruppen EWZ bzw. VEZ und die GEISA und in Winterthur für die Gruppe GEIWO liess diese seit den 1930er Jahren zu weitgehend autonomen Organisationen werden mit betont eigener Gruppenidentität. Der Kantonalverband wandelte sich zu einem Dachverband, der die Koordination und die Vertretung gegenüber aussen besorgte. Zur Koordinationstätigkeit des Kantonalverbandes gehörte 1945/46 die Erarbeitung eines Musterreglements für die Meldedienste. 1948 kam man mit zwei Vorstandssitzungen aus, die meisten Geschäfte wurden von der engeren Geschäftsleitung – die aus dem Präsidenten und dem Sekretär bestand – erledigt.

Die Gruppen finanzierten sich selbst, verfügten über eigene Statuten und Vereinsorgane. Zur Beratung von Fach- und Branchenfragen, die sie angingen, bildeten sie eigene Kommissionen. Unter sich hielten sie Verbindung durch gegenseitige Besuche der Vorstandsmitglieder an ihren Gruppenversammlungen. Zu seinem 25-Jahr-Jubiläum 1960 erhielt die GEIWO von den beiden „befreundeten Gruppen“ VEZ und GEISA die besten Glückwünsche und ein prächtiges Zinngeschirr.

Ohne Bedenken überliess der KZEI den Gruppen die Führung in Fachfragen. 1949 zum Beispiel übertrug er die Aufsicht über die 1933 gegründete Elektroabteilung der Berufsschule Horgen, die bis dahin formell durch den Kantonalverband ausgeübt worden war, der GEISA. Die ab 1957 im Hard bei Winterthur abgehaltenen Lehrmeisterkurse standen zwar allen KZEI-Mitgliedern offen, wurden aber im Auftrag des VEZ durchgeführt.

In der grundsätzlichen Frage nach dem Vorrang zwischen Beschlüssen des Kantonalverbandes und den Kompetenzen der Gruppen allerdings wahrte sich der KZEI die Oberhoheit. 1947 glaubte der Vizepräsident der GEIWO Emil Gerteis, der KZEI sei nicht befugt, Ansprüche auf die Finanzen der Gruppen zu erheben, da diese darin „absolut selbständig“ seien. Anlass für den Vorstoss waren die Beiträge, die der Kantonalverband von den Gruppen erhob zur Finanzierung des Auftritts an der ZÜKA – der kantonalen Zürcher Landwirtschafts- und Gewerbeausstellung von 1947 – und die Elektroschau in Zürich. Die Generalversammlung des KZEI entschied jedoch 1947 nach längerer Diskussion in dieser prinzipiellen Frage, dass gemäss den Statuten „sich die Gruppen allen ordnungsgemäss gefassten Beschlüssen der Verbandsorgane zu unterziehen“ hätten.



Statuten des KZEI vom 25. August 1942

Statuten des KZEI vom 25. August 1942, in Kraft bis zur Reorganisation des Verbandes im Jahr 1999.

Noch 1999 wurden die Statuten von 1942 gewürdigt als Grundlagen des KZEI mit „hohem Qualitätsniveau.“

**DER KZEI UND SEINE GRUPPEN IN DER HOCHKONJUNKTUR
VON 1947 BIS 1975**

WAS NIEMAND GEGLAUBT HÄTTE:
30 JAHRE LANG HOCHKONJUNKTUR

NEUAUSRICHTUNG VON VERBAND UND
VERBANDSPOLITIK, 1960 – 1976

DIE GRUPPEN DES KZEI

5

DER KZEI UND SEINE GRUPPEN IN DER HOCHKONJUNKTUR VON 1947 BIS 1975

WAS NIEMAND GEGLAUBTE HÄTTE: 30 JAHRE HOCHKONJUNKTUR

HANS STÜSSI, PRÄSIDENT UNTER SICH WANDELNDEN VORZEICHEN

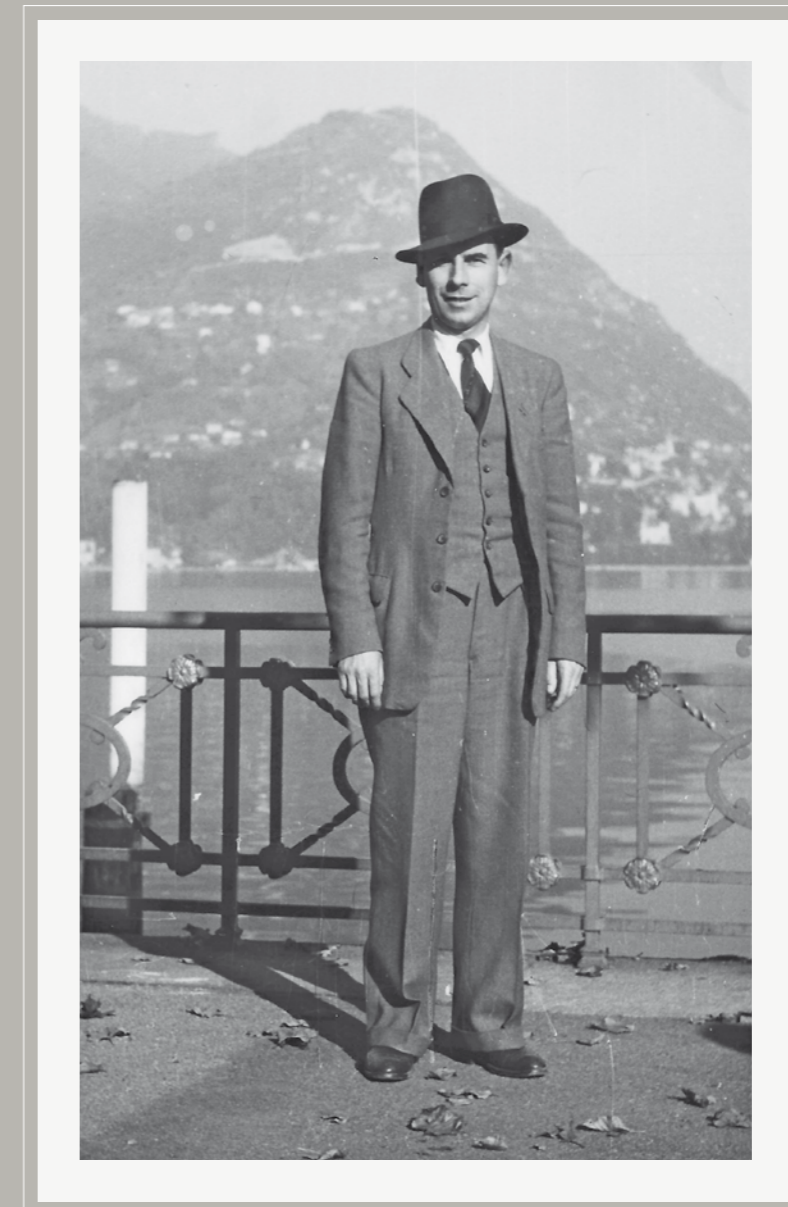
Der „Kriegspräsident“ des KZEI Hans Hotz trat 1947 nach seiner Wahl in den Zentralvorstand des VSEI von seinem Amt an der Spitze des Kantonalverbandes zurück. Die Generalversammlung, die am 19. Juni 1947 im Hotel Belvoir in Rüschlikon stattfand, ehrte seine Verdienste durch das Überreichen einer Standuhr. Mit dem Präsidenten gaben zwei weitere Vorstandsmitglieder ihren Rücktritt, sie erhielten Zinngeschirr und ein Fahnenbuch zur Erinnerung. Mit den Neuwahlen vollzog sich abermals eine Wachtablösung im Vorstand des KZEI; dieser war seit 1943 vollständig erneuert worden und nahm mit frischen Kräften die Nachkriegszeit in Angriff.

Zum neuen Präsidenten des KZEI gewählt wurde einstimmig und durch das Erheben der Mitglieder von ihren Sitzen Hans Stüssi aus Zürich, Verwaltungsrat und Mitarbeiter der Firma C. Walser am Zürcher Bahnhofquai, also des vormaligen Zentralpräsidenten des VSEI, und seit 1945 Obmann der Stadtzürcher Gruppe EWZ. Hans Stüssi sollte nicht weniger als 29 Jahre lang, von 1947 bis 1976, dem KZEI vorstehen. Eine derart lange Amtsdauer war aussergewöhnlich für einen Verbandspräsidenten, umso mehr, als sich in diesen drei Jahrzehnten ungeahnte wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen abspielten, die eine grosse Flexibilität und Bereitschaft zur Gestaltung des Wandels erforderten: Es war die Zeit der anhaltenden Hochkonjunktur in der die moderne Wohlstands- und Konsumgesellschaft entstand. Für den KZEI stellten die Jahre um 1960 eine Zäsur dar, als durch eine grundlegende Neuorientierung des Verbandes und seiner Gruppen der Entwicklung Rechnung getragen wurde.

Die Beständigkeit im Präsidium des KZEI setzte sich übrigens fort in der Besetzung des Vorstandes und des Sekretariats. Im siebenköpfigen Vorstand waren kaum Rücktritte zu verzeichnen, von 1947 bis 1975 mussten lediglich sechs Vorstandsmitglieder ersetzt werden. Das Sekretariat besorgte von 1951 bis 1983 Alfred Litschgi, gleichzeitig Sekretär des Stadtzürcher Gewerbeverbandes und Betreuer von anderen Arbeitgeberverbänden wie zum Beispiel der Vereinigung der Kälte-Firmen in der Schweiz. Bis 1969 befanden sich der Geschäftssitz von KZEI und das Sekretariat teilweise in den Räumlichkeiten des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich an der Rämistrasse 35. Als der Gewerbeverband die Büroräume selbst beanspruchte, konnte nach längerem Suchen an der Rämistrasse 2 in Zürich – direkt beim Bellevue – ein ebenso vorteilhaft gelegenes Domizil gefunden werden.

FREUDEN UND SORGEN DER HOCHKONJUNKTUR

Als Hans Stüssi sein Amt 1947 antrat, gehörten dem KZEI 136 Firmen an. Im Jahr 1976 zählte der Verband 303 Aktiv- und Freimitglieder. Dieses Wachstum spiegelte die allgemeine wirtschaftliche und demographische Entwicklung in den drei Jahrzehnten nach dem Kriegsende von 1945: Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung. Im Kanton Zürich stieg die Zahl der Einwohner zwischen 1950 und 1970 von 770'000 auf 1'100'000, die Zahl der bewohnten Gebäude von 95'000 auf 126'000. Gleichzeitig war der Zuwachs des Wohlstandes ausserordentlich: Das Einkommen der Zürcher Bevölkerung vermehrte sich pro Kopf teuerungsbereinigt um 114 Prozent. Güter wie das Automobil, Fernseher, Kühlschränke oder Waschmaschinen stellten keinen Luxus mehr dar, sondern gehörten zur Ausstattung des durchschnittlichen Haushaltes. Der KZEI schrieb im Jahresbericht 1951 sehr richtig von einer im Gang befindlichen „Revolutionierung



Johann (Hans) Caspar Stüssi-Stauber, 1909–1996

Johann (Hans) Caspar Stüssi-Stauber (1909–1996), Präsident des KZEI von 1947 bis 1976, ferner unter anderem auch Vizepräsident des VSEI von 1963 bis 1976. In seinem Nachruf hiess es: „Sein ganzes Leben widmete er seinem Beruf. Er wurde schon zu Lebzeiten zu einer legendären Figur im Elektro-Installationsgewerbe.“

von Haushalt, Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie durch die Elektrizität.“ Der Energieumsatz der EKZ versechsfachte sich zwischen 1950 und 1975.

Die Hochkonjunktur, der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel bereitete den Zürcher Elektroinstallateuren nicht nur Freude, konstatiert wurden auch die Schattenseiten. Im Jahresbericht 1960 wurde geklagt: „Die Beanspruchung des Unternehmers und Arbeitgebers nimmt immer beängstigendere Formen an. Baukonjunktur auf der einen Seite, Arbeitszeitverkürzungen auf der anderen Seite sind für das hektische Betriebsklima verantwortlich.“ Bei der GEISA verdoppelte sich die Gesamtheit der Offertsummen von 3,7 Millionen Franken im Jahr 1958 auf 7,4 Millionen Franken im Jahr 1960. Scharfe Kalkulation würden Treu und Glauben verdrängen, ein komplexes betriebliches Rechnungswesen trete an die Stelle der einfachen Kassa- und Hauptbücher. Den Geist der Rationalität prägte das Betriebsklima: „Auch das Verhältnis zur Arbeiterschaft ist aus patriarchalischen Zusammenhängen gelöst und weicht einer Partnerschaft, die lediglich auf kühlen rechnerischen Fakten gegründet sein muss.“ Geklagt wurde über eine abnehmende Arbeitsqualität und die Lockerung der Arbeitsdisziplin. Der Mangel an Arbeitskräften wirkte sich aus: „Lässige Arbeit kann kaum mehr beanstandet werden, wenn man nicht morgen ohne diese Leute und ohne Gelegenheit, die Lücken rasch wieder auffüllen zu können, dastehen will.“ Die jungen Leute – so jedenfalls die Erfahrung der Meister in der GEIWO – huldigten über das Wochenende „Sport aller Art“, dem „Motorroller- und Autofimmel“, kamen am Montag „schlapp zur Arbeit“, über „Muskelkater“ klagend, spannen aber bereits wieder Pläne für das kommende Wochenende. Anspruchsvoller wurden nicht nur die Kalkulation, die Aufgaben der Betriebs- und Mitarbeiterführung (die Arbeitgeberfragen) sowie die Ansprüche der Kundschaft, sondern auch die fachlichen Anforderungen. Es musste Schritt gehalten werden mit der raschen technischen Entwicklung. Die eidgenössische Starkstromverordnung von 1950 setzte für die Erteilung der Installationsbewilligung neu die bestandene Meisterprüfung voraus. „Zusammengefasst sind Kalkulation, Arbeitgeberfragen und technische

Weiterbildung Aufgaben, die sich auch im Berufsverband in der nächsten Zeit in den Vordergrund spielen werden.“ Den Anforderungen gewachsen zeigten sich vor allem die kleinen und grossen Betriebe, während die mittleren Schwierigkeiten bekundeten, den Strukturwandel nachzuvollziehen.

Keineswegs nun aber war man sich der schönen Seiten der Hochkonjunktur nicht bewusst, der Vollbeschäftigung und dem steigenden Wohlstand. „Es wäre endlich an der Zeit, mit der Konjunktur zufrieden zu sein und nicht immer nur deren Schattenseiten aufzuzeigen“, meinten die Stadtzürcher Installateure 1956. Nur zu bald könnten wieder andere Zeiten kommen, in denen man mit Wehmut an die vollen Auftragsbücher zurückdenken würde. Wenigstens in der Erinnerung nach 1975 wurden die Jahrzehnte nach dem Krieg zu einem „goldenen Zeitalter“ des Unternehmertums auch in der Elektroinstallationsbranche.

GEWERBEPOLITIK ZWISCHEN HOCHKONJUNKTUR UND DÄMPFUNGSMASSNAHMEN

Im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gewerbepolitik wurden auf Verbandsebene die politischen Fragen der Zeit erörtert. Präsident Hans Stüssi rief an der Generalversammlung 1948 zu politischem Engagement auf, denn alle hätten viel zu verlieren, wenn die „Moskowiter“ an die Macht gelangten. Die Einführung der AHV wurde als ein „grosses sozialpolitisches Werk“ auch vom KZEI begrüsst. Die Eingriffe des Bundes und des Kantons in die Wirtschaft hingegen – die in den Wirtschaftsartikeln von 1947 ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen erhielten – wurden mit Skepsis verfolgt. Im Jahresbericht schrieb der Sekretär: „Das Elektroinstallationsgewerbe, das als konzessionspflichtiges Gewerbe bisher vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit nicht viel zu verspüren bekommen hat, ist m. E. nicht stark daran interessiert, dass ihm auf Grund der Wirtschaftsartikel noch weitere Einschränkungen auferlegt werden, sondern es wird nach wie vor bestrebt sein, von Fesseln befreit zu werden, die ihm von Werken mit Monopolcharakter noch auferlegt sind.“ Im Vorstand des kan-

tonalen Gewerbeverbands war man bis 1958 zunächst durch Fritz E. Rauch, danach mit Hans Hotz vertreten; mit diesem kämpfte der KZEI „an vorderster Front“ dafür, dass soziale Fragen wie zum Beispiel die Ferien oder Mindestlöhne durch Arbeitsverträge, nicht durch Gesetze geregelt werden sollten. Im Falle der Ferien gelang dies nicht, indem das Zürcher Volk 1952 einer gesetzlichen Regelung der Ferienfrage zustimmte.

In den 1960er Jahren richtete sich die wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit des KZEI und seiner Gruppen einerseits auf die Folgen der Hochkonjunktur, andererseits auf die Massnahmen des Bundes zu deren Dämpfung. In den Jahresberichten wurden die Auswüchse des unbegrenzten Wachstums, der „Überkonsum als Folge eines Konjunkturübermutes“, der „Taumel fehlenden Masshaltens“ beklagt, die die alten Tugenden des Gewerbes und des Mittelstandes untergruben. Aber auch die verschiedenen Massnahmen, die der Bund ab 1964 ergriff, wurden kritisiert. Die Bau- und Finanzbeschlüsse dämpften nicht die Inflation, die bis auf 10 Prozent jährlich anstieg, wohl aber verschärften sie den Lohn- und Preisdruck im Gewerbe. „Es wäre wünschenswerter, die Abgebote zu dämpfen, und nicht die Konjunktur“, meinte Hans Stüssi in seiner Präsidialansprache 1965. Verständnis brachte man der Begrenzung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte entgegen; auch den eigenen Mitgliedern empfahl man im Preis- und Konkurrenzkampf den Abbau von Kapazitäten und nicht die „Aufblähung“ des Betriebs. Der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in der Schweiz stieg von sechs Prozent im Jahr 1950 auf 17 Prozent im Jahr 1970. Allgemein galt für den KZEI, was der Sekretär des VEZ 1964 über die Konjunkturpolitik schrieb: „Das bedauerlichste an dieser Entwicklung liegt aber in der zunehmenden Einflussnahme des Staates und unserer Verwaltung in den Wirtschaftsablauf.“

VERHÄLTNIS ZUR ARBEITERSCHAFT

1948 konnte der Sekretär, der mit den Verhältnissen in verschiedenen gewerblichen Branchen vertraut war, sowohl den Meistern wie den Arbeitnehmern des zürche-

rischen Elektroinstallationsgewerbes ein gutes Zeugnis ausstellen. Beide Parteien würden sich bemühen, „im Geiste gegenseitiger Rücksichtnahme und des gegenseitigen Verständnisses zusammenzuarbeiten.“ Verhandlungen würden so geführt, dass kein „bitteres Gefühl der Vergewaltigung und der rücksichtslosen Ausnützung momentaner Machtstellung“ zurückblieb. Bedeutendere Arbeitskonflikte, die noch 1948 in Lausanne und 1949 im Tessin zu Streiks der Monteure führten, waren damals im Kanton Zürich seit mehr als zehn Jahren keine mehr vorgekommen. Die paritätischen Kommissionen mussten in den Jahren ihres Bestehens kaum zusammentreten um Konflikte zu entscheiden. Allerdings, so gab der Sekretär 1948 zu bedenken, sei in den letzten Jahren der guten Konjunktur die Meisterschaft der gebende Teil gewesen. Der Grund dafür war der Arbeitskräftemangel, der Zugeständnisse notwendig machte und der im Elektroinstallationsgewerbe noch verschärft wurde durch eine besonders starke Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in andere Berufe.

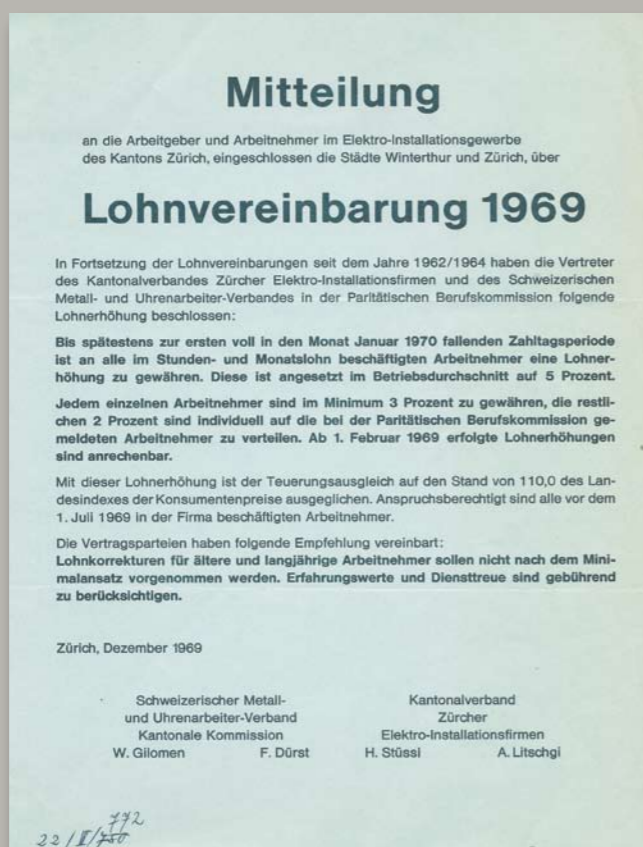
Damit war die Bahn vorgezeichnet, in der sich das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Zeit der kommenden Hochkonjunktur bewegen sollte. Von der enormen Zuwanderung an Gastarbeitern vermochte das Elektroinstallationsgewerbe – das in steigendem Mass auf gelernte Fachkräfte angewiesen war – nicht wie das übrige Baugewerbe zu profitieren, obwohl auch hier die Zahl der Hilfsarbeiter in den 1960er Jahren kräftig anstieg. Insgesamt stieg der Landesindex der Lebenskosten von 1960 bis 1969 um 33 Prozent, der Lohn der Monteure aber um 90 Prozent. Dazu kamen Arbeitszeitverkürzungen und neue Sozialleistungen, die unter den gegebenen Umständen kaum zu verhindern waren. Von 1957 bis 1961 zum Beispiel wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden reduziert, die Fünftageswoche eingeführt und verschiedene neue Sonderentschädigungen zugestanden.

Arbeitsordnungen oder Tarifvereinbarungen bestanden seit der Zeit des Ersten Weltkriegs in den Städten Zürich und Winterthur, nicht aber für die Firmen und die Monteure auf der Zürcher Landschaft. Hier gal-

Im Zeichen der Hochkonjunktur: Neubauten auf der grünen Wiese. Elektromonteure bei Rohrlege-Arbeiten auf der Neubaudecke.



Unten: Mitteilung der Gewerkschaft und des KZEI an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Elektro-Installationsgewerbes über die Lohnvereinbarung vom Dezember 1969. Die durchschnittliche Lohnerhöhung per 1970 betrug fünf Prozent.



Mitteilung der Gewerkschaft und des KZEI über die Lohnvereinbarung

ten die Rahmenbedingungen des Landesarbeitsvertrags, der 1942 zwischen dem VSEI und dem SMUV abgeschlossen worden war und der in den folgenden Jahren verschiedentlich erneuert wurde. Somit unterhielten die Gruppen in Winterthur und Zürich, kaum aber der KZEI, Kontakte zu den Gewerkschaften. Erst 1959 änderte sich das, als der SMUV, dem Landesgesamtarbeitsvertrag von 1957 gemäss, den Abschluss eines Kantonalvertrags verlangte. Der Vertrag kam zustande, nachdem er im KZEI von einer Mitgliederversammlung am 29. Februar 1960 nach „zum Teil stürmischer Diskussion“ mit grossem Mehr gutgeheissen worden war. Zwar enthielt der Kantonalvertrag keine Bestimmungen, die nicht bereits im Landesvertrag oder in den Arbeitsverträgen für die Städte Zürich und Winterthur enthalten waren. „Böses Blut“ unter einem Teil der Mitglieder schuf indessen die Einführung der sogenannten Berufs- oder Arbeitskarte auch auf der Landschaft. Die Berufskarten bezeugten die Vertragstreue der Arbeitnehmer und waren durch die Arbeitgeber auszustellen. Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer erhielten eine rote, nicht organisierte eine blaue Karte. Von den letzteren war ein Solidaritätsbeitrag zu erheben und dieser der neu konstituierten Paritätischen Berufskommission abzuliefern, die sich aus Vertretern des KZEI und der Gewerkschaften zusammensetzte und die über der Einhaltung des Vertrages wachte. Die Arbeitgeber verpflichteten sich nur Arbeitnehmer mit einer Berufskarte zu beschäftigen, die Arbeitnehmer verpflichteten sich nur bei Firmen Arbeit anzunehmen, die dem Kantonalvertrag beigetreten waren. Nur zögernd würden die Verbandsfirmen die administrativen Verpflichtungen, die mit der Berufskarte verbunden waren, auf sich nehmen, stellte der KZEI 1961 fest. Und die nicht organisierten Arbeiter schätzten den Lohnabzug nicht, weshalb in der damaligen Zeit des Arbeitskräftemangels wohl manche Firma den Solidaritätsbeitrag selbst beglich.

Ein wichtiger Schritt geschah sodann 1962 in Form einer Grundsatzvereinbarung über die Lohnentwicklung. Bis dahin hatten sich die Firmen mit verschiedenen Lohnforderungen auseinandersetzen müssen: Individuelle Forderungen, generelle Lohnerhöhungen und Teuerungsausgleiche. Nun wurden diese Positionen

in einer Rahmenvereinbarung zusammengefasst und gesamthaft geregelt. Damit war der Weg geebnet für die allgemeine Entwicklung, die von generellen Lohnerhöhungen zur individuellen Gehaltsentwicklung führte. In der kantonalen Paritätischen Kommission wurden fortan auf Grundlage der Teuerung und der wirtschaftlichen Entwicklung die Erhöhung der durchschnittlichen Betriebslohnsumme sowie das zu gewährende Minimum gemäss der Teuerung festgelegt. Für das Jahr 1965 zum Beispiel betrug die Lohnsummenerhöhung sieben Prozent, die minimale Erhöhung vier Prozent. Damit war eine Differenzierung zwischen den einzelnen Lohnkategorien möglich geworden. Die Lohnvereinbarung des KZEI mit dem SMUV galt als eine Pioniertat und als eine beispielhafte Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern. Sie hatte Bestand bis 1974, als die Rezession keine Realloohnerhöhungen mehr erlaubte und sich der KZEI den Regelungen des gesamtschweizerischen Verbandes anschloss.

WERBEGEMEINSCHAFT ELEKTROSCHAU VON KZEI UND EKZ AB 1946; ABBAU DER INSTALLATIONSTÄTIGKEIT BEIM EWZ UM 1950

Das Verhältnis der privaten Elektroinstallateure zu den EKZ war bis um 1930 gespannt. Danach stellte sich eine Zusammenarbeit ein, die von beiden Seiten immer wieder als vorbildlich gelobt wurde. Die EKZ beteiligten sich ab 1934 an den Meldediensten des KZEI und bekundeten damit ihren Willen, an der Sanierung der Branche mitzuwirken. Der Vertreter der EKZ und Chef von deren Installationsabteilung Ernst von Allmen wurde nach seiner Pensionierung 1954 „in Würdigung seiner grossen Verdienste um das Elektro-Installationsgewerbe des Kantons Zürich zum ersten Ehrenmitglied des KZEI ernannt. „Herr Ernst von Allmen schuf die Grundlagen für eine dauernde und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Elektrizitätswerk und privatem Installationsgewerbe“, hiess es in der Laudatio.

1944 legten die EKZ und der KZEI ihre Auffassungen in einer gemeinsamen Grundsatzerklärung dar. Der KZEI anerkannte, dass die Installationstätigkeit der Kan-

tonswerke einem „zwingenden Bedürfnis“ entsprechen und im bestehenden Rahmen mit dem privaten Gewerbe „durchaus verträglich“ sei. Die EKZ ihrerseits stellten fest: „Hinsichtlich des Energieverkaufs wirkt ein lebhaft arbeitendes, privates Installationsgewerbe umsatzfördernd, weshalb auch das Werk ein Interesse hat, dieses Gewerbe zu unterstützen. Die Konkurrenz mit dem privaten Gewerbe hat ausserdem für das Werkpersonal durchaus gesunde Nebenwirkungen.“

Die gemeinsamen Interessen führten in den 1940er Jahren nach längeren Vorarbeiten zur Gründung einer Werbegemeinschaft zwischen den EKZ und dem KZEI. Im Zentrum der Zusammenarbeit stand ein Ausstellungs- und Vorführlokal, das 1946 am Hauptsitz der Werke in Zürich unter dem Namen „Elektroschau Privatgewerbe/EKZ“ eröffnet wurde. Dort wurden alle möglichen Starkstromapparate gezeigt, es wurden Installateure und Kunden beraten. Die Installateure erhielten auf die Apparate angemessene Rabatte. Bei Apparaten, die keiner besonderen Installation bedurften, wurde der Gewinn den Installateuren gutgeschrieben, wenn dies der Kunde verlangte oder der Verkauf wesentlich auf die Werbetätigkeit des Installateurs zurückging. Neben dem Verkauf organisierte die Werbegemeinschaft Werbebriefe, Prospekte, Inserate und andere Aktionen mehr. 1948 zum Beispiel gab es eine Kühlschrankschau und Propagandamaterial dafür in Form von Plakaten und einem Rezeptbüchlein. 1946/47 stellte der KZEI auf eigene Kosten einen eigenen Verkäufer und Berater, was sich aber nicht bewährte. Der Beitrag des KZEI an den gemeinsamen Werbedienst betrug zunächst 5000 Franken, die durch die Gruppen aufgebracht wurden. Als 1958 die Elektroschau an den neuen Hauptsitz der EKZ an der Dreikönigstrasse 18 verlegt und dort erweitert wurde, versprach sich der KZEI „für unser Gewerbe eine machtvolle Demonstration in diesem Haus.“ Ohne Gegenstimme beschloss die Generalversammlung damals, sich weiterhin an der Elektroschau zu beteiligen; nun standen die Räume dem KZEI auch für Vorträge und Verkaufskurse zur Verfügung. Präsident Hans Stüssi stellte fest, „dass unsere Verbundenheit und Zusammenarbeit mit den EKZ in der Schweiz einmalig sei.“ Ab 1982 verzichteten die EKZ auf eine Kostenbeteiligung durch den

KZEI, stellten ihre Elektroschau aber weiterhin den Verbandsfirmen für die Beratung und Demonstration von elektrischen Apparaten zur Verfügung.

Um die Jahrhundertmitte gehörten auch die Konflikte der Stadtzürcher Installateure mit dem städtischen Elektrizitätswerk EWZ der Vergangenheit an. In den Jahren zuvor waren im Gemeindeparlament noch mehrfach Vorstösse gegen die Installationstätigkeit des kommunalen Werks unternommen worden. Die Notwendigkeit politischer Vorstösse entfiel, als das EWZ um 1950 auf grössere Installationsarbeiten zu verzichten begann und damit keine Konkurrenz des privaten Gewerbes mehr darstellte.

FORTGESETZTER WETTBEWERBS- UND PREISDRUCK

Als die wesentlichen Zukunftsaufgaben des Berufsverbandes bezeichnete Hans Stüssi an der Generalversammlung von 1948 drei Punkte: Es gelte erstens das Meldewesen, das sich gut eingelebt habe, zu festigen; zweitens sei dafür zu sorgen, dass die Mitglieder loyal zum Verband und zu den eigenen Beschlüssen stünden, wenn der Konkurrenzkampf wieder zunehme; drittens seien Mittel und Wege zu finden, „den notorischen Preisunterbietern und rücksichtslosen Egoisten und Raffern den Boden wegzunehmen.“

Es war dies ein Programm, das sich nicht von den Zielen unterschied, die der KZEI seit seiner Gründung hauptsächlich verfolgt hatte; im Zentrum stand nach wie vor die Preis- und Wettbewerbspolitik. Aber dies konnte keineswegs überraschen, stand doch jedermann in der Erwartung eines baldigen Konjunkturerbruchs mit der Folge einer neuerlichen Jagd nach Aufträgen zu jedem Preis. Es sei richtig und notwendig, dass die Gruppen Vorbereitungen trafen für die kommende „Baisse-Zeit“, hiess es im KZEI-Jahresbericht von 1950.

In der Tat sollten die Preis- und Wettbewerbsverhältnisse alsbald wieder zum dominierenden Thema der Zürcher Elektroinstallateure werden. Allerdings waren



Ausstellungslokal der EKZ und des KZEI 1955



Verbandsreise des KZEI nach Berlin, Mai 1966

Das Ausstellungslokal der Werbegemeinschaft der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ und des KZEI in Zürich im Jahr 1955.

Unten:
Gruss von der Verbandsreise des KZEI nach Berlin im Mai 1966. In der Mitte Alfred Litschgi, rechts Hans Stüssi. Von 1957 bis 1991 organisierte der KZEI alle drei bis vier Jahre eine Auslandsreise für seine Mitglieder, unter anderem nach Wien (1963 und 1975), Kopenhagen (1970) oder Bordeaux (1980). Auch die Gruppen führen gelegentlich ins Ausland.

der Grund nicht mangelnde Aufträge – im Gegenteil – sondern wie schon in der Zeit vor 1930 die fatale Entwicklung der Preise und Kosten. Die Hochkonjunktur wurde zunehmend zu einer „Mengenkonjunktur“, in der sinkende Margen durch erhöhte Umsätze zu kompensieren waren. Mochte diese Rechnung bei grossen Firmen aufgehen, so wurde sie für den durchschnittlichen Unternehmer zur Falle, zur „Sucht nach dem Auftrag.“ Die Folge war in den 1950er Jahren erneut ein fataler Konkurrenzkampf, ein Unterbieten und Rabattgewähren, das die schlimmsten Befürchtungen weckte. Insbesondere in der Stadt Zürich und von der GEISA wurden damals verschiedene „Kampfmassnahmen“ ergriffen, um gegen die Abgebote bestehen zu können. Erst als der boomende Baumarkt um 1960 alle Arbeitskräfte und praktisch alle Angebote zu schlucken begann, verlor der Kampf gegen Aussen-seiter und „Abbietler“ an Virulenz, und es konnte ein neues Kapitel in der Verbandsgeschichte aufgeschlagen werden.

DER KZEI IN DEN 1950er JAHREN

Seinem Charakter als einem Dachverband gemäss gestaltete sich die Organisation des KZEI einfach. Verbandsorgane waren der siebenköpfige Vorstand, die beiden Rechnungsrevisoren, die Geschäftsstelle mit dem Verbandssekretär und die vier Delegierten für den VSEI. Viele der anfallenden Geschäfte wurden durch den Verbandspräsidenten und den Sekretär erledigt. An Kommissionen gab es deren eine für die Elektroschau, bestehend aus vier Mitgliedern des Vorstandes.

Der Jahresbericht des KZEI bot einen Überblick über das Wirtschaftsjahr und die Zahlen der Meldestellen, resümierte Angaben aus den Geschäftsberichten der Elektrizitätsbranche über die Stromproduktion und den Stromverbrauch. Unter dem Titel „eigentliche Verbandstätigkeit“ waren in den 1950er Jahren keine langen Ausführungen notwendig, sie beschränkten sich vor allem auf die Mitgliederzahlen und eine Zusammenfassung der Generalversammlungsbeschlüsse. Ein besonderes Kapitel war den Beziehungen zu den Verbän-

den wie dem VSEI oder dem Gewerbeverband und den Gruppen gewidmet, die in der Regel als sehr gut bezeichnet wurden. Es folgten dann als die umfangreichsten Teile der Jahresberichte die Berichte der verschiedenen Gruppen.

Die Generalversammlungen folgten einem festfügten Ablauf: Begrüssung und Präsidialansprache, Abnahme des Protokolls, von Jahresrechnung und Budget, Festsetzung des Jahresbeitrags, allfällige Wahlen und Mitgliederanträge, Orientierungen. Zu den Ritualen der Generalversammlung gehörte wohl seit den Anfängen des Verbandes die sogenannte Totenehrung, das Verlesen der Namen der verstorbenen Mitglieder, gefolgt von einer Gedenkminute des Schweigens.

Neben der Planung der Generalversammlung und der Delegiertenversammlungen des VSEI gehörten ab 1947, wie dies bereits vor dem Krieg der Fall gewesen war, Kurse und Exkursionen zu den wichtigsten wiederkehrenden Tätigkeiten des Verbandes. Die Exkursionen oder Studienfahrten dienten der Erweiterung der Branchenkenntnisse, bezweckten aber vor allem auch die Anknüpfung von freundschaftlichen Banden, die als die Voraussetzungen für einen anständig geführten Konkurrenzkampf galten. Die Exkursionen hatten bis 1956 Fabriken und Einrichtungen in der Schweiz zum Ziel, so führten im Jahr 1950 vier Cars über hundert Teilnehmer nach Graubünden zur Besichtigung des Albulawerks. Beliebt bei den Elektroinstallateuren waren Charterfahrten im sogenannten „Churchill-Pfeil“ und in den „Roten Pfeilen“ der SBB; erwähnt wird in den Berichten das jeweils „traditionell gute KZEI-Wetter“, das diesen Anlässen vergönnt war. Später wagte man sich im Zweijahresturnus an Reiseziele im Ausland; nach Holland 1957 standen 1959 Paris und 1961 München auf dem Programm. Referate über verschiedene Themen gehörten in der Regel zum Programm der Generalversammlungen; in den 1950er Jahren übernahm der KZEI gelegentlich das Patronat über Weiterbildungsveranstaltungen, so zum Beispiel für Verkaufskurse des VSEI oder Beleuchtungskurse der Philipps AG.

NEUAUSRICHTUNG VON VERBAND UND VERBANDSPOLITIK, 1960–1976

STRUKTURWANDEL

Augenfälliges Merkmal der Hochkonjunktur und der damit verbundenen Bevölkerungsentwicklung war die Verstärkung der Zürcher Landschaft. Um 1950 konnten erst Zürich, Winterthur und Uster als Städte bezeichnet werden, zwanzig Jahre später zählten sechzehn Gemeinden mehr als 10'000 Einwohner. Besonders ausgeprägt war das Siedlungswachstum im Limmattal und im Glattal, am Zürichsee und im Oberland. Die Entwicklung verlagerte sich von der Hauptstadt in das Umfeld, in die Agglomerationen.

Auch für die Branche der Elektroinstallateure bedeutete die Veränderung der Siedlungslandschaft einen nachhaltigen Strukturwandel. Die Gruppengebiete verloren ihren eigenständigen Wirtschaftscharakter, die grossen Stadtzürcher Firmen griffen auf die Landschaft hinaus.

Gleichzeitig mit der zunehmenden Verflechtung der Gruppengebiete kündigte sich um 1960 ein weiterer Wandel an. Es wurde deutlich, dass es je länger je weniger in den Kräften des Berufsverbandes lag, den Mitgliedern „gerechte“ Preise zu garantieren oder den Wettbewerb „auszuschalten.“ Man gelangte zur Einsicht, dass andere Wege beschritten werden mussten, um die Verbandsangehörigen im Konkurrenzkampf zu stärken und die Notwendigkeit der organisierten Zusammenarbeit zum Wohle der gesamten Branche zu beweisen. Preisliche Kampfmassnahmen gegen Aussen-seiter hatten sich als wirkungslos erwiesen. Es galt nun vielmehr, durch „positive Arbeit“ vom Nutzen des Verbandes zu überzeugen. „Je mehr positive Arbeit für die Mitglieder geleistet wird, je mehr an wertvollen Unterlagen herausgegeben wird, desto grösser wird der Sog und das Gefälle zum Verband werden.“

Vorboten, dass eine neue Zeit anbrach, gab es um 1960 auch andere. So geschah die Verbandsreise nach Paris im Jahr 1959 mit einer „revolutionären Neue-

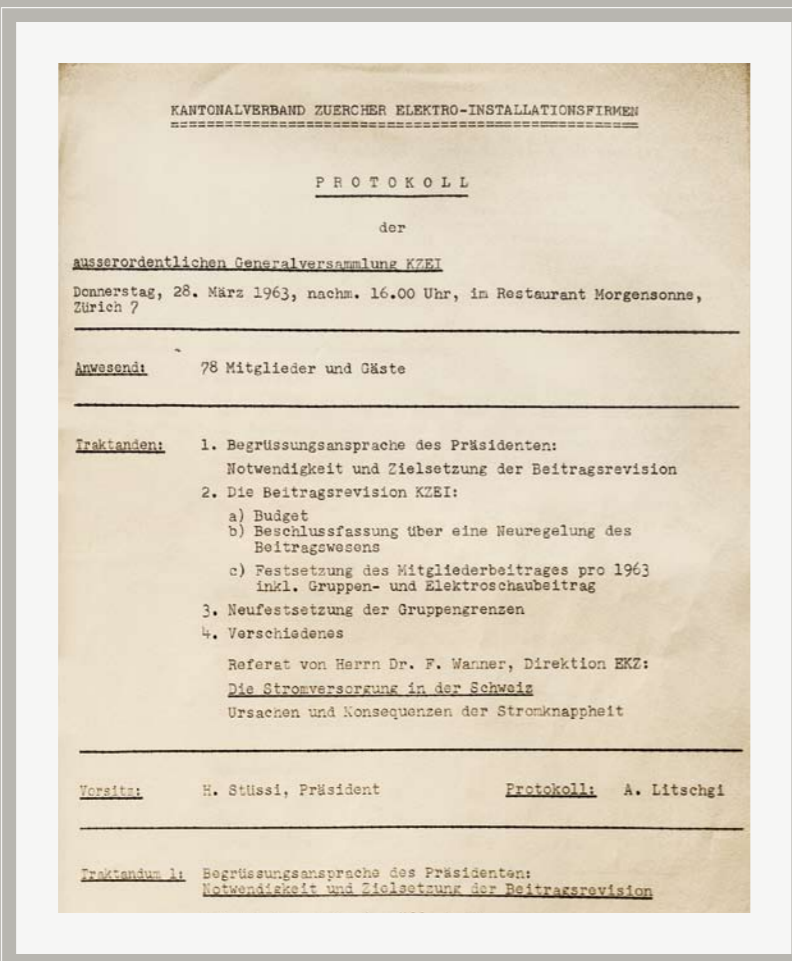
rung“, wie es im Bericht hiess, unter Begleitung durch die Meisterfrauen. Es kündigte sich auch eine Generationenablösung an. Von den Gründungsmitgliedern der Gruppen waren die meisten als Ehren- und Freimitglieder in das zweite Glied getreten und hatten das Ruder einer neuen Verbandsgeneration überlassen, die sich nun ihrerseits „den heutigen Gegebenheiten und den Anforderungen der modernen Wirtschaft anzunehmen“ hatte.

1963 – DAS GROSSE UMBAUJAHR DES KZEI UND SEINER GRUPPEN

Die Folgen des Strukturwandels beschäftigten die Generalversammlung des KZEI von 1961 in Wädenswil. Im Jahresbericht hiess es: „Verschiedene Geschäfte dieser Versammlung, aber auch der Verlauf der Diskussion zeigten, dass der KZEI seine Beschränkung als Dachorganisation der Gruppen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und engeren Verflechtung im Kantonsgebiet mehr und mehr aufgeben muss und dazu übergehen wird, auch Sachgeschäfte auf kantonaler Ebene zu behandeln.“ Wie ein „Wetterleuchten“ würden wichtige Beschlüsse eine neue Aufgabenverteilung zwischen den Gruppen und dem Kantonalverband ankündigen, meinte der Berichterstatter damals weitsichtig. Sie standen im Zusammenhang mit dem Arbeitskräftemangel. Beschlossen wurde unter anderem nach „stürmischer Diskussion“ eine Ergänzung der Statuten, wonach die Gruppen künftig bei Verhandlungen mit Arbeitnehmerorganisationen den Vorstand des KZEI rechtzeitig zu orientieren hatten. Anlass waren die Auswirkungen einer Revision des Stadtzürcher Arbeitsvertrags, mit der eine generelle Mittagsentschädigung eingeführt worden war. Diese hatte bei den Mitgliedern der GEISA „die höchsten Wellen“ verursacht, denn es stand zu befürchten, dass dadurch noch mehr Arbeitskräfte zu Arbeitgebern in der Stadt abwandern würden.

Die Neuorientierung der Verbandstätigkeit, die seit 1960 auf verschiedenen Ebenen vorbereitet wurde, erfuhr ihre formale Sanktion an einer ausserordentlichen Generalversammlung am 28. März 1963 im Restaurant

Die erste Seite des Protokolls über die ausserordentliche Generalversammlung vom 28. März 1963 im Restaurant „Morgensonne“ in Zürich, an der die Neuausrichtung des Kantonalverbandes und seiner Gruppen beschlossen wurde.



Protokoll der Generalversammlung, 28. März 1963



Werbeansichtskarte des ehemaligen Restaurants Morgensonne

„Morgensonne“ beim Zoo in Zürich. Durch eine Finanzreform – einstimmig angenommen – wurde der Kantonalverband in die Lage versetzt, neue Funktionen zu übernehmen. Bisher hatten sich die Gruppen selbst finanziert durch Abgaben, die von den Aufträgen erhoben wurden; der Mitgliederbeitrag für den KZEI bestand seit 1939 in einem fixen Grundbeitrag und in einer Abgabe von einem Promille der Lohnsumme. Neu erfolgte die Erhebung der Mitgliederbeiträge einheitlich und zentral durch den Kantonalverband auf Grundlage der Lohnsummen in der Höhe von sechs Promillen nebst dem Grundbeitrag. Die Mitgliederbeiträge des Kantonalverbandes stiegen damit von 23'000 Franken im Jahr 1962 auf 131'000 Franken im Jahr 1963. Den Gruppen wurden zur Bestreitung ihrer Auslagen, die vor allem durch deren Meldestellen bedingt waren, Beiträge in der Höhe zwischen 52'000 Franken (VEZ) und 5000 Franken (VEW) ausgerichtet. Vorderhand zwar blieben damit die Finanzen zwischen Kantonalverband und Gruppen etwa gleich verteilt wie zuvor. Aber die Gruppen hatten ihre Finanzhoheit an den Kantonalverband abgetreten, und dieser konnte künftig rasch auf sich verändernde Bedingungen reagieren. Vor allem aber war mit der genehmigten Beitragsrevision auch der neuen Aufgabenverteilung zwischen den Gruppen und dem Kantonalverband einvernehmlich die Zustimmung erteilt worden.

KANTONALISIERUNG VON KOMMISSIONEN DES VEZ

Mit Optimismus und grossem Tatendrang packten Vorstand und Mitglieder des KZEI 1963 die neuen Aufgaben an. Bereits in jenem Jahr wurden die beiden bisherigen Kommissionen des VEZ, die Technische Kommission und die Ladenkommission, zu Kommissionen des Kantonalverbandes umgewandelt. Damit zeichnete sich auch eine Neuverteilung der Geschäfte innerhalb des Verbandes selbst ab: Die Facharbeit wurde künftig durch Kommissionen erledigt, der Vorstand konnte sich auf die Verbandsführung konzentrieren.

Die Kommission Ladengruppe war 1952 durch den VEZ gegründet worden. Initiant und treibende Kraft

war Hans Kästle, der der Gruppe von 1952 bis 1973 als Obmann vorstand. Das Ziel der Gruppe, der sich die Ladenbesitzer unter den Installateuren als Mitglieder anschliessen konnten, bestand in der Förderung der Elektrofachgeschäfte. Diese litten zusehends unter der Konkurrenz der Warenhäuser. In den 1950er Jahren waren die meisten Gewerbeschutzabkommen des Landesverbandes VSEI mit den Fabrikanten von „Weisswaren“, wie die Elektrogeräte für den Haushalt bezeichnet wurden, hinfällig geworden. Küchengeräte, Waschmaschinen oder Staubsauger konnten nun auch anderswo als im Elektrofachhandel bezogen werden. Vorbei seien die Zeiten, in denen der Installateur automatisch alle Apparate mitliefern konnte, konstatierte Hans Kästle 1963. Ferner stellte die Führung eines Ladengeschäftes besondere Anforderungen, für die – so hiess es im Jahresbericht der Gruppe einmal – der installierende Elektromeister in der Regel „wenig Gspür“ entwickelte. Diesen Problemen und Mängeln begegnete die Ladengruppe mit der Schulung des Verkaufspersonals, mit Haushaltsberatung und mit der Werbung für die Elektrofachgeschäfte. An den Kursabenden behandelt wurden zum Beispiel die Themen „Weihnachtsverkauf“, „Beleuchtungskörper“ oder „Elektrisch kochen, braten, backen.“ Für die Ladengeschäfte wichtig waren die Töchter und Gattinnen der Meister, weshalb diese von der Gruppe sowohl als Kursteilnehmerinnen wie auch als Mitarbeiterinnen für den Verband umworben wurden. In den 1960er Jahren wirkten in der Ladenkommission – so hiess es damals – „Fräulein Felder“ von der GEISA und „Frau Peter“ vom VEW mit. Vertreter stellten auch die EKZ und das EWZ, die ebenfalls in diesen Bereichen tätig waren. Zusammen mit diesen Werken organisierte die Ladengruppe ab 1954 den „Elektrostand“ an der Zürcher Herbstmesse Züspa und erarbeitete einen „Ladentarif“ als „Abwehrmassnahme gegen das Durcheinander“, das im Preissektor durch die Warenhäuser entstanden war.

Die Ausweitung der Ladengruppe auf den Kantonalverband 1963 konnte nicht verhindern, dass der Elektrofachhandel um 1970 weiter unter Druck geriet und auch renommierte Fachgeschäfte ihre Tätigkeit einstellen mussten. Die Kommission bestand bis ins

Jahr 2000; unter den Mitgliedern des KZEI gab es um 2010 kaum mehr Firmen mit einem Ladenlokal.

Die zweite Kommission des VEZ, die 1963 zu einem Organ des Kantonalverbandes erweitert wurde, war die Technische Kommission. Sie erhielt die Aufgabe, technische Unterlagen und Richtlinien für die tägliche Arbeit der Zürcher Elektroinstallateure in einem KZEI-Handbuch herauszugeben. 1964 war die Systematik der sogenannten „KZEI-Blätter“ festgelegt: Die Nummer 0 bis 99 waren reserviert für allfällige Blätter der Gruppen, die Nummern 100 bis 129 für Blätter des KZEI. Deren Hauptgruppen bildeten die Abteilungen „Allgemeine Richtlinien und Regielöhne“, „Zählerplatten und Sicherungsverteilungen“, „Installationsmaterialien.“ Am 17. November 1964 gelangten die ersten Blätter zur Verteilung. Zehn Jahre später wurden die Blätter als „KZEI-Dokumentation“ mit allen gültigen Publikationen des Verbandes neu herausgegeben, gegliedert nun nach dem Schema „Kalkulationsgrundlagen“, „Berufliche Ausbildung“ und „Arbeitgeberfragen.“

Weitere Themen welche die Technische Kommission bearbeitete waren die Vereinheitlichung der Regielöhne, die aus historischen Gründen verschieden waren für die Stadt Zürich, die Stadt Winterthur und das übrige Kantonsgebiet, oder die Frage der elektrischen Raumheizung, die in den 1960er Jahren aktuell geworden, aber umstritten war. Es galt statistische Erhebungen und Lieferantenverzeichnisse zu erstellen, Merkblätter zu schaffen und für die Mitglieder Kurse anzubieten.

Die Kommission beschäftigte sich sodann mit der Rationalisierung der Arbeitsprozesse und der Senkung der Unkosten durch richtige Lagerhaltung und Arbeitsplanung. Von 1966 bis 1979 führte der KZEI zu solchen Fragen jährlich gut besuchte Unternehmer tagungen durch. Zur ersten Veranstaltung in Zell fanden sich 65 Teilnehmer ein; auf dem Programm stand unter anderem der Vortrag eines aus Fernsehen und Radio bekannten Referenten über „Menschenführung im Betrieb.“

DIE KANTONALISIERUNG UND DIE ABSCHAFFUNG DER MELDESTELLEN

Mit der Zentralisierung der Fachfragen auf der Ebene des Kantonalverbandes und dem wirtschaftlichen Zusammenwachsen der Regionen im Kanton Zürich stellte sich die Frage nach der Zukunft der Gruppen-Meldestellen. Da diese wesentliche Bestandteile der Identität und der Selbstverantwortung der Gruppen waren, handelte es sich um ein heikles Thema, das wohlwogen sein wollte. Aber die Entwicklung war vorgegeben und wies auch hier in Richtung einer Übernahme durch den Kantonalverband.

Den unmittelbaren Anstoss 1964 gab die GEIWO. Sie schlug im Zusammenhang mit der bevorstehenden Pensionierung ihres langjährigen Meldedienstleiters Robert Leemann vor, das bisherige Meldewesen der Gruppen auf der Ebene des Kantonalverbandes zu konzentrieren. Die Technische Kommission erhielt den Auftrag, die notwendigen Unterlagen zu erarbeiten. Bereits die Generalversammlung von 1965 entschied ohne Gegenstimme – nach lebhafter Diskussion zwischen der „weichen“ und der „harten“ Linie – per 1. Januar 1966 ein kantonales Reglement über das Melden und das gemeinsame Preisberechnen für Offerten ab 2500 Franken in Kraft zu setzen. Allerdings atmte das Reglement liberalen Geist und verzichtete weitgehend auf die Einschränkung der Wettbewerbsrechte, räumte den Firmen weitgehende Freiheiten in der Preisgestaltung ein. Die Gebietshoheit der Gruppen blieb gewahrt, indem Verstösse gegen das Reglement durch die betroffenen Gruppen zu beurteilen waren. Der KZEI besorgte die Administration durch die Einrichtung eines Technischen Büros auf seinem Sekretariat; kantonaler Meldedienstleiter wurde Ingenieur Walter Zitt, unterstützt durch eine Sekretärin.

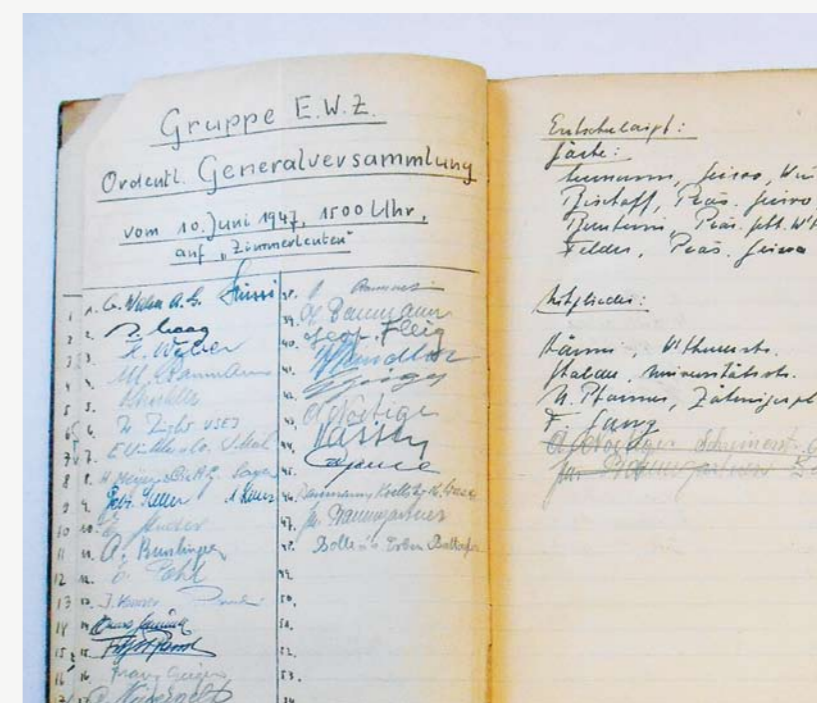
Die Erfahrungen des neuen Meldedienstleiters waren durchzogen. „Wir werden den Verdacht nicht los, dass einzelne Verbandsfirmen das Berechnungswesen als eine Art Tinguely-Maschine zur Beschäftigung des Sekretariats betrachten“, wurde im Jahresbericht 1966 geklagt. Der Lauf der Geschichte war nicht aufzuhalten. 1968 entschied die Generalversammlung des KZEI



Fröhliche Runde des KZEI in Rüdesheim

„Fröhliche Runde des KZEI in Rüdesheim“, Mai 1968. Die Fahrt der Zürcher „Stromergilde“ auf dem Rhein nach Holland war auch eine „Unternehmer tagung“, denn auf dem Schiff wurden Vorträge gehalten zum Beispiel über „Rechtsfragen im täglichen Leben.“

Unten: Präsenzbuch der Gruppe EWZ, des späteren VEZ. An der ordentlichen Generalversammlung vom 10. Juni 1947 auf den „Zimmerleuten“ nahmen 47 Mitglieder teil.



Präsenzbuch der Gruppe EWZ

auf Antrag des Vorstandes, die gemeinsame Preisberechnung aufzuheben und nur eine Meldepflicht von Objekten im Betrag von über 5000 Franken beizubehalten. Es sollte so den konkurrierenden Firmen möglich bleiben, untereinander in Kontakt zu treten und sich über Offerten und Aufträge auszusprechen.

Aber auch die blosser Meldepflicht war überholt. Nach kurzer Diskussion, die keine Zweifel an der Gesinnung der Mitglieder zulies, folgte die Generalversammlung des KZEI am 10. November 1971 dem Antrag des Vorstandes und hob bei nur drei Gegenstimmen das Meldewesen gänzlich auf. Damit waren – wie der Jahresbericht konstatierte – die Zürcher Elektroinstallateure endgültig in die „freie Marktwirtschaft mit all ihren Auswüchsen und unerfreulichen Nebenerscheinungen“ entlassen.

Das Ende des Melde- und Preisberechnungswesens war ein historisches Ereignis in der Geschichte der Zürcher Elektroinstallateure. Das wirtschaftspolitische Umfeld drängte hin in Richtung einer Liberalisierung des Marktes und weg von kartellistischen Preisabsprachen. Das erste eidgenössische Kartellgesetz von 1962 und die eidgenössische Kartellkommission setzten der Preisbildung durch die Wirtschaftsverbände und namentlich im Baugewerbe Schranken, ähnlich war die Tendenz der Revisionen verschiedener Submissionsverordnungen. In der Branche der Elektroinstallateure selbst wollte eine neue Generation von Unternehmern keine Einschränkungen des Wettbewerbs und ihrer Freiheiten mehr, keine „Majorisierung“ durch ihre Konkurrenten. „Die Rosse scharren im Stall“, beschrieb 1966 ein Verbandsmitglied die Stimmung unter seinen Kollegen.

Am schwersten taten sich mit der Aufhebung der Meldepflicht die Mitglieder der GEISA, in der die Tradition eine besondere Rolle spielte. Hier waren die Meinungen geteilt. Eine Probeabstimmung über die Alternativen „Strafferes Meldewesen mit Strafen“ oder „Aufhebung der Meldepflicht“ war 1968 mit zwölf gegen zwölf Stimmen unentschieden geblieben.

NEUE WEGE IN DER BERUFSBILDUNG: „TÜEND EU DENE BUEBE E CHLI MEH ANÄ!“ (1969)

Mit der höheren Eigenverantwortung des Unternehmers und den steigenden Berufsanforderungen veränderte sich der Stellenwert der Aus- und Fortbildung für den einzelnen Meister wie auch für den Arbeitgeberverband. Die Berufsbildung wurde zu einer Hauptaufgabe des KZEI. „Die Ausbildung wird in der Verbandsarbeit die zentrale Aufgabe darstellen. Sie kann sich keineswegs mehr auf die beiden bereits bestehenden Eckpfeiler: Meisterprüfung und Lehrlingsprüfung beschränken. Neben den Weiterbildungsmöglichkeiten für Monteure ist die Schulung des mittleren Kadres vordringlich geworden. Aber auch der Betriebsinhaber wird seine Kenntnisse in technischen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Belangen regelmässig à jour halten müssen.“

Zunächst rückte die Ausbildung des Berufsnachwuchses in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Kenntnisse mancher Lehrabgänger entsprachen in keiner Weise den Anforderungen des Berufes. Die Lehrmeister mussten sich von den Experten den Vorwurf gefallen lassen, sich zu wenig um ihre Lehrlinge zu kümmern. „Man sollte es den Installateuren wieder einmal einprägen, dass der Lehrling etwas lernen sollte und nicht Hilfsarbeiter ist“, wurden die Meister der GEISA 1968 ermahnt. In jenem Jahr der anhaltenden Jugendunruhen bestand in den Bezirken Meilen und Horgen ein Viertel der Kandidaten die Lehrabschlussprüfung nicht, wobei es sich allerdings um eine „ausnehmend schwache und faule Klasse“ gehandelt haben soll.

Die Klagen über unerfreuliche Abschlussprüfungen waren nicht neu. Der Generalversammlung der GEISA von 1952 war ein „erschreckender Bericht über den Stand unserer Lehrlingsausbildung“ erstattet worden. Der Sekretär des VEZ, Dr. Jakob Widmer, ortete das Problem unter anderem in einer Trägheit, die sich nach dem Erlass des Berufsbildungsgesetzes verbreitet habe. Lehrmeister und Berufsverbände hätten geglaubt, „sich nun zur Ruhe setzen“ und die Sache dem Staat überlassen zu können. Sie hätten die Ausbildung

des Nachwuchses je länger je mehr vernachlässigt. Die Folgen seien um 1960 erschreckend zu Tage getreten. Nur wenn Verbände und Lehrmeister wieder die Hauptverantwortung in der Ausbildung übernahmen, liesse sich die Situation ändern und auch den Diskussionen um Ablösung der dualen Berufsausbildung durch Vollschulen entgegenzutreten. Gefordert wurde eine intensivere Betreuung der Lehrlinge, wie das in Industriebetrieben und auch grösseren Verbandsfirmen bereits gemacht werde.

Was war zu tun? Im Jahr 1962 setzte der VEZ eine Berufsbildungskommission ein, die sich intensiv mit den anstehenden Problemen beschäftigte. Zusammen mit Gewerbeschullehrern wurde erörtert, ob die theoretischen Anforderungen herabzusetzen waren oder ob die Lehrlinge erst nach einer Eignungsprüfung angenommen werden sollten. Rasch aber war klar, dass nicht die Berufskennnisse vermindert werden durften, sondern die Ausbildung zu verbessern war. Einen Weg dahin eröffnete das neue eidgenössische Berufsbildungsgesetz von 1963, das die Subventionierung von sogenannten Einführungskursen ermöglichte, wenn solche von den Berufsverbänden eingerichtet wurden.

DAS ELEKTRIKERAUSBILDUNGSZENTRUM ELAZ IN EFFRETIKON, 1972

1965 konstituierte sich die bisherige Kommission des VEZ in erweiterter Form als kantonale Berufsbildungskommission des KZEI unter dem Vorsitz von Dr. Jakob Widmer. Vertreten waren auch die EKZ, die in Aus- und Fortbildungsfragen eng mit den privaten Unternehmern zusammenarbeiteten. Aufgaben der Kommission waren die Nachwuchswerbung, die Durchführung von Unternehmerkursen, vor allem aber das grosse Projekt, Einführungskurse für die Lehrlinge des Elektroinstallationsgewerbes einzuführen. Man rechnete mit etwa 1000 Lehrlingen aus dem Kanton Zürich, die jedes Jahr während zwei bis vier Wochen in den Grundlagen des Berufes zu schulen waren. Am 4. Februar 1966 besichtigten die Gruppenvorstände und der Kantonalvorstand auf Einladung der Hand-

werkskammer Konstanz das dortige neue Grundschulgebäude und besuchten einen Grundschulkurs für Elektromonteurlernlinge. Es folgte ein gemeinsames Nachtessen in Gottlieben. Diese Begegnung sei ausserordentlich anregend gewesen, hiess es im Jahresbericht, und mehr noch: „Sie darf als eigentliche Initialzündung für den Aufbau der Grundschulungskurse in der Schweiz gelten.“ In sechs Subkommissionen wurde die Arbeit aufgenommen: Es galt die Zusammenarbeit mit den Behörden und dem VSEI zu organisieren, das Kursprogramm zu entwerfen, die Land- bzw. Standortfrage zu lösen, ein Bau- und Raumprogramm zu erstellen sowie finanzielle und juristische Fragen zu klären. 1966 beschloss die Generalversammlung, die Grundschulung für Lehrlinge der Verbandsfirmen solle obligatorisch sein; gemäss einem damaligen Entscheid des zuständigen Bundesamtes waren auch Lehrlinge von Nichtverbandsfirmen aufzunehmen.

In der Lokalfrage waren die Varianten: Der Bau eines Schulhauses auf Land der EKZ in Dietikon oder in Schwerzenbach, aber auch der Einkauf im geplanten Gebäude des Maler- und Gipsermeisterverbandes in Wallisellen. 1967 eröffnete sich in Effretikon die Gelegenheit, Land zu einem akzeptablen Preis zu erwerben. Ende Jahr schien klar, dass die beste Lösung ein eigenes Schulgebäude in Effretikon sein würde. Im Oktober 1968 genehmigte die Generalversammlung den Kaufvertrag; erworben wurden 3050 Quadratmeter zum Preis von 80 Franken pro Quadratmeter. Den Ideenwettbewerb gewann Architekt Max Schwank aus Küsnacht, mit ihm wurde schliesslich auch der Architektenvertrag abgeschlossen. Man rechnete mit Bau- und Einrichtungskosten in der Höhe von rund 2 Millionen Franken. An eigenen Mitteln standen 600'000 Franken zur Verfügung (darunter 160'000 Franken als Darlehen der Gruppen), an Subventionen konnte ebenfalls mit 600'000 Franken gerechnet werden und als Hypothek aufzunehmen waren 750'000 Franken. Im August 1970 war Baubeginn. Damit begann – so die Baukommission – der „Weg der Dornen“, wie dies bei jedem grossen Bauvorhaben der Fall war. Wegen der massiven Teuerung drohten im Frühjahr 1972 die Geldmittel auszugehen. Da zeichneten 57 Mitglieder des KZEI innert kurzer Zeit Anleihen in der Höhe von

390'000 Franken. Als der Bund die Subventionen zunächst nur für Bauten anheben wollte, die nach dem 1. Januar 1971 begonnen wurden, intervenierte der KZEI über den Schweizerischen Gewerbeverband in Bern und erreichte, dass ein von ihm vorgeschlagener vorteilhafterer Passus wörtlich Aufnahme in das abgeänderte Bundesgesetz über die Berufsbildung fand. Das bedeutete für den KZEI einen Betrag von rund 200'000 Franken, der dringend benötigt wurde. „Es dürfte wohl erstmalig und einmalig sein, dass ein vom KZEI vorgeschlagener Wortlaut in ein Bundesgesetz aufgenommen worden ist“, bemerkte der Jahresbericht über diesen Erfolg mit Stolz.

Am 9. Juli 1971 fand in Effretikon die Aufrichtefeier statt. Die Kosten betragen nun insgesamt 2,6 Millionen Franken. Der Schulleiter Rudolf Ammon trat seinen Dienst am 15. Oktober 1971 an. Es folgte die Anstellung eines Hauswartehepaars, einer Sekretärin und von vier Lehrlingsinstruktoren. Der Lehrbetrieb begann am 24. April 1972 mit vier Klassen und insgesamt sechzig Lehrlingen des ersten Lehrjahres. Offizieller Einweihungstag des ELAZ, wie das Ausbildungszentrum des KZEI genannt wurde, war der Dienstag, 16. Mai 1972. „Kleine ‚Stiften‘, hohe Herren, gutes Essen, manches Drum und Dran setzte sich für diesen Tag in Szene“, hiess es im Jahresbericht. Im ersten Lehrjahr wurden 958 Lehrlinge in die Grundlagen des Berufs eingeführt. Das Ausbildungszentrum wurde zu einem Mittelpunkt der Zürcher Elektroinstallateure. Nach der Aufhebung des Meldewesens hätten sich grosse Firmen gefragt, ob der KZEI noch notwendig sei, führte Sekretär Alfred Litschgi vor der Generalversammlung 1973 aus. Das habe sich mit dem ELAZ geändert. „Dank diesem grossen Gemeinschaftsvorhaben sind wir ohne grosse Spannungen über die Runden gekommen.“

EIN GEWANDELTER VERBANDSGEIST

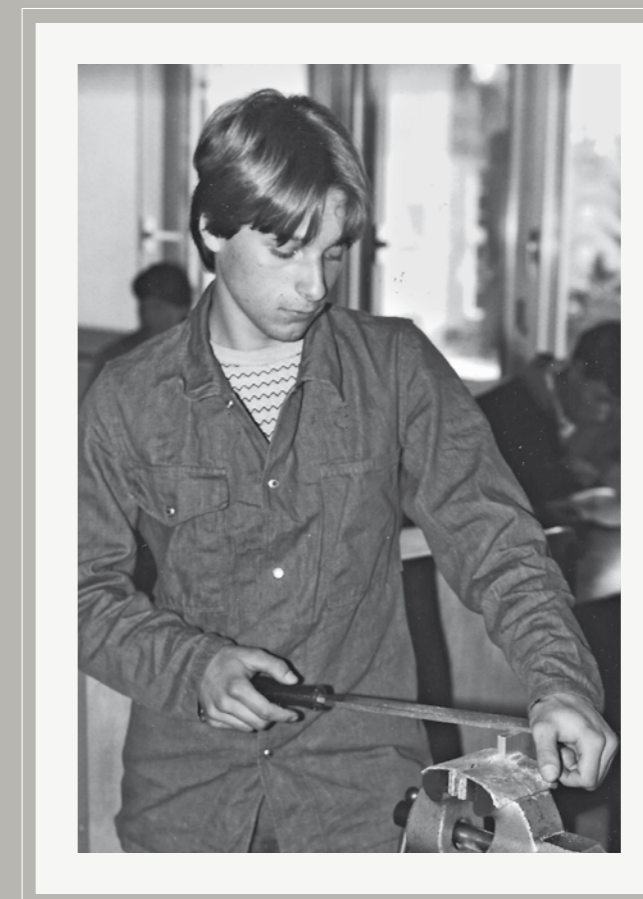
In den 1960er Jahre hatte sich der Verbandsgeist gewandelt. Bis dahin stand die gemeinsame Preisberechnung im Zentrum des Verbandes. Es sei eine „kämpferische Zeit“ gewesen, erinnerte sich der Geschäftsführer des VEZ Dr. Jakob Widmer. Die Verbandsangehörigen seien

„straff an die Strippe genommen und scharf beobachtet“ worden. Mit „eisernen Zügeln“ wurde versucht, die Mitglieder zu disziplinieren. Der Meldedienstleiter der GEIWO, Robert Leemann, war ein „eiserner Zuchtmeister“ und unter den Verbandsangehörigen gab es einen „gut funktionierenden Nachrichtendienst.“ Der VEZ beauftragte 1952 einen Sekretär mit der „Aufspürung“ und der Abklärung von Abgebotsfällen. Die Preisbildungsreglemente waren von den Mitgliedern durch ihre Unterschriften anzuerkennen und wurden ihnen per Post als Einschreiben zugestellt. Vergehen gegen die Reglemente seien „scharf geahndet“ worden mit Sanktionen, die von Bussen bis zum Ausschluss reichten; der VEZ richtete 1951 eine Strafkommision ein als zweite Instanz zur Beurteilung von Verstössen gegen das Meldereglement. Die Jahresberichte zürnen über Elektroinstallateure, die sich als „Outsider“ den Reglementen entzogen oder diese als Mitglieder nicht befolgten; erstere galten als die „Unbekehrten“, letztere wurden als „Krebsgeschwür“ bezeichnet. Die Zwänge der gemeinsamen Preisberechnung führten zu Streit und störten das Vertrauen unter den Verbandsangehörigen, zu den Ausschlussgründen gehörten die „Denunzierung des KZEI, seiner Organe oder einzelner Mitglieder.“ 1959 schloss der VEZ drei Mitglieder im Sinne einer „moralischen Sanierungsaktion“ aus dem Verband aus. Fortwährend wurde dieser auf „Kollegialität“ und „Kameradschaft“ eingeschworen als die Voraussetzungen für eine gemeinsame Konkurrenz- und Preisgestaltung – Voraussetzungen, die sich allerdings zu keiner Zeit durch Appelle und Strafbestimmungen erzwingen liessen.

In den 1960er Jahren änderten sich die Verhältnisse. Die Hochkonjunktur und die veränderte Einstellung zum Wettbewerb liessen die Preis- und die Konkurrenzfrage in den Hintergrund treten. Der KZEI und seine Gruppen verlagerten ihre Tätigkeit in den fachlichen und berufsbildnerischen Bereich. Damit verlor auch der Kampf gegen Aussenseiter und gegen Abweichler in den eigenen Reihen an Bedeutung und an Gehässigkeit. Es sei damals durch die Neuausrichtung des Verbandes gelungen, die „persönlichen Gegensätze“ zu überwinden, hiess es von den Stadtzürcher Installateuren. Die Statuten des VEZ und der GEISA, die



Das Elektrikerausbildungszentrum ELAZ 1972



Lehrling bei der Metallbearbeitung

Die Eröffnung des Ausbildungszentrums in Effretikon 1972 für Einführungskurse stellte einen Höhepunkt in der Geschichte des Verbandes dar. Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirktor Prof. Dr. Hans Künzi schrieb: „Das Ausbildungszentrum ist ein Zeichen der Weitsicht des Elektro-Installationsgewerbes im Bereich der beruflichen Ausbildung.“ Obligatorisch für alle Berufe wurden die Einführungskurse erst ab 1980.

Unten:
Lehrling im ersten Lehrjahr: Metallbearbeitung als handwerkliche Grundlage. In den 1960er Jahren erkannten die Gruppen die Bedeutung einer verbesserten Lehrlingsbetreuung. 1966 wandelte die GEISA den bisherigen „Kampffonds“, der dem Preiskampf gedient hatte, in einen Berufsbildungsfonds um.

1969 und 1970 revidiert wurden, kannten zwar noch die Ausschlussmöglichkeit, verzichteten ansonsten aber auf Strafbestimmungen.

Von einem sich wandelnden Verbandsgeist zeugte gegen Ende der 1960er Jahre auch das gezielte Bemühen, die Verbandsorgane zu verjüngen, die bisherigen Doppel- und Mehrfachfunktionen der Vorstandsmitglieder abzubauen und eine möglichst breite Basis von Verbandsmitgliedern zur Mitarbeit in den Kommissionen zu bewegen. Dem Zweck, „die Stimmung im Volk“ vermehrt zu berücksichtigen, diente ab 1965 die Vorbehandlung wichtiger Geschäfte im Rahmen eines „grossen Kantonalvorstandes“, der aus den Vorstandsmitgliedern des Kantonalverbandes und der Gruppen bestand.

DIE GRUPPEN DES KZEI

DER VEZ, VERBAND DER ELEKTRO-INSTALLATIONSFIRMEN DER STADT ZÜRICH

Die Bedeutung der Stadtzürcher Gruppe EWZ für das Zürcher Elektroinstallationsgewerbe war gross. Bis 1945 wirkten mit Fritz E. Rauch (1921–1937) und Hans Hotz (1937–1945) zwei Obmänner, die gleichzeitig Präsidenten des Kantonalverbandes waren. Die Stadt war der Ort wo „die Musik spielte.“ Um 1950 lebten in Zürich mit 390'000 Personen mehr Einwohner als im übrigen Kantonsgebiet mit 387'000 Personen. Von den 149 Mitgliedern des KZEI gehörten 79 dem VEZ an. Dessen Meldestelle notierte Objektbeträge von 4,8 Millionen Franken, die Meldestellen der GEISA und der GEIWO zusammen solche von 1,9 Millionen Franken.

Die Rückkehr zum „Käufermarkt“ führte in der Stadt Zürich nach 1950 erneut zu misslichen und unerfreulichen Konkurrenzverhältnissen, zu Klagen über schlechte Preise, Abgebote und Aussenseiter. 1951 wurde beschlossen, durch verschiedene Massnahmen „die Zügel wieder straffer anzuspannen.“ Die Gruppe EWZ gab sich neue Statuten und wurde zum VEZ, dem Verband der Elektroinstallationsfirmen der Stadt Zürich.

Es wurde eine Strafkommision gebildet, die Verstösse von Mitgliedern gegen das Reglement beurteilte. Zu den Kampfmassnahmen gegen Aussenseiter gehörte 1953 die Freigabe der Rabatte unter Beibehaltung der Meldepflicht, was faktisch einer Preisfreigabe gleichkam. Aber die „Krankengeschichte“ – als solche wurde die Situation bezeichnet – war damit nicht abgeschlossen, vielmehr machte man sich darauf gefasst, alsbald einen „Nekrolog“ abfassen zu müssen. Die Generalversammlung von 1954 wurde an einem Regentag auf einem Zürichseeschiff durchgeführt. „Nicht nur das Schiff, sondern der ganze VEZ schwamm buchstäblich im Trüben und ohne jede Aussicht. Sowohl wenn man durch die verregneten Fenster aufs Wasser hinaus blickte, als auch beim Versuch, die Preissituation des Elektro-Installationsgewerbes festzulegen, misslang jegliche Standortbestimmung.“ Unter den Mitgliedern kursierte das Wort von der Notwendigkeit, in der psychiatrischen Anstalt „Burghölzli“ eine Abteilung für Elektriker einzurichten.

Ein nächster Versuch, den Preiserfall und das Unterbieten in den Griff zu bekommen, war 1954 die Gründung einer „Interessengemeinschaft Preisbildung“ zusammen mit zunächst 28 Aussenseiterfirmen. Letztere bezahlten die Hälfte der Abgaben an die Meldestelle, da sie von den übrigen Dienstleistungen des Verbandes nicht profitierten. 1959 folgte ein erneuter Kraftakt, „um die Zusammenarbeit in der Stadt wieder auf die Füsse zu bekommen.“ Ein neues Melde- und Berechnungsreglement, für das über 40 Sitzungen des Vorstandes und der Technischen Kommission notwendig waren, räumte den Bewerbern vermehrt Freiheiten in der Preisgestaltung ein.

In der Stadt Zürich werde unter den Elektroinstallateuren „Gift und Galle“ gespritzt, schrieb der Meldedienstleiter der GEIWO 1959. Unter diesen Verhältnissen musste es erstaunen, wie viele Initiativen von der Zürcher Sektion ausgingen. Initiativen, die schliesslich vom kantonalen und auch vom schweizerischen Verband aufgenommen wurden. Der VEZ sei während Jahren derart tonangebend gewesen, dass andere neidisch auf die Stadtzürcher gewesen seien und man sie oft als lästig empfunden habe.

Zum Stolz der Stadtzürcher Sektion gehörten das 1951 an der Brinerstrasse in Zürich als Vermögensanlage gekaufte Wohnhaus, die Technische Kommission, die 1952 gegründete „Ladengruppe“, die 1957 erstmals durchgeführten Lehrmeisterkurse und die 1962 gebildete Berufsbildungskommision. Diese lokalen Kommissionen wurden nach 1963 zu kantonalen Kommissionen des KZEI. Um 1960 konnte der VEZ über drei Vorstösse berichten, denen Bedeutung für die gesamte Schweiz zukam: Die Reformen der Installationsstarife, der Hausinstallationsvorschriften sowie des schweizerischen Lehrlingsreglements.

Mit einem gewissen Bedauern verabschiedete sich der VEZ in den 1960er Jahren von den vielfältigen bisherigen Aufgaben der Gruppe, bekundete aber auch Genugtuung, „nicht mehr der Lastesel zu sein, dem man alles aufladen kann.“ Einen Abschluss unter die Vergangenheit stellte die rechtliche Umwandlung des VEZ von einer Genossenschaft in einen Verein im Jahr 1971 dar.

DIE GEISA, GRUPPE DER ELEKTRO-INSTALLATIONSFIRMEN AM SEE, AMT UND LIMMATTAL

Die von 1933 bis 1936 gebildete GEISA mit der Meldestelle in Thalwil umfasste die Netzgebiete der EKZ am Zürichsee bis nach Einsiedeln, im Knonaueramt, Limmattal und Furttal. Ebenso wie beim VEZ bildeten in den 1950er Jahren der Preiserfall und die Konkurrenz der Aussenseiter das Hauptthema der Diskussionen. Betroffen waren insbesondere Gemeinden wie Zollikon, Schlieren oder Küsnacht, die in den Sog der Stadt Zürich gerieten. Von den Generalversammlungen 1952 bis 1954 wurden deshalb mehrere scharfe Massnahmen beschlossen, die später als eigentliche „Bewährungsproben“ der Gruppe bezeichnet wurden. Im Kampf gegen die Aussenseiter wurden zwei Wege beschritten: Einerseits ging an diese die Einladung, sich für ein Jahr probeweise an der Meldestelle zu beteiligen, andererseits erhielten die Mitglieder der GEISA die Möglichkeit, von Fall zu Fall mit Kampfprabatten auf krasse Unterbietungen zu reagieren: Es wurde dafür

ein „Kampffonds“ eingerichtet, der bis 1966 bestand. Zur Beilegung von Konflikten unter den GEISA-Angehörigen selbst wurde ein neutraler Vertrauensmann als „Brandwache“ eingesetzt, der Einblick in alle Geschäftsbücher und Offertunterlagen nehmen konnte.

„Dank diesen Massnahmen konnten die Brandherde im GEISA-Gebiet trotz zeitweiligem Auftauchen von Preis-Pyromanen lokalisiert werden“, hiess es im Jahresbericht von 1955. Bis 1957 stieg die Zahl der Mitglieder auf 39, womit das jahrelange Bemühen der Gruppe zur Gewinnung der Aussenseiter erfolgreich einen vorläufigen Abschluss fand, wie der Vorstand feststellen durfte.

Die GEISA verstand sich als eine Gruppe, die bekannt war „für ihre bewusst gepflegte Tradition und ein gesundes Autonomiebestreben.“ Die Gründe dafür waren wohl im Selbstbewusstsein der „Seebuben“ zu suchen, die ja schon im Alten Zürich gegen die Herren in der Stadt „aufgemupft“ hatten, und in den Turbulenzen bei der Gründung der Gruppe. Aus „historischen Gründen“, mit „Hinblick auf die Geschichte der GEISA“ und aus Rücksicht auf die „verdienten Veteranen der GEISA“ wurde 1969 ein Artikel in die revidierten Statuten aufgenommen, der im Falle einer Liquidation der Gruppe die Übertragung des Vermögens nicht an den Kantonalverband KZEI, sondern an den Landesverband VSEI vorschrieb. Zwar bestehe gegenwärtig kein Grund für Misstrauen, hiess es von Seiten einiger Gründungsmitglieder der GEISA, aber man wisse nie, „was die Stadt dann mit diesem Geld anfangen.“

Der hochgehaltenen Autonomie und Tradition ungeachtet setzte sich die GEISA nach 1960 vorbehaltlos für die neue Aufgabenverteilung zwischen den Gruppen und dem Kantonalverband ein. Dies tat man, obwohl damit sprudelnde Einnahmequellen versiegten und das neue Finanzsystem der Gruppe keinen grossen Spielraum mehr belies. Aber die Sachzwänge, die sich aus dem Ausgreifen der Stadt ergaben, überzeugten. Man werde sich künftig – neben der Sorge für eine gesunde Marktordnung durch das Meldewesen – vermehrt der beruflichen Ausbildung und den lokalen Aufgaben zuwenden. Dazu gehörte als Grundvoraussetzung die

Förderung und Pflege der persönlichen Beziehungen. Im Jahresbericht 1962 hiess es dazu: „Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern ist der Ausgangspunkt unserer Gruppentätigkeit. Die Gründer der GEISA werden gerade in dieser Beziehung einer neuen Verbandsgeneration Vorbild und Beispiel sein.“

DIE GEIWO, GRUPPE DER ELEKTRO- INSTALLATIONSFIRMEN WEINLAND, OBER- UND UNTERLAND

Nach dem Vorbild der GEISA und wegen der auch in ihrem Gebiet um sich greifenden „Schmutzkonzurrenz“ hatten die Konzessionäre der EKZ in den Netzkreisen des nördlichen Kantonsteils für ihr Gebiet 1935 den Meldedienst und die Meldepflicht eingeführt. Die Entwicklung der GEIWO war erfreulich. Nur wenige der in Frage kommenden Firmen im Konzessionsgebiet blieben der Gruppe dauernd fern. Nach dem ersten Jahr des Bestehens durfte konstatiert werden, „dass schon viele der früher bestandenen, dem Berufsverband nicht zur Zierde gereichenden Rivalitäten zwischen einzelnen Konkurrenten verschwunden sind und einem von gutem Geiste getragenen Solidaritätsgefühl der Weg geebnet wurde.“

Die GEIWO war in der Folge weit weniger als die Gruppen im südlichen Kantonsteil und in der Stadt Zürich mit Problemen konfrontiert, die sich aus den Konkurrenz- und Preisverhältnissen während der Hochkonjunktur ergaben. Die Entwicklung im nördlichen Kantonsteil verlief ruhiger und kontinuierlicher, das Unterbieten durch Aussenseiter blieb lange unbedeutend, und besondere Kampfmassnahmen, wie sie um 1953 durch den VEZ und die GEISA ergriffen wurden, waren unnötig. Erst gegen 1960 geriet auch das Gebiet der GEIWO vermehrt unter Druck, wobei man hier von einer „Verseuchung der Landschaft“ durch „gewisse ‚Beglücker‘ aus der Metropole“ sprach. Deutliche Worte fand man gegenüber Verbandsmitgliedern, die sich nicht an die Statuten und das Reglement hielten. Im Jahresbericht der GEIWO für das Jahr 1955 hiess es: „Der wiederum nicht beachtliche Einfluss der Aussenseiter tritt bald weniger in Erscheinung als die

nicht rühmenswerten Machenschaften gewisser Insider. Über dieses ‚Krebsgeschwür‘ sei an dieser Stelle nicht näher eingetreten ...“

Die Seele der Gruppe Winterthur-Oberland war deren Meldedienstleiter Robert Leemann in Winterthur, Elektrotechniker und seit 1936 Fachlehrer für das Elektrogewerbe des Berufslagers bzw. der Fachschule Hard in Winterthur. Er bekleidete das Amt des Meldeleiters der GEIWO von der Gründung 1935 bis zur Aufhebung 1965 und blieb danach bis zu seinem 75. Geburtstag im Jahr 1975 Sekretär der GEIWO und des VEW. Seine ausführlichen Jahresberichte mit launigen Rückblicken und Kommentaren auf das Weltgeschehen – gelegentlich auch in Versform – waren legendär und zum Teil umstritten. Für Robert Leemann bedeutete die Solidarität gegenüber den Kollegen im Berufsverband eine Sache der „Moral“, und bisweilen zweifelte er am Nutzen seiner Aufgabe. 1964 schrieb er: „Wenn der Unterzeichnete sich auf Ende des laufenden Jahres vom aktiven Meldedienst zurückzieht, so tut er dies nicht mit ungetrübter Freude, denn seine Hoffnung, der Meldedienst werde die Mitglieder zu einer gesunden und aufrichtigen Zusammenarbeit einander näher bringen, ist leider nicht im ersehnten Rahmen in Erfüllung gegangen.“ Bis 1970 nannte sich die Gruppe „Winterthur-Oberland“, danach „Weinland, Ober- und Unterland.“

DER VEW, VERBAND DER ELEKTRO- INSTALLATIONSFIRMEN DER STADT WINTERTHUR

Eine Sonderstellung innerhalb des KZEI nahm lange die Ortsgruppe Winterthur ein, die aus den Konzessionären des städtischen Elektrizitätswerkes EWW bestand. Die Gruppe dürfte um 1920 entstanden sein und war wesentlich an der Gründung des Kantonalverbandes beteiligt. Sie kam lange Jahrzehnte ohne formale Statuten aus und hatte keine solch turbulenten Proben zu bestehen, wie dies bei den Installateuren in der Stadt Zürich der Fall war. Im Jahresbericht 1930 gab der Kantonalsekretär der Hoffnung Ausdruck, dass der „frische Zug“ und die „Kollegialität“ der Winterthu-

rer im ganzen Verband und namentlich in der Stadt Zürich Einzug halte. Dies passte zum Charakter der vergleichsweise ruhigen und auf Konsens bedachten Stadt Winterthur, wo ja 1937 das wegweisende Friedensabkommen in der Metallindustrie geschlossen worden war. Die Einrichtung einer Preismeldestelle der EWW-Konzessionäre wurde in den 1930er und 1940er Jahren angestrebt, unterblieb aber schliesslich. Ansonsten jedoch entfalteten die Winterthurer die gleichen Aktivitäten wie dies bei den anderen Gruppen der Fall war. Die Gruppe konnte sich zum Beispiel die Installationsarbeiten für das eidgenössische Turnfest von 1936 sichern, und sie übertrug die Arbeiten an jene acht ihrer Mitglieder, die ihr Interesse an den Verbandsangelegenheiten durch den regelmässigen Besuch der Versammlungen bekundeten. Die Gruppe wählte ein Mitglied in das 1938/39 geschaffene Gewerbegericht Winterthur und engagierte sich an der Berufsschule Winterthur. Längere Zeit tätigte sie ferner gemeinsam Einkäufe von Installationsmaterialien. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Kreistelefordirektion und den städtischen Elektrizitätswerken war eine dauernde und gute; Kritik geübt wurde allenfalls an den städtischen Behörden, denen das Gaswerk ein „Lieblingskind“ war und das gegenüber der Elektrizität bevorzugt wurde. Wie in der Stadt Zürich bestand für Winterthur ein besonderer Arbeitsvertrag mit den Gewerkschaften, der auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht nahm.

Das statutenlose Leben der Elektroinstallateure in der Stadt Winterthur ging 1962 zu Ende. Am 13. Dezember jenes Jahres gründeten rund zwanzig von ihnen den VEW, Verband der Elektroinstallationsfirmen der Stadt Winterthur. Anstoss zur Formalisierung der gegenseitigen Beziehungen war die damalige Reorganisation des Kantonalverbandes und die damit einhergehende Neuregelung des Beitragswesens.

Die Zahl der EWW-Konzessionäre verdoppelte sich zwischen 1950 und 1975 von 21 auf 41, von denen zuletzt dreissig Mitglieder des VEW waren.

**ÜBERGANGSZEIT UND NEUORIENTIERUNG,
1975 BIS 2000**

ABSCHIED VON DER HOCHKONJUNKTUR;
STRUKTURKRISE DER 1970er JAHRE

DIE 1980er JAHRE; PRÄSIDIUM VON EMIL KESSLER,
1981–1993

DIE SCHWIERIGEN 1990er JAHRE

6

ÜBERGANGSZEIT UND NEUORIENTIERUNG, 1975 BIS 2000

ABSCHIED VON DER HOCHKONJUNKTUR; STRUKTURKRISE DER 1970er JAHRE

DIE WIRTSCHAFT IN DER KRISE

Die Hochkonjunktur, die in den Kriegsjahren eingesetzt und danach ungeahnte Dimensionen angenommen hatte, ging 1973/74 abrupt zu Ende. Noch 1972 hatte der Bund Konjunkturdämpfungs-Massnahmen beschlossen, denen aber „auf dem Fusse“ – wie der Sekretär des KZEI ausführte – Krise um Krise folgte: Weltwirtschaftskrise, Exportkrise, Finanzkrise, Lagerhaltungskrise, Investitionskrise. Der gewaltige Bevölkerungszuwachs der 1960er Jahre kam zum Stillstand, damit auch der Höhenflug der Bauwirtschaft. Kritisch erinnerte sich der KZEI-Präsident an die Jahre zuvor: „Es gab kaum einen Kleinhandwerker, der sich nicht im Spekulationsbau versuchte, von den grösseren Firmen gar nicht zu reden. Wer damals nicht mitmachte, wurde fast als etwas blöd angesehen. Die Quittung für dieses unvernünftige Verhalten haben wir erhalten.“ Nun hatten die Zürcher Elektroinstallateure – wie der KZEI warnte – für eine Reihe von Jahren mit einem reduzierten Umsatzvolumen von 50 bis 60 Prozent zu rechnen. Unter den arbeitslosen Metallarbeitern, zu denen sie gezählt wurden, stellten die Elektromonteure 1975 das grösste Kontingent. Der Abbau der Beschäftigten im Zürcher Elektroinstallationsgewerbe betrug damals über 30 Prozent.

Der Vorstand des KZEI rechnete mit bedeutenden Auswirkungen auf die Verbandsarbeit. Erwartet wurden eine veränderte Mitgliederstruktur, härtere Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften und ein raueres Klima im Konkurrenzwesen. Den Mitgliedern musste aufgezeigt werden wie sie überleben konnten, und wie die Betriebsstruktur der Zukunft auszusehen hatte. Der KZEI bestand um 1970 aus rund 200 Aktivmitgliedern, von denen 90 in der Stadt Zürich, 30 in der Stadt

Winterthur und 80 auf der Landschaft beheimatet waren. 80 Prozent der Verbandsangehörigen beschäftigten weniger als zehn Monteure und galten somit als kleine Firmen. Die elf grössten Firmen bezahlten einen Viertel der gesamten Verbandseinnahmen.

PAUL FELDER, KANTONALPRÄSIDENT 1976–1981

Hans Stüssi, der den KZEI seit 1947 und damit während der langen Hochkonjunktur geleitet hatte, wollte 1973 zurücktreten, fand aber keinen Nachfolger. Die Verjüngung der Verbandsorgane, seit längerem ein Anliegen des Vorstandes, gestaltete sich nicht einfach. Erst 1976 konnte eine Reihe von jüngeren Mitgliedern zur aktiven Mitarbeit in den Kommissionen bewogen werden. Auch für das Präsidialamt fand sich damals eine Lösung, allerdings nur, weil der bisherige Vizepräsident Paul Felder „unter dem Druck der Verhältnisse“ und aus Verantwortungsgefühl die Wahl annahm. Er erklärte gleichzeitig, das Amt „nur für kurze Zeit“ übernehmen zu können, die Sache aber „mit Ernst anzupacken.“ Präsident blieb er bis 1981, nachdem auch 1979 kein geeigneter Kandidat hatte gefunden werden können.

Paul Felder war Diplomingenieur ETH und hatte 1941 das Geschäft seines gleichnamigen Vaters in Küsnacht übernommen. Ausserdem war er mit den Aufgaben der Verbandsführung bestens vertraut. Seit 1947 und damit während 30 Jahren war er Präsident der GEISA und gleichzeitig Mitglied des KZEI-Vorstands, seit 1971 Vizepräsident. Besondere Verdienste um den KZEI erwarb er sich als Obmann der Baukommission und danach der Kurskommission für das Ausbildungszentrum in Effretikon. Sein Hobby war das eines „Seebuben“, das Segeln auf dem Zürichsee. Führungsgeschick bewies Paul Felder zu Beginn der 1960er Jahre, als er als GEISA-Präsident die auf ihre



Paul Felder, 1915 – 1992

Ein Leben für den Berufsverband der Elektroinstallateure:
Paul Felder (1915–1992), von 1947 bis 1976 Präsident der GEISA, von 1976 bis 1981 Präsident des KZEI.

Unten:
Inserat der EPA im Winterthurer „Landboten“ vom 4. Februar 1983.
Die Werbeanzeige löste bei den Zürcher Elektroinstallateuren „ungläubiges Staunen, Verbitterung bis hin zum Zorn“ aus.



Inserat der EPA im Winterthurer „Landboten“

Autonomie stolze Gruppe der Elektroinstallateure am See gegen Widerstand in die neue Verbandsstruktur des KZEI führte. Als Kantonalpräsident von 1976 bis 1981 erwarb er sich das Verdienst, in einer schwierigen Zeit ein „Stimmungstief“ – insbesondere unter den kleineren und mittelgrossen Verbandsmitgliedern – durch neue Grundlagen der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene überwunden zu haben, ohne deswegen den Kantonalverband zu schwächen.

UNZUFRIEDENHEIT UNTER DEN KLEINEREN UND MITTELGROSSEN VERBANDSMITGLIEDERN

In ihrem Jahresbericht von 1975 konstatierte die GEISA ein „Stimmungstief“ unter ihren Mitgliedern und führte dieses auf eine Kumulation von Problemen zurück, die sich aus dem „Abschiednehmen vom lieb gewordenen Trott der Hochkonjunkturjahre“ ergaben.

Das Hauptproblem, das allen Schwierigkeiten zugrunde lag, war ein altbekanntes: Bereits 1973 war wieder die Rede vom Preiszerfall, der verglichen wurde mit einem „um sich greifenden Tumor.“ In der Stadt Zürich nahm der Baukostenindex von 1974 bis 1977 um 7,5 Prozent ab, die Position der elektrischen Installationen aber um 20 Prozent. Der Kommentar von Paul Felder war bissig: „Diese Zahlen zeigen erstens den Preiszerfall im Baugewerbe und zweitens, dass die Elektriker nicht zu den gescheitesten zählen.“ In den folgenden Jahren bis um 1985 waren erneut die misslichen Erlöse, die ruinösen Konkurrenzverhältnisse und der fehlende Mut zur Zusammenarbeit das grosse Thema an den Veranstaltungen der Gruppen und des Kantonalverbandes. An den Generalversammlungen des KZEI wurde die „unverantwortliche Preisgestaltung“ gegeisselt; die GEISA musste „das Vertrauen unter den Mitgliedern Stein um Stein wieder aufbauen“; in der GEIWO hielt der „idiotische Preiskampf“ unvermindert an; im VEZ hoffte man, dass doch „eines Tages die Vernunft ins Elektro-Installations-Gewerbe einkehre; der VEW bedauerte „Futterneid und Intoleranz.“

Die Folgen – insbesondere für die kleinen und mittleren Betriebe – waren gravierend. Zu ihrem Wortführer machte sich der spätere KZEI-Präsident Emil Kessler.

An der Generalversammlung von 1974 geisselte er in einem persönlichen Votum und in ungewöhnlich harten Worten das Gebaren von „Feldherren oder Möchtegern-Herrschern“ unter den Verbandsmitgliedern, die keine Rücksichten nehmen würden. Er fragte: „Sollen wenige, ins Grosse expandierende oder aufgeblähte Firmen alles an sich reissen, oder ist sich unsere Verbandsleitung einig, dass auch in unserem Gewerbe der Klein- und Mittelbetrieb seine Berechtigung haben muss?“

Der Zorn der kleineren und mittleren Firmen kam zum Ausdruck in der Resolution der Unternehmertagung des KZEI von 1975. Diese verlangte Anträge über einen allgemeinen Personalabbau unter den Firmen des KZEI. Die darauf anberaumte ausserordentliche Generalversammlung allerdings wurde von Juristen „in zum Teil schärfsten Formulierungen“ darüber belehrt, dass ein verordneter Personalabbau rechtlich nicht durchzusetzen war. Die Versammlung begnügte sich deshalb mit der Empfehlung, die Mitgliederfirmen sollten innert drei Monaten einen Viertel des Monteurpersonals abbauen. Bei Bedarf war kein zusätzliches Personal einzustellen, sondern dieses bei anderen Firmen auszuleihen. Die Diskussion diente dazu, „einmal den aufgestauten Groll loszuwerden“; über die Wirksamkeit der Empfehlung hingegen machte sich die Versammlung keine Illusionen. Immerhin führten intensive Gespräche des Präsidenten und des Sekretärs mit grossen Firmen unter den Mitgliedern zu deren Erklärung, dass sie die Reduktion des Arbeitsvolumens und das Gesamtinteresse der Branche berücksichtigen würden, allerdings ohne praktischen Erfolg.

Weitere Verunsicherung brachte die eidgenössische Wettbewerbskommission. Diese legte 1977 einen Bericht über das dichte Kartell im Markt für Elektro-Installationsmaterial vor. Der Bericht betraf vor allem die Fabrikanten, die Absprachen gemäss nur Grosshändler und die Industrie belieferten. Als 1983 eine Fabrikationsfirma mit dieser Praxis brach und Warenhäuser und Hobby-Center mit Installationsprodukten zu versorgen begann, löste dies unter den Installateuren „ungläubiges Staunen, Verbitterung bis hin zum Zorn“ aus. Es stellten sich Fragen wegen der Preise und der

Qualität des Materials, aber natürlich auch wegen der zusätzlichen Konkurrenz und der Gefahr unfachgemässer Schwarz- und Laienarbeit. An einer ausserordentlichen Generalversammlung vom 9. März 1983 rief der KZEI den Landesverband durch eine Resolution zum Handeln auf, ohne aber an einen wirklichen Erfolg zu glauben. Von den eigenen Mitgliedern wurde die Solidarität eingefordert, nicht selbst Material in den Warenhäusern einzukaufen.

Zur Unzufriedenheit mancher kleinerer Mitglieder trug ferner eine gewisse „Wachstumskrise“ des Verbandes bei, die sich aus der Zunahme der Mitglieder ergab. Im Jahr 1970 zählten der KZEI und seine Gruppen 204 Aktivmitglieder, zehn Jahre später 282. Es stellte sich das Problem, wie die neuen Mitglieder in das Verbandsleben zu integrieren waren. Deren Passivität – so lautete das Verdikt der Unternehmertagung von 1976 – lähme die Verbandsarbeit und trage nicht dazu bei, „das so notwendige Vertrauen zu schaffen und zu erhalten.“ Insbesondere die kleineren Firmen würden sich nicht mehr wohl fühlen, da die „zwischenmenschlichen Beziehungen“ verloren gegangen seien.

DEMOKRATISIERUNG DES VERBANDES: DIE ARBEITSGRUPPEN UND REGIONALVERBÄNDE

Der Vorstand des KZEI nahm die Sorgen seiner Mitglieder, auch der kleineren und mittelgrossen Firmen, ernst. Das vertrauensbildende Gespräch unter den Mitgliedern sollte erneuert, deren Integration verstärkt werden. 1975 entstand deshalb das Projekt, verschiedene regionale Arbeitsgruppen zu gründen mit dem Zweck, „den persönlichen Kontakt unter den Mitgliedern zu fördern, Erfahrungsaustausch zu pflegen und nicht zuletzt auch die Kooperation im Wettbewerb anzustreben.“

Zu den Initianten und Förderern des Vorhabens gehörte neben Paul Felder insbesondere Verbandssekretär Alfred Litschgi. Dieser hatte nach der Aufhebung des Meldewesens die Auffassung vertreten, dass es die regionalen Gruppen innerhalb des Kantonalverbandes nicht mehr brauche. Nun war er, wie er freimütig be-

kannte, durch die Entwicklung seit 1973 eines besseren belehrt worden. Ohne persönliche Kontakte, wie sie eben nur in regionalen Zusammenschlüssen wirklich gepflegt werden konnten, waren die „Übersteuerung des Wettbewerbs“ und der damit einhergehende Preiszerfall nicht zu verhindern.

Die Bildung der Arbeitsgruppen hatte ferner zum Ziel, die junge Generation in die Arbeit für den Berufsverband einzubinden und diesen von der Basis her zu „demokratisieren.“ Die GEIWO schrieb dazu: „Über die Arbeitsgruppen kann nun jedes Mitglied demokratisch seinen Einfluss auf das Verbandsgeschehen nehmen. Die eigentliche Willensbildung zur Verbandstätigkeit erfolgt also nicht mehr nur einmal im Jahr an der Hauptversammlung, sondern in regelmässigen Zusammenkünften der Arbeitsgruppen.“ Damit suchte man im KZEI umzusetzen, was auf politischer und gesellschaftlicher Ebene seit den späten 1960er Jahren allgemein gefordert wurde: Demokratisierung der Strukturen unter Einbezug aller Interessen und Gruppierungen in die Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse. Der VEZ drückte dies 1975 mit folgendem Aufruf aus: „Das gängige Cliché von den ‚bösen alten Männern‘ am Vorstandstisch und den armen unterdrückten Mitgliedern im Saal soll mindestens für unseren Verband zunichte gemacht werden. Sie sind alle zur Mitarbeit aufgerufen. Melden Sie sich.“

In der Folge wurden bis 1979 in allen Gruppen des KZEI regionale Arbeitsgruppen gebildet. In der GEISA (rechtes Seeufer, linkes Seeufer, Amt und Limmattal) und in der GEIWO (Weinland, Oberland, Unterland) waren es je drei, im VEW (Stadt Winterthur) eine, im VEZ (Stadt Zürich) eine Kooperationsgruppe und zeitweise drei Erfahrungsgruppen. Die Mitgliedschaft in diesen Arbeitsgruppen war freiwillig und setzte die Bereitschaft voraus, mit den Berufskollegen in der engeren Region „im Interesse des gemeinsamen wirtschaftlichen Überlebens“ zusammenzuarbeiten. Geleitet wurden sie durch Vorsitzende, die administrativen Arbeiten besorgte das Sekretariat des KZEI. In den Anfangsjahren standen Fragen der Preisbildung und Kooperationsgespräche bei Offerten im Vordergrund, bald aber beschäftigten sich die Arbeitsgruppen mit

Im Jahr 1981 gab sich der KZEI ein neues Logo, das nun auch von den Gruppen übernommen wurde. In den Jahresberichten der 1980er Jahre bezeugte das Logo die Gemeinsamkeiten des Verbandes, die unterschiedlichen Farben erinnerten an die durchaus noch bestehenden Eigenheiten der Gruppen.



Das neue Logo des KZEI ab 1981

allen vorkommenden Berufs- und Verbandsproblemen. Oft hielten Fachleute des Verbandes selbst Referate, die danach bei Diskussion und gemeinsamem Nachessen vertieft wurden.

Das Interesse der Mitglieder an den Arbeitsgruppen war vor allem in den ersten Jahren ihres Bestehens durchaus beachtlich, womit der Zweck erfüllt war, die Zusammenarbeit zu fördern und die Meinungsbildung im Kantonalverband breit abzustützen. Die Arbeitsgruppe Unterland zum Beispiel hielt im August 1985 ihre fünfzigste Sitzung ab; Traktanden waren damals ein Submittentenkodex und ein Jubiläumsimbiss.

Mit den Arbeitsgruppen gewannen auch die Gruppenverbände GEISA, GEIWO, VEW und VEZ, deren Existenzberechtigung nach der Abschaffung des Meldereglements 1971 angezweifelt worden war, ihre Akzeptanz zurück. Im Jahr 1979 bezeichnete die GEISA als ihre Aufgaben: Regelung der Marktverhältnisse im eigenen Wirtschaftsgebiet; Betreuung der Ausbildung von der Lehrlings- bis zur Meisterstufe; Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder beim KZEI, dem VSEI und der EEV; laufende Information der Mitglieder; persönlicher Kontakt unter den Mitgliedern und die Pflege der Geselligkeit.

MASSNAHMEN GEGEN DEN PREISZERFALL; DIE WIEDEREINFÜHRUNG DES SUBMISSIONS- REGLEMENTS 1978

Ein Grund für die Bereitschaft mancher Elektroinstallateure, Aufträge auch zu ungenügenden Preisen anzunehmen, war die ungewohnte Hektik und Sprunghaftigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Ende der langen Hochkonjunktur. Verbandspräsident Paul Felder sprach 1978 von einer „Wellblechkonjunktur“, auf die es sich einzustellen gelte. Diese führte dazu, dass auch bei günstiger Auftragslage Pessimismus im Hinblick auf die Zukunft herrschte, wodurch „Angstabschlüsse“ getätigt wurden mit Preisen, die nicht kostendeckend waren.

Was konnte der KZEI für seine Mitglieder tun? Auf eigentliche Preisfestsetzungen und Preisbindungen

durfte er sich nicht mehr einlassen, wenn er nicht mit dem Wettbewerbsrecht in Konflikt geraten wollte. Es mussten andere Möglichkeiten gesucht werden.

Auf eine Initiative von Emil Kessler ging die paritätische Kommission zurück, die 1975 mit den Ingenieur- und Bauprojektierungsbüros gebildet wurde. Ihr Ziel war es, gemeinsam Missbräuche im Submissionswesen zu verhindern und die Zusammenarbeit zu fördern. Unter der Leitung des kantonalen Gewerbeverbandes konnte sodann die Baudirektion des Kantons Zürich zum Erlass neuer Richtlinien über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen veranlasst werden; künftig schiedene Angebote, die 15 Prozent unter dem Mittel lagen, aus dem Wettbewerb aus. Ferner fanden 1975 und 1976 Unternehmertagungen des KZEI statt, an denen sich die Teilnehmer ausführlich mit der wirtschaftlichen Lage und den möglichen Massnahmen auf Betriebs- und auf Verbandsebene beschäftigten.

Aus der Tagung von 1976 und den Diskussionen in den neu gebildeten Arbeitsgruppen ging dann hervor, dass sich viele Mitglieder eine Rückkehr zum 1971 aufgehobenen Meldedienst vorstellen konnten. Dieser bildete die Grundlage zur Kooperation im Wettbewerb. Der Vorstand nahm den Vorschlag auf und erliess 1977 „Empfehlungen und Richtlinien für die freiwillige Meldung von Offerten.“ Die Mitglieder konnten ab dem 1. November 1977 Objekte über 5000 Franken dem Sekretariat des KZEI melden. Dieses ermöglichte die Fühlungsnahme der interessierten Firmen untereinander und vermittelte auch, wenn dies gewünscht wurde, eine gemeinsame Preisberechnung auf EDV-Basis. Die beteiligten Firmen waren zur Wahrung der Diskretion angehalten.

Die meisten der regionalen Arbeitsgruppen beschlossen in der Folge, sich dem freiwilligen Melden und Kooperieren anzuschliessen. Auf der Landschaft schien dies bald relativ erfreulich zu funktionieren, gar nicht aber in den Städten Zürich und Winterthur. Ausserdem „fressen“ natürlich die grösseren städtischen Firmen „zur Freude der übrigen KZEI-Mitglieder über den Haag“ – wie es selbstironisch im Jahresbericht des VEZ hiess – und gefährdeten damit den Erfolg der re-

gionalen Zusammenarbeit. Nach positiven Konsultativabstimmungen in den Gruppen wurde deshalb der Generalversammlung des Jahres 1978 vorgeschlagen, die Meldepflicht für Objekte über 5000 Franken im ganzen Kanton Zürich wieder für obligatorisch zu erklären. Bedenken wegen des Kartellrechts wurden die wirtschaftliche Not und ähnliche Massnahmen anderer Berufsverbände entgegengehalten, ausserdem würden das Recht zur freien Preisgestaltung nicht behindert und keine „Preisabsprachen“ eingeführt, sondern nur die Meldepflicht. Die rund hundert Teilnehmer der Generalversammlung erklärten schliesslich mit deutlicher Mehrheit und mit sechs Gegenstimmen die Meldepflicht der KZEI-Mitglieder wieder für obligatorisch.

Das Meldereglement galt für die Dauer eines Jahres und wurde in der Folge immer wieder, bis ins Jahr 2010, durch die Generalversammlung bestätigt. Die Kooperation, die durch das Melden der Offerten ermöglicht wurde, war regional und je nach Beschäftigungslage unterschiedlich; Illusionen machte man sich im Vorstand jedenfalls keine. Um 1980 konnten einige Erfolge bei kleineren Aufträgen vor allem auf der Landschaft ausgewiesen werden, während bei grösseren Objekten und vor allem in den Städten die Kräfte des Marktes dominierten. Von den Sanktionsmöglichkeiten machte man 1981 Gebrauch, indem damals zwei Mitglieder wegen fortgesetzter Verletzung der Meldepflicht aus dem KZEI ausgeschlossen wurden.

DIE TARIF- UND KALKULATIONSGRUNDLAGEN

Zur trüben Stimmung unter den Zürcher Elektroinstallateuren um 1975 trug bei, dass gleichzeitig mit der einsetzenden Rezession die von Grund auf umgestalteten neuen Kostenberechnungsunterlagen des VSEI vorgelegt wurden, die sogenannten K- (Kalkulations-) und P- (Preis-) Bücher. Diese gingen zurück auf ein Exposé von Willy Sauber, dem langjährigen Obmann des VEZ, im Jahr 1960. Willy Sauber und andere hatten die neuen Grundlagen danach in langer Arbeit und auch gegen Widerstände für den VSEI erarbeitet; im Landesverband waren Stimmen laut geworden wie:

„Man sollte Zürich nicht einfach in allen Dingen nachgeben.“ Im Vergleich zum legendären „Stüssi-Tarif“, der in den 1940er Jahren geschaffen worden war, waren die neuen Berechnungsgrundlagen differenzierter und transparenter. Sie erlaubten eine übersichtliche und genaue Kostenberechnung. Sie waren aber auch komplexer, und sie wurden vom VSEI seinerseits zu „nicht ganz minimen Kosten“ (so Robert Leemann von der GEIWO) abgegeben. Naturgemäss stiess die Einführung auf mancherlei sonstige Schwierigkeiten, sie fanden auch im KZEI „nicht ungeteilten Beifall bei allen Mitgliedern“; an der Generalversammlung 1975 gab es in diesem Zusammenhang „einen Katalog von ungefähr 40 Fragen“ zu beantworten.

Weiteren Sprengstoff im Kalkulationsproblem legte der sogenannte „Steiger-Tarif“, den der Unternehmensberater Marcel Steiger den Installateuren als Alternative zum neuen VSEI-Tarif anbot; Steiger war zuvor für den VSEI in dieser Frage tätig gewesen. Der KZEI organisierte am 17. Juni 1974 ein Streitgespräch zwischen VSEI-Zentralpräsident Edwin Lutiger und Marcel Steiger. Die Zürcher Elektroinstallateure erlebten im grossen Saal des Hotels Zürich, der bis zum letzten Platz besetzt war, eine gegenseitige „Abrechnung“ mit den „stärksten Kanonen.“ Zur Lösung der Verwirrung trug die Veranstaltung kaum bei, aber selbstverständlich habe auch niemand ein konkretes Ergebnis erwartet, kommentierte der Berichtersteller des KZEI das denkwürdige Duell.

Die Generalversammlung des KZEI erteilte dem Vorstand 1976 den Auftrag, gemeinsam mit dem VSEI die Kalkulationsgrundlagen einfacher und praxisnäher zu gestalten. Diese Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg, wie den Mitgliedern später mitgeteilt werden konnte, aber das Thema blieb auf der Traktandenordnung des KZEI. Im Stillen wandten noch viele Installateure („man darf es nur nicht laut sagen“, meinte die „Elektrozeitung“) weiterhin den „Stüssi-Tarif“ an, andere benutzten den VSEI-Tarif, den Steiger-Tarif oder beide gemeinsam. Die Hinwendung zum freien Wettbewerb, dem sich die Elektroinstallateure seit den 1960er Jahren unterwarfen, setzte sich somit gleichsam auf der Ebene ihrer Kalkulationsgrundlagen fort.

DAS VERHÄLTNISS ZU DEN GEWERKSCHAFTEN

Mit dem Ende der Hochkonjunktur erwartete der KZEI ein Ende der ständig wachsenden Lohnforderungen und steigenden Sozialleistungen, wusste aber auch, dass damit härtere Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften verbunden waren. 1977 bildeten die Vertreter des KZEI in der paritätischen Kommission deswegen eine Kommission für Arbeitgeberfragen, die auf kantonaler Ebene mit den Gewerkschaften verhandeln, Wünsche der Mitglieder aufnehmen und Fragen des schweizerischen Gesamtarbeitsvertrags behandeln sollte.

Per 1976 wurden die bisherigen besonderen kantonalen Lohnvereinbarungen sistiert und man schloss sich den Vereinbarungen des Landesverbandes VSEI an. An dessen Verhandlungen mit den Gewerkschaften war der KZEI im Folgenden wesentlich beteiligt. Der VSEI übernahm 1979 das Konzept des Zürcher Kantonalverbandes, das eine umfassende Behandlung der Sozialpartnerschaft in einem langfristigen Vertrag vorsah. Aber die Verhandlungen waren, wie vorausgesehen, mühselig. Zeitweise war von einem „vertragspolitischen Scherbenhaufen“ die Rede, die Gewerkschaften liessen Artikel in Tageszeitungen über den „Konflikt im Elektroinstallationsgewerbe“ erscheinen. Forderungen wie Arbeitszeitreduktion, verlängerte Ferien oder Einführung einer Jahresendzulage schienen den Arbeitgebern zunächst undiskutabel. Der neue Gesamtarbeitsvertrag schliesslich, der 1980 in Kraft trat, war ein Kompromiss, mit dem der KZEI leben konnte.

Zu keinem Abschluss kamen die Verhandlungen im Kanton Zürich über die drei regionalen Arbeitsverträge für den Kanton Zürich und die Städte Winterthur und Zürich, auch wenn der KZEI dem Verhandlungspartner Realitätssinn attestierte und dieser – nicht wie andere Gewerkschaften – auf Streikdrohungen verzichtete. Ziel des KZEI war die Schaffung einheitlicher Ergänzungsbestimmungen für den ganzen Kanton, insbesondere aber die Ablösung des Berufs- oder Arbeitskartensystems durch einen Partnerschaftsfonds.

Die Verwaltung der unterschiedlichen Arbeitskarten – die den organisierten und nichtorganisierten Arbeitnehmern auszustellen waren – und die Abrechnung der Berufsbeiträge zuhanden der Paritätischen Berufskommissionen, bedeutete einen grossen bürokratischen Aufwand. Zudem war das Kosten-Nutzen-Verhältnis verheerend: Der KZEI rechnete bei 25'000 Franken Erlös für die Berufsbildung mit 45'000 Franken Verwaltungskosten. Er schlug deshalb die Schaffung eines Partnerschaftsfonds aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von je drei Promillen der Lohnsummen vor, Inkasso und Abrechnung wären über die Familienausgleichskasse erfolgt.

Das Konzept des Partnerschaftsfonds wurde von der Generalversammlung des KZEI 1979 einstimmig genehmigt, vom SMUV jedoch („unbegreiflicherweise“, wie der Referent des KZEI meinte) abgelehnt. Damit blieb es vorerst beim bisherigen System. In der Stadt Winterthur gab es damals 145 dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellte Arbeitnehmer, von denen sechzig gewerkschaftlich organisiert waren.

DIE 1980er JAHRE; PRÄSIDIUM VON EMIL KESSLER, 1981–1993

WAHL UND PROGRAMM VON EMIL KESSLER

1981 trat Präsident Paul Felder zurück. Nach längerem Suchen hatte endlich ein geeigneter Nachfolger gefunden werden können. Einstimmig gewählt wurde Emil Kessler, geboren 1924, Inhaber eines mittelgrossen Elektrogeschäfts in Glattbrugg. Auch er wollte – wie sein Vorgänger – das Präsidium höchstens zwei Amtsperioden lang ausüben, blieb dann aber bis 1993 im Amt.

Emil Kessler gehörte – im Unterschied zu den früheren und späteren Präsidenten – vor seiner Wahl weder dem Kantonal- noch einem Gruppenvorstand an. Er wirkte seit 1968 in der Technischen Kommission mit, ab 1977 auch in der paritätischen Kommission mit den Ingenieurbüros. Aber als Gemeindepräsident

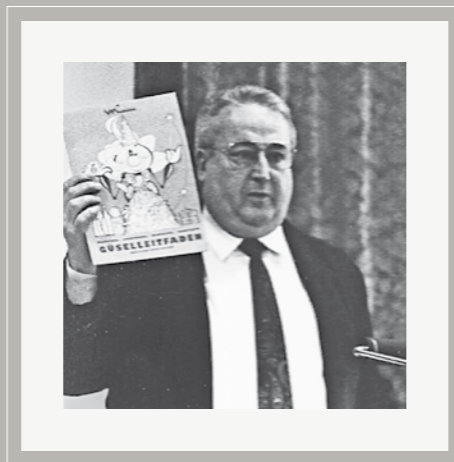
Emil Kessler (1924–2014),
Glattbrugg, Präsident des
KZEI von 1981 bis 1993.

Rechts:
Verbandssekretär Rudolf
Brülisauer erläutert (um
1990 in Winterthur) KZEI-
Mitgliedern den „Güselleit-
faden.“ Der Umweltschutz
stellt seit den 1980er Jah-
ren ein wichtiges Thema
des KZEI dar.

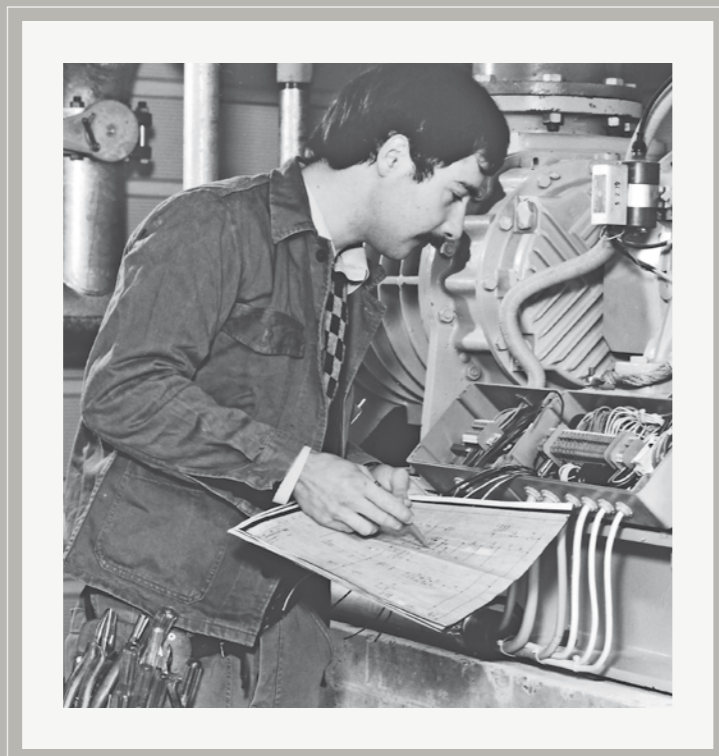
Unten:
Auch Alternativenergien
brauchen Elektrizität:
Anschluss und Kontrollar-
beiten an Wärmepumpen.



Emil Kessler, 1924–2014



Verbandssekretär Rudolf Brülisauer



Elektromonteur beim Kontrollieren von Wärmepumpen

von Glattbrugg und als freisinniger Kantonsrat von 1971 bis 1975 brachte er grosse Erfahrung und Verbindungen mit, die für die Verbandsarbeit wertvoll waren. In Erinnerung geblieben war sein temperamentvoller Auftritt an der Generalversammlung von 1974, als er die Preispolitik der grossen Firmen geisselte und den Vorstand zum Einsatz für die kleinen und mittleren Betriebe aufforderte. Als Unternehmer und Verbandspräsident aber pflegte er einen ausgesprochen kooperativen und konzilianten Führungsstil; er vergesse nicht, dass auch er im „Übergwändli“ angefangen habe, pflegte er zu betonen, und: wahre Unternehmerschaft bedeute mehr Pflichten als Rechte.

Aufgaben gab es für Emil Kessler und seine Mitarbeiter genug. Gleichzeitig mit seinem Amtsantritt hatte die Generalversammlung der Erweiterung des Ausbildungszentrums in Effretikon, das unter arger Raumnot litt, zugestimmt; zu lösen waren im Zusammenhang mit dem Ausbildungszentrum auch finanzielle Probleme. Der unheilvolle Preis- und Konkurrenzkampf, der in der Branche tobte, musste durch eine vertiefte Kooperation der Verbandsmitglieder bekämpft werden. Zu verbessern war ferner die Vernetzung mit den verschiedenen Partnerorganisationen, die in den Jahren zuvor weniger gepflegt geworden war.

DAS SEKRETARIAT DES KZEI

Das Verbandssekretariat des KZEI befand sich seit 1969 in bevorzugter Lage an der Rämistrasse 2 in Zürich, unmittelbar am Bellevue, in den Räumen des Stadtzürcher Gewerbeverbandes. Mit Blick auf die bevorstehende Pensionierung von Alfred Litschgi, der die Geschäftsstelle seit 1950 als Angestellter des KZEI führte, wurde 1980 Rudolf Brülisauer zum neuen Sekretär ernannt. Dieser arbeitete auf Honorarbasis, während die Büroeinrichtung im Besitz des Verbandes blieb. Alfred Litschgi trat 1983 endgültig zurück und wurde für seine langjährigen Verdienste zum Ehrenmitglied ernannt. Im gleichen Jahr wurden die Büros und damit die Geschäftsstelle des KZEI von der Rämistrasse an die Nordstrasse 220 in Zürich-Wipkingen verlegt. Der Umzug erfolgte über Ostern; am Karfreitag wur-

den die letzten Akten verpackt, am Dienstag darauf war man eingerichtet und konnte die Arbeit fortsetzen. Auf der Geschäftsstelle und für den Verband tätig waren ausser dem Sekretär zwei bis drei Mitarbeiterinnen, welche die laufenden administrativen Arbeiten erledigten. Zu diesen gehörte die Bearbeitung der gemeldeten Offerten, die im Jahr 1989 beispielsweise während des Vormittags durchschnittlich alle acht Minuten eingingen. Weitere Tätigkeiten des Sekretariats waren die Rechnungsführung, die Beratung der rund 300 Mitglieder in verschiedensten Fragen, das Abfassen von Protokollen und Jahresberichten für den Kantonalverband und die Gruppen, die Organisation von Anlässen, Kursen, Tagungen etc. Ab 1990 kam die EDV zum Einsatz mit Adressverwaltungs- und anderen Programmen, ab 1992 wurden auch die Offertmeldungen in einer Datenbank erfasst und fortan statistisch ausgewertet. Naturgemäss kam der Person des Sekretärs, der zusammen mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten die Geschäftsleitung bildete, seit jeher eine wichtige Bedeutung für den Erfolg des Verbandes zu. Der KZEI hatte das Glück, mit Dr. Ernst Bodmer von 1928 bis 1950, mit Alfred Litschgi von 1950 bis 1983, mit Rudolf Brülisauer von 1980 bis 1997 und seither mit Gilbert Brülisauer über kompetente Sekretäre zu verfügen, die durch ihre langjährigen Tätigkeiten mit allen Problemen der Verbandsarbeit und der Branche vertraut waren.

In rechtlichen Fragen konnten Vorstand und Mitglieder auf den Juristen des Gewerbeverbandes zählen. Lange Jahre war dies Dr. Jakob Widmer, seit 1950 Sekretär des Gewerbeverbandes, des VEZ und seit 1965 Vorsitzender der Bildungskommission des KZEI. Als Jakob Widmer 1975 aus dem Gewerbeverband ausschied, engagierte ihn der KZEI als freien Mitarbeiter für Fragen der Berufsbildung und Rechtsberatung. Nach dessen Tod im Jahr 1982 war es bis 2003 Dr. George Ganz, danach Rechtsanwältin Claudia Schneider Heusi, die als Rechtsberater für den Verband tätig waren und den Mitgliedern für unentgeltliche Auskünfte zu Verfügung standen.

ORGANISATORISCHES UND VERBANDSLEBEN

Nach dem starken Wachstum in den 1970er Jahren pendelten sich die Mitgliederzahlen des KZEI nach 1980 bei rund 290 Aktiv- und 30 Freimitgliedern ein. Sie waren organisiert in den ab 1976 geschaffenen Arbeitsgruppen, in den regionalen Körperschaften GEISA, GEIWO, VEZ und VEW. 1982 zeigte sich der Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes erstaunt über die viele Arbeit, die die Elektroinstallateure in den verschiedenen Gremien leisteten, und er meinte, der KZEI sei einer der bestorganisierten Berufsverbände.

In seiner ersten Präsidialansprache gab sich Verbandspräsident Emil Kessler von der Wichtigkeit der Gruppen überzeugt: „Ich sehe den Weg auch im KZEI nur in einer möglichst wenig zentralistisch geführten Struktur. Was auf der Ebene der Regionalverbände und Gruppen ebenso gut oder besser gelöst werden kann, soll dort gelöst werden.“ Im Sinne eines „Finanzausgleichs“ beschloss die Generalversammlung damals, die Beiträge an die Gruppen um 6000 Franken zu erhöhen. Über die Wünsche und Bedürfnisse der Gruppen sowie die Ausrichtung des KZEI diskutierten der Kantonalpräsident und die vier Gruppenpräsidenten am 18. Dezember 1984 auf einer Tagung, die auf dem Rossberg bei Winterthur abgehalten wurde. Ab 1985 übernahm der Kantonalverband einen Teil der Aus- und Weiterbildungskosten, die in den Gruppen anfielen.

Die vier Regionalverbände und ihre Arbeitsgruppen bewiesen in den 1980er Jahren durchaus Lebenskraft, auch wenn verschiedentlich über mangelnde Beteiligung der Mitglieder geklagt wurde. Zum Programm der Verbände und ihrer Gruppen gehörten gesellige Anlässe, die Beteiligung an Messen, Aussprachen in Submissionssachen, die Aus- und Weiterbildung.

Ohne grosse Worte darüber zu verlieren, taten Emil Kessler und die Geschäftsstelle auf der Ebene des Kantonalverbandes manches, das den Zusammenhalt unter den Mitgliedern stärkte. Eine Neuerung an den Generalversammlungen, die ihm (so schrieb sein Sekretär Rudolf Brülisauer im Rückblick) „manche Umar-

mung und manchen Kuss“ eintrug, war die Einladung der Gemahlinnen der KZEI-Mitglieder zu einem besonderen „Damenprogramme“ und zum anschliessenden Nachtessen ab 1982; die Jahresversammlungen wurden dadurch zu einem gesellschaftlichen Anlass. Ebenfalls auf eine Idee von Emil Kessler zurück geht das KZEI-Nachtessen jeweils am Vorabend der VSEI-Generalversammlungen; dieser Anlass fand erstmals in Montreux 1982 statt. Wieder aufgenommen wurden sodann die traditionellen, mehrtägigen KZEI-Reisen ins Ausland: 1984 weilte man in Budapest, 1987 im Burgund und 1991 in Salzburg und Umgebung; die Zahl der Teilnehmer belief sich jeweils auf rund sechzig.

Andere gemeinsame Vorhaben dienten sowohl dem inneren Zusammenhalt wie auch der Imagepflege gegen aussen. In Erinnerung blieb die KZEI-Hilfsaktion Poschiavo, nachdem diese Berggemeinde 1987 durch ein schweres Unwetter verwüstet worden war. Die Verbandsmitglieder spendeten Elektromaterial und Geld und engagierten sich auch in anderer Weise für den Wiederaufbau.

Zu einem Anliegen des Verbandes, das eine positive Ausstrahlung hatte, wurde in den 1980er Jahren vermehrt der Umweltschutz. Eines der Probleme bildeten die sogenannten „Entladungslampen“, die zwar merklich zum Energiesparen beitrugen, wegen ihres Quecksilbergehalts aber sachgemäss zu entsorgen waren. Der KZEI erklärte sich 1989 bereit, am Entsorgungskonzept des Kantons Zürich mitzuwirken. Die Firmen nahmen künftig die Lampen ihrer Kundschaft entgegen und lieferten sie an die kantonalen Sammelstellen ab. Der Umweltschutz blieb fortan ein ständiges und wichtiges Thema des KZEI.

KONJUNKTUR UND PREISE: „BÜEZ HANI GHA, ABER KEIN GWÜNN“

Konjunkturell standen die Präsidialjahre von Emil Kessler im Zeichen des 1983 einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs, der schon bald in eine eigentliche Hochkonjunktur überging. Einen eigentlichen Boom erlebte die Bauwirtschaft, wobei hier zunehmend Sa-



Hedi Lang und KZEI-Präsident Emil Kessler



Gemeinsamer Stand an der Zürcher Messe 1997

„Vernetzung“ als Daueraufgabe eines Arbeitgeberverbandes:

Regierungsrätin Hedi Lang und KZEI-Präsident Emil Kessler im Dachgeschoss der Gourmetina 1992.

Unten:

Gemeinsamer Stand des KZEI, des Landesverbandes VSEI, des kantonalen Amtes für Gewässerschutz und Wasserbau und der Stiftung Entsorgung Schweiz an der Zürcher Messe 1997 zum Thema „Entsorgung im Elektro-Installationsgewerbe.“

nierungs- und Umbauarbeiten wichtig wurden. Man durfte mit Zunahmen der nominellen Bauvolumina von über zehn Prozent rechnen, der Arbeitsmarkt war ausgetrocknet. Nach 1990 dann – in seiner letzten Amtsperiode – musste Emil Kessler einen schweren Konjunkturerinbruch erleben, von dem die Baubranche und damit auch die Mitglieder des KZEI erneut hart getroffen wurden.

Wie schon in früheren Jahren hielten die Preise im Elektrogewerbe zunächst nicht Schritt mit der konjunkturellen Entwicklung. „Sind wir, die Elektriker, die ‚Billigen Jakobs‘ des Gewerbes?“, fragte der Jahresbericht 1983 unter dem Titel „Preise, quo vadis?“. Die GEIWO klagte 1984: „Büez hani gha, aber kein Gwünn.“ Ein Grund für die missliche Lage war der nach wie vor unerbittlich geführte Konkurrenzkampf in der Branche selbst, der verbunden war mit Rabattgewährungen bis zu vierzig Prozent und mehr. Es sei fast unmöglich, aus dem Teufelskreis der „Abgebotitis“ herauszukommen, konstatierte der VEW 1984.

Der KZEI bemühte sich die Konkurrenzverhältnisse zu verbessern und seinen Mitgliedern die Kooperation zu ermöglichen. In erster Linie gehörte dazu die Pflicht, Offerten im Betrag von über 5000 Franken gemäss dem 1978 erlassenen Submissionsreglement zu melden. Das Reglement wurde von der Generalversammlung zumeist ohne Opposition um ein Jahr verlängert. Ferner bemühte sich Verbandssekretär Rudolf Brülisauer intensiv um die regionalen Arbeitsgruppen, in denen Offerten besprochen, aber auch Unternehmerfragen wie eine korrekte Preiskalkulation behandelt wurden. 1985 zum Beispiel war der Entwurf eines Submittenten-Ehren-Kodex Thema von Gruppenveranstaltungen. Als der ausgetrocknete Arbeitsmarkt zum Problem wurde, bemühte sich das Sekretariat mit einigem Erfolg um die Vermittlung von Arbeitskräften zwischen einzelnen Firmen und bewies damit, dass Kooperation auch unter Konkurrenten möglich war.

Diese und andere vertrauensbildenden Massnahmen, letztlich aber wohl vor allem die gute Konjunktur zeitigten schliesslich Wirkung. 1988 konnte Verbandspräsident Emil Kessler von Erfolgen im Kampf um die

„Sanierung der ruinösen Preise“ berichten, im folgenden Jahr konstatieren, dass vielerorts „Vernunft eingekehrt“ sei, dass man wieder zusammensitze und dass korrekt kalkuliert werde.

Von Dauer allerdings war die Ruhe an der Preis- und Wettbewerbsfront nicht. Mit dem Einbruch der Auftragslage 1990 und der folgenden Rezession gerieten die Preise erneut unter Druck, „Vernunft und Fairness“ (VEZ, 1992) in der Preisgestaltung wurden wiederum zu einer Hauptsorge der Installateure.

„PUBLIC RELATIONS“: DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN PARTNERN DES KZEI

Im Rückblick bezeichnete Verbandssekretär Rudolf Brülisauer die Pflege der „Public Relations“ als einen besonderen Schwerpunkt der Verbandsarbeit in den 1980er Jahren. In der Tat galt es, mit den Partnerverbänden wieder an frühere Formen der Zusammenarbeit anzuknüpfen, die in der Umbruchszeit nach dem Ende der Hochkonjunktur aus diesen oder jenen Gründen schwieriger geworden war. Die kooperative und konziliante Art von Emil Kessler war dafür in hervorragender Weise geeignet.

Nur noch die unbedingt notwendigen Kontakte bestanden um 1980 zum kantonalen Gewerbeverband und damit zur Gewerbepolitik. Die Aktivitäten der Mitglieder beschränkten sich auf die lokalen Gewerbeorganisationen, an den Veranstaltungen des kantonalen Verbandes nahmen sie kaum mehr teil. Die Bereitschaft, Berufsverbandsinteressen im kantonalen Gewerbeverband zu vertreten, sei „erschreckend gering“, hiess es im Jahresbericht 1982. Für die Führung des KZEI war aber klar, dass eine aktive Gewerbepolitik unumgänglich war, um günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. „Der Gewerbler muss politisieren!“, ermahnte Emil Kessler die Elektroinstallateure 1989 nicht nur wegen der ständig steigenden Belastung durch Bürokratie und neue Gesetze, sondern auch im Hinblick auf die staatspolitische Bedeutung des mittelständischen Unternehmers. Mit Genugtuung konnte deshalb 1985 berichtet werden, dass der KZEI nun

durch Emil Kessler und Edwin Schlatter (Präsident des VEZ) wieder in den Vorständen des kantonalen bzw. Städtzürcher Gewerbeverbandes vertreten war und dort seine Interessen vertreten konnte.

Bewegung kam 1985 nach sechs Jahren Pause auch in die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die kantonalen Ergänzungsbestimmungen zum Gesamtarbeitsvertrag. „Es taut in der festgefahrenen Eislandschaft“, konnte 1985 verkündet werden. Emil Kessler vertrat den Standpunkt des Unternehmers, der jeden Franken zuerst erwirtschaften musste. Gleichzeitig aber setzte er sich für Sozialpartnerschaft und Kooperation ein, „für eine faire Partnerschaft und das ehrliche Wort von Mann zu Mann.“ So gelang schliesslich auf das Jahr 1990, was vom KZEI seit langem angestrebt worden war: Die Abschaffung der 1960 durch den Kantonalvertrag eingeführten Arbeits-, Berufs- oder Legitimationskarten, die von den Arbeitgebern als „Unfug“ bezeichnet wurden. Gemäss den neuen Ergänzungsbestimmungen bezahlten Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Berufsbeitrag auf Grundlage der AHV-Lohnsumme, der von der Lohnausgleichskasse bezogen wurde und danach durch die Paritätische Berufskommission für Aus- und Weiterbildung sowie andere branchenfördernde Projekte zu Verfügung gestellt wurde.

Zu erneuern war schliesslich das Verhältnis zum Landesverband VSEI. Seit dessen Anfängen war Zürich – ausser von 1913 bis 1916 – stets im Vorstand vertreten gewesen und hatte von 1918 bis 1942 mit Heinrich Egli, Conrad Walser und Fritz E. Rauch auch den Zentralpräsidenten gestellt. Im Jahr 1982 sollte dieses Amt wieder einmal erobert werden, Kandidat war der Zürcher Vertreter im Zentralvorstand, Dieter Gerber. Aber die Generalversammlung des VSEI in Montreux brachte eine herbe Enttäuschung. Dieter Gerber unterlag nicht nur in der Kampfwahl um das Präsidium, sondern verlor gleichzeitig seinen Sitz im Vorstand. Ursachen waren die mangelnde Beteiligung von Zürichern an der Generalversammlung, letztlich auch – so meinte Emil Kessler – eine Opposition „gegen den Wirtschaftskanton Zürich, dem man einmal für seine Machtgelüste ein auswischen wollte.“

Die Niederlage bedeutete mit den Worten von Verbandssekretär Rudolf Brülisauer durchaus eine „Schmach“ für den KZEI, aber Emil Kessler rief zur Besonnenheit auf. Seinem Charakter gemäss wollte er keine Konfrontation, sondern eine offene und positive Zusammenarbeit. Dass dies der richtige Weg war, zeigte sich im Jahr 1988. Damals wurde mit Heinz Bär der Zürcher Kandidat für den VSEI-Zentralvorstand bereits im ersten Wahlgang gewählt und gleichzeitig ein Antrag des KZEI, die Statuten des Landesverbandes zu revidieren, mit grosser Mehrheit angenommen.

Die erneute Vertretung im Vorstand des VSEI bedeutete nicht, dass der KZEI nicht weiterhin dem Landesverband gegenüber seine Überzeugungen mit Nachdruck vertreten hätte. Unterschiedliche Auffassungen bestanden etwa in den Fragen der Statutenrevision, der Kalkulationsgrundlagen, der Revision der Niederspannungsinstallations-Verordnung und anderen Problemen. Erschwerend wirkten die Führungs- und Finanzprobleme, die der VSEI um 1990 bewältigen musste. Mit der neuen VSEI-Führung ab 1991 sei dann aber der „Rank“ gefunden worden, erinnerte sich später Verbandssekretär Rudolf Brülisauer an diese Zeit.

Gepflegt wurden die seit den 1930er Jahren traditionell ausgezeichneten Beziehungen zu den grossen Elektrizitätswerken im Kanton Zürich. Die Generalversammlung von 1983 ernannte EKZ-Direktionspräsident Ernst Kuhn stellvertretend für die EKZ zum Ehrenmitglied und spendete zum 75-Jahr-Jubiläum der Werksmusik 5000 Franken, die EKZ schenkten dem KZEI ihrerseits 50'000 Franken an das Elektrobildungszentrum. Zwischen dem VEZ und dem EWZ wurde 1985 ein ähnlicher Vertrag abgeschlossen, wie er zwischen dem KZEI und den EKZ im Zusammenhang mit der Elektroschau bestand.

Wie die Voten der geladenen Gäste aus den Partnerverbänden anlässlich der Verabschiedung von Emil Kessler als KZEI-Präsident im Jahr 1993 bewiesen, stand der Verband damals wieder ausgezeichnet vernetzt da.

DAS ELEKTRIKERAUSBILDUNGSZENTRUM ELAZ IN EFFRETIKON

Seit seiner Eröffnung 1972 bildete das Ausbildungszentrum in Effretikon einen Mittelpunkt des KZEI. Um das Jahr 1980 wurde deshalb diskutiert, ob nicht auch das Verbandssekretariat dorthin verlegt werden sollte. Weil aber die Raumnot im ELAZ ohnehin ein ständiges Thema war, sah man schliesslich davon ab.

Das Zentrum war geplant worden für 900 Lehrlinge, 1981/82 aber besuchten es 1626 Auszubildende. Von den 281 Aktivmitgliedern des KZEI bildeten damals nicht weniger als 277 Lehrlinge aus; insgesamt besuchten Lehrlinge von rund 400 Lehrmeistern die Kurse im ELAZ. Dieser Erfolg führte zu prekären Raumverhältnissen, es mussten auswärtige Räume angemietet und ein Provisorium im Keller eingerichtet werden. Trotzdem konnten für die Lehrlinge des dritten und vierten Lehrjahres nur noch zweiwöchige statt der vorgeschriebenen dreiwöchigen Kurse angeboten werden. Ein effizienter Schulbetrieb war kaum mehr möglich, die Raumfrage musste dringend gelöst werden.

Die zuständige Kommission des KZEI und der Vorstand entschieden sich nach Abwägung anderer Möglichkeiten, der Generalversammlung von 1979 den Ausbau des bestehenden Zentrums vorzuschlagen. Dies wurde 1979 einstimmig beschlossen, und ebenso einmütig am 25. Juni 1981 das Bauprojekt im Umfang von rund 3,2 Millionen Franken. Sofort begannen die Arbeiten: „Die Baugrube mit der prähistorischen Rammbarmaschine für die Pfählung, die als eiserner Koloss hoch in den Himmel ragte, bot während Wochen ein weithin sicht- und hörbares Bild aktiven Unternehmertums nahe der alten Moosburgruine in Effretikon“, berichtete der Schulleiter. Abgeschlossen waren die Arbeiten im Dezember 1982, die Einweihung folgte am 22. Oktober 1983. Mit dem Erweiterungsbau an der südöstlichen Seite des Hauptgebäudes standen neu vier zusätzliche Schulungsräume, ein Vortrags- und ein Ausstellungsraum sowie verschiedene Nebenräume zu Verfügung. „Der Lehrlinge Dank und Gratulation sei den Meistern gewiss“, hiess es 1983.

Wie sehr der Ausbau notwendig gewesen war, davon zeugten die weiter zunehmenden Lehrlingszahlen. Die Lehre des Elektromonteurs blieb attraktiv; trotz geburtenschwächerer Jahrgänge stieg die Zahl der Lehrlinge am ELAZ in den folgenden Jahren auf 1700 bis 1800. Als 1989 wegen des undichten Flachdachs Wasserschäden auftraten, entschloss sich der KZEI 1990 deshalb nicht für eine blosser Sanierung, sondern zur Aufstockung des Gebäudes. 1992 waren die Arbeiten abgeschlossen. Die gesamten Baukosten betrugen 6,4 Millionen Franken. Durch das zusätzliche Vollgeschoss und weitere Raumumstellungen konnte eine „optimale Raumorganisation“ (so urteilte das kantonale Hochbauamt) realisiert werden; auf Anklang auch bei den Verbandsmitgliedern stiess das neue Kursrestaurant „Gourmetina.“

Mit dem Jahr 1986 endete die „Ära Rudolf Ammon“ des Ausbildungszentrums. Rudolf Ammon hatte sich grosse Verdienste um den Aufbau des ELAZ – dem er seit der Gründung 1971 als Leiter vorstand – und die Organisation der Einführungskurse erworben. Zu seinem Nachfolger ab 1987 wurde Hansruedi Eigenheer, bis dahin Präsident der GEIWO und Vorstandsmitglied des KZEI wie auch Obmann der Betriebskommission ELAZ.

DIE FINANZEN; FINANZIELLE SANIERUNG DES AUSBILDUNGSZENTRUMS

Als einem Arbeitgeberverband, dem das solide Wirtschaften seiner Mitglieder ein Hauptanliegen war, war der KZEI stets um die eigene gesunde Finanzlage besorgt.

Die Erfolgsrechnung zeigte 1980 bei den Einnahmen rund 332'000 Franken und bei den Ausgaben rund 328'000 Franken. Bei den Einnahmen war der Verband fast völlig von den Mitgliederbeiträgen abhängig (318'000 Franken), die aus einem Grundbeitrag von 100 Franken und (seit 1973) vier Promillen der Lohnsumme bestand. Bei den Ausgaben bildeten die Beiträge an die Gruppen (61'000 Franken) – die zudem noch über eigenes Vermögen verfügten – den grössten Posten. Die Jahresrechnungen wiesen stets positive Rechnungsab-

schlüsse auf, oft waren auch bedeutende Rückstellungen für besondere Zwecke wie die Berufsbildung möglich. „Allgemein kann festgestellt werden, dass der KZEI sich in einer guten Finanzlage befindet“, wurde der Generalversammlung 1988 versichert.

Sorgen bereiteten dem Vorstand hingegen seit längerem die Finanzen des Ausbildungszentrums. 1983 beliefen sich dessen aufsummierte Betriebsverluste auf 183'000 Franken; alle Betriebsrechnungen seit der Eröffnung der Schule hatten bis dahin mit einem Defizit abgeschlossen. Diese unerfreuliche Entwicklung musste gestoppt werden, die finanzielle Gesundung des ELAZ wurde zu einem Hauptanliegen des Vorstandes unter Präsident Emil Kessler – ein Geschäft, das der Präsident als einen „grossen Brocken“ bezeichnete. Die Weichenstellung erfolgte 1984/85 durch die Übernahme der Kursliegenschaft in die Rechnung des Verbandes. Damit kam künftig der KZEI für den Unterhalt der Liegenschaft auf, das ELAZ seinerseits bezahlte einen Mietzins. Die Entflechtung von Verbands- und Liegenschaftsrechnung einerseits von der Betriebsrechnung des Ausbildungszentrums andererseits war begleitet durch die Gewährung von Beiträgen aus dem Berufsbildungsfonds des KZEI, von à-fonds-perdue-Leistungen der Mitglieder und grosszügigen Spenden der EKZ und der Gruppen. Solchermassen von den Aufwendungen für die Liegenschaft und den früheren Verlusten entlastet, präsentierte das ELAZ in den folgenden Jahren positive Betriebsabrechnungen. Bis 1991 waren die Darlehen des KZEI und der Gruppen zurückbezahlt, das Ausbildungszentrum war schuldenfrei und verfügte über soviel Eigenkapital, um von Bankkrediten unabhängig zu sein.

DIE SCHWIERIGEN 1990er JAHRE

REZESSION UND DIE FOLGEN: „ES WIRD GEHOLZT, DASS DIE SPÄNE FLIEGEN“

Auf die sieben „fetten“ Jahre seit 1983 folgte 1990 ein Konjunkturerinbruch, der die Schweizer Wirtschaft und vor allem das Baugewerbe während des ganzen

Jahrzehnts prägen sollte. Die „Wellblechkonjunktur“, die nach 1975 eingesetzt hatte, bewegte sich wellenartig fort. Und erneut wurden die wirtschaftlichen Probleme begleitet von einem Krisenbewusstsein, das grundsätzlicher Natur war. Notwendig sei eine neue Unternehmenspolitik, schrieb der Sekretär des KZEI 1992, denn: „Wir leben nicht mitten in einer Rezession. Eine lange vor uns hergeschobene Strukturkrise harret nun der Lösung.“

Mit dem Rückgang der Aufträge setzte, gleichsam einem unerbittlichen ökonomischen Gesetz folgend, wieder der Preis- und Verdrängungskampf in der Bau- und der Elektrobranche ein. Bei den Offerten werde wieder „geholt, dass die Späne fliegen“, stellte Verbandspräsident Emil Kessler in seiner Ansprache vor der Generalversammlung des Jahres 1991 nüchtern fest. „Der Zerfleischungsprozess im Hinblick auf unsere Preisgestaltung kann und darf so nicht weitergehen“, mahnte sein Nachfolger 1996. Aber man wusste, dass es keine Patentrezepte gab.

Die Krise äusserte sich nicht nur in den sinkenden Preisen und der abnehmenden Beschäftigung, sie war auch anderswo spürbar. Der Einbruch von 1993 in das Kurszentrum, bei dem alle Schlösser aufgebrochen und 4500 Franken gestohlen wurden, hätte auch in anderen Zeiten geschehen können, erhielt aber symbolische Bedeutung für die damaligen Umstände. Die Finanzen wurden mehr als auch schon zum Thema. Die Sorge um die flüssigen Mittel des Kurszentrums (bei einem damaligen Zinsfuss von über acht Prozent) bewog die Geschäftsleitung des KZEI im Januar 1993 zu einem Ausgabenstopp und zur Kontrolle aller Ausgaben. Auch der Verband selbst auferlegte sich Kosteneinsparungen, der Personalabbau bei den Firmen wirkte sich auf die Mitgliederbeiträge aus. Ferner beschloss der Vorstand, gegenüber säumigen Zahlern unter den Mitgliedern keinen Langmut mehr zu zeigen, sondern diese auf inaktiv zu stellen.

Wie bereits in früheren Krisenzeiten wirkte sich der Wandel auf die Mitgliederstruktur des KZEI aus. Während grössere Firmen vermehrt fusionierten und sich auf Landesebene zu einer Interessengemeinschaft



Rolf Lüscher, Präsident 1993 – 1999

Rolf Lüscher, Uster, Präsident des KZEI von 1993 bis 1999.

Unten:
Die Professionalisierung der Fortbildung schreitet voran. Ein Elektromonteur beim Ausführen von Messarbeiten im Ausbildungszentrum von Effretikon, EBZ.



Weiterbildung in Mess- und Prüfarbeit

zusammenschlossen, wurde im KZEI der Eintritt von zahlreichen neuen Klein- und Kleinstfirmen registriert. 1989 zählte der Kantonalverband 306 Mitglieder, zehn Jahre später 329. Von den Nöten der kleinen Firmen und den Bestrebungen zur Selbsthilfe zeugte ein Versuch der Arbeitsgruppe Oberland 1996, ihrerseits eine „Aktivgruppe“ nur der dortigen KMU-Firmen zu gründen.

ROLF LÜSCHER, KANTONALPRÄSIDENT VON 1993–1999

Kantonalpräsident Emil Kessler trat 1993 von seinem Amt zurück, nicht wegen Amtsmüdigkeit – wie er in gewohnt launigen Worten betonte – sondern weil man gehen müsse, solange man nicht „geschickt“ werde. Zu seinem Nachfolger wählte die Generalversammlung Rolf Lüscher, Inhaber der Elektro-Lüscher AG in Uster, eines Familienunternehmens mit zehn bis zwölf Mitarbeitern. Er wirkte seit längerem in der Berufsbildungskommission des KZEI mit, war seit 1987 Obmann der Lehrabschlussprüfungskreise und Mitglied des Kantonalvorstands. Seine erste Vorstandssitzung als Präsident eröffnete er mit der Einleitung: „Vor zwei Monaten wusste ich kaum, wie man Kantonalpräsident schreibt, und heute bin ich es.“

Die Präsidialansprachen Rolf Lüschers waren geprägt vom Wandel, von den Problemen der Zeit und von gleichzeitigem Vertrauen in die Zukunft. Er sah Wertvorstellungen, die während Jahrzehnten Gültigkeit gehabt hatten, in Frage gestellt durch „Macht und Geld.“ Seine Sympathien galten der Eigenverantwortung, wie sie gelebt wurde in den kleineren und mittleren Unternehmen, die aber durch wachsende Sozial- und Steuerlasten je länger je mehr in ihrer Existenz bedroht schienen. Er rief zur Bewahrung von Grundwerten wie Fleiss und Leistung auf, zu politischem Engagement und zum Einsatz für die Jungen. Diese seien bereit in die „Fussstapfen der Väter“ zu treten und „einen gesunden Mittelstand aufzubauen und zu erhalten.“ Als seine und des Verbandes vornehmste Aufgabe betrachtete es Rolf Lüscher, hierfür die geeigneten Grundlagen zu legen.

PROFESSIONALISIERUNG DER FORTBILDUNG: DAS ELEKTROBILDUNGSZENTRUM EBZ

Eine Antwort des KZEI auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler seiner Mitglieder war das verstärkte Engagement im Bereich der Fortbildung. Die Unternehmensschulung gehörte seit den 1960er Jahren zum Programm des KZEI. Zunehmend an Bedeutung gewann indessen sowohl für die Meister wie ihre Mitarbeiter – wegen des raschen technologischen Wandels – auch die fachliche Fortbildung. Elektronische Bauteile und programmierbare Prozessoren zum Beispiel lösten in kurzer Zeit die früheren Relais- und Schützensteuerungen ab. Seit 1974 führten die Regionalgruppen des KZEI in Effretikon nach einem einheitlichen Programm Fortbildungskurse für Elektromonteur durch, ab 1984 in Zusammenarbeit mit den Fernmeldekreisdirektionen auch Telefonkurse. Zum Schlagwort der 1990er Jahre wurde das Gebot des „lebenslangen Lernens.“

Gemäss dem 1990 in Kraft getretenen neuen Gesamtarbeitsvertrag hatte das Personal der KZEI-Mitgliederfirmen nun Anspruch auf zwei bezahlte Fortbildungstage, an die Kurskosten richtete die Paritätische Berufskommission wesentliche Beiträge aus. Gleichzeitig war mit der 1992 abgeschlossenen Erweiterung des ELAZ in Effretikon die notwendige räumliche Infrastruktur geschaffen.

1992 gründete der KZEI das Elektro-Bildungs-Zentrum EBZ für die berufliche Fort- und Weiterbildung für Elektroberufe im Kanton Zürich mit Sitz im ELAZ in Effretikon. Es war ein Unternehmen, das der Verbandssekretär als „Schritt vom Amateur zum Profi“ bezeichnete. Als Leiter wurde Peter Vollmer verpflichtet, der im Rahmen des Berufsbildungskonzeptes des Landesverbandes VSEI und in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen – der Schweizerischen Technischen Fachschule Winterthur und der Telecom PTT – das erste Kursprogramm ausarbeitete. Die ersten Kurse starteten im September 1992, bis Ende Jahr wurden vierzehn Kurse durchgeführt mit insgesamt 158 Teilnehmern. Im folgenden Jahr galt das EBZ mit 748 Kursbesuchern bereits als „Marktführer im Bereich der Weiterbildung des Elektro-Installationsgewerbes.“

Die unsichere Wirtschaftslage habe dazu beigetragen, dass viele KZEI-Mitglieder die „existentielle Bedeutung der dauernden Weiterbildung“ erkannt hätten, meinte der Kursleiter in seinem zweiten Jahresbericht.

Das ELAZ und das EBZ waren konzipiert als ein gemischtes Kurszentrum mit zwei Leitern. Man wollte damit Synergien erzeugen, aber rasch zeigte sich, dass die doppelte Führungsstruktur zu wenig effizient war. 1994 wurde deshalb die Führung gestrafft und ein Chef für das gesamte Kurszentrum eingesetzt. Die ELAZ-Instruktoren wurden vermehrt als Kursleiter für das EBZ herangezogen.

„EFFIZIENZSTEIGERUNG UND REDUKTION DER KOSTEN“

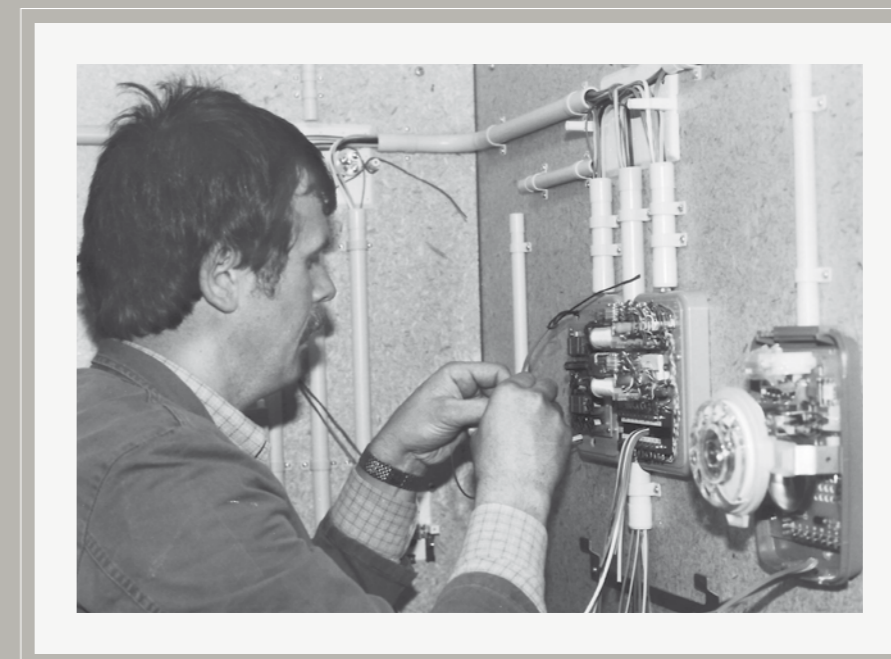
In den 1970er und 1980er Jahren hatte der KZEI, ganz im Zuge der damaligen gesellschaftlichen Entwicklung, seine Verbandsstrukturen durch die Wiederaufwertung seiner Körperschaften und die Bildung von regionalen Arbeitsgruppen breit abgestützt und „demokratisiert.“ In den krisenhaften 1990er Jahren wandelten sich die Vorzeichen: „Effizienzsteigerung und Reduktion der Kosten“ lautete nun die Devise. Höhere Effizienz und geringere Kosten jedoch riefen nach vermehrter Zentralisierung. Dies geschah im Bereich der Lehrabschlussprüfungen. Wenn diese transparent und günstig durchgeführt werden sollten, mussten die Aufgaben vereinheitlicht und die Kosten durch eine bessere Auslastung der Schulhäuser vermindert werden.

Die Lehrabschlussprüfungen wurden im Auftrag des KZEI durch die Prüfungsobmänner und die Prüfungsexperten der Prüfungskreise im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften weitgehend selbständig durchgeführt. Aber die Anforderungen stiegen und damit auch der Aufwand zur ständigen Aktualisierung der Prüfungsaufgaben und des Materials. Der KZEI schuf deshalb 1978 eine Lehrabschlussprüfungs-Kommission, um Prüfungsaufgaben und Bewertungsunterlagen im Kanton Zürich zu koordinieren und zu vereinheitlichen. 1981 war dieses Ziel

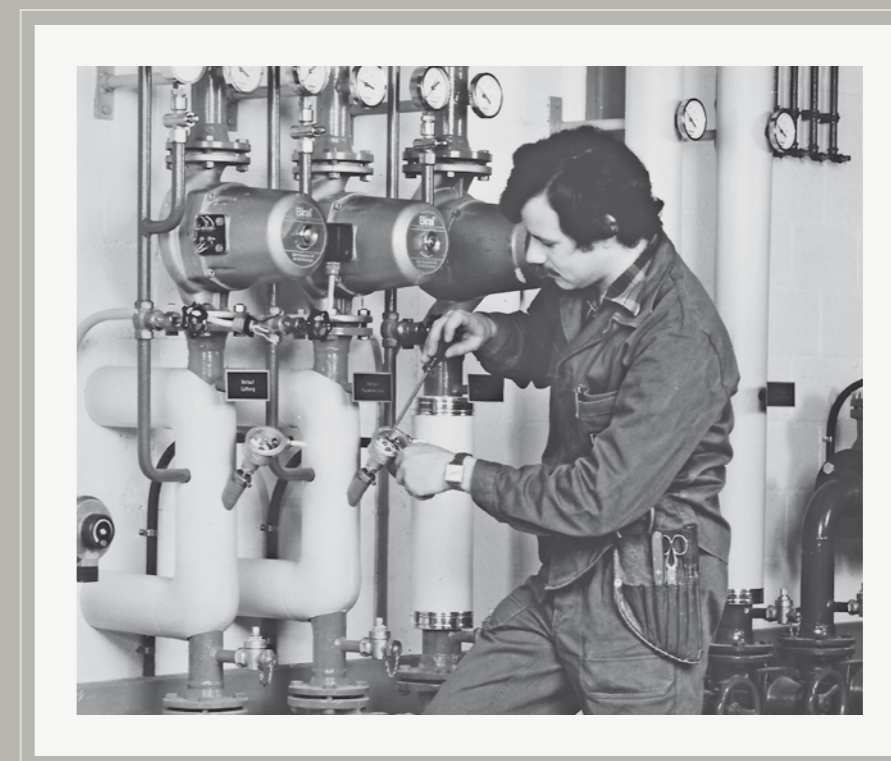
bei den schriftlichen Prüfungen erreicht, und ab 1984 wurden die Prüfungskreise nicht mehr nach den Gruppen, sondern in vier Kreisen (Zürich, Winterthur, Horgen, Rüti) organisiert. Weil eine weitergehende Zentralisation nicht in allen Prüfungskreisen befürwortet wurde (es sollte die Initiative der einzelnen Experten nicht erstickt werden), dauerte es bis zur vollständigen Vereinheitlichung der Prüfungen und der Benotungen noch bis 1990. Den vorläufigen Schlusspunkt bildete 1995 die Ablösung der vier Prüfungskommissionen durch die neue zentrale Prüfungskommission 12 für die Elektroberufe. Die gleichzeitige Aufhebung des traditionsreichen Prüfungsortes in der Stadt Zürich aus organisatorischen Gründen gab dabei zu einigen Diskussionen Anlass, wurde von den Betroffenen aber als eine Notwendigkeit akzeptiert.

Eine Vereinheitlichung erfuhren auch die Vereinbarungen und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Im Anschluss an den neuen schweizerischen Gesamtarbeitsvertrag von 1995 traten 1996 Ergänzungsbestimmungen in Kraft, die nun im Unterschied zu früher für den ganzen Kanton Zürich Gültigkeit hatten. Ebenso beschlossen die Paritätischen Kommissionen, die Kassen von Stadt und Kanton Zürich zusammenzulegen und damit die Verwaltung der Gelder effektiv und effizient zu gestalten.

Nicht nur die Wirtschaft, auch die öffentlichen Organe passten sich den veränderten Rahmenbedingungen an. In besonderer Erinnerung blieben die Öffnung des Marktes und der rasante technische Fortschritt im Fernmeldebereich. Das Monopol der PTT, das sich auf den gesamten Telegrafie- und Telefonbereich erstreckt hatte, das bisherige Konzessionssystem und die bisherigen Installationsvorschriften fielen dahin; 1998 wurde die Telecom-PTT unter dem Namen Swisscom AG zu einem privatwirtschaftlichen Unternehmen. Die vielen Anbieter von Telekommunikationsleistungen unter den Elektroinstallateuren agierten wie die gesamte Branche in einem Umfeld, das höchste Flexibilität und Innovationskraft verlangte: Effizienz und Effektivität.



Verdrahtung von Telefonanlagen im ELAZ, 1983



Justierung von Steuer- und Regelanlagen 1983

In den neuen, modernen Räumen des ELAZ können Telefonanlagen praxisgerecht verdrahtet, aufgeschaltet und ausprobiert werden.

Unten: Sparsamer Umgang mit der Energie erfordert umfangreiche Steuer- und Regelanlagen. Sie anzuschliessen ist Aufgabe des Elektromonteurs.

**„EIN BERUFSVERBAND, DER FÜR SEINE INTERESSEN
AUCH HART ZU SCHLAGEN VERSTEHT!“**

NEUBAU DES VERBANDES UND GEGENWART,
1999 BIS 2015

DIE FÜHRUNG DES KANTONALVERBANDS
IM 21. JAHRHUNDERT

DIENSTLEISTUNGEN UND MARKETING

DIE BERUFLICHE AUS- UND FORTBILDUNG;
DAS BILDUNGSZENTRUM EFFRETIKON

AUF DEM WEG ZUM VERBANDSJUBILÄUM
„100 JAHRE KZEI“ IM JAHR 2015



„EIN BERUFSVERBAND, DER FÜR SEINE INTERESSEN AUCH HART ZU SCHLAGEN VERSTEHT!“

DER NEUBAU DES KZEI IM JAHR 2000 DURCH DIE INTEGRATION DER REGIONALEN GRUPPEN

EIN FUNDAMENTALER STRUKTURWANDEL

„Strukturwandel“ war seit den 1960er Jahren ein geläufiges Wort. Der Verband hatte ihn durch verschiedene Massnahmen mit vollzogen, vor allem durch die Abwendung von der Preis- und Wettbewerbsregulierung und durch die Neuausrichtung auf den Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Aber die Zeit nach der langen Hochkonjunktur zeigte widersprüchliche Tendenzen. Davon zeugte unter anderem die Wiedereinführung eines Submissionsreglements 1978. Erst in den 1990er Jahren wurde klar, dass eine neue Epoche angebrochen war, die definitiv eine neue Ausrichtung verlangte.

Wirtschaftspolitisch war die Zeit geprägt durch den neoliberalen Ruf nach einer Öffnung der Märkte und nach einer Intensivierung des Wettbewerbs, um die schweizerische Wirtschaft überlebenstüchtig zu machen. Auf nationaler Ebene beabsichtigte dies zum Beispiel das Binnenmarktgesetz von 1995, das ungleiche Rahmenbedingungen abbauen wollte, neue Submissionsverordnungen oder das verschärfte Kartellrecht von 1996. International waren es vor allem die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union, die ab 2002 die Personenfreizügigkeit und die Öffnung des Schweizer Marktes für ausländische Firmen brachten. Diese markanten Veränderungen gingen einher mit dem Eindruck, dass die kleinen und mittleren Unternehmen einen zusehends schwierigen Stand hatten und ihnen die notwendige Lobby fehlte. An der Generalversammlung 1996 meinte Kantonalpräsident Rolf Lüscher: „Auf der politischen Seite hat man seit Jahren die KMU als Rückgrat der schweizerischen Wirtschaft bezeichnet. Vermutlich haben darum die Rückenleiden massiv zugenommen.“

Dass dies alles auch die Zürcher Elektroinstallateure betraf und dass der KZEI darauf reagieren musste, realisierten die Verantwortlichen des KZEI um den damaligen Präsidenten Rolf Lüscher, den Vizepräsidenten Kurt Ehrat und den Verbandssekretär Ruedi Brülisauer bereits zu Beginn der 1990er Jahre. Sie waren mit dem Vorstand überzeugt, dass „die heutige Zeit und die schnelle wirtschaftliche und politische Entwicklung schnelle Entscheidungen durch schlagkräftige Gremien“ notwendig machten. Damit war die Frage nach der geeignetsten Organisation des KZEI gestellt, der letztlich ja immer noch ein Dachverband über den regionalen Gruppen war. Ähnliche Fragen stellten sich auch dem Landesverband VSEI, der sich 1998 neue Statuten gab.

DER WEG HIN ZUM „KZEI 2000“

Der Kantonalvorstand beschäftigte sich erstmals in einer Strategiesitzung im Jahr 1994 mit einer möglichen Neuausrichtung des KZEI. Im Jahr darauf folgten unter dem Namen „KZEI-2000“ der Start des Projekts und eine erste Orientierung der Generalversammlung. Weil das Vorhaben, dem Verband neue Strukturen zu verleihen, nur unter Einbezug der Basis gelingen konnte, forderte der Präsident die Mitglieder 1996 zu intensiven Diskussionen in den Gruppen auf. Dieser Einsicht verpflichtet war auch die Zusammensetzung der Kommission, die nach weiteren Vorarbeiten des Sekretariats und des Vorstandes im März 1998 eingesetzt wurde. Sie bestand aus den vier Gruppenpräsidenten unter dem Vorsitz des VEZ-Präsidenten Kurt Ehrat. Auf Grundlage der Arbeiten dieser Präsidentengruppe erhielt im Dezember 1998 eine zweite Kommission unter der Leitung von Martin Arnold den Auftrag, neue Verbandsstatuten zu entwerfen. Im Frühjahr 1999 lag ein erster Entwurf vor, der von den vier Gruppen behandelt wurde. Die Ergebnisse flossen in die KZEI-2000-Unterlagen ein, die an der Generalversammlung vom 17. September 1999 besprochen wurden und die



Das Elektro-Bildungszentrum EBZ in Effretikon ist das Aushängeschild des KZEI. Es ist mit modernster Photovoltaik ausgerüstet.



zur Vernehmlassung an alle Mitglieder gingen. Nach Ablauf der Frist am 15. Oktober 1999 und der Auswertung der Ergebnisse stand fest, dass im Jahr 2000 die Mitglieder termingerecht über das Projekt „KZEI-2000“ befinden konnten.

Leitend war die Überzeugung, dass die rasche Entwicklung nach schlanken Strukturen und schnellen Entscheidungen rief. Auch die gewerblichen Branchen müssten „hart schlagen“ können, wenn nicht nur „die Andern die Nase vorn haben“ sollten. Kollegialität und gegenseitiges Vertrauen allein genügte nicht mehr. Insgesamt sollte eine neue Organisation die Führung, die Flexibilität, die Effektivität und die Effizienz des KZEI erhöhen, den Nutzen steigern und die Kosten senken. Damit waren Ziele vorgegeben, die in den 1990er Jahren auch in anderen Wirtschaftszweigen und in den öffentlichen Verwaltungen umgesetzt wurden.

Für rasche und wirkungsorientierte Entscheidungen allerdings war die bestehende Struktur des KZEI mit seinen vier Regionalgruppen VEZ (Stadt Zürich), VEW (Stadt Winterthur), GEISA (See, Amt und Limmattal) und GEIWO (Weinland, Oberland und Unterland) nicht ausgelegt. Die Statutenkommission schrieb: „Diese Organisation macht eine schnelle Arbeitsweise schwierig, ebenso besteht laufend die Gefahr von widersprechenden Meinungsäusserungen. Dies alles schwächt die Schlagkraft des KZEI, abgesehen davon, dass diese Struktur kostenintensiv ist.“ Der Kern der Reorganisation bestand deshalb im Vorschlag, diese Gruppen aufzuheben und deren Vermögen und Funktionen in den Kantonalverband zu integrieren. „Eine Zusammenfassung aller Geschäftsaktivitäten an einer Zentralstelle, geleitet durch einen entscheidungsberechtigten Vorstand, ist heute eine zwingende Notwendigkeit.“

DIE ENTSCHEIDE FÜR DEN NEUBAU DES KZEI IM JAHR 2000

Es zeugte von der Überzeugungskraft der Verantwortlichen des KZEI und von der Uneigennützigkeit der Gruppenmitglieder, dass der VEZ (gegr. 1915), die

GEISA (gegr. 1933/34), die GEIWO (gegr. 1935) und der VEW (nach Anfängen in den 1910er Jahren neu konstituiert 1962) mit ihren reichen Traditionen auf ihre Eigenständigkeit zugunsten des grösseren Ganzen verzichteten und ihre Vermögen dem Kantonalverband übertrugen.

Der Zusammenschluss der Gruppen und des KZEI zu einer einzigen Organisation machte zunächst einen „Solidaritäts- und Einheitsvertrag“ zwischen den fünf Partnern notwendig, der die Übertragung der Rechte und Pflichten an den Einheitsverband in juristisch korrekter Form statuierte. Die Abstimmungen über diesen Vertrag erfolgten an den Gruppenversammlungen zwischen dem 24. März und dem 14. April 2000. Das Resultat fiel eindeutig aus: Die Mitglieder aller vier Gruppen sprachen sich bei einigen Enthaltungen mit keinen (VEW, GEIWO) oder nur vereinzelt (VEZ, GEISA) Gegenstimmen für den Zusammenschluss im KZEI als einem Einheitsverband aus. Die Gefahr, dass es im Kanton Zürich künftig mehr als nur einen Arbeitgeberverband der Elektroinstallateure gegeben hätte, war damit gebannt.

Die Generalversammlung des KZEI fand im Landgasthof Wallberg in Volketswil am 19. Mai 2000 statt. Sie sanktionierte den Solidaritäts- und Einheitsvertrag einstimmig, ohne dass das Wort deswegen verlangt worden wäre. Die zur Diskussion vorgeschlagenen neuen Statuten, die sich eng an jene des Landesverbandes anlehnten, erfuhren nur unbedeutende Änderungen und wurden danach ebenfalls einstimmig genehmigt; sie traten rückwirkend auf den 1. Januar 2000 in Kraft. Die Verabschiedung der Gruppenvorstände mit dem Dank des KZEI für das zum Teil langjährige Engagement der Vorstandsmitglieder fand am 20. Oktober 2000 im Zunfthaus zur Schneidern in Zürich statt.

Die Mitglieder des KZEI waren den Vorschlägen der Verbandsführung gefolgt und hatten dem „Neubau“ des KZEI – als einen solchen bezeichnete Präsident Kurt Ehrat die Umgestaltung des Verbandes – praktisch ohne Opposition zugestimmt. In einem Punkt allerdings waren die Zürcher Elektroinstallateure den Vorschlägen der Strategiegruppe nicht gefolgt. Diese

hatten zunächst zwischen Vorstand und Generalversammlung eine Delegiertenversammlung einschalten wollen, um die Entscheidungswege kurz zu halten. Die Vernehmlassung zeigte jedoch, dass die Verbandsmitglieder den Entscheid in allen wichtigen Verbandsfragen den Generalversammlungen vorbehalten wollten. Sehr wohl einverstanden war die Basis des KZEI indessen mit dem Vorschlag, fünf Regionalgruppen (Zentrum, Süd, Ost, West und Nord) zu bilden, denen zwar keine Organfunktion mehr zukam, die aber weiterhin persönliche Kontakte, Aussprachen und gegenseitige Unterstützung im überschaubaren Rahmen zu gewährleisten vermochten.

„Wie für jede Unternehmung gilt auch für den KZEI: Der Wandel ist die prägende Konstante unserer Zeit“, meinte Präsident Kurt Ehrat mit Blick auf den Umbau des Verbandes im Jahr 2000.

DIE FÜHRUNG DES KANTONALVERBANDES IM 21. JAHRHUNDERT

DIE VERBANDSLEITUNG UNTER KURT EHRT, 1999–2011



Kurt Ehrat

Kantonalpräsident Rolf Lüscher trat im Jahr 1999 zurück, am Ende seiner dritten Amtsperiode. Er hielt es für vorteilhaft, die Führung vor Abschluss der Reorganisation in neue Hände zu legen, um seinem Nachfolger die kommende Aufbauarbeit zu erleichtern. So wählte die Generalversammlung am 17. September 1999 den damals 53jährigen Kurt Ehrat, Inhaber der Elektro-Ehrat AG in Zürich, zum neuen Verbandspräsidenten.

Kurt Ehrat gehörte dem Kantonalvorstand seit 1991 an, und zwar als gleichzeitiger Präsident der Stadtzürcher Gruppe VEZ. Kantonalpräsident war er von 1999 bis 2011. In seinen Präsidialansprachen rief er dazu auf, als Unternehmer und als Verbandsmitglied das Geschehen nicht passiv zu erdulden, sondern aktiv zu gestalten. Wer nicht die Zukunft plane, habe keine Zukunft, so lautete eine seiner Leitideen. Als Hauptaufgaben des Verbandes bezeichnete Kurt Ehrat den Einsatz für die Berufsbildung und die Obsorge für günstige Rahmenbedingungen zum Wohl der Mitglieder.

Gemäss den Statuten von 2000 bestand der Vorstand aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten sowie bis zu sieben weiteren Mitgliedern. Wie schon in früheren Zeiten zeichnete sich das Führungsgremium des KZEI durch eine erstaunliche personelle Konstanz aus, was natürlich die Arbeit bedeutend erleichterte. Als Vizepräsidenten wirkten von 1999 bis 2005 Beat Starkemann, Chef der Installationsabteilung der EKZ (Region Ost), und ab 2005 Beat Noser (Region Zentrum). Zur Vorbereitung von wichtigen Geschäften wurde im Jahr 2000 ein leitender Ausschuss eingesetzt, der aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Verbandssekretär bestand. Ferner wurden acht Ressorts gebildet (Berufsbildung, Dienstleistungen, Öffentlichkeit und Marketing, VSEI, Kurszentrum, Finanzen und Liegenschaften, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Regionalgruppen), die in ihren Bereichen im Rahmen des Budgets selbst entschieden oder Anträge formulierten.

Die Zahl der Aktivmitglieder erreichte im Jahr 1998 mit 329 Firmen den Höhepunkt der Verbandsgeschichte. Organisiert waren im KZEI rund 60 Prozent der Elektroinstallationsfirmen im Kanton Zürich mit rund 80 Prozent der Arbeitnehmer.

Das Verbandssekretariat wurde seit 1998 auf Mandatsbasis durch Gilbert Brülisauer geführt, dem Sohn des früheren Sekretärs Rudolf Brülisauer. Büro, Büroeinrichtung und das nötige Personal wurden fortan durch die Firma des Sekretärs gestellt, womit eine saubere Trennung zwischen dem KZEI und dem Sekretariat gefunden war. Bis 2001 befand sich das Domizil und

Die Aufteilung der Regionalgruppen des KZEI gemäss dem Entscheid der Generalversammlung vom 17. Mai 2000. Die Region Süd entspricht der ehemaligen GEISA, die Region Zentrum dem ehemaligen VEZ. Die früheren Gruppen GEIWO und VEW finden sich heute wieder in den Gruppen Nord, Ost und West.



damit die Geschäftsstelle des KZEI an der Nordstrasse 220 in Zürich-Wipkingen, seither im Industriegebiet Silbern in der Limmattalgemeinde Dietikon. Im Jahr 2009 verlegte der Verband seinen Sitz auch amtlich nach Dietikon. Im folgenden Jahr schloss Rudolf Brülisauer nach dreissig Jahren seine Tätigkeit für den KZEI ab, nachdem er diesen zuletzt noch in der Paritätischen Kommission vertreten hatte.

DIE REGIONALGRUPPEN

Die bisherigen Gruppen VEZ, VEW, GEISA und GEIWO waren aufgelöst worden, weil sie durch ihre Stellung als Vereine mit eigener Rechtspersönlichkeit der Forderung nach effizienter und kostengünstiger Verbandsarbeit nicht mehr genügten. Nicht obsolet geworden waren sie als Orte des persönlichen Kontakts unter den Elektroinstallateuren. Auf diese positive Wirkung, von deren Bedeutung man im KZEI seit der Gründung des Verbandes wusste, wollte man nicht verzichten. Die neuen Statuten sahen deshalb die Möglichkeit vor, regionale Gruppen – nun allerdings ohne Organfunktionen – zu bilden für den Erfahrungs- und Informationsaustausch, das kollegiale Zusammenwirken und die gegenseitige Unterstützung. Noch die Generalversammlung vom 19. Mai 2000 genehmigte den Vorschlag des Vorstandes, das Verbandsgebiet in die fünf Regionalgruppen Nord, Süd, Ost, West und Zentrum aufzuteilen. Von Seiten des KZEI wurde zur Betreuung ein Ressort gebildet, dem von 2000 bis 2011 Verbandspräsident Kurt Ehrat in eigener Person, ab 2011 der Obmann der Regionalgruppe Süd, Markus Bundi, vorstand. Beachtung geschenkt wurde den Regionalgruppen ferner bei den Wahlen in den Vorstand, indem hier nebst der Befähigung der Kandidaten und der Firmengrösse auch die ausgewogene Vertretung aller Regionen berücksichtigt wurde.

Ein Anliegen des Präsidenten war es, unter den neuen Strukturen die Regionalgruppen nicht „verbröckeln“ zu lassen, sondern sie so zu fördern, dass gegenseitiges Kennenlernen, Kommunizieren und Erfahrungsaustausch möglich blieben. Denn zur notwendigen Ruhe in der Hektik des Alltages gehöre die gute Beziehung zum

Konkurrenten. An der Generalversammlung von 2001 mahnte er: „Diese Zeitinvestition lohnt sich, um sich über die geschäftlichen und wirtschaftlichen Probleme auszutauschen und einander auch als Mensch anzuerkennen.“

In der Folge wurden die Regionalgruppen zu den eigentlichen Organisatoren der geselligen Anlässe innerhalb des KZEI, die ja eine lange Tradition hatten. Im Jahr 2002 beispielsweise fanden ein Seeplausch auf dem Hallwilersee (Region Süd), ein Kleinkaliberschiesen (Regionen Nord und West), Führungen auf der Kyburg (Regionen Ost und West) und im Kriminalmuseum (Region Zentrum) statt, gefolgt jeweils von Nachtessen, geselliger und fachlicher Unterhaltung. Einen besonderen Zusammenhalt bewies dabei – wie schon deren Vorläufer, die frühere GEISA – die Region Süd. Als um 2010 das Interesse an Ausflügen in den übrigen Regionen nachliess, führten die „Südregiönler“ die Tradition ihrer Gruppenanlässe weiter und luden nun auch die Mitglieder aus dem übrigen Kantonsgebiet dazu ein. Initiativ entfaltet die Regionalgruppen in weiteren Bereichen. Anlässlich der Gewerbeausstellung 2012 in Pfäffikon organisierten sechs Firmen der Gruppe Ost eine „Sonderschau Elektroberufe“ unter dem Titel „Road-Show.“ Auf spielerische Weise sollten Jugendliche für die Berufe der Elektrobranche gewonnen werden; die Show wurde auch den anderen Regionen zu Verfügung gestellt und vom KZEI finanziell unterstützt.

VISIONEN: DIE ZUKUNFT DER ELEKTRO-INSTALLATIONSBRANCHE

Die Aufgabe des Vorstandes bestand in der strategischen Führung des KZEI im Rahmen und in Koordination mit der Ausrichtung des Landesverbandes, dem VSEI. Zu den allgemeinen Anliegen der Verbandsführung gehörte es, den Zürcher Elektroinstallateuren möglichst günstige Rahmenbedingungen zu verschaffen. Der KZEI engagierte sich aktiv im kantonalen Gewerbeverband und war in dessen Vorstand vertreten. Bei Wahlen und Abstimmungen setzte sich der KZEI für die gewerblichen Kandidaten und Parolen ein.

Mit dem Landesverband VSEI wurde ein ständiger Kontakt gepflegt, um die Auffassungen des KZEI auf der höheren Ebene einfließen zu lassen. „Ich bin froh, dass wir auf eine harmonische Beziehung blicken können, die auch einen ‚Sturm‘ unbeschadet und in konstruktivem Sinne übersteht“, hiess es in der Präsidentsprache 2003. Die Generalversammlung des VSEI von 2007 fand in Zürich statt und wurde zusammen mit dem Landesverband durch den KZEI organisiert, der auch das Sponsoring der Hauptattraktion des Abendprogramms übernahm, den Auftritt der Sängerin Daniela Simmons; in den Jahren 2002 und 2010 führte der VSEI die Schweizer Berufsmeisterschaften der Elektroinstallateure und Telematiker gemeinsam mit dem KZEI an der Berufsmesse in Zürich durch.

Gemäss der Leitidee, die Zukunft müsse geplant und aktiv gestaltet werden, legte der Vorstand besonderes Gewicht auf Überlegungen, wie sich die Branche mittel- und langfristig entwickeln könnte und wo Wertschöpfung künftig noch möglich war. So fand am 14. April 2004 ein Workshop der Verbandsführung zusammen mit Vertretern von Firmen verschiedenster Grösse unter dem Titel „Vision Elektrogewerbe“ statt. Die Referate zeigten, dass Zukunftschancen unter anderem in der Ausführung von komplexen Anlagen der Gebäudetechnik und der Gebäudeautomation lagen. Es war zu prüfen, wie solche Erkenntnisse für die Mitglieder nutzbar gemacht werden und in die Aus- und Weiterbildung einfließen konnten, wobei solche Überlegungen in enger Zusammenarbeit mit dem Landesverband VSEI und dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt zu erfolgen hatten.

FINANZEN UND LIEGENSCHAFTEN

Mit der Reorganisation 2000 wurde ein Ressort „Finanzen und Liegenschaften“ geschaffen, dem von 2000 bis 2005 Beat Starkemann, von 2005 bis 2011 Kurt Ehrat und seit 2011 Andreas Egli vorstanden. Zum Ressort gehörte die Verwaltung der Wohnliegenschaft an der Brinerstrasse in Zürich, die 1951 durch den Stadtzürcher Verband erworben worden war. Mit der Integration der Gruppen in den Kantonalverband waren auch

deren Vermögen an den KZEI übergegangen. Es handelte sich um Kapitalien und Fonds in der Höhe von rund 850'000 Franken, wozu noch die Liegenschaft des VEZ in der Stadt Zürich kam; die GEISA besass ferner ein Guthaben im Verein zur Förderung der Berufsschule Horgen. Damit vermehrten sich die flüssigen Mittel des Verbandes beträchtlich, was wichtig war im Hinblick auf die kommenden Aufgaben. Die Reorganisation bedeutete somit auch finanziell eine Stärkung des KZEI und von dessen Möglichkeiten, sich zugunsten der Mitglieder und der Aus-, Fort- und Weiterbildung einzusetzen.

Der Strukturwandel drückte sich im Mitgliederbestand aus. Allein im Jahr 2000 musste der Konkurs von sechs zum Teil traditionsreichen Firmen verzeichnet werden. Auch als Folge von Übernahmen und Fusionen ging die Zahl der Mitgliederfirmen und ihrer Filialen von 345 im Jahr 2000 auf 299 im Jahr 2012 zurück. Weil die jährliche Mitgliederabgabe neben dem Grundbeitrag von 100 Franken vor allem aus vier Promillen der Lohnsumme (bei einer Obergrenze von zwei Millionen Franken) bestand, schlossen die Rechnungen dennoch – ausser in den Jahren 2006 und 2008 – stets mit einem Gewinn. Jahresrechnungen wurden geführt für den Verband mit den Liegenschaften Kurszentrum Effretikon und Brinerstrasse sowie für den Betrieb des Elektro-Bildungs-Zentrums (überbetriebliche Kurse, Fort- und Weiterbildungsangebot). Im Jahr 2013 belief sich der Umsatz des KZEI auf rund 2 Millionen Franken, des Elektro-Bildungs-Zentrums auf rund 4,3 Millionen Franken. Der Revisorenbericht schloss damals mit der erfreulichen Feststellung: „Der ganze Verband wird unternehmerisch und zukunftsgerichtet geführt und ist finanziell gesund.“

KONJUNKTUR, KONKURRENZ UND WETTBEWERB

Zu den Aufgaben eines Arbeitgeberverbandes gehört die Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie bereits seit den 1940er Jahren beim KZEI üblich, wurden die Jahresberichte auch nach dem Jahr 2000 durch einen Rückblick auf den Konjunkturverlauf ein-

geleitet. Dieser fiel mehrheitlich eher gedämpft aus. Ab 1998 war erstmals seit 1990 ein Aufschwung zu konstatieren, ab 2001 aber eine erneute Schwächeperiode; im Jahr 2004 galt die Arbeitsauslastung im KZEI-Gebiet als „prekär.“ Das 2006 einsetzende Wachstum endete abrupt in der Finanzkrise von 2008. Zwei Jahre später war wieder von einer robusten Entwicklung die Rede, die vor allem durch die Binnennachfrage und die massive Zuwanderung ausgelöst wurde. Danach blieb die Auftragslage gut, ohne aber eine gewisse Unsicherheit mit Blick auf die Zukunft verhindern zu können.

Das wirtschaftliche Auf und Ab erschwerte dem Unternehmer die Planung der Zukunft. In der strukturell eher überbesetzten Elektroinstallationsbranche war erneut ein anhaltender Preisdruck die Folge. „Der Preiskampf und –kampf ist die heutige Herausforderung und trifft nun besonders die Kleinunternehmen“, fasste der Kantonalpräsident die Lage im Jahr 2005 zusammen. Ähnliches musste auch in anderen Jahren konstatiert werden.

DIE LIBERALISIERUNG UND ÖFFNUNG DES MARKTES

Die wechselhafte Konjunktur, der Wettbewerb und Preiskampf sowie die geringen Margen bildeten wirtschaftliche Rahmenbedingungen, mit denen die Elektroinstallateure durch ihre Geschichte genugsam vertraut waren. Neu waren indessen die Auswirkungen der Marktliberalisierung, wie sie seit den 1990er Jahren national und international vorangetrieben wurde. Historisch gesehen bedeutete die durch den Bund auf das Jahr 2002 in Kraft gesetzte revidierte Niederspannungs-Installationsverordnung (NIV) eine markante Änderung im berufspolitischen Umfeld. Seit den Anfängen der Branche hatten die einzelnen Elektrizitätswerke durch die Vergabe von Konzessionen die Bewilligung erteilt, in ihren Versorgungsgebieten elektrische Anlagen installieren zu dürfen. Nun übernahm diese Aufgabe das eidgenössische Starkstrominspektorat, das bei erfüllten Voraussetzungen Konzessionen ausstellte, die für die ganze Schweiz Gültigkeit hatten. Damit entfiel administrativer Aufwand, wenn Elektroinstal-

lateure in Versorgungsgebieten anderer Elektrizitätswerke tätig werden wollten, aber natürlich auch ein gewisser Schutz des regionalen Gewerbes. Wie sehr diese Änderung die Branche betraf, zeigte die Beteiligung an den Orientierungsversammlungen, die der KZEI zusammen mit den Werken EKZ, EWZ und EWW in den Monaten Januar bis März 2002 organisierte: Mehr als siebenhundert Personen nahmen insgesamt an den sieben Tagungen teil.

Von grosser Bedeutung war ferner die schrittweise Öffnung des Schweizer Marktes für ausländische Firmen im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU. Das Personenfreizügigkeitsabkommen trat 2002 in Kraft, ab 2004 entfiel der Inländervorrang und die vorgängige Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausländischer Dienstleister, ab dem Jahr 2007 galt die volle Personenfreizügigkeit. Für das Elektrogewerbe im Grenzkanton Zürich war dies von Bedeutung, denn die vergleichsweise gute Baukonjunktur und die hohen Preise machten die Schweiz interessant für Elektroinstallateure aus dem benachbarten Ausland.

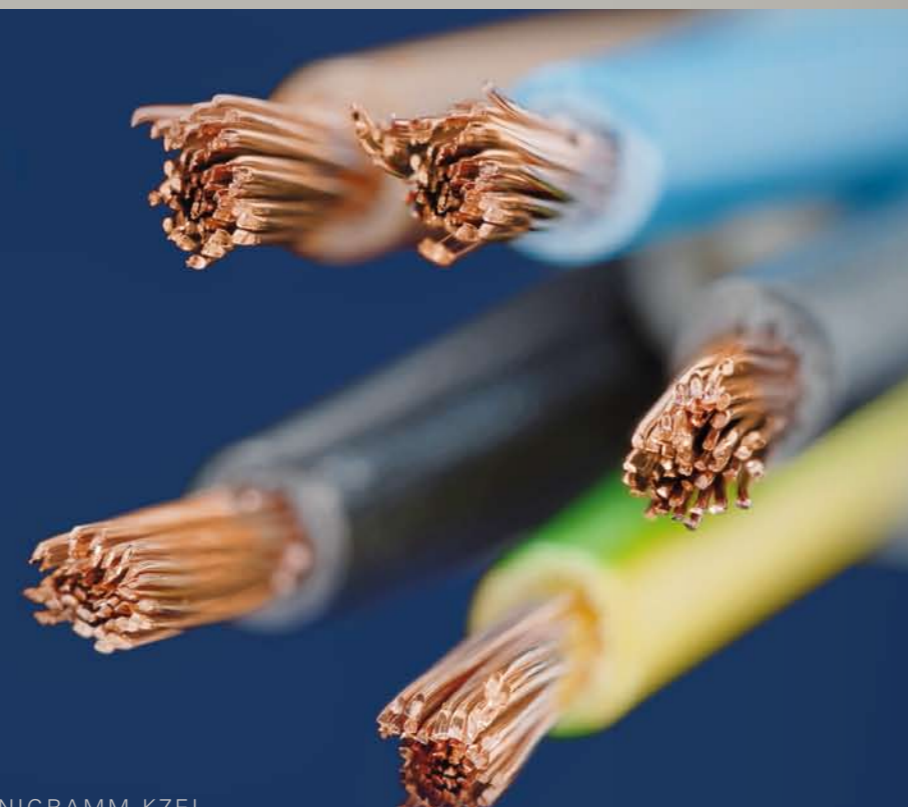
Der Vorstand des KZEI beschäftigte sich intensiv mit den Folgen der Personenfreizügigkeit und der Öffnung des Marktes für ausländische Firmen. Irgendwelche Eingriffe in den Wettbewerb zugunsten der eigenen Mitglieder waren natürlich nicht möglich. Aber der Verband konnte sich aktiv für den Leitsatz „gleich lange Spiesse für alle“ einsetzen. Dies geschah unter anderem gemeinsam mit den Gewerkschaften, indem die Bemühungen der Paritätischen Kommission zur Aufdeckung von Schwarzarbeit und von Verstössen gegen die arbeitsvertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen unterstützt wurden. Ein zunehmendes Problem stellten zum Beispiel mangelhafte Elektroinstallationen dar, die durch Firmen aus der EU ohne Installationsbewilligung des eidgenössischen Starkstrominspektorats ausgeführt wurden.

DIE AUFHEBUNG DES SUBMISSIONS-REGLEMENTS 2010

Es gab Verbandsmitglieder, die sich unter den schwierigen Wettbewerbs- und Preisverhältnissen erneut regulierende Massnahmen des Berufsverbandes gewünscht

Die Organisation des KZEI nach der Reorganisation gemäss dem Jahresbericht 2001.

Die Struktur wurde gegenüber früher wesentlich vereinfacht. Die Geschäftsfelder des Verbandes sind neu in zentrale Vorstandsressorts gegliedert und zusammengefasst.



hätten. Für den Vorstand war jedoch klar, dass er sich nicht mehr in solche Fragen einmischen durfte, sondern dass die Preisgestaltung eine Sache des einzelnen Unternehmers bleiben musste. In der Ansprache anlässlich der Generalversammlung von 1999 konstatierte der KZEI-Präsident: „Der Verband kann und will auch aus kartellrechtlichen Gründen keine Preisempfehlungen herausgeben. Die zu Verfügung stehenden Kalkulationsgrundlagen sind gut. Ich kann nur an die Vernunft jedes einzelnen appellieren, sich im Preis nach Angebot und Nachfrage zu richten.“ Bei Wettbewerbsabsprachen drohten den Firmen hohe Bussen.

Noch aus der Zeit der früheren Wettbewerbs- und Preisregulierung stammte das Submissionsreglement, das seit der Wiedereinführung im Jahr 1978 von den Generalversammlungen Jahr für Jahr um zwölf Monate verlängert wurde. Nach verschiedenen Anpassungen des Reglements an das Wettbewerbsrecht war die Meldung von Offerten über 10'000 Franken nur noch freiwillig und diente vornehmlich der statistischen Auswertung nach Bauherren, Bauarten, Anzahl Offerten pro Bauvorhaben sowie Kalkulationsmethoden. Immer wieder gab es vereinzelte Stimmen, die die Aufhebung forderten. Als schliesslich verschiedene grössere Firmen ankündigten, künftig keine Meldungen mehr zu tätigen, bedeutete dies das Ende des so traditionsreichen Meldewesens. Die Generalversammlung des Jahres 2010 entschied mit vierzig gegen sechs Stimmen, das Meldewesen und somit das Submissionsreglement abzuschaffen. Damit war endgültig beseitigt, was in der grossen Krise der 1930er Jahre als wichtiger Schritt hin zur Sanierung der Elektroinstallationsbranche eingeführt worden und was lange eine Raison d'être des Verbandes und seiner Gruppen gewesen war.

Dienstleistungen und Marketing

Arbeitgeberschulung und Mitgliederanlässe

Zu den Dienstleistungsangeboten des KZEI gehörte die Unternehmerschulung; 1997 wurde beschlossen, diese wieder zu intensivieren. So fand im Jahr 2000

ein dreitägiges „Leadershipseminar“ auf dem Bürgenstock statt, im folgenden Jahr ein Seminar „Mitarbeiterpower“, das allerdings nicht sehr stark besucht war. Sodann beschloss die Generalversammlung des Jahres 2003 – zur Förderung der Weiterbildung der Unternehmer und des Kadets – einen besonderen Fonds in der Höhe von 190'000 Franken zu bilden. Den Mitgliedern wurden Bildungsgutscheine für Kurse am Bildungszentrum EBZ in Effretikon ausgehändigt.

Im Jahr 2008 begann eine neue Reihe von jährlichen Fachtagungen des KZEI für Unternehmer, initiiert durch die Region Zentrum und deren Vorsitzenden und Vizepräsidenten des KZEI Beat Noser. Damit wurde eine Tradition der 1970er und 1990er Jahre wieder aufgenommen. Die Tagung vom 23. September 2010 im Hotel Krone Unterstrass in Zürich zum Beispiel sah ein Referat zum Thema „Zielorientiertes Marketing im Elektro-Installationsgewerbe“, das in die anspruchsvolle Aufforderung mündete: „Ständig in Bewegung bleiben, stetiges Vorwärtsgehen, immer Neues entdecken und entwickeln, damit neue Chancen genutzt, neue Möglichkeiten eröffnet werden!“ Sehr gut besucht – auch von Nichtmitgliedern – waren jeweils die vom KZEI gemeinsam mit dem Elektrizitätswerk der Stadt Zürich EWZ seit 2003 organisierten Installateurentagungen, an denen verschiedenste Fachfragen erörtert wurden.

Zu den weiteren Veranstaltungen des KZEI, die in der Regel ebenfalls Unternehmer- und Fachfragen betrafen, gehörten die seit dem Jahr 2002 regelmässig abgehaltenen und bei den Mitgliedern beliebten „Fyrabig-Anlässe“ im Kurszentrum Effretikon. Den Reigen eröffneten am 23. Oktober 2002 Vorträge zum Thema „Schulreform im Kanton Zürich“ und „Lehrlingsauswahl“, abgerundet durch einen kurzen Apéro sowie „Gschwellti, Chäs, Anke und Ufschnitt.“

Geselliger Natur waren die seit den 1980er Jahren jeweils im Januar durchgeführten Skitage und seit 1983 das KZEI-Nachtessen am Freitag vor der Generalversammlung des VSEI. Der Neujahrsanlass oder KZEI-Neujahrsempfang – von der Region Ost eingeführt – fand erstmals am 10. Januar 2003 in grösserem Rahmen statt, ab 2005 mit allen Regionalgruppen. Ge-

legentlich wurden weitere Veranstaltungen organisiert wie zum Beispiel Besuche der Bregenzer Festspiele 2001 und 2002 (wobei die Vorstellung von 2001 „ins Wasser fiel“). Eine mehrtägige Auslandsreise, die von Mitgliedern vorgeschlagen wurde und die an die frühere Tradition des KZEI angeknüpft hätte, sollte 2009 nach Innsbruck führen, konnte aber mangels Beteiligung nicht durchgeführt werden.

SOZIALPARTNERSCHAFT UND PARITÄTISCHE KOMMISSION

Die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften war zwar Belastungen ausgesetzt, hielt aber den Herausforderungen stand. Der KZEI achtete darauf, dass der Gesamtarbeitsvertrag eingehalten und glaubwürdig umgesetzt wurde. Allerdings war es ein erklärtes Ziel des Verbandes, in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten keine zusätzlichen Sozialleistungen zu Lasten der Arbeitgeber in den Ergänzungsbestimmungen zum Gesamtarbeitsvertrag zu verankern. Die Lohnbewegung der Gewerkschaft Unia (der Nachfolgerin des SMUV), die diese unter dem Schlagwort „Löhne rauf!“ im Jahr 2006 lancierte, wurde von den KZEI-Mitgliedern denkbar schlecht aufgenommen. Es würden Gewinne eingefordert, bevor diese erwirtschaftet waren, warnte der Verbandspräsident, und er meinte: „Solches Vorgehen schlägt dem Ackerbauern die Hand ab, bevor er säen konnte!“

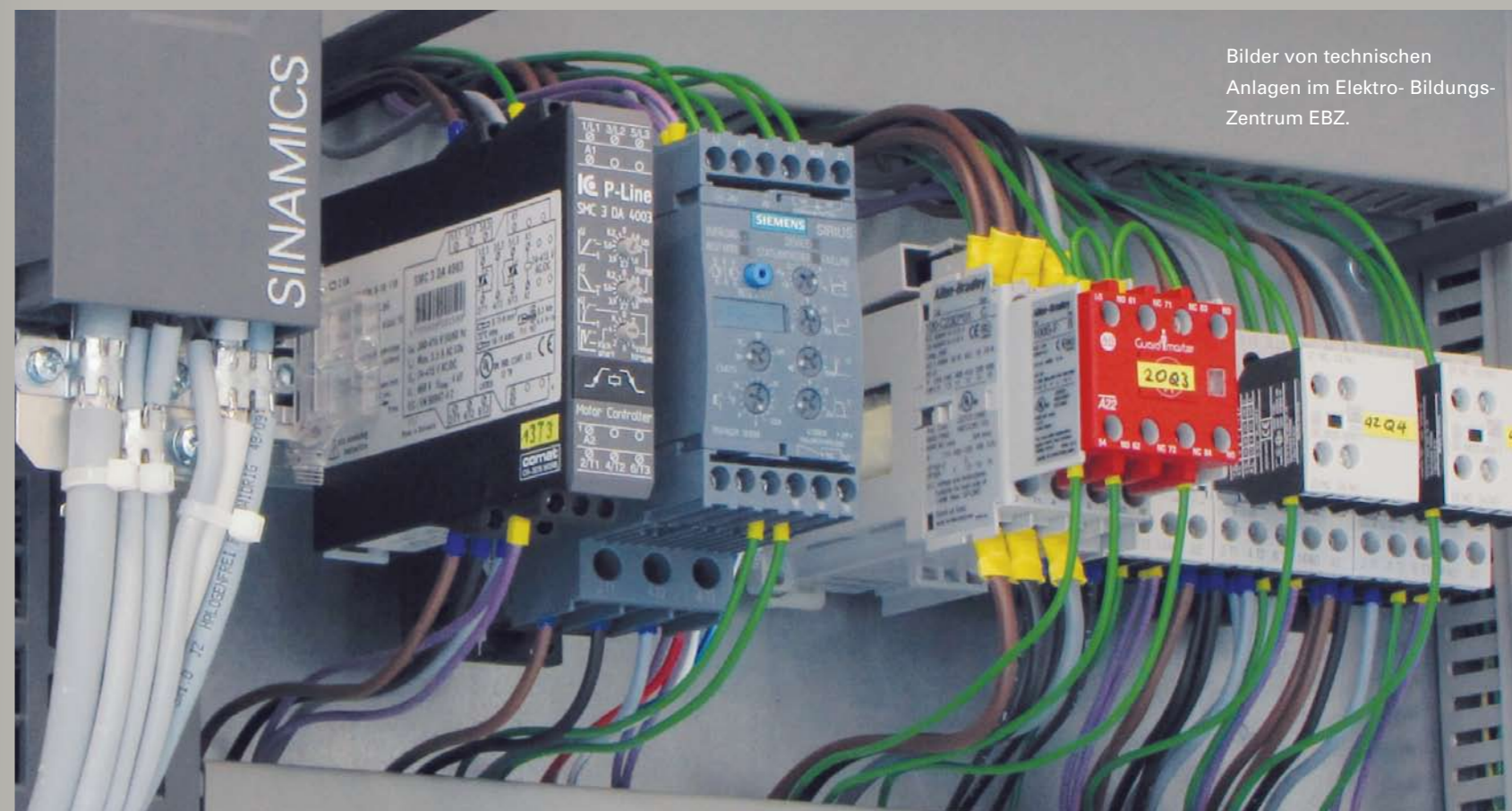
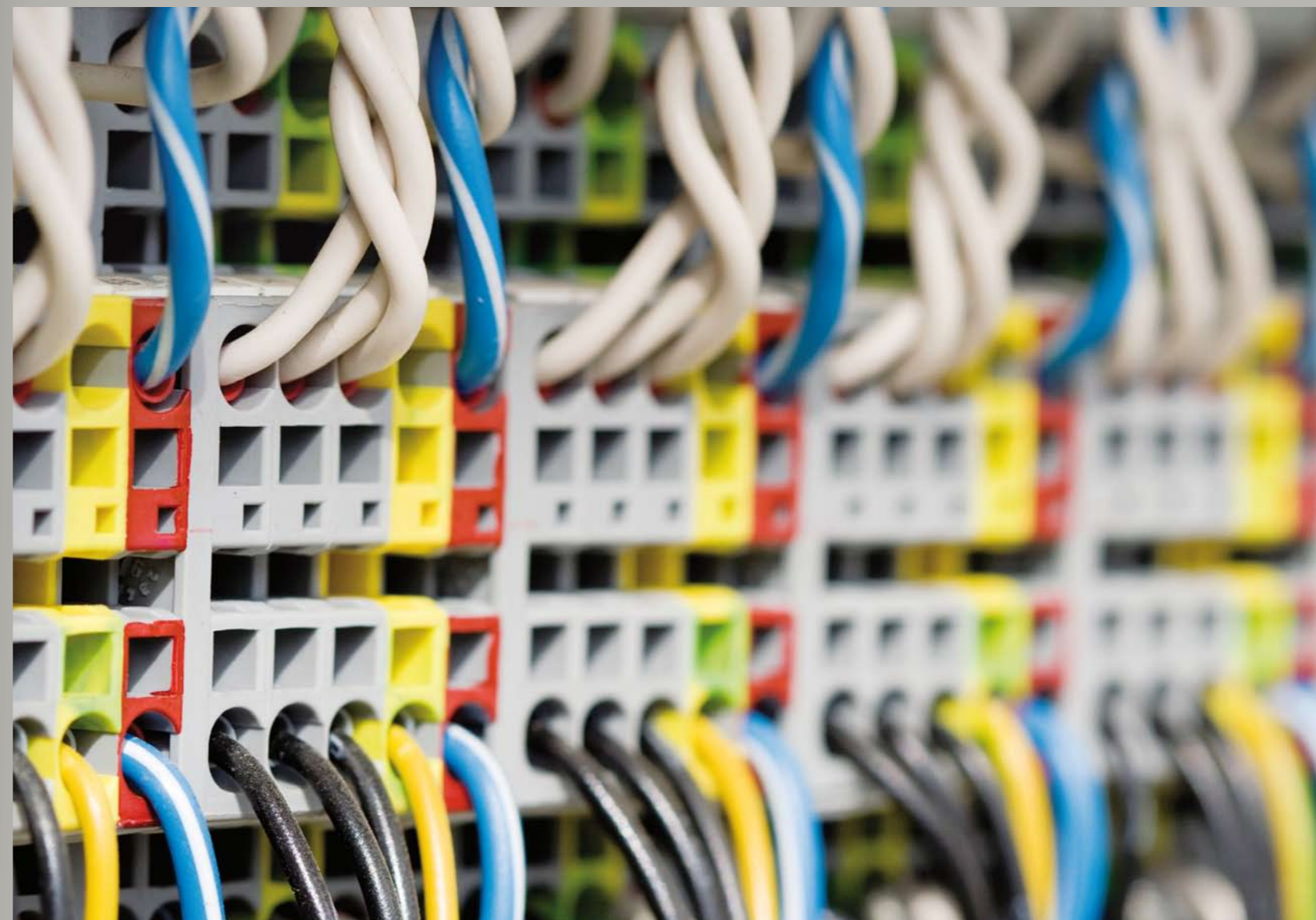
Nicht einverstanden war der KZEI mit einer Änderung des Gesamtarbeitsvertrages durch den VSEI und die Gewerkschaften im Jahr 2007, mit der die normativen Teile der Zürcher Ergänzungsbestimmungen dahin fielen, also spezielle kantonale Vereinbarungen über Feiertage und Spesen. Eine Folge, die zu Aufsehen in der Presse Anlass gab, war der Wegfall des „1. Mai“ als eines bezahlten, allerdings durch die Lohnverhandlungen abgegoltenen Feiertags. Die Konsumentenzeitung „Der Beobachter“ berichtete darüber im April 2009 unter dem Titel „Gesamtarbeitsvertrag. Gewerkschaft vergisst den 1. Mai.“ Der Erste Mai war nur ein kantonaler Ruhetag, was die Gewerkschaft bei den Vertragsverhandlungen nicht berücksichtigt hatte.

Eine grosse Bedeutung für die Pflege der Sozialpartnerschaft mass der KZEI der Paritätischen Kommission mit der Gewerkschaft zu, die ab 2004 unter dem Namen „Paritätische Kommission Elektro“ fungierte. In der Kommission vertreten wurde der KZEI durch die fünf Obmänner der Regionalgruppen und somit durch eine Mehrheit des gesamten Vorstandes. In der Geschäftsleitung wirkte bis 2010 der frühere Verbandssekretär Rudolf Brülisauer mit, ab 2009 war Gilbert Brülisauer einer der Präsidenten der Paritätischen Kommission. Deren Geschäftsstelle wurde von 2011 bis 2013 reorganisiert und erhielt einen Vorstand, dem von Seiten des KZEI Beat Noser und Gilbert Brülisauer angehörten. Die Geschäftsstelle betreute neben dem Elektro- und Kommunikationsinstallationsgewerbe auch die Branchen der Gebäudehüllenunternehmungen der Stadt Zürich und der Gebäudetechnik des Kantons Zürich.

Im Zusammenhang mit dem Auftrag der Kommission, über die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages zu wachen, wurden in den Jahren nach 2000 die Bekämpfung von Schwarzarbeit und die Einhaltung der Lohn- und Arbeitszeitvorschriften durch ausländische Firmen wichtig. Zu diesem Zweck beteiligte sich die Kommission ab 2001 an der zunächst freiwilligen Baustellenkontrolle des Ausbaugewerbes, ab 2005 am Verein Arbeitskontrollstelle des Kantons Zürich. Der Motivation zur Fort- und Weiterbildung dienten die finanziellen Beiträge, die die Kommission Arbeitnehmern zukommen liess, die dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt waren.

FACHGREMIUM TECHNIK UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Die frühere Kommission Technik stand als neues Fachgremium „Technik und Betriebswirtschaft“ seit 1986 und bis 2002 unter der Leitung von Martin Arnold, der die Statutenrevisionsarbeitsgruppe präsidiert hatte. Auch sein Nachfolger Jürg Sandmeyer, Obmann von 2001 bis 2007, war mit der Materie bestens vertraut, gehörte er der Kommission doch bereits seit 1976 an. Ab 2007 wurde das Gremium geleitet von Peter Bühner, Vorstandsmitglied.



Bilder von technischen Anlagen im Elektro- Bildungszentrum EBZ.

Die Aufgaben der Kommission bestanden allgemein in fachlichen Dienstleistungen für die Mitglieder des KZEI. Dazu gehörten als dauernde Arbeiten die Erstellung von Empfehlungen, Merkblättern, Musterverträgen und Richtlinien, die den Mitgliedern systematisch geordnet im KZEI-Verbandsordner zu Verfügung gestellt wurden. Ab 2004 waren die KZEI-Blätter auch auf der eigenen Webseite abrufbar. Zu den Themen, die die Kommission stark beschäftigten, gehörten – in Zusammenarbeit mit der zuständigen Eidgenössischen Kommission EKAS und dem Landesverband VSEI – die Arbeitssicherheit und die Unfallverhütung. Die Elektroinstallateure arbeiteten in einer Branche mit überdurchschnittlicher Unfallhäufigkeit. An einem Arbeitsunfall verstarb 1997 das Vorstandsmitglied Willi Serena.

Im Bereich der Preiskalkulation stand der 1997 durch den VSEI eingeführte „Normpositionenkatalog“ NPK zur Diskussion. Eine im Jahr 2003 durchgeführte Umfrage ergab, dass mehr als die Hälfte der KZEI-Mitglieder den sogenannten „Steiger-Tarif“ benutzen, ein Viertel indessen gleichzeitig den NPK. Sodann überprüfte die Kommission laufend die Regiepreise und schlug dem Vorstand die notwendig gewordenen Änderungen vor. Weitere Arbeiten bestanden in den Anpassungen des Submissionsreglements, bis dieses 2010 aufgehoben wurde.

Zu den Aktivitäten des Ressorts Dienstleistungen bzw. des Fachgremiums Technik und Betriebswirtschaft gehörte ferner die Organisation verschiedener KZEI-Anlässe, so namentlich der ab 2002 durchgeführten „Fyrabig-Anlässe“ zu fachlichen und betriebswirtschaftlichen Themen. „Branchenbezogene Referate zu aktuellen Themen verbunden mit Empfehlungen und Leitfäden an den Fyrabig-Anlässen sind ein direkter Mehrwert einer Verbandsmitgliedschaft im KZEI“, schrieb der Ressortvorsitzende Peter Bühler im Jahresbericht 2013.

ÖFFENTLICHKEIT UND MARKETING

„Wann endlich sehen wir ein, dass es ohne eine ständige fachgerechte PR-Arbeit in der Öffentlichkeit auch in unserem Gewerbe nicht mehr geht?“, frag-

te sich der Verbandssekretär im Jahresbericht des KZEI 1973 selbstkritisch. Dass das Elektrogewerbe aufgrund fehlenden Fachwissens der Journalisten in den Medien nachteilig dargestellt werde, bereitete dem Vorstand mehrfach Sorgen. Zur institutionell verankerten Aufgabe wurde die Öffentlichkeitsarbeit nach der Reorganisation des Verbandes im Jahr 2000 durch die Schaffung eines Ressorts „Öffentlichkeit / Marketing.“ Geleitet wurde der Bereich von 2000 bis 2002 durch Karl Fisch, danach bis 2007 durch Markus Bundi und bis 2011 durch Roberto Ircani. Ab 2011 stand dem Ressort Stefan Krebs vor, der von 2007 bis 2013 als Kantonsrat und danach als Vertreter des KZEI im erweiterten Vorstand des kantonalen Gewerbeverbandes den unmittelbaren Kontakt zur Politik und zu den Gewerbeverbänden pflegte. Als Ziel des Ressorts Öffentlichkeit und Marketing wurde 2012 definiert: „Wir sind das Verbindungsglied zur Politik und beeinflussen die Rahmenbedingungen für das Gewerbe positiv.“

Eine zentrale Funktion bei der Positionierung gegen aussen kam selbstverständlich auch dem Präsidenten zu, der bei zahlreichen Gelegenheiten für den Verband und dessen Anliegen warb. Ferner gelang es im Jahr 2000 mit Tarzsius Caviezel, von 2001 bis 2007 CEO der Burkhalter Group und von 2007 bis 2011 Nationalrat der FDP Graubünden, wieder einen Vertreter im Zentralvorstand des VSEI zu platzieren; 2013 wurde Silvan Lustenberger, Geschäftsleiter bei Baumann Koelliker AG, dessen Nachfolger und damit Verbindungsmann zum Landesverband.

Neben Pressekontakten und der Organisation von öffentlichkeitswirksamen Anlässen, unter denen die Auftritte an der Berufsmesse in Zürich und die ab 2007 zentral in der Eulachhalle Winterthur durchgeführten Lehrabschlussfeiern die wichtigsten waren, wurden mit Projektteams ab 2003 die Webseiten von Verband und Bildungszentrum aufgebaut und gepflegt. In den Jahren 2010 und 2011 folgte die Erneuerung des Erscheinungsbildes von Logo, Webseite, Briefköpfen und Visitenkarten des Verbandes und des Bildungszentrums im Sinne einer „Corporate Identity.“ Zur Diskussion gestellt wurde damals auch der Name

des Verbandes, doch entschied man sich schliesslich, beim bewährten Namen „Kantonalverband Zürcher Elektro-Installationsfirmen (KZEI)“ zu verbleiben.

DIE BERUFLICHE AUS- UND FORTBILDUNG; DAS BILDUNGSZENTRUM EFFRETIKON

DIE BERUFSBILDUNG IM RASCHEN WANDEL

Für eine der Hauptaufgaben des Verbandes, die berufliche Aus- und Fortbildung, wurde im Jahr 2000 das Ressort Berufsbildung geschaffen. Dieses wurde geleitet 2000–2002 von Fritz Gysin (Region Nord), 2002–2006 von Ueli Bürgi (Region Zentrum), 2006–2011 von Andreas Egli (Region Ost) und ab 2011 von Bruno Gassmann (Region Zentrum). Im Mittelpunkt ihres Bemühens stand die bewährte Berufslehre im meisterlichen Betrieb und in der Berufsschule, ergänzt durch die überbetrieblichen Kurse. Allerdings musste diese „Meisterlehre“ ständig den sich wandelnden Anforderungen angepasst werden, um in der Öffentlichkeit und der Bildungswelt nicht an Akzeptanz zu verlieren. Natürlich konnte der KZEI dabei nicht einfach nach eigenen Vorstellungen handeln. Entscheidend und herausfordernd war vielmehr die Vernetzung mit den vielen Akteuren und Partnern im Berufsbildungswesen, so dem Landesverband VSEI, den verschiedenen Behörden, den Berufsfachschulen, der Prüfungskommission etc. Zu agieren war im Umfeld der grossen bildungspolitischen Reformen, die in den 1990er Jahren zur Einführung von Berufsmaturität und Fachhochschulen geführt hatten. Wegleitend waren unter anderem das Berufsbildungskonzept 2000 des VSEI und das neue Berufsbildungsgesetz des Bundes, das 2004 in Kraft trat. Sie brachten neben einer neuen Begrifflichkeit (z.B. „Qualifikationsverfahren“ statt „Lehrabschlussprüfung“, „Elektroinstallateur EFZ“ statt „Elektromonteur“ etc.) auch die neuen Berufsbilder „Telematiker EFZ“ und „Montage-Elektriker EFZ“, die im Kanton Zürich bereits ab dem Jahr 2000 angeboten wurden.

Die Einführung der Berufslehre zum Montage-Elektriker war wesentlich der Initiative und der Überzeugungskraft des KZEI zu verdanken. Diese dreijährige Ausbildung war gedacht für schwächere Sekundarschulabgänger und für Quereinsteiger in die Branche. Montage-Elektriker verfügten nach dem Abschluss ihrer Lehre über die Kompetenz, einen grossen Teil der Arbeiten eines Elektroinstallateurs auszuführen. Telematiker absolvierten eine vierjährige Lehre und waren danach Spezialisten für die Planung und Installation von Telekommunikations- und Informatiknetzwerken.

Die Aktivitäten im Bildungsbereich und andere wie Lohnempfehlungen für Lernende im Kanton Zürich zusammenfassend, beschrieb der Vorsitzende der Bildungskommission Bruno Gassmann, das Ziel der Bildungskommission des KZEI im Jahr 2013 allgemein: „Die Nachwuchsförderung ist eine zentrale Aufgabe des KZEI. Die Kommission Berufsbildung setzt sich mit grossem Engagement für die Umsetzung der bestmöglichen Rahmenbedingungen ein.“

ENTWICKLUNG DES KURS-ZENTRUMS EFFRETIKON

Das „Schmuckstück“ des KZEI blieb – nach der Jahrtausendwende und unter der neuen Organisationsform – das 1972 eröffnete Kurszentrum in Effretikon. Die Betriebskommission, die sich mit den fachlichen, finanziellen und personellen Geschäften des Zentrums zu befassen hatte, wurde weiterhin durch den Verbandspräsidenten persönlich geführt. Die Kommission und die Leiter des Zentrums hatten die Aufgabe, im sich ständig wandelnden Umfeld die überbetrieblichen Kurse (die früheren Einführungskurse) für Lernende sowie ein attraktives Fortbildungsangebot für die Elektrobranche anzubieten. Dies geschah seit dem Jahr 2004, als die erste Homepage aufgeschaltet wurde, unter dem einheitlichen Namen „Elektro-Bildungszentrum“ EBZ; die alte Kurzbezeichnung ELAZ wurde damals aufgegeben.

Betriebskommission und Geschäftsleitung sahen sich mit allen Fragen konfrontiert, die sich aus der Führung einer Schule mit rund 28 Angestellten, 1000 Kursteil-

nehmern und 1700 Lehrlingen ergaben. Sie reichten von „kiffenden“ Schülern über bauliche Sanierungs- und Anpassungsmassnahmen bis zur Frage der markt- und ausbildungsgerechten Ausbildungsinhalte. In den Jahren nach 2000, als der rasche Wandel die Kräfte aller Beteiligten stark forderte, waren gelegentlich schwierige personelle Fragen zu klären. Betroffen davon war auch die Leitung des Kurszentrums. Die Betriebskommission und der Vorstand bewältigten solche Probleme, indem sie – so wurde der Generalversammlung von 2002 programmatisch erklärt – nicht einander Fehler oder Versagen vorwarfen, sondern „eine von Ethik getragene Basis für eine erfolgreiche Zukunft“ zu legen suchten. Vom Erfolg dieser Bemühungen zeugte die Anerkennung durch das Schweizerische Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen „eduQua“, das als Voraussetzung für kantonale Subventionen bereits im Jahr 2001 erlangt wurde.

Es erstaunte nicht, dass das Elektro-Bildungs-Zentrum in Effretikon zu einem Mittelpunkt des KZEI und der Zürcher Elektroinstallateure wurde. Das Zentrum war beispielsweise an der Vorbereitung und Durchführung von Berufsmeisterschaften beteiligt und bereitete die Zürcher Vertreter auf Einsätze in der Schweiz und der Welt vor. Seit den 1990er Jahren war Effretikon zudem einer der Prüfungsorte für die Lehrabschlussprüfungen. Das Kurszentrum und die Kantine „Gourmetina“ waren auch der Ort der ab 2002 stattfindenden „Fyrabigveranstaltungen“ und anderer KZEI-Anlässe wie der Neujahrsempfänge.

DIE EINFÜHRUNGSKURSE (ÜBERBETRIEBLICHE KURSE)

Ab dem Jahr 1997 führte das Elektro-Bildungs-Zentrum die Einführungs- oder überbetrieblichen Kurse, wie sie ab 2004 hiessen, für die neue Berufslehre des Montage-Elektrikers (dreijährige Lehre), ab dem Jahr 2000 für die neue Berufslehre des Telematikers (vierjährige Lehre) zunächst in je zwei Parallelklassen durch. Sodann war es das neue Berufsbildungsgesetz des Bundes, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Elektro-Bildungs-Zentrums viel Arbeit

brachte. Das neue Gesetz trat 2004 in Kraft, die neue Bildungsverordnung für die Elektroberufe im Jahr 2006. Notwendig wurde eine völlige Überarbeitung der Kursinhalte und in deren Folge auch der baulichen Infrastruktur und der Geräte. Für den Unterricht der Elektroinstallateure im dritten und vierten Lehrjahr beispielsweise musste ein zweiter Mess- und Störungsraum eingerichtet werden. Diverse Lernmodelle wurden im Kurszentrum selbst hergestellt, wobei sich zeigte, dass die komplexen und im Vergleich zu früher weniger robusten Geräte und Apparate eine stets intensivere Betreuung der Lernenden erforderlich machten. Im Jahr 2010, nach Durchführung aller vier Lehrjahre, war die Umsetzung des Bildungsplanes von 2006 weitgehend abgeschlossen. Integriert waren ab 2012 auch die überbetrieblichen Kurse zur vierjährigen Ausbildung der Elektroplaner; zuvor waren die Kurse für diese Berufslehre durch das Elektro-Bildungs-Zentrum im Auftragsverhältnis der Lehrmeister Elektroplanung durchgeführt worden. Was die Erfahrungen mit den Lernenden anbelangte, so zeigte sich, dass viele Schulabgänger durch die Anforderungen der Elektroinstallateurausbildung überfordert waren. Ihnen wurde die Lehre als Montage-Elektriker empfohlen, um allenfalls später eine Zusatzausbildung zu absolvieren. Die Ausbildung als Telematiker hatte durch die neue Bildungsverordnung zwar an Profil gewonnen, war aber bei Lehrern, Schülern und Eltern noch weitgehend unbekannt.

Vom guten Ruf des Elektro-Bildungs-Zentrums EBZ des KZEI in Effretikon und der dort angebotenen beruflichen Grundbildung zeugte die Vereinbarung mit dem Verband Schaffhauser Elektroinstallateure SELIV, wonach ab 2011 die überbetrieblichen Kurse im Berufsbildungszentrum Schaffhausen durch Berufsbildner des EBZ durchzuführen waren. Die Laborausbildung erhielten die Lernenden aus Schaffhausen fortan in Effretikon. Möglich geworden war diese Lösung dank der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Kantonalverbänden und von deren Präsidenten. Im Rahmen der revidierten Berufsbildungsgesetzgebung erfolgte die Subventionierung der berufsbildenden Kurse ab 2010 neu über Pauschalen, die an Leistungsaufträge des Kantons geknüpft waren. In



Bild der besten Absolventen des Qualifikationsverfahrens 2013 in den Berufen Elektroinstallateur/in EFZ, Montage-Elektriker/in EFZ, Telematiker/in EFZ und Netzelektriker/in anlässlich der Lehrabschlussfeier 2013.



Auf 150m² präsentiert der KZEI die Elektroberufe an der Berufsmesse Zürich, welche jährlich von über 40'000 Interessierten besucht wird.

diesem Zusammenhang setzte der KZEI eine neue Spezialkommission für die überbetrieblichen Kurse ein, die zuständig war für die Kursplanung und den Kursinhalt der vier Elektroberufe Elektroinstallateur, Telematiker, Elektroplaner und Montage-Elektriker.

Das neue Berufsbildungsgesetz verlangte sodann eine vertiefte methodisch-didaktische Ausbildung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Die Instrukturen des Kurszentrums absolvierten deshalb 2003/2004 eine gezielte zehntägige Weiterbildung in Form eines Pilotprojekts des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik. Später stiegen die Anforderungen weiter, verlangt wurden nun 35 Ausbildungstage. Die Berufsbildner sollten ihren Beitrag leisten können zur Heranbildung der jungen Menschen zu verantwortungsvollen und mündigen Personen. Der KZEI nahm seine Verantwortung wahr, fragte sich allerdings, ob solche hohen Ziele für die überbetrieblichen Kurse – die ja doch vergleichsweise nur kurze Zeit dauerten – angemessen waren.

DIE BERUFLICHE FORT- UND WEITERBILDUNG

Vom raschen Wandel der Technologie und den vielfältigen Anforderungen der Elektrobranche zeugte auch das Fortbildungsangebot des Kurszentrums. Bereits im Geschäftsbericht 2000 war die Rede vom „schnelllebigen Internet-Zeitalter.“ Auf dem Programm standen unter anderem Kurse wie „Internet und E-Mail für Einsteiger“ oder „PC-Grundwissen.“ Beliebte waren Angebote aus den Bereichen Telekommunikation, Netzwerk- und Gebäudeverkabelungen sowie Europäischer Installationsbus. Ab 1999 wurden auf Wunsch verschiedener Elektroinstallationsfirmen Monteure zu „Bauleitern KZEI“ ausgebildet, die auf Baustellen durch besondere Fachkompetenz zum Image der Branche beizutragen vermochten. Nach 2005 stieg die Nachfrage nach Kursen, die auf die besonderen Anliegen einzelner Firmen und Branchen zugeschnitten waren. Im Allgemeinen zeigte sich, dass ein rasches Reagieren auf veränderte Rahmenbedingungen und ein aktives Zugehen auf die Kundschaft notwendig waren, um

den Weiterbildungsbedürfnissen der Branche gerecht zu werden. Während im Jahr 2001 noch 1090 Teilnehmer die 96 angebotenen Kurse besuchten, waren es im folgenden Jahr nur noch 640 Teilnehmer; 32 Kurse mussten damals wegen mangelnden Interesses abgesagt werden. Zwei Jahre später wiederum konnten die meisten der 106 Kurse erfolgreich durchgeführt und die hohe Zahl von 1153 Teilnehmern verzeichnet werden. 2011 waren es neu aufgebaute Solarkurse, die das zurückgehende Interesse an anderen Veranstaltungen kompensierten.

DIE SORGE UM DEN NACHWUCHS: LEHRABSCHLUSSPRÜFUNGEN UND BERUFSMESSEN, BERUFSMEISTERSCHAFTEN

Zu den Aufgaben des KZEI gehörte – seit 1995 in Zusammenarbeit mit der paritätischen Prüfungskommission 12, in welcher der KZEI nebst anderen Bildungspartnern vertreten war – die Durchführung der Lehrabschlussprüfungen (seit 2004: Qualifikationsverfahren) in den Elektroberufen. Der KZEI bzw. das Elektro-Bildungs-Zentrum waren im Auftrag des Kantons Zürich unter anderem zuständig für die Prüfungslokale, das Material sowie den Einzug der Prüfungskosten bei den Lehrmeistern. Ferner organisierte der KZEI ab 2001 auch die dezentralen Lehrabschlussfeiern. Mit den Reformen im beruflichen Bildungswesen wurden im Jahr 2004 die Organisation und die Durchführung der Lehrabschlussprüfungen allein Sache des Kantons bzw. der Prüfungskommission 12, welche dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt unterstellt wurde. Die Prüfungsaufgaben wurden unter der Leitung des VSEI für die ganze Schweiz vereinheitlicht. Damit hatte eine traditionsreiche Aufgabe des KZEI einen Abschluss gefunden.

Wie früher schon verschiedentlich wurde nach 2000 erneut die Gewinnung eines motivierten und gut ausgebildeten Berufsnachwuchses zu einem zentralen Problem der Branche. In den Jahren 2005 und 2006 bestanden rund 20 % bzw. 25 % der Elektroinstallateurlehrlinge das Qualifikationsverfahren nicht. „Obwohl die Aufgaben insgesamt nicht schwerer als

früher waren, fehlte das Wissen und Können der Prüfungskandidaten“, konstatierte der Vorstand damals. Auf verschiedenen Wegen und im Rahmen seiner Möglichkeiten versuchte der KZEI Abhilfe zu schaffen. Dazu gehörte die Sensibilisierung der Lehrmeister, was die Auswahl der Lehrlinge anbelangte. Veranstaltet wurde zum Beispiel im Jahr 2006 ein „Fyrabiganlass“ zum Thema „Lernende auswählen und erfolgreich zum Abschluss führen.“ Andererseits aber sollte die Attraktivität des Berufes bei den Schulabgängern verbessert werden. Diesem Zweck dienten unter anderem eine publikumswirksame und würdige Lehrabschlussfeier, ein professioneller Auftritt bei der jährlichen Berufsmesse in Zürich sowie das Engagement bei den beliebten Berufswettbewerben.

Die Frage einer gemeinsamen und zentralen Lehrabschlussfeier beschäftigte den KZEI seit längerer Zeit. Unbestritten war der Nutzen einer solchen grossen Feier für das Ansehen des Berufes und für den Berufsstolz des Nachwuchses. Noch aber scheiterten in den 1990er Jahren die Pläne, einen solchen Anlass durchzuführen, an finanziellen Bedenken. So verblieb es bei regionalen Feiern in Horgen, Effretikon und Wetzikon. Die erfolgreichsten Prüflinge wurden mit einer KZEI-Sportuhr ausgezeichnet. Im Jahr 2007 dann aber war es soweit. In seiner Präsidialansprache konnte Verbandspräsident Kurt Ehrat der Generalversammlung mitteilen, dass erstmals alle Lehrabsolventen des Kantons Zürich gemeinsam an einem Ort gefeiert würden: „Es soll eine eindruckliche Feier werden! Wir wollen das Berufsimago aufwerten und auch unser Engagement in der Berufsbildung dokumentieren, zudem den Absolventen eine starke Identität zum erlernten Beruf vermitteln.“

Am 4. Juli 2007 fand in der Eulachhalle Winterthur die erste gemeinsame Lehrabschlussfeier der Elektroberufe im Kanton Zürich vor rund 800 Lehrabsolventen und Gästen statt. Im Mittelpunkt des Anlasses standen die Übergabe der Fähigkeitszeugnisse und die Auszeichnung der jeweils drei besten Prüfungsergebnisse der verschiedenen Elektroberufe. Verbandspräsident Kurt Ehrat rief den jungen Berufsleuten zu: „Ohne Strom geht nichts! Ohne Euch geht nichts!“, was mit

Begeisterung quittiert wurde. Den Abschluss des vielbeachteten Anlasses bildete ein reichhaltiger Apéro, begleitet von den Klängen der jugendlichen Rockband „Wallpapers.“ Möglich geworden war der Anlass nicht zuletzt dank grosszügigen Sponsorbeiträgen aus der eigenen Branche, die dank dem Engagement aller Vorstandsmitglieder akquiriert werden konnten.

Fortan gehörten die alljährlichen Lehrabschlussfeiern in der Winterthurer Eulachhalle, die regelmässig von über elfhundert Personen besucht wurden, zu den Höhepunkten des KZEI-Verbandsjahres. Die Preise für die besten Prüfungsabsolventen wie zum Beispiel Helikopterflüge entsprachen der Bedeutung des Anlasses und den jugendlichen Interessen. Die Gastreferenten wie zum Beispiel Regierungsrat Markus Kägi im Jahr 2010 hatten ihre Freude an den „frisch gebackenen Berufsleuten“, die selbst die beste Werbung waren für das Elektrogewerbe.

Endgültig zum festen Jahresprogramm des KZEI gehörte seit den 1990er Jahren die Präsenz an der Ausstellung „Berufe an der Arbeit“, die bis 2004 im Rahmen der Zürcher Herbstmesse ZÜSPA, seit 2005 als eigenständige Berufsmesse durchgeführt wurde. Ziel des KZEI-Standes war es, Jugendliche für die Lehre als Elektroinstallateur, Montage-Elektriker, Telematiker oder Elektroplaner zu interessieren. Das Standpersonal, das die Aufsicht führte und Auskünfte erteilte, setzte sich aus Bildungsverantwortlichen und Lernenden von Mitgliederfirmen zusammen. Ab 2007 wurden die Beteiligten durch eine Messetrainerin für ihre Aufgabe geschult, was wesentlich zum positiven und professionellen Auftritt des KZEI beitrug.

Vermehrt in den Blickpunkt des Interesses des Verbandes traten die nationalen und internationalen Berufsmesterschaften. 1991 ehrte man Stefan Krebs aus Pfäffikon (seit 2011 Vorstandsmitglied des KZEI), der an den Weltmeisterschaften der Elektroinstallateure in Amsterdam die Silbermedaille errungen hatte. Ab 1996 begann der KZEI, aussichtsreichen Meisterschaftskandidaten ein Training im Elektrobildungszentrum zu ermöglichen und führte 1998 im Hinblick auf die ersten offiziellen, vom VSEI organisierten Schweizermeisterschaften im Elektro-Installationsgewerbe, eine Ausscheidung

unter dem Titel „Champion of Zurich“ durch. In der Folge wurde Stefan Möckli von der Eltop-EKZ in Henggart Schweizer Vizemeister und durfte die Schweiz am Internationalen Berufswettbewerb von 1999 in Montreal vertreten. In den Jahren 2002 und 2010 wurden die Schweizermeisterschaften des VSEI unter substanzieller Beteiligung des KZEI an der Berufsmesse in Zürich ausgetragen. In Strassburg 2002 wurde mit Rolf Sorg aus Winterthur der Vertreter des KZEI Europameister; an den 2014 in Bern erstmals von allen Berufen gemeinsam organisierten „SwissSkills“ qualifizierte sich bei den Elektroinstallateuren Yvann Fässler aus Hütten für die Europameisterschaft 2016.

AUF DEM WEG ZUM VERBANDSJUBILÄUM „100 JAHRE KZEI“ IM JAHR 2015

ANDREAS EGLI, PRÄSIDENT DES KZEI SEIT 2011



Präsident Andreas Egli

Auf die Generalversammlung vom 11. Mai 2011 trat Kurt Ehrat vom Amt des Präsidenten zurück. Wenn man die Jahre seiner Mitgliedschaften auch nur in den wichtigeren Ämtern und Kommissionen des Verbandes zusammenrechnet, kam man auf 140 Jahre Tätigkeit für den KZEI. Die Versammlung wählte ihn mit einer „standing ovation“ zum Ehrenpräsidenten, eine Auszeichnung, mit der zuvor 1976 Hans Stüssi und 1993 Emil Kessler gewürdigt worden waren. Zum Nachfolger und neuen Präsidenten wählten die Verbandsmitglieder einstimmig Andreas Egli, eidgenössisch diplomierter Elektroinstallateur mit einem Abschluss in Business Engineering. Andreas Egli ist Inhaber der Wolf Elektro AG in Wetzikon, einem KMU-Betrieb mit acht Mitarbeitenden. Er gehörte dem Vorstand seit 2005 als Vertreter der Region Ost an und engagierte sich vorzüglich im Bereich der Berufsbildung. Diese bilde das „eigentlichen Kerngeschäft“ des KZEI, betonte er in seiner ersten Präsidentschaftsansprache 2012.

Zur wichtigen Aufgabe des neuen Präsidenten und seines Vorstandes gehörte die Obsorge für das Elektro-Bildungs-Zentrum EBZ in Effretikon. Erneut stiessen die räumlichen Kapazitäten an ihre Grenzen. Mit den Anforderungen Schritt halten musste die Organisation der Ausbildungsstätte, für die mittlerweile rund 28 Personen tätig waren. Unter Andreas Egli wurden die Weichen für die Zukunft gestellt durch die Erarbeitung eines strukturierten Businessplans, der eine Übersicht bot über die kommenden Investitionen, sowie durch eine Reorganisation der Geschäftsleitung und der zentralen Dienste des EBZ.

Die Unternehmerschulung wurde fortgesetzt und intensiviert durch gut besuchte Veranstaltungen. Als der Bund im Jahr 2013 ohne weitere Übergangsfrist die Subunternehmerhaftung einführte als flankierende Massnahme zur Personenfreizügigkeit, reagierte der KZEI sofort durch eine Unternehmertagung in Zürich, welche die Umsetzung in der Elektroinstallationsbranche zum Thema hatte. Im gleichen Jahr führte der Verband in Luzern zwei zweitägige Seminare zum Thema „Führung im Wandel“, durch.

Im Rahmen der Berufsbildung war dem neuen Präsidenten Andreas Egli die Nachwuchssicherung ein besonderes Anliegen. Er war Obmann der 2011 eingesetzten Arbeitsgruppe „Zukunft Elektroberufe“, die sich aus Vertretern der Berufsfachschulen, der Paritätischen Prüfungskommission, dem Elektro-Bildungs-Zentrum und Unternehmensvertretern zusammensetzte. Thema der Gruppe war der Mangel an geeigneten Berufsleuten, der zu einem Hauptproblem in vielen Branchen zu werden drohte. Ein Fazit war, dass gut definierte Berufsprofile anzubieten waren, die den Fähigkeiten und Neigungen der Lernenden entgegenkamen. Diese

Berufsprofile sollten auch durchlässig sein, um den Jugendlichen keine Bildungswege zu verbauen. Dank des grossen persönlichen Einsatzes gelang es Andreas Egli und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, die zuständigen Behörden von ihrem Konzept zu überzeugen.

Ab 2012 boten die Berufsfachschulen Zürich, Winterthur, Bülach, Horgen und Wetzikon Unterricht sowohl für Elektroinstallateure wie auch für Montage-Elektriker an. Das Einführungssemester war für beide Berufe das gleiche, womit die Möglichkeit eines Wechsels des Ausbildungsprofils nach dem ersten halben Jahr der Grundausbildung geschaffen war.

100 JAHRE ARBEITGEBERVERBAND DER ELEKTROINSTALLATEURE IM KANTON ZÜRICH

Andreas Egli ist der dreizehnte Präsident der seit 1915 in Arbeitgeberverbänden organisierten Elektroinstallateure des Kantons Zürich, der neunte Präsident des KZEI seit der Gründung des heutigen Kantonalverbandes 1923.

Gegründet als Stadtzürcher Verband im Ersten Weltkrieg 1915, erweiterte sich dieser 1923 unter Mithilfe der Elektroinstallateure von Winterthur zum kantonalen Verband. In den Krisenjahren nach 1930 entstanden die Gruppen GEISA und GEIWO mit ihren Meldediensten, um auf regionaler Basis und durch die Zusammenarbeit im Wettbewerbs- und Preissektor der Branche das Überleben zu sichern. In der Hochkonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg folgte eine Neuausrichtung. Die Bedeutung des Kantonalverbandes gegenüber den Gruppen stieg, weil viele Fachfragen nun den ganzen Kanton betrafen und nicht mehr regional gelöst werden konnten. Zum Kerngeschäft wurde an Stelle der Konkurrenzregulierung die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Berufsnachwuchses und der Mitglieder als Unternehmer. Es folgte eine wechselhafte Übergangszeit von 1975 bis 1995 mit widersprüchlichen Tendenzen, die unter anderem 1978 zur Wiedereinführung eines Submissionsreglements führten. Die endgültige Neuausrichtung auf organisatorischer Ebene unter Beibehaltung bewährter Traditionen kam im

Jahr 2000. Zugunsten des stärkeren und einheitlichen Auftritts verzichteten die Gruppen auf ihre Organfunktionen, lebten aber zur Pflege der Kollegialität und besonderer Interessen in den Regionalgruppen fort.

Ein Anliegen aller bisherigen Verbandspräsidenten und Verbandsverantwortlichen war es, das Standesbewusstsein der Elektroinstallateure, die Identität und das Image des Berufs zu fördern. Dies geschah zweifellos am Elektro-Bildungs-Zentrum in Effretikon, an dem seit 1972 rund 100'000 Angehörige der Branche eine Ausbildung erhalten hatten. Gelegenheit zur Förderung der Berufsidealität und des Berufsimages bot auch das 100-Jahr-Jubiläum des KZEI, das 2015 gefeiert werden sollte und dem sich Verbandspräsident Andreas Egli und der Vorstand mit grossem Engagement annahmen. Andreas Egli schrieb dazu im Jahr 2013: „Wir nähern uns dem Jubiläumsjahr 2015 und arbeiten an der 100-Jahr-Feier des KZEI. Ein solches Jubiläum ist immer auch ein Moment, in dem auf die erreichten Errungenschaften zurückgeblickt werden darf. Gleichzeitig motiviert uns dieser Geburtstag, ständig am Puls der Zeit zu sein und uns aktiv für die Zukunft einzusetzen.“ Eine Mitgliederbefragung und die Beschlüsse der Generalversammlung von 2014 bestärkten den Vorstand in seiner Absicht, die Nachwuchs- und Imageförderung zu einem zentralen Thema des Jubiläumsjahrs 2015 und der Jahre darüber hinaus zu machen. Geplant wurden Aktionen wie Kinotrailer, Werbung an Radio und Fernsehen sowie Kontakte mit Jugendlichen auf verschiedensten Plattformen.

Sich in den letzten hundert Jahren in uneigennütziger Weise für die Branche und den Verband, die Technik der Elektroinstallation und somit für eine der wichtigsten Grundlagen der modernen Gesellschaft eingesetzt zu haben, der Dank dafür gebührt den bisherigen und künftigen Präsidenten des KZEI, den vielen Kommissions- und Vorstandsmitglieder des Kantonalverbandes und seiner Gruppen seit 1915.

ANHANG

DIE ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNGEN
DES KZEI 1923–2015

DIE VORSTANDSMITGLIEDER DES KZEI 1923–2015

EHRENMITGLIEDER DES KZEI /
AKTIVMITGLIEDER DES KZEI 1923–2015

QUELLEN ZUR VERBANDSGESCHICHTE

ABBILDUNGSNACHWEIS

8

**DIE ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNGEN
DES KZEI 1923–2015**

1923 Februar 23., Zürich Zunfthaus zur Waag (Orientierungsversammlung)	1939 Juli 24., Zürich	1958 Juni 20., Obermeilen Hotel Hirschen	1974 November 14., Winterthur Hotel Zentrum Töss	1990 September 14., Winterthur Hotel Römertor	2006 Mai, 12., Winterthur Casinotheater
1923 März 16., Zürich Zunfthaus zur Waag (Gründungsversammlung)	1940 September 6., Küsnacht Hotel Sonne	1959 Juni 12., Schlieren Hotel Salmen	1975 November 25., Geroldswil Hostellerie Geroldswil	1991 September 13., Zürich Schützenhaus Albisgüetli	2007 Mai 11., Winkel Landgasthof Breiti
1924 August 29., Zürich Zunfthaus zur Waag	1941 August 26., Schlieren	1960 Juni 14., Winterthur Hotel Wartmann	1976 November 25., Hinwil Hotel Hirschen	1992 September 11., Zollikon Gemeindesaal	2008 Mai 23., Illnau Hotel Rössli
1925 September 8., Zürich	1942 Datum und Ort nicht überliefert	1961 September 29., Wädenswil Hotel Du Lac	1977 November 22., Meilen Hotel Löwen	1993 September 3., Regensdorf Hotel Mövenpick	2009 Mai 15., Herrliberg Vogtei Herrliberg
1926 August 24., Zürich Zunfthaus zur Zimmerleuten	1943 Mai 25., Zürich	1962 September 22., Murten Hotel Schiff	1978 Oktober 3., Kloten Zentrum Schluefweg	1994 September 16., Seuzach Restaurant Chrebsbach	2010 Mai 21., Zürich Lake Side
1927 Juli 15., Zürich Zunfthaus zur Waag	1944 Juni 20., Winterthur	1963 September 12., Hinwil Hotel Hirschen	1979 November 28., Glattbrugg Hotel Holiday Inn	1995 September 15., Zürich Zunfthaus zur Saffran	2011 Mai 13., Stein am Rhein Hotel Klosterhof
1928 September 4., Kyburg auf der Kyburg	1945 Datum und Ort nicht überliefert	1964 September 30., Zürich-Oerlikon Hotel Sternen	1980 November 26., Volketswil Landgasthof Wallberg	1996 September 13., Rapperswil Telecom PTT Direktion	2012 Mai 11., Regensdorf Hotel Mövenpick
1929 Oktober 27., Rüti Hotel Löwen	1946 Datum und Ort nicht überliefert	1965 Oktober 21., Dielsdorf Gasthof Sonne	1981 November 26., Horgen Kongresszentrum Schinzenhof	1997 September 12., Illnau-Effretikon Stadthausaal	2013 Mai 31., Uitikon Giardino Verde
1930 November 30., Horgen Restaurant Frohsinn	1947 Juni 19., Rüslikon Hotel Belvoir	1966 Oktober 26., Schlieren Hotel Salmen	1982 September 9., Winterthur Zentrum Töss	1998 September 25., Winterthur Auditorium Technorama	2014 Mai 16., Winterthur Kirchgemeindehaus Liebestrasse
1931 November 22., Winterthur-Töss Hotel Krone	1948 Mai 11., Zürich Restaurant Morgensonne	1967 November 8., Wädenswil Hotel Du Lac	1983 September 23., Zürich Restaurant Casino Zürichhorn	1999 September 17., Glattbrugg Renaissance Zürich Hotel	2015 März 26., Thalwil Hotel Sedartis (statutarischer Teil)
1932 Datum und Ort nicht überliefert	1949 Juni 22., Bülach Restaurant Kreuz	1968 Oktober 8., Zürich Zunfthaus zur Schneidern	1984 September 28., Laufen Schloss Laufen	2000 Mai 18., Volketswil Landgasthof Wallberg	Juni 5., Zürich The Dolder Grand (Jubiläumsanlass 100 Jahre KZEI)
1933 Oktober 19., Obermeilen Restaurant Hirschen	1950 Juni 21., Wetzikon Schweizerhof	1969 November 3., Bülach Hotel zum goldenen Kopf	1985 September, 20., Einsiedeln Hotel Pfauen	2001 Mai 18., Geroldswil Hostellerie Geroldswil	
1934 August 30., Zürich Zunfthaus zur Zimmerleuten	1951 Juni 14., Küsnacht Hotel Sonne	1970 Oktober 29., Wädenswil Hotel Halbinsel Au	1986 September 19., Glattbrugg Hotel Hilton	2002 Mai 17., Zürich Kongresszentrum Hotel Spirgarten	
1935 September 12., Wädenswil Hotel Engel	1952 Juni 10., Wädenswil	1971 November 10., Effretikon Restaurant Haldengut	1987 September 11., Erlenbach Hotel Erlibacherhof	2003 Mai 16., Hinwil Gasthof Hirschen	
1936 Datum und Ort nicht überliefert	1953 Juni 11., Zürich Restaurant Waid	1972 November 9., Dielsdorf Gasthaus Sonne	1988 September 16., Rafz Gasthof zum goldenen Kreuz	2004 Mai 14., Uetliberg Uto Kulm	
1937 Oktober 7., Winterthur Schloss Wülflingen	1954 Juni 1., Konolfingen Restaurant Bahnhof	1973 November 6., Glattbrugg Hotel Hilton	1989 September 15., Rüslikon Hotel Belvoir	2005 Mai 13., Horgen Schinzenhof	
1938 Oktober 6., Affoltern am Albis	1955 Juni 16., Bülach Restaurant Kreuz				
	1956 Juni 12., Wallisellen Hotel Linde				
	1957 Juni 20., Wädenswil Hotel Halbinsel Au				

**DIE VORSTANDSMITGLIEDER DES KZEI
1923–2015**

Amtsdauer 1923–1925

Wilhelm Schultheis-Möckli, Winterthur (Präsident)
Fritz E. Rauch, Zürich (Vizepräsident)
Eugen W. Brodbeck, Zürich
Rudolf Maag, Zürich
Gustav Siegfried, Andelfingen

Amtsdauer 1925–1927

Wilhelm Schultheis-Möckli, Winterthur (Präsident)
Fritz E. Rauch, Zürich (Vizepräsident)
Eugen W. Brodbeck, Zürich
Rudolf Maag, Zürich
P. Schmitter, Zürich

Amtsdauer 1927–1929

Fritz E. Rauch, Zürich (Präsident)
Rudolf Maag, Zürich (Vizepräsident)
Wilhelm Schultheis-Möckli, Winterthur
August Schläfli, Winterthur
Ernst Walder, Rüti

Amtsdauer 1929–1931

Fritz E. Rauch, Zürich (Präsident)
Rudolf Maag, Zürich (Vizepräsident)
August Schläfli, Winterthur
Ernst Walder, Rüti
Emil Gerteis, Winterthur
Eugen W. Brodbeck, Zürich
Emil Klauser, Zürich

Amtsdauer 1931–1933

Fritz E. Rauch, Zürich (Präsident)
August Patscheider, Zürich (Vizepräsident)
Emil Gerteis, Winterthur
August Schläfli, Winterthur
Ernst Walder, Rüti
Emil Klauser, Zürich
Eugen W. Brodbeck, Zürich

Amtsdauer 1933–1935

Fritz E. Rauch, Zürich (Präsident)
August Schläfli, Winterthur (Vizepräsident)
Eugen W. Brodbeck, Zürich
Emil Gerteis, Winterthur
Emil Klauser, Zürich
Ernst Walder, Rüti
Heinrich Brupbacher, Wädenswil

Amtsdauer 1935–1937

Fritz E. Rauch, Zürich (Präsident)
August Schläfli, Winterthur (Vizepräsident)
Eugen W. Brodbeck, Zürich
Emil Gerteis, Winterthur
Emil Klauser, Zürich
Ernst Walder, Rüti
Heinrich Brupbacher, Wädenswil

Amtsdauer 1937–1939

Hans Hotz, Zürich (Präsident)
Heinrich Appenzeller, Zürich (Vizepräsident)
Eugen W. Brodbeck, Zürich
Heinrich Brupbacher, Wädenswil
Emil Gerteis, Winterthur
Emil Klauser, Zürich
Fritz Kuhn, Zürich

Amtsdauer 1939–1941

Hans Hotz, Zürich (Präsident)
Heinrich Appenzeller, Zürich (Vizepräsident)
Heinrich Brupbacher, Wädenswil
Emil Gerteis, Winterthur
Emil Klauser, Zürich
Fritz Kuhn, Zürich
Fritz E. Waser, Zürich

Amtsdauer 1941–1943

Hans Hotz, Zürich (Präsident)
Heinrich Appenzeller, Zürich (Vizepräsident)
Heinrich Brupbacher, Wädenswil
Emil Gerteis, Winterthur
Emil Klauser, Zürich
Fritz Kuhn, Zürich
Fritz E. Waser, Zürich

Amtsdauer 1943–1945

Hans Hotz, Zürich (Präsident)
Heinrich Brupbacher, Wädenswil (Vizepräsident)
Fritz E. Waser, Zürich
Hans Stüssi, Zürich
Walter Göbel, Zürich
Siegfried Bernheim, Winterthur

Amtsdauer 1945–1947

Hans Hotz, Zürich (Präsident)
Heinrich Brupbacher, Wädenswil (Vizepräsident)
Fritz E. Waser, Zürich
Hans Stüssi, Zürich
Walter Göbel, Zürich
Siegfried Bernheim, Winterthur
Walter Huber, Wallisellen

Amtsdauer 1947–1951

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Walter Göbel, Zürich (Vizepräsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur
Walter Huber, Wallisellen
Paul Felber, Küsnacht
Heinrich Weber, Zürich
Albert Bischof, Winterthur

Amtsdauer 1951–1953

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Walter Göbel, Zürich (Vizepräsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich

Amtsdauer 1953–1955

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Walter Göbel, Zürich (Vizepräsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich

Amtsdauer 1955–1957

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Walter Göbel, Zürich (Vizepräsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich

Amtsdauer 1957–1959

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Walter Göbel, Zürich (Vizepräsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich

Amtsdauer 1959–1961

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur (Vizepräsident)
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich
Hans Kästle, Zürich

Amtsdauer 1961–1963

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur (Vizepräsident)
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich
Hans Kästle, Zürich

Amtsdauer 1963–1965

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur (Vizepräsident)
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich
Hans Kästle, Zürich

Amtsdauer 1965–1967

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
Siegfried Bernheim, Winterthur (Vizepräsident)
Albert Bischof, Winterthur
Paul Felber, Küsnacht
Albert Guyer, Uster
Willy Sauber, Zürich
Hans Kästle, Zürich

Amtsduer 1967–1969

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
 Siegfried Bernheim, Winterthur (Vizepräsident)
 Paul Felber, Küsnacht
 Albert Guyer, Uster
 Willy Sauber, Zürich
 Hans Kästle, Zürich
 Max Weber, Schlieren

Amtsduer 1969–1971

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
 Siegfried Bernheim, Winterthur (Vizepräsident)
 Paul Felber, Küsnacht
 Willy Sauber, Zürich
 Hans Kästle, Zürich (bis 1970)
 Max Weber, Schlieren
 Walter Göbel, Zürich
 Hans Dübendorfer, Bassersdorf (ab 1970)

Amtsduer 1971–1973

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
 Paul Felber, Küsnacht (Vizepräsident)
 Willy Sauber, Zürich
 Max Weber, Schlieren
 Walter Göbel, Zürich
 Hans Dübendorfer, Bassersdorf
 Edwin Dähler, Winterthur

Amtsduer 1973–1975

Hans Stüssi, Zürich (Präsident)
 Paul Felber, Küsnacht (Vizepräsident)
 Willy Sauber, Zürich
 Max Weber, Schlieren
 Walter Göbel, Zürich
 Hans Dübendorfer, Bassersdorf
 Edwin Dähler, Winterthur

Amtsduer 1975–1977

Hans Stüssi, VEZ (Präsident, bis 1976)
 Paul Felder, GEISA (Vizepräsident, Präsident ab 1976)
 Edwin Dähler, VEW
 Hans Dübendorfer, GEIWO (Vizepräsident ab 1976)
 Walter Göbel, VEZ
 Max Weber, GEISA
 Dieter Gerber, GEISA/VEZ
 Hans Ramseier, VEZ
 Hans Schmid, GEIWO
 Siegfried Roth, GEISA (ab 1976)

Amtsduer 1977–1979

Paul Felder, GEISA (Präsident)
 Hans Dübendorfer, GEIWO (Vizepräsident)
 Walter Göbel, VEZ (bis 1978)
 Dieter Gerber, GEISA/VEZ
 Max Weber, GEISA
 Hans Ramseier, VEZ
 Hans Schmid, GEIWO
 Siegfried Roth, GEISA
 Arno Peduzzi, VEW (ab 1978)

Amtsduer 1979–1981

Paul Felder, GEISA (Präsident)
 Hans Dübendorfer, GEIWO (Vizepräsident)
 Dieter Gerber, GEISA/VEZ
 Arno Peduzzi, VEW
 Hans Ramseier, VEZ
 Hans Schmid, GEIWO
 Siegfried Roth, GEISA
 Hansruedi Eigenheer, GEIWO
 Edwin Schlatter, VEZ

Amtsduer 1981–1983

Emil Kessler, GEIWO (Präsident)
 Arno Peduzzi, VEW (Vizepräsident)
 Dieter Gerber, GEISA/VEZ
 Hans Schmid, GEIWO
 Siegfried Roth, GEISA
 Hansruedi Eigenheer, GEIWO
 Edwin Schlatter, VEZ
 Daniel Meier, GEIWO
 Kurt Rüegg, VEZ

Amtsduer 1983–1985

Emil Kessler, GEIWO (Präsident)
 Arno Peduzzi, VEW (Vizepräsident)
 Dieter Gerber, GEISA/VEZ
 Hans Schmid, GEIWO
 Hansruedi Eigenheer, GEIWO
 Edwin Schlatter, VEZ
 Daniel Meier, GEIWO
 Kurt Rüegg, VEZ
 Joseph P. Bachmann, GEISA

Amtsduer 1985–1987

Emil Kessler, GEIWO (Präsident)
 Arno Peduzzi, VEW (Vizepräsident)
 Hans Schmid, GEIWO
 Hansruedi Eigenheer, GEIWO
 Edwin Schlatter, VEZ
 Daniel Meier, GEIWO
 Kurt Rüegg, VEZ
 Joseph P. Bachmann, GEISA
 Martin Arnold, GEIWO

Amtsduer 1987–1989

Emil Kessler, GEIWO (Präsident)
 Arno Peduzzi, VEW (Vizepräsident)
 Edwin Schlatter, VEZ
 Joseph P. Bachmann, GEISA
 Martin Arnold, GEIWO
 Heinz Huber, GEIWO
 Rolf Lüscher, GEIWO
 René Scherzinger, VEZ
 Beat Weber, GEISA

Amtsduer 1989–1991

Emil Kessler, GEIWO (Präsident)
 Arno Peduzzi, VEW (Vizepräsident)
 Edwin Schlatter, VEZ
 Joseph P. Bachmann, GEISA
 Martin Arnold, GEIWO
 Heinz Huber, GEIWO
 Rolf Lüscher, GEIWO
 René Scherzinger, VEZ
 Beat Weber, GEISA

Amtsduer 1991–1993

Emil Kessler, GEIWO (Präsident)
 Joseph P. Bachmann, GEISA (Vizepräsident)
 Martin Arnold, GEIWO
 Heinz Huber, GEIWO (bis 1992)
 Rolf Lüscher, GEIWO
 Beat Weber, GEISA
 Kurt Ehrat, VEZ
 Fritz Gysin, VEW
 Fred Häsler, VEZ
 Kurt Rüeeggsegger, VEZ
 Willi Serena, VEW
 Beat Starkemann, GEIWO (ab 1992)

Amtsduer 1993–1995

Rolf Lüscher, GEIWO (Präsident)
 Joseph P. Bachmann, GEISA (Vizepräsident)
 Martin Arnold, GEIWO
 Beat Weber, GEISA
 Kurt Ehrat, VEZ
 Fritz Gysin, VEW
 Fred Häsler, VEZ
 Kurt Rüeeggsegger, VEZ
 Willi Serena, VEW
 Beat Starkemann, GEIWO

Amtsduer 1995–1997

Rolf Lüscher, GEIWO (Präsident)
 Kurt Ehrat, VEZ (Vizepräsident)
 Martin Arnold, GEIWO
 Beat Weber, GEISA
 Fritz Gysin, VEW
 Fred Häsler, VEZ
 Kurt Rüeeggsegger, VEZ
 Willi Serena, VEW
 Beat Starkemann, GEIWO
 Karl Fisch, GEISA

Amtsduer 1997–1999

Rolf Lüscher, GEIWO (Präsident)
 Kurt Ehrat, VEZ (Vizepräsident)
 Martin Arnold, GEIWO
 Beat Weber, GEISA
 Fritz Gysin, VEW
 Fred Häsler, VEZ
 Beat Starkemann, GEIWO
 Karl Fisch, GEISA
 Beat Noser, VEZ

Amtsduer 1999–2002

Kurt Ehrat, VEZ / Region Zentrum (Präsident)
 Beat Starkemann, GEIWO / Region Ost (Vizepräsident)
 Karl Fisch, GEISA / Region Süd
 Fritz Gysin, VEW / Region Nord
 Beat Noser, VEZ / Region Zentrum
 Beat Weber, GEISA (bis 2000)
 Peter Bühler, Region West (ab 2000)
 Ueli Bürgi, Region Zentrum (ab 2000)

Amtsdauer 2002–2005

Kurt Ehrat, Region Zentrum (Präsident)
Beat Starkemann, Region Ost (Vizepräsident)
Beat Noser, Region Zentrum
Peter Bühler, Region West
Ueli Bürgi, Region Zentrum
Markus Bundi, Region Süd
Roberto Ircani, Region Nord

Amtsdauer 2005–2008

Kurt Ehrat, Region Zentrum (Präsident)
Beat Noser, Region Zentrum (Vizepräsident)
Peter Bühler, Region West
Ueli Bürgi, Region Zentrum (bis 2006)
Markus Bundi, Region Süd
Roberto Ircani, Region Nord
Andreas Egli, Region Ost
Bruno Gassmann, Region Zentrum (ab 2006)

Amtsdauer 2008–2011

Kurt Ehrat, Region Zentrum (Präsident)
Beat Noser, Region Zentrum (Vizepräsident)
Peter Bühler, Region West
Markus Bundi, Region Süd
Roberto Ircani, Region Nord
Andreas Egli, Region Ost
Bruno Gassmann, Region Zentrum

Amtsdauer 2011–2014

Andreas Egli, Region Ost (Präsident)
Beat Noser, Region Zentrum (Vizepräsident)
Peter Bühler, Region West
Markus Bundi, Region Süd
Bruno Gassmann, Region Zentrum
Roberto Ircani, Region Nord
Stefan Krebs, Region Ost

Amtsdauer 2014–

Andreas Egli, Region Ost (Präsident)
Beat Noser, Region Zentrum (Vizepräsident)
Peter Bühler, Region West
Markus Bundi, Region Süd
Bruno Gassmann, Region Zentrum
Roberto Ircani, Region Nord
Stefan Krebs, Region Ost



Der Vorstand des KZEI im Jahr 2014
Von links nach rechts:

Stefan Krebs, Roberto Ircani, Andreas Egli (Präsident),
Beat Noser (Vizepräsident), Markus Bundi, Peter Bühler,
Silvan Lustenberger (Vertreter KZEI beim VSEI),
Bruno Gassmann, Gilbert Brülisauer (Geschäftsführer KZEI).

DIE EHRENMITGLIEDER DES KZEI

1954	Ernst von Allmen, Rüschlikon, EKZ
1961	Willy Schultheis-Möckli, Winterthur, alt Präsident KZEI
1976	Hans Stüssi, Zürich, alt Präsident KZEI
1983	Alfred Litschgi, Glattbrugg, alt Sekretär KZEI
1983	Paul Felder, Küsnacht, alt Präsident KZEI
1983	Ernst Kuhn, Zürich, Direktionspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
1986	Hans Hess, Zürich, alt Direktor Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ
1987	Heinz Schmid, Winterthur, alt Vorstandsmitglied KZEI
1991	Arno Peduzzi, Winterthur, alt Vizepräsident KZEI
1991	Edwin Schlatter, Zollikon, alt Vorstandsmitglied KZEI
1993	Emil Kessler, Glattbrugg, alt Präsident KZEI (Ehrenpräsident)
1995	Josef P. Bachmann, Kilchberg, alt Vizepräsident KZEI
1997	Karl Gisler, Birmensdorf, Telecom PTT / Swisscom
1999	Martin Arnold, Dietlikon, alt Vorstandsmitglied KZEI
1999	Rolf Lüscher, Uster, alt Präsident KZEI
2000	Beat Weber, Menzingen, alt Vorstandsmitglied KZEI
2000	Heinz Baer, Zürich, alt Zentralvorstandsmitglied VSEI
2000	Edwin Dähler, Winterthur, Ehrenmitglied VEW 1977
2000	Willy Meier, Zürich, Ehrenmitglied VEZ 1995
2001	Fredy Neff, Winterthur, Swisscom AG
2002	Karl Fisch, Einsiedeln, alt Vorstandsmitglied KZEI
2002	Fritz Gysin, Wiesendangen, alt Vorstandsmitglied KZEI
2005	Beat Starkemann, alt Vizepräsident KZEI
2006	Ueli Bürgi, Zürich, alt Vorstandsmitglied KZEI
2011	Kurt Ehrat, Winterthur, alt Präsident KZEI (Ehrenpräsident)
2013	Tarzisius Caviezel, Davos, alt Zentralvorstandsmitglied VSEI

ZAHL DER AKTIVMITGLIEDER DES KZEI 1923–2015

Jahr	Aktivmitglieder	Jahr	Aktivmitglieder
1923	49	1970	204
1925	49	1975	258
1930	89	1980	282
1935	120	1985	302 und 21 Filialen
1940	121	1990	308 und 23 Filialen
1945	132	1995	315 und 26 Filialen
1950	143	2000	315 und 30 Filialen
1955	158	2005	289 und 34 Filialen
1960	166	2010	273 und 29 Filialen
1965	189	2015	271 und 30 Filialen

QUELLEN ZUR VERBANDSGESCHICHTE

Die vorliegende Geschichte des KZEI beruht für den Zeitraum bis um 1935 vornehmlich auf den Berichten und den Artikeln, die über den Verband in der Zeitschrift „Elektroindustrie“ erschienen sind (Elektroindustrie, Offizielles Organ des Verbandes Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen & Elektro-Einkaufs-Vereinigung, Zürich, VSEI. Jg. 1 (1905) – Jg. 56, Nr. 52 (Dez. 1964). Späterer Titel: Electro-Revue). Für den Zeitraum ab 1935 finden sich die Quellen im Archiv des KZEI, wobei hier vor allem die Jahresberichte des Kantonalverbandes und der Gruppen sowie die Protokolle der Generalversammlungen zu erwähnen sind. Vereinzelt Unterlagen zur Verbandsgeschichte, die in verschiedenen Zusammenhängen entstanden sind, liegen ferner im Staatsarchiv des Kantons Zürich sowie im Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich.

ABBILDUNGSNACHWEIS

- Seite 5 Stadt Zürich, Kolorierter Kupferstich von J. Konrad Gessner, 1715. Privatbesitz von Felix Richner, Bubikon.
- Seite 9 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 11 Portrait Alessandro Volta, Skizzen Darstellungen «Elektrophor» Alessandro Volta, Archiv des KZEI.
- Seite 14 David Bürkli's Zürcher Kalender aus dem Jahr 1891, Zürich 1890.
- Seite 15 Die Gründerväter der Brown Boveri & Cie. in Baden, Archiv des KZEI.
- Seite 16 Das Central in Zürich im Jahr 1910, Verkehrshaus Luzern / Montage von Freileitungen im Jahr 1915, Zürich 1915, aus: Geschichte des Verbandes Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen VSEI, Stefano Bruno, Baden-Verlag 2006, Seite 29.
- Seite 17 Beglaubigte Unterschriften des VSEI im Jahr 1907, Staatsarchiv des Kantons Zürich, Z 2.1034.
- Seite 19 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 21 Inserat in der Elektroindustrie, Elektrozeitung 1915 / Bericht in der Elektroindustrie, Elektrozeitung 1915, Nr. 15, S. 265.
- Seite 24 Heinrich Baumann, 1864–1947, Baumann-Koelliker-Gruppe, Zürich / Heinrich Egli, 1871–1942, 50 Jahre VSEI, S. 19.
- Seite 29 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 30 Wilhelm Schultheis-Möckli, Privatbesitz von Frau Danièle Geilinger, Winterthur. / Einladung zur Orientierungsversammlung, Elektroindustrie 1923, Nr. 4, S. 109.
- Seite 32 Kollektivausstellung der Gruppe Winterthur des KZEI, Elektroindustrie 1924, Nr. 20, S. 581. Historisches Rowenta Bügeleisen, Archiv des KZEI.
- Seite 35 Schreiben des KZEI von 1933. Sozialarchiv Zürich, SMUV Zürich, Elektromonteur, Ar 422.80. / Arbeitsordnung von 1931. Sozialarchiv Zürich, SMUV Zürich, Elektromonteur, Ar 422.80.
- Seite 37 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 39 „Landsgemeinde“ des KZEI auf der Forch, Elektroindustrie, 1932, Nr. 26, S. 459 / Elektroinstallationsgeschäft Schultheis-Möckli, Privatbesitz von Frau Danièle Geilinger, Winterthur.
- Seite 40 Das Meldedienstreglement der Gruppe am See GEIS, Archiv des KZEI.
- Seite 45 Fritz Emil Rauch, 50 Jahre VSEI, S. 34 / Inserat über die erste Zürcher Lichtwoche, Elektroindustrie 1932, S. 691.
- Seite 49 Flugblätter der Sektion Zürich des Schweizer Metall- und Uhrenarbeiterverbands 1931/1933, Sozialarchiv Zürich, Staatsarchiv Zürich, Z 35.374. / In der „Elektroindustrie“ wird die Meisterschaft aufgerufen, Elektroindustrie 1933, Nr. 31, S. 503.
- Seite 50 Hans Hotz. Aus: 50 Jahre Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen VSEI, Zürich 1956, S. 97 / Protokoll der Gruppe Elektromonteur des Stadtzürcher Metallarbeiterverbandes. Sozialarchiv Zürich, SMUV Zürich, Ar 422.80.
- Seite 55 Statuten des KZEI vom 25. August 1942, Archiv KZEI.
- Seite 57 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 59 Hans Stüssi, Foto: Privatbesitz Hans-Rudolf und Béatrice Stüssi, Oetwil an der Limmat.
- Seite 62 Elektromonteur bei Rohrlege-Arbeiten auf der Neubaudecke, 1983. Archiv des KZEI. / Mitteilung der Gewerkschaft und des KZEI, Staatsarchiv Zürich, O 251.35.
- Seite 65 Ausstellungslokal der Werbegemeinschaft der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ. Aus: 50 Jahre Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen VSEI, Zürich 1955, S. 123. / „Gruss von der Verbandsreise des KZEI.“ Archiv des KZEI.
- Seite 68 Protokoll über die ausserordentliche Generalversammlung vom 28. März 1963. Archiv des KZEI / Postkartenabbildung des Restaurants Morgensonne um 1963, Archiv des KZEI.
- Seite 71 „Fröhliche Runde des KZEI in Rüdeshem“, 1968. Archiv des KZEI. / Präsenzbuch der Gruppe EWZ, 1947. Archiv des KZEI.
- Seite 75 Eröffnung des Ausbildungszentrums in Effretikon, 1972. Archiv des KZEI / Lehrling im ersten Lehrjahr, 1983. Archiv des KZEI.
- Seite 81 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 83 Paul Felder. Privatbesitz von Hanes Felder, Küsnacht / Inserat der EPA im Winterthurer „Landboten.“ Aus: Der Landbote, 4. Februar 1983.
- Seite 86 Jahresberichte des KZEI mit neuem Logo, 1982. Archiv des KZEI.
- Seite 90 Emil Kessler. Foto: Felix von Wartburg, Luzern. Archiv des KZEI. / Verbandssekretär Rudolf Brülisauer. Archiv des KZEI / Anschluss und Kontrollarbeiten an Wärmepumpen, 1983. Archiv des KZEI.
- Seite 93 Regierungsrätin Hedi Lang und KZEI-Präsident Emil Kessler, 1992. Foto: Robert Bollag, Brüttsellen. Archiv des KZEI. / Stand an der Zürcher Messe 1997. Archiv des KZEI.
- Seite 98 Rolf Lüscher. Archiv des KZEI / Weiterbildung in Mess- und Prüfarbeit, 1983. Archiv des KZEI.
- Seite 101 Verdrahtung von Telefonanlagen, 1983, Archiv des KZEI. / Justierung von Steuer- und Regelanlagen, 1983. Archiv des KZEI.
- Seite 103 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 105 Das Elektro-Bildungs-Zentrum EBZ des KZEI in Effretikon. Archiv des KZEI. / Photovoltaikanlage. Bildagentur iStock.
- Seite 107 Kurt Ehrat. Privatbesitz Kurt Ehrat, Winterthur.
- Seite 108 Illustration Regionalgruppen des KZEI. Hintergrundbild: Elektrokabel, Bildagentur iStock.
- Seite 112 Organigramm des KZEI aus dem Jahresbericht des KZEI, 2001 Hintergrundbild: Elektrokabel, Bildagentur iStock.
- Seite 115 Bildillustration: Anschlussklemmen, Bildagentur iStock. / Bildillustration: Motorschutzrelais MSR, Archiv des KZEI.
- Seite 119 Absolventen des Qualifikationsverfahren 2013 anlässlich der Lehrabschlussfeier 2013. / Der KZEI präsentiert die Elektroberufe an der Berufsmesse Zürich, Archiv des KZEI.
- Seite 122 Andreas Egli, Privatbesitz Andreas Egli, Hinwil
- Seite 125 Bildillustration: City Lights, Bildagentur iStock.
- Seite 133 Der Vorstand des KZEI im Jahr 2014, Archiv des KZEI.